



Dritter Bau- Kultur- Report



Dritter Österreichischer Baukulturreport

Szenarien und Strategien 2050

Wien, 2017

Vorwort

Der vorliegende Bericht zur österreichischen Baukultur ist der dritte in einer Reihe, die auf zwei Entschlüssen des Nationalrats aus den Jahren 2005 und 2007 zurückgeht. Darin wurde die Bundesregierung aufgefordert, alle fünf Jahre einen Report zur Baukultur zu beauftragen und dem Nationalrat zur Diskussion und Beschlussfassung zuzuleiten. Der erste, ins Jahr 2006 datierende Report lieferte einen umfassenden Überblick über die Lage der Baukultur in Österreich. Er ist ein bis heute lesenswerter Grundlagentext, der Begriffe klärt und die Frage der Baukultur als eine Querschnittsmaterie diskutiert, die in fast alle Lebensbereiche hineinwirkt. Die Themen umfassten die Verantwortung öffentlicher und privater Auftraggeber, Ökologie und Nachhaltigkeit, Bauen und Baukultur als Wirtschaftsfaktoren sowie ihre rechtlichen und wirtschaftlichen Produktionsbedingungen, Fragen von Bildung und Ausbildung sowie die Vermittlung von Baukultur an eine größere Öffentlichkeit. Dieses von zahlreichen Autorinnen und Autoren aufgespannte Panorama der Baukultur wurde ergänzt durch Stellungnahmen von Städte- und Gemeindebund, Wirtschafts-, Arbeiter- und Landwirtschaftskammer, der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten, der Bundesimmobiliengesellschaft sowie Institutionen der Zivilgesellschaft, insbesondere den Architekturhäusern und -zentren Österreichs. Der Report enthielt eine abschließende Sammlung von 46 Empfehlungen in sechs Politikfeldern.

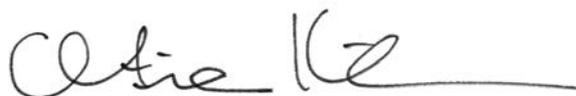
Der zweite, ins Jahr 2011 datierende Report konzentrierte sich, nach einem sehr kompakt gehaltenen Rückblick auf die letzten fünf Jahre der Baukulturentwicklung, auf drei Kernthemen: die Kommunen und ihre zentrale Rolle für die Baukultur in Österreich, nachhaltiges Denken und Handeln als Voraussetzung für eine zeitgemäße Baukultur sowie den Bildungsbau und die Baukulturvermittlung für junge Menschen als Basis für eine erfolgreiche Zukunft. In jedem dieser Themenfelder lieferte dieser Report neben der allgemeinen Übersicht auch konkrete, vorbildliche Fallbeispiele, die vom Einzelgebäude bis zur Orts- und Regionalplanung reichten. Auch dieser Report enthielt aus diesen drei Bereichen zusammengefasste Empfehlungen, die sich auf 45 summierten. Sie sollten auf Chancen für Österreich aufmerksam machen, mit dem Ziel, durch bessere Baukultur auf lange Sicht mehr Lebensqualität, mehr Innovation und mehr Gerechtigkeit in der Nutzung räumlicher Ressourcen zu gewinnen.

Für den dritten Baukulturreport haben die Autorinnen und Autoren auf diesen Grundlagen aufgebaut, aber die Perspektive verändert. Statt Schritte zu empfehlen, die in eine bessere Zukunft führen, fordern sie den Möglichkeitssinn der Leserinnen und Leser heraus, indem sie zugespitzte Szenarien entwickeln, deren jeweilige Möglichkeit sich aus aktuellen politischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Strömungen ergibt. Diese Szenariotechnik ist nicht neu. Sie wurde in den 1960er-Jahren als Werkzeug zur strategischen Planung in Politik und Wirtschaft entwickelt. Ihre Aktualität leitet sich nicht zuletzt daraus ab, dass heute Veränderungen der Gegenwart – wie es der Philosoph Armen Avanesian als Vertreter eines »Spekulativen Realismus« formuliert hat – nicht mehr unbedingt von der Vergangenheit aus, sondern von der Zukunft her gestaltet werden. Welches Klima wir uns für das Jahr 2050 erwarten, hat heute mehr Einfluss auf die Industriepolitik als der Fortschritt im Bau von Verbrennungsmotoren der letzten 50 Jahre, obwohl Letzterer ein Faktum ist und Ersteres in seiner Ausprägung Spekulation.

Im Rahmen des vorhandenen Budgets für den Report musste eine thematische Einschränkung erfolgen. Im Mittelpunkt sollte die Rolle der öffentlichen Hand als ein wichtiger »Motor« der Baukultur stehen, wobei wiederum vier Politikfelder – *Landschaft als Ressource, Stadt und Region, Wohnbau* sowie der *öffentliche Sektor* – genauer betrachtet wurden. Vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, dass sich ein eigenes Kapitel mit der Frage befasst, welche Rolle die Baukultur beziehungsweise baukulturrelevante Themen in den Regierungserklärungen der österreichischen Bundesregierungen seit dem Jahr 2000 gespielt haben.

Die Szenarien, die in diesem Report entwickelt wurden, sind keine Prognosen. Sie wurden mit Expertinnen und Experten erarbeitet, die aufgefordert waren, die deutlichsten Trends in den vier ausgewählten Politikfeldern zu beschreiben und Alternativen in die Zukunft weiterzudenken. Während Prognosen versuchen, differenziert und wahrscheinlich zu bleiben, können Szenarien holzschnittartig und spekulativ sein, aber gerade dadurch geeignet, die Diskussion über wünschenswerte Zukünfte anzuregen. Sie eignen sich auch dafür, den Einfluss unerwarteter Entwicklungen (sogenannter »Wild Cards«) durchzuspielen, und darüber zu spekulieren, wie widerstandsfähig sich die einzelnen Szenarien ihnen gegenüber erweisen würden. Im vorliegenden Report wurden dafür unterschiedlichste Annahmen getroffen und ein digitaler Super-GAU exemplarisch detaillierter dargestellt.

Am Ende dieser Diskussion stehen keine weiteren detaillierten Empfehlungen, sondern strategische Leitgedanken für ein politisches Handeln, das sich nicht an den kommenden beiden Legislaturperioden orientiert, sondern am Zeithorizont des Jahres 2050 und darüber hinaus. Der vorliegende Report sollte die politischen Akteurinnen und Akteure dabei unterstützen, heute Maßnahmen für eine Baukultur zu setzen, die sich vor diesem Horizont bewährt.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Christian Kühn', followed by a long horizontal line extending to the right.

Ao. Univ.-Prof. DI Dr. sc. tech. Christian Kühn,
Vorsitzender des Beirats für Baukultur im Bundeskanzleramt

Wie man diesen Report lesen kann

Der vorliegende dritte österreichische Baukulturreport – Szenarien und Strategien 2050 – wendet sich an ein breites Publikum. Insofern soll die zusammenhängende Gesamtlektüre ebenso anregend sein wie das fokussierte und selektive Lesen einzelner Textpassagen.

Zu Beginn der beiden Teile – Teil I: Politikfelder, Megatrends und Szenarien sowie Teil II: Chancen, Risiken, Ziele und Strategien – gibt jeweils ein kurzer Überblick zur Arbeitsweise einen Einblick in die Erarbeitungsschritte und die daraus resultierenden Inhalte der entsprechenden Kapitel.

Zusätzlich sind jedem Kapitel kurze, einführende Erläuterungen vorangestellt, die einen punktuellen Einstieg in die Inhalte ermöglichen. Gewisse textliche Redundanzen sind durch diese Strukturierung unvermeidlich.

Inhalt

TEIL I – POLITIKFELDER, MEGATRENDS UND SZENARIEN	11
1 Arbeitsweise Teil I	13
Identifizierung von Politikfeldern	15
Entwicklung von Szenarien	15
Anwendung von Wild Cards	19
Objektivierung und Strategieentwicklung	19
2 Politikfelder	21
Das Politikfeld <i>Landschaft als Ressource</i>	23
Das Politikfeld <i>Stadt und Region</i>	27
Das Politikfeld <i>Wohnbau</i>	32
Das Politikfeld <i>Öffentlicher Sektor</i>	36
3 Synchronopse	41
4 Megatrends	45
5 Szenarien	53
Szenario <i>global</i>	55
Szenario <i>integral</i>	65
Szenario <i>national</i>	73
Die Szenarien im Vergleich	80
6 Wild Cards	93
Wild Card – digitaler Super-GAU	106
Resilienz des Szenarios <i>global</i> – digitaler Super-GAU	107
Resilienz des Szenarios <i>integral</i> – digitaler Super-GAU	108
Resilienz des Szenarios <i>national</i> – digitaler Super-GAU	109

TEIL II – CHANCEN, RISIKEN, ZIELE UND STRATEGIEN	111
7 Arbeitsweise Teil II	113
Festlegung von Kriterien gelungener Baukultur	115
Chancen-Risiken-Analyse der Szenarien	115
Darstellung politischer Zielvorgaben	117
Ableitung strategischer Leitgedanken	119
8 Kriterien gelungener Baukultur	121
9 Chancen-Risiken-Analyse	125
Chancen	127
1 Erhaltung naturnaher Räume	127
2 Nachhaltiger Tourismus	127
3 Erhalt und Weiterentwicklung des Gebäudebestands	128
4 Sozialverträgliche Erhöhung der Siedlungsdichte	129
5 Kostenwahrheit im Verkehrs- und Energiesektor	130
6 Leistbarer Wohnraum	131
7 Partizipation und Kooperation	132
8 Verfügbarkeit öffentlichen Raums	133
9 Vielfältige Innovation	134
10 Architekturkompetenz und taugliche Planungsinstrumente	135
Risiken	137
1 Klimawandelfolgen	137
2 Konkurrierende Flächennutzung	138
3 Zersiedlung	139
4 Fehlen integrativer Stadt- und Siedlungsplanung	140
5 Zunahme von Brache und Leerstand	141
6 Aussterben abgelegener Regionen	142
7 Weiter wachsendes Verkehrsaufkommen	143
8 Sozioökonomische Segregation	144
9 Reduzierte Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand	145
10 Normierte Architekturgestaltung	146
Landkarte zur Verortung von Chancen und Risiken	148

10 Politische Zielsetzungen	151
Landkarte zur Verortung der politischen Ziele in Bezug auf die Szenarien	153
Politikfeld: <i>Landschaft als Ressource</i>	155
Politikfeld: <i>Stadt und Region</i>	163
Politikfeld: <i>Wohnbau</i>	172
Politikfeld: <i>Öffentlicher Sektor</i>	178
Querschnittsmaterie: <i>Produktionsbedingungen und Architekturqualität</i>	185
Die politischen Zielvorgaben aus Sicht der Chancen-Risiken-Analyse	188
11 Strategische Leitgedanken	195
Strategischer Leitgedanke 1: Bewusstsein für Baukultur entwickeln und geeignete Strukturen fördern!	197
Strategischer Leitgedanke 2: Gemeinwohl stärken!	203
Strategischer Leitgedanke 3: Ganzheitlich, langfristig und innovativ planen!	207
Strategischer Leitgedanke 4: Flächen und andere Ressourcen mit Bedacht nutzen!	212
Strategischer Leitgedanke 5: Öffentliche Mittel an Qualitätskriterien knüpfen!	217
Kurzfassung	221
English Summary	230
Anhang	238
Impressum	256

TEIL I – POLITIKFELDER, MEGATRENDS UND SZENARIEN

1 Arbeitsweise

Teil I



1 Arbeitsweise Teil I

Um die Gestaltung der österreichischen Baukultur zu unterstützen, werden im dritten Baukulturreport drei Szenarien vorgestellt, die mögliche zukünftige Entwicklungen verdeutlichen. Szenarien sind keine Prognosen. Sie sind vielmehr methodisch abgeleitete, zugespitzte Erzählungen, die den politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern, aber auch der interessierten Öffentlichkeit veranschaulichen, wie sich die Baukultur in Zukunft möglicherweise entwickeln wird. Szenarien können dazu beitragen, Zusammenhänge und Wirkungsbeziehungen sichtbar zu machen. Sie eröffnen damit die Möglichkeit, Änderungswünsche und Handlungsoptionen konkret zu formulieren, um gezielt zu gestalten.¹

1 Methodisch orientiert sich die angewendete Technik zur Erstellung der Szenarien an jener zu den Szenarien der Raumentwicklung Österreichs 2030, um so Bezüge zwischen den thematisch ergänzenden Szenarien herstellen zu können. Österreichische Raumordnungskonferenz, Szenarien der Raumentwicklung Österreichs 2030, Regionale Herausforderungen & Handlungsstrategien, Schriftenreihe Nr. 176/II, 2009

Identifizierung von Politikfeldern

Um handhabbare Szenarien erstellen zu können, müssen zunächst Inhalte identifiziert werden, welche für die zu untersuchende Materie von besonderer Wichtigkeit sind und deren Entwicklung wesentlich beeinflussen. Dazu wurden Politikfelder definiert und in unterschiedlichen, plausiblen Varianten und Kombinationen in die Zukunft projiziert. Ausgehend von den Darstellungen der Baukulturreporte 2006 und 2011 wurden dafür Zusammenhänge untersucht, die speziell relevant für Baukultur sind und sich durch hohe Ressourcenintensität auszeichnen. Sie sind damit auch für die allgemeine Entwicklung Österreichs von Bedeutung.² Dazu gehören die begrenzte Ressource Raum, der Wohnbau mit seiner zunehmend schwierigen Finanzierbarkeit beziehungsweise Leistbarkeit sowie die Immobilien und Infrastrukturen im Einflussbereich der öffentlichen Hand. Aus diesen Themenkreisen kristallisierten sich folgende vier Politikfelder heraus, auf die sich die Szenarien beziehen:

- *Landschaft als Ressource*
- *Stadt und Region*
- *Wohnbau*
- *Öffentlicher Sektor*

Entwicklung von Szenarien

Als Ausgangsbasis für die Erarbeitung der Szenarien wurden die Politikfelder und ihre bisherige Entwicklung in einem Rückblick analysiert. Anschließend wurde, auf Grundlage von vorliegenden Trends und Prognosen, ein Trendszenario für jedes Politikfeld skizziert. Dabei beschreibt das Trendszenario eine kontinuierliche Fortsetzung der bisherigen Entwicklung in einem sinnvollen Zeithorizont. Im Einklang mit aktuell vorliegenden Szenarioreports und Strategiepapieren wurde dafür das Jahr 2050 gewählt.^{3,4} Es wurden allgemein wirksame

2 Im Hinblick auf den Umfang des Reports war darauf zu achten, die thematische Vielfalt einzugrenzen und dennoch einen verständlich zusammenhängenden Bildausschnitt der Zukunft skizzieren zu können.

3 European Commission, Directorate-General for Research and Innovation, Directorate B – European Research Area Unit B.5. – Social Sciences and Humanities, The Global Europe 2050 foresight report, 2012

4 Streicher Wolfgang et al., im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft: Energieautarkie für Österreich 2050, Feasibility Study, 2010

Wandlungsprozesse identifiziert, von denen angenommen werden darf, dass sie ihre Veränderungskräfte im betrachteten Zeithorizont beibehalten. Diese Prozesse werden als Megatrends bezeichnet und sind – gleichsam als verbindendes Element – den Szenarien als Grunderzählungen hinterlegt.

Im Rahmen einer ersten breit aufgestellten Expertinnen- und Expertenrunde wurden Bausteine für die Erstellung von Entwicklungsszenarien erarbeitet. Diese Entwicklungsszenarien sollen, als beabsichtigt alternative Erzählungen zum Trendszenario, eine Bandbreite von Zukünften aufspannen, unabhängig von Wahrscheinlichkeiten, möglichst unterschiedlich charakterisiert, jedoch im Rahmen des Möglichen. Dazu wurden die Expertinnen und Experten gebeten, folgende Fragen vorbereitend zu bearbeiten:

Bausteine für ein Entwicklungsszenario:

- Was wäre Ihrer Einschätzung nach eine besonders erstrebenswerte zukünftige Entwicklung im Politikfeld? → *Best-Case-Szenario*
- Welche Entwicklung würde aus Ihrer Sicht den schlimmsten denkbaren Fall darstellen? → *Worst-Case-Szenario*

Wesentliche Einflussfaktoren:

- Was halten Sie für die wichtigsten Ursachen und Einflüsse, die zur Ausbildung der von Ihnen beschriebenen beiden Entwicklungsszenarien führen?

Die in der Rückschau festgestellten und im Rahmen der Kreation der Entwicklungsszenarien gesammelten politikfeldspezifischen Einflussfaktoren wurden zu treibenden Kräften gebündelt und polarisiert. Innerhalb dieser polarisierten Struktur konnten die vorliegenden Best-Case- und Worst-Case-Szenarien einander zugeordnet werden. Beispielsweise lag im Politikfeld *Landschaft als Ressource* als treibende Kraft zwischen den Polen Öffnung und Abgrenzung das Bestreben vor, Einfluss auf einen bestimmten Raum nehmen zu können. Entsprechend wurden die vorliegenden Best-Case- und Worst-Case-Szenarien gruppiert und zu Erzählbausteinen möglicher Entwicklungsszenarien geformt. Im Politikfeld *Landschaft als Ressource* waren das exemplarisch:

- Entwicklungsszenario L1 – Landschaft in der Globalisierung
- Entwicklungsszenario L2 – Europe reloaded
- Entwicklungsszenario L3 – Think global, act local

In allen Politikfeldern wurden so insgesamt 22 Entwicklungsszenarien erstellt und in einem weiteren Arbeitsschritt als Erzählbausteine in Szenariosets zusammengeführt. Jedes Set enthält dabei jeweils ein Entwicklungsszenario aus jedem Politikfeld. Mathematisch kombiniert konnten so 1440 Sets gebildet werden, die im Zuge einer qualitativ basierten und quantitativ gestützten Konsistenzanalyse evaluiert wurden. Ziel war es, jene Kombination aus einzelnen Erzählbausteinen zu finden, die inhaltlich zusammenwirken und sinnvoll verknüpft werden können und so eine möglichst harmonische Gesamterzählung ergeben. Diese Szenariosets weisen eine hohe Gesamtkonsistenz auf.

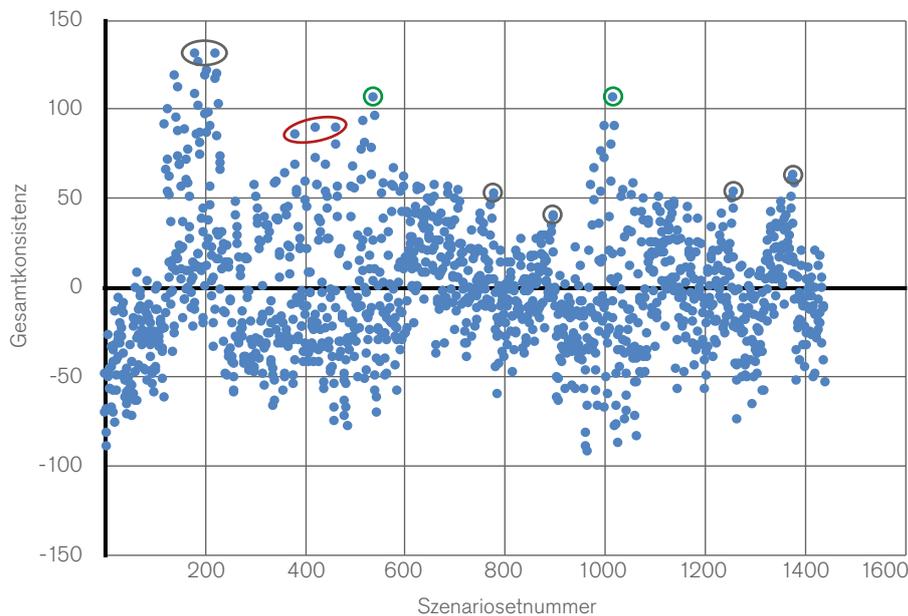
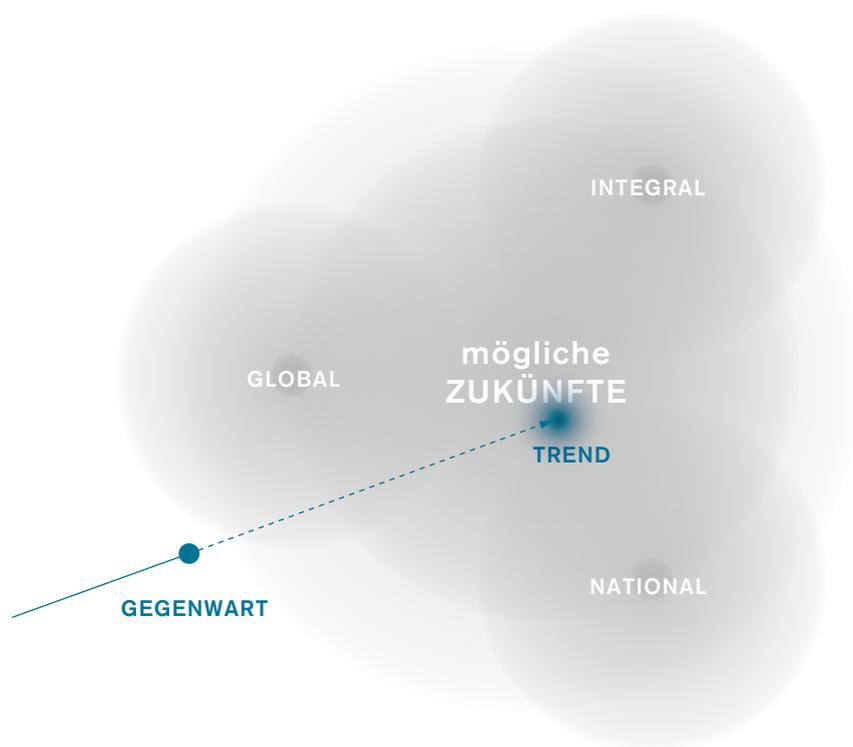


Abb.: Punktwolkendiagramm der Konsistenzwerte von 1440 Szenariosets

Zum besseren Verständnis des Ergebnisses der quantitativen Auswertung wurde eine Punktwolke erstellt. Jeder Punkt der Wolke repräsentiert ein Szenarioset. Die Szenariosets wurden dabei in aufsteigender Reihenfolge von Szenariosetnummer 01 bis Szenariosetnummer 1440 auf der X-Achse nacheinander dargestellt. Auf der Y-Achse wurde der Summenwert der Gesamtkonsistenz jedes Szenariosets eingetragen. Insgesamt wurden 17 Szenariosets mit hoher Gesamtkonsistenz und spezieller Position innerhalb der Punktwolken identifiziert und weiter untersucht. Eine vergleichende Zusammenschau dieser 17 machte deutlich, dass sich fünf Gruppen von Szenariosets bilden lassen, die jeweils ähnliche Erzählungen der »baukulturellen Entwicklung in Österreich« beinhalten. Schließlich wurden diese fünf Gruppen zu Erzählungen verdichtet, vergleichend bewertet und gereiht. Beurteilt wurden Konsistenz, Plausibilität, Verständlichkeit, Vollständigkeit, Prägnanz und Relevanz zur Darstellung baukultureller Entwicklungen.

Aus der Kumulation der Bewertung der fünf Erzählungen ergaben sich schließlich drei konsistente, voneinander gut abgrenzbare und schlüssig darstellbare Erzählungen. Diese wurden zur weiteren Bearbeitung ausgewählt und in einer zweiten Expertinnen- und Expertenrunde in einer strukturierten kritischen Diskussion weiterentwickelt. Schließlich wurden sie erneut verglichen und in die Szenarien mit den Titeln *global*, *integral* und *national* übergeführt. In einer vorformulierten Form wurden diese drei Szenarien in einem Konsultationsprozess mit Fachexpertinnen und -experten aus den Themengebieten gesellschaftliche Entwicklungen, Demografie, Migration, Konsumverhalten, Digitalisierung, Arbeitswelten, Verkehr, Logistik, Landwirtschaft, Energiewirtschaft, Wirtschaft sowie Bau- und Wohnungswesen konkretisiert.

Abb.: Aufspannen eines Raums möglicher Zukünfte zwischen drei Szenarien



Anwendung von Wild Cards

Wild Cards beschreiben extreme zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen, die zwar eine geringe Eintrittswahrscheinlichkeit aufweisen, jedoch schwerwiegenden und nachhaltigen Einfluss auf das betrachtete System nehmen können. Entsprechend wurden für die vorliegenden Szenarien 14 Wild Cards dargestellt, die sich besonders relevant auf Aspekte der Baukultur auswirken. Die Anwendung dieser Wild Cards auf die Szenarien ermöglicht eine Einschätzung, ob die Baukultur in den jeweils dargestellten Ausprägungen in dieser Extremsituation zur Wahrung von Stabilität beitragen kann oder nicht. Die Wild Card *digitaler Super-Gau* wurde für eine detailliertere Betrachtung ausgewählt.

Objektivierung und Strategieentwicklung

Ausblick auf die Inhalte von Teil II – Chancen, Risiken, Ziele und Strategien

Um die Szenarien über die assoziative Anregung hinaus nutzbar zu machen, werden ihre Aussagen in Teil II des Reports in einen objektivierenden Kontext gestellt. Als Grundlage dieser Objektivierung wurden die *Kriterien für das Gelingen guter Baukultur* herangezogen. Diese Kriterien sind Teil der Baukulturellen Leitlinien des Bundes, die auf Initiative des Beirats für Baukultur und im Auftrag des Bundeskanzleramtes parallel zum dritten Baukulturreport in einem breiten Konsultationsprozess erarbeitet wurden.⁵ Bezugnehmend auf diese Kriterien wurden die Szenarien *global*, *integral* und *national* einer vergleichenden Chancen-Risiken-Analyse unterzogen. In weiterer Folge wurden bestehende politische Zielsetzungen betreffend die österreichische Baukultur, wie sie in den Regierungsprogrammen seit 2000 formuliert wurden, erfasst und hinsichtlich der Kriterien für das Gelingen guter Baukultur bewertet. Abschließend wurden die bewerteten Zielvorgaben in Bezug zu den Szenarien *global*, *integral* und *national* sowie zu der vorliegenden Chancen-Risiken-Analyse gesetzt. Aus der Zusammenschau dieser unterschiedlichen Objektivierungsschritte wurden fünf strategische Leitgedanken für eine erfolgreiche Baukulturpolitik in Österreich abgeleitet. Eingehender werden diese Arbeitsschritte im Kapitel zur Arbeitsweise zu Beginn von Teil II dargestellt.

5 Bundeskanzleramt, Baukulturelle Leitlinien des Bundes, beschlossen im Ministerrat vom 22.08.2017, www.baukultur.gv.at (letzter Zugriff: 23.08.2017). Die Baukulturellen Leitlinien sind eine freiwillige Selbstbindung des Bundes sowie seiner ausgegliederten Rechtsträger im öffentlichen Interesse und Basis für partnerschaftliches Vorgehen aller Akteurinnen und Akteure.

2 Politikfelder



2 Politikfelder

Um Szenarien erstellen zu können, müssen Themenstellungen definiert und eingegrenzt werden, die in die Zukunft projizierbar sind. Dafür wurden Zusammenhänge untersucht, die speziell relevant für Baukultur sind und sich durch hohe Ressourcenintensität auszeichnen. Als wesentlich erkannt wurden die begrenzte Ressource Raum, der Wohnbau mit seiner zunehmend schwierigen Finanzierbarkeit beziehungsweise Leistbarkeit sowie die Immobilien, Infrastrukturen und raumdeterminierende Einflussbereiche der öffentlichen Hand. Aus diesen Themenkreisen wurden die im Folgenden beschriebenen vier Politikfelder entwickelt.

Das Politikfeld *Landschaft als Ressource*

Die Landschaft ist die Ganzheit, vor der wir unsere Umwelt wahrnehmen. Wie sie gestaltet ist und sich ausprägt, ist daher von wesentlicher Bedeutung für Baukultur. Die Landschaft ist Grundlage für die Produktion von Lebensmitteln, Rohstoffen fürs Bauen, für Energie und Bauland. Gleichzeitig bietet sie Erholung. Intakte Landschaften beherbergen vielfältige Gemeinschaften von lebenden Organismen, die vor Hochwasser, Muren und Lawinen schützen und Luft und Trinkwasser hoher Qualität zur Verfügung stellen. Sie dienen der Erhaltung der Biodiversität, dem Kleinklima und dem Klimaschutz. Landschaft ist eine endliche Ressource. Nur 37 Prozent der österreichischen Landesfläche eignen sich als Dauersiedlungsraum. Hier werden Infrastrukturen und jährlich rund 25.000 neue Gebäude⁶ errichtet, Betriebs-, Erholungs- und Abbauflächen gewidmet und es wird Landwirtschaft betrieben.

Österreich ist ein Gebirgsland. Fast zwei Drittel der Landesfläche sind alpin geprägt. Die Topografie und die klein strukturierte Bewirtschaftung bilden die Grundlage für den landschaftlichen Reichtum und die biologische Vielfalt. Die Landschaft ist neben der Attraktivität der Städte Hauptgrund für die mehr als 135 Millionen jährlichen Nächtigungen.⁷ Es gibt aber auch Schattenseiten: Ausgeräumte, eintönige Landschaften kennzeichnen die intensiv genutzten Landwirtschaftsgebiete im Alpenvorland und in Ostösterreich sowie in alpinen Talböden. Anstelle kompakter Siedlungen findet man vielerorts einen regelrechten Siedlungsbrei vor. Infrastrukturen wie Autobahnen, Stromtrassen, Windkraftanlagen etc. stellen erhebliche Landschaftseingriffe dar.

Obwohl die Land- und Forstwirtschaft einen gewaltigen Strukturwandel durchgemacht hat, durch den sich die Anzahl der Betriebe von 432.000 im Jahr 1950 auf 166.000 bis 2013 reduziert und sich die Betriebsgrößen dadurch erhöht haben,⁸ hat sich eine vergleichsweise klein strukturierte Landwirtschaft erhalten.

6 Statistik Austria, Fertiggestellte Wohnungen und Gebäude 2005 bis 2015, Wohnungs- und Gebäudebestand Ende 2015, letzte Änderung: 13.01.2017, www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/wohnen/wohnungen_und_gebaeudeerrichtung/fertigstellungen/index.html (letzter Zugriff: 16.05.2017)

7 Statistik Austria, Tourismus-Satellitenkonto – Wertschöpfung, Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Tourismus und der Freizeitwirtschaft in Österreich 2000 bis 2016, letzte Änderung: 03.05.2017, www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/tourismus/tourismus-satellitenkonto/wertschoepfung/index.html#index1 (letzter Zugriff: 08.05.2017)

8 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Grüner Bericht, Bericht über die Situation der Österreichischen Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2015, 57. Auflage, Wien 2016, S. 58

Österreich weist zudem mit rund 20 Prozent europaweit den höchsten Anteil an Biobauern auf. Aufgrund der Topografie ist landwirtschaftlich nutzbarer Boden ein knappes Gut. Mehr als 16 Hektar Flächen werden pro Tag neu beansprucht, dazu kommt die Fragmentierung der Freiräume durch Zersiedlung und Verkehrsachsen. In Österreich gibt es mehr als 138.500 km Straßen⁹, das ist der relativ höchste Wert in Europa, und über 4,8 Millionen Pkw¹⁰ – samt den nötigen Stellplätzen bei Wohnungen, an Arbeitsorten, bei Geschäften und Dienstleistern, bei öffentlichen und Freizeiteinrichtungen. Fast 80 Prozent der österreichischen Gebäude sind Ein- und Zweifamilienhäuser, über ein Drittel des gewidmeten Baulandes ist nicht genutzt. Im internationalen Vergleich weist Österreich mit 1,75 m²/EinwohnerIn¹¹ besonders viele Einzelhandelsflächen auf, häufig dezentral an den Ortsrändern gelegen, während innerörtlich der Leerstand steigt. Innenentwicklung und Nachverdichtung statt einer weiteren Ausuferung der Siedlungs-, Industrie-, Gewerbe- und Handelsgebiete sind folglich zentrale Herausforderungen.

Zunehmend gewinnt Landschaft als Grundlage für die Erzeugung erneuerbarer Energie an Bedeutung. Der Anteil erneuerbarer Energie beträgt in Österreich rund 33 Prozent und ist damit deutlich höher als der Durchschnitt der EU-28 mit 16 Prozent. Wobei der Wasserkraft mit über 37 Prozent der größte Beitrag zur erneuerbaren Energieerzeugung in Österreich zukommt.¹² Vornehmlich in Ostösterreich produzieren 1191 Windkraftanlagen Strom,¹³ auch Biomasse spielt eine große Rolle. 2013 wurden 7 Prozent der Ackerfläche Österreichs zur Energieproduktion genutzt, Tendenz steigend. Zugleich exportiert Österreich Landschaftsverbrauch, das heißt die Hälfte der Landschaft, die zur Deckung des österreichischen Lebensmittelbedarfs nötig ist, liegt nicht in Österreich.

Bereits heute sind die Auswirkungen des Klimawandels auf Natur, Gesellschaft und Wirtschaft zu spüren. In Österreich ist die Temperatur im letzten Jahrhundert besonders stark gestiegen. Bis Mitte des 21. Jahrhunderts wird ein weiterer Anstieg

9 Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Faktenblatt Gesamtverkehrsplan für Österreich, Verkehrsleistung in Österreich: Zahlen und Fakten, 2017

10 Statistik Austria, Fahrzeugbestand, Stand Ende 2016, letzte Änderung: 24.04.2017, www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_umwelt_innovation_mobilitaet/verkehr/strasse/kraftfahrzeuge_-_bestand/index.html (letzter Zugriff: 16.05.2017)

11 www.regiodata.eu/de/news/965-verkaufsflaechendichte-in-europa-stagniert (letzter Zugriff: 23.05.2017)

12 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Hrsg.), Biermayr Peter, Erneuerbare Energie in Zahlen 2016, Entwicklung in Österreich, Datenbasis 2015, Wien 2016

13 Interessengemeinschaft Windkraft Österreich, Statistiken und Fakten zur Stromerzeugung aus Windkraft, Windenergie in Österreich, Stand: 12/2016, [www.igwindkraft.at/fakten/?xmlval_ID_KEY\[0\]=1234](http://www.igwindkraft.at/fakten/?xmlval_ID_KEY[0]=1234) (letzter Zugriff: 08.05.2017)

um 1,4 °C erwartet.¹⁴ Zukünftig ist mit Hitzewellen, Temperaturextremen und teils verringerten Wassermengen bei erhöhtem Wasserbedarf und Veränderungen in Fauna und Flora zu rechnen. Maßnahmen zur Anpassung sind erforderlich, um die Folgen möglichst gering zu halten und Chancen zu nutzen. Die Landschaft muss Spielräume für die Zukunft offenhalten und den Freiraum schaffen für Bedürfnisse, die noch gar nicht bekannt sind. Mit Nationalparks, Biosphärenreservaten und Naturparks stehen 28 Prozent der Landesfläche unter Schutz und bieten eine gute Grundlage dafür. Klimaschutz und Klimaanpassung sind, ebenso wie Flächeneinsparung, Boden- und Biodiversitätsschutz, baukulturelle Aufgaben.

Factbox¹⁵

Flächenanteile

Fläche Österreichs 83.879 km²

62 % alpines Hochgebirge

47 % Wald

10 % Bundesforste (größter Grundbesitzer)

28 % Schutzgebiete Natur und Landschaft

37 % Dauersiedlungsraum

32 % Landwirtschaft

3 % Bauflächen, davon $\frac{2}{3}$ unversiegelt¹⁶

3,7 % gewidmetes Bauland

2,7 % gewidmetes und bebautes Bauland

1,7 % Flüsse und Seen

39,5 % der Flüsse in ökologisch gutem/sehr gutem Zustand¹⁷

2 % Straßen, Bahntrassen, Flugplätze

138.696 km Straßen (Bundesstraßen inkl. Autobahnen, Landes- und Gemeindestraßen)¹⁸

14 Vgl. Österreichischer Sachstandsbericht Klimawandel 2014 (AAR14). Austrian Panel on Climate Change (APCC), Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 2014

15 Regionalinformation der Grundstücksdatenbank (BEV), aufbereitet durch Umweltbundesamt, Statistik Austria, 2012

16 Definition gem. Grundstücksdatenbank: Benützungsort »Baufläche« mit den Nutzungen »Gebäude« und »Gebäudenebenflächen«, »Gärten«, »Sonstige« mit den Nutzungen »Betriebsflächen« und »Friedhöfe«

17 Umweltbundesamt, Elfter Umweltkontrollbericht, Umweltsituation in Österreich, Bericht des Umweltministers an den Nationalrat, 2016

18 Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Faktenblatt Gesamtverkehrsplan für Österreich, Verkehrsleistung in Österreich: Zahlen und Fakten, 2017

Flächeninanspruchnahme^{19, 20}

Bau- und Verkehrsflächen: 7 Hektar/Tag

Betriebs-, Erholungs- sowie Abbauflächen: 9,1 Hektar/Tag

Gesamte Flächeninanspruchnahme: 16,1 Hektar/Tag

Durchschnittliche Flächeninanspruchnahme pro Jahr: 60 km²

Gebäude und Wohnungen²¹

2,2 Mio. Gebäude

90% aller Gebäude sind Wohngebäude

79% aller Gebäude sind Ein- oder Zweifamilienhäuser

45% aller Wohnungen befinden sich in Ein- und Zweifamilienhäusern

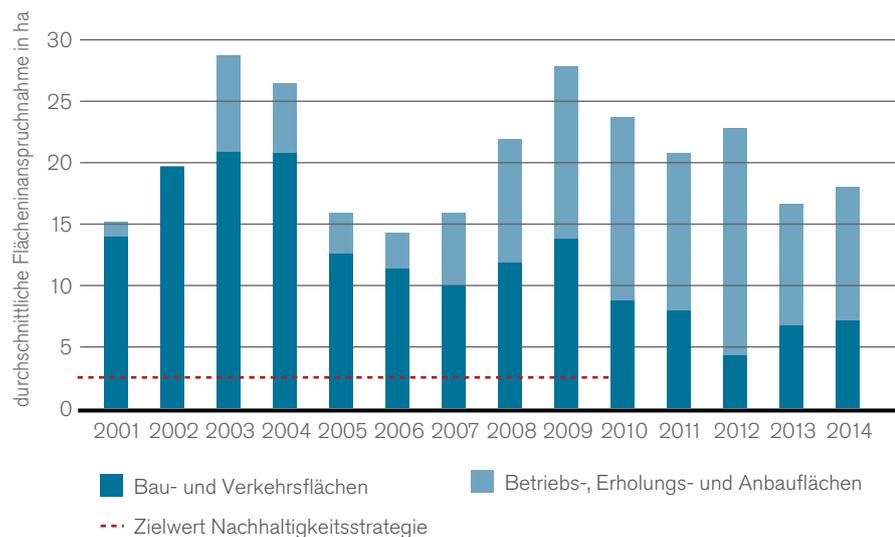
Zunahme 2001–2011:

7% mehr Gebäude

11% mehr Ein- und Zweifamilienhäuser

15% mehr Wohnungen

Abb.: Entwicklung der täglichen Flächeninanspruchnahme in Österreich 2001 bis 2014²²



- 19 Definition gem. Grundstücksdatenbank: Benützungsort »Baufläche« mit den Nutzungen »Gebäude« und »Gebäudenebenenflächen«, »Gärten«, »Sonstige« mit den Nutzungen »Betriebsflächen« und »Friedhöfe« sowie »Straßenverkehrsanlagen«, »Verkehrsrandflächen«, »Parkplätze« und »Schienenverkehrsanlagen«
- 20 Umweltbundesamt, www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/raumordnung/rp_flaecheninanspruchnahme/ (letzter Zugriff: 23.05.2017)
- 21 Statistik Austria, Registerzählung 2011 (31.10.2011), www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/wohnen/wohnungs_und_gebaeudebestand/index.html (letzter Zugriff: 23.05.2017)
- 22 Umweltbundesamt, Elfter Umweltkontrollbericht, Umweltsituation in Österreich, Bericht des Umweltministers an den Nationalrat, 2016, S. 141

Das Politikfeld *Stadt und Region*

Österreichs Siedlungsbild ist ein Spiegel des Wohlstands in diesem Land. Millionen Bürgerinnen und Bürger wohnen in großzügigen Eigenheimen mit Hunderten Quadratmetern Garten. Jedes auch noch so entlegene Haus ist durch asphaltierte Wege erschlossen und an das Trinkwasser-, Kanal-, Strom- und Telefonnetz angebunden. Nirgends in der EU gibt es eine derartig hohe Versorgungsdichte im Einzelhandel²³ – und kaum wo so viele private Kraftfahrzeuge, die die Bevölkerung auf einem perfekt ausgebauten Straßennetz überall hinbringen. Der Motorisierungsgrad stieg in Österreich vom Jahr 1965 bis 2009 um 379 Prozent, von 109 Pkw auf 522 Pkw pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Bei internationaler Betrachtung lag der Motorisierungsgrad in Österreich im Jahr 2008 mit 514 Pkw/1000 Ew. über dem EU-15-Durchschnitt mit 501 Pkw/1000 Ew. und noch deutlicher über dem EU-27-Durchschnitt mit 470 Pkw/1000 Ew.²⁴ Allerdings geht mit dieser Siedlungsentwicklung ein europaweit unübertroffener Verbrauch von Landschaft, Boden sowie ein Bedarf an Infrastruktur einher, der im Gegensatz zu den Nachhaltigkeitszielen der heimischen Politik steht.²⁵

Von breitem Wohlstand konnte man hierzulande erstmals in den 1950er-Jahren sprechen. Nach Überwindung der Kriegsfolgen boomte die Wirtschaft und ließ bald alle am Wachstum, sprich an der neuen Konsumgesellschaft, teilhaben. Besonders prestigeträchtig war dabei das eigene Auto. Es ermöglichte den Österreicherinnen und Österreichern ab den 1960er-Jahren die Entkopplung des Wohnens von den Orts- und Stadtzentren – und damit die neue Wohnform des freistehenden Einfamilienhauses. Räumliche Nähe, bauliche Dichte und die damit verbundene Durchmischung aller Funktionen waren nun keine Voraussetzungen mehr, um im Alltag alles Notwendige zu erreichen. Im Gegenteil: Nähe, Dichte und Nutzungsmischung wurden bald als Konfliktherd oder Störfaktor gesehen. Darauf reagierten auch die ersten Flächenwidmungspläne in den 1970er-Jahren, die den Prinzipien der Moderne folgend eine weitgehende Trennung von Wohnen und Arbeiten sowie deren Verlagerung aus den Zentren an die Peripherie forcierten. In den Bauordnungen und den Bebauungsplänen legte man Wert

23 www.regiodata.eu/de/news/965-verkaufsflaechendichte-in-europa-stagniert (letzter Zugriff: 23.05.2017)

24 Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Abteilung II/Infra 5 (Hrsg.), *Verkehr in Zahlen, Österreich, Ausgabe 2011*, Wien 2012, verfügbar unter: www.bmvit.gv.at/verkehr/gesamtverkehr/statistik/downloads/viz_2011_gesamtbericht_270613.pdf (letzter Zugriff: 23.05.2017)

25 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Hrsg.), *Die österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung, Eine Initiative der Bundesregierung*, Wien 2002, S. 70 ff.

auf ausreichende Abstandsflächen zur Vermeidung von Nutzungskonflikten sowie auf ein großzügiges Stellplatzangebot – wodurch jeglicher Anspruch auf eine kompakte Siedlungsentwicklung aufgegeben wurde. In den 1980er-Jahren waren die Folgen dieser Politik bereits österreichweit zu beobachten: Der Handel wanderte an die Orts- und Stadtränder ab, das Gewerbe in entlegene Betriebsbaugelände²⁶ – und die Zentren waren mehr und mehr von Leerstand betroffen. In den 1990er-Jahren war erstmals Leidensdruck angesichts dieser Entwicklung spürbar. Zunehmend benachteiligt sind alle jene, die nicht uneingeschränkt mit einem eigenen Auto unterwegs sein können: Kinder und Jugendliche, Frauen mit Kleinkindern,²⁷ ältere Personen ... Die Verödung von Orts- und nun auch schon Stadtkernen schritt voran. Der hohe Bodenverbrauch im Stadtumland führte in den Agglomerationen zu Flächenverknappung und kaum noch leistbaren Baulandpreisen. In abgelegenen Gegenden bewirkte das Baulandüberangebot Zersiedlung und hohe Infrastrukturkosten – und der Autoverkehr nahm, auch zulasten des Klimas, kontinuierlich zu.²⁸

Die Raumordnung versuchte diesen Problemen zu begegnen – sei es mit ersten Modellen von Vertragsraumordnung und Bodenpolitik,²⁹ sei es mit rechtlichen Instrumenten zur Beschränkung von Einkaufs- und Fachmarktzentren³⁰ oder mit gezielt langfristiger und ganzheitlicher Planung auf Basis der sich rasch verbreitenden Nachhaltigkeitsziele. Infolge des wachsenden Wohlstands³¹ konnte sich die öffentliche Hand die Subventionierung dieser Siedlungsentwicklung jedoch nach wie vor leisten, sodass weder Politik noch Gesellschaft den gewohnten Lebensstil tatsächlich infrage stellten. So beobachten wir heute trotz zahlreicher weiterer Strategiepapiere, Raumordnungsgesetze und Entwicklungskonzepte, die

26 www.textilzeitung.at/business/detail/einkaufszentren-zahl-und-umsatz-sinkt.html (letzter Zugriff: 23.05.2017)

27 Anmerkung: Die Entkoppelung des Wohnortes von den Orts- und Stadtzentren sowie die Trennung von Wohnung und Arbeit sind vor allem für Frauen ein Problem, da sie noch immer für den Hauptteil der Kinderversorgung verantwortlich sind. Fehlende Infrastruktur bedeutet daher vor allem für Frauen ab dem Zeitpunkt der Elternschaft eine Reduzierung der Arbeitszeit. So betrug im Jahr 2016 in der Gruppe der 25–49-jährigen mit Kindern unter 15 Jahren die Teilzeitquote bei Frauen 75,1 % und bei Männern 6,9 %. Hinzu kommt der übergroße Anteil an Frauen bei Ein-Eltern-Familien. Vgl.: www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/haushalte_familien_lebensformen/familien/023083.html (letzter Zugriff: 02.08.2017)

28 alt.gemeindebund.at/news.php?id=1370&m=5&sm=16&PHPSESSID=7a7d0c81292fae986bdef771c126e9 (letzter Zugriff: 23.05.2017)

29 homepage.univie.ac.at/peter.weichhart/Homepage/Forschung/Raumordnung/ROVertragsro01.htm (letzter Zugriff: 23.05.2017)

30 Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, 69. Verordnung: Einkaufszentren Verordnung, ausgegeben am 6. März 1998, Teil II, verfügbar unter: www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1998_69_2/1998_69_2.pdf (letzter Zugriff: 23.05.2017)

31 wko.at/statistik/Extranet/Langzeit/Lang-BIPproKopf.pdf (letzter Zugriff: 23.05.2017)

Gegenteiliges anstreben,³² trotz eines inzwischen gewachsenen Bewusstseins in der Bevölkerung im Wesentlichen eine Fortschreibung des Bisherigen – und damit ein Überborden der seit Jahrzehnten bekannten Probleme. Grund dafür ist nicht nur die mangelnde Umsetzung planungspolitischer Ziele in der Raumordnungspraxis, sondern auch der Umstand, dass Gesetze, Verordnungen, Steuern und Förderungen aus anderen Politikfeldern die Siedlungsentwicklung beeinflussen: Seien es finanzpolitische Instrumente wie der Finanzausgleich und die Kommunalsteuer oder Subventionen wie die Wohnbauförderung oder Transferleistungen wie die Pendlerpauschale, sei es eine kaum wahrnehmbare Grundsteuer oder die fehlende Kostenwahrheit im Verkehr wie auch bei der Siedlungsinfrastruktur.³³ All diese Faktoren verhindern bis heute eine Trendwende in Österreichs Städten und Regionen. Somit ist ihre zukunftstaugliche Gestaltung weit mehr als eine planerische Herausforderung – sie ist eine politische Aufgabe ersten Ranges.

Treibhausgasemissionen bezogen auf den Ausgangswert 1990

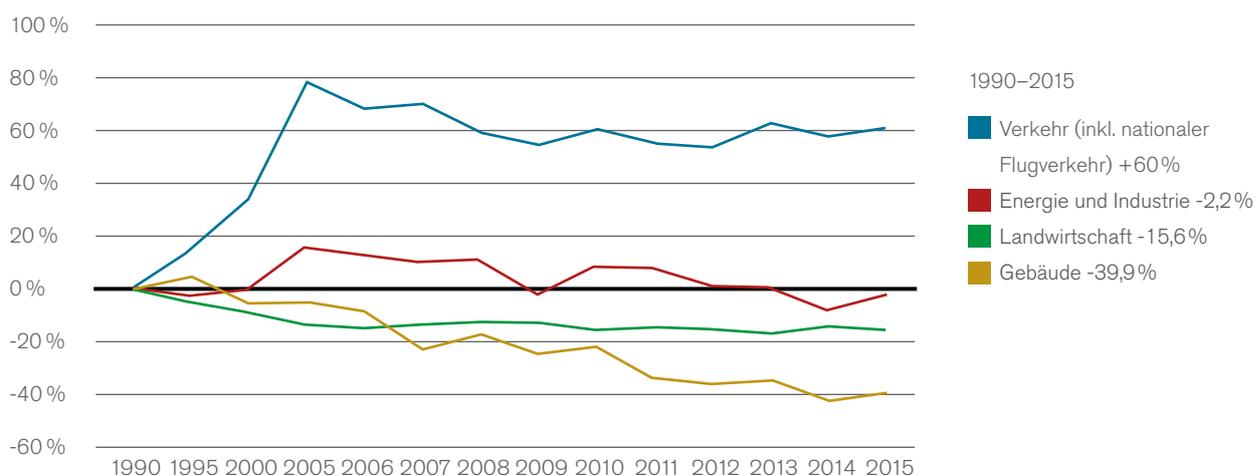


Abb.: Treibhausgasemissionen in Österreich: Vergleich nach Emittenten von 1990 bis 2015³⁴

32 www.nachhaltigkeit.at/assets/customer/Downloads/Strategie/_STRAT_2010_07_20_Beschluss_20Ministerrat.pdf (letzter Zugriff: 23.05.2017)

33 Kletzan-Slamanig Daniela, Köppl Angela, Subventionen und Steuern mit Umweltrelevanz in den Bereichen Energie und Verkehr, Wien 2016, verfügbar unter: www.klimafonds.gv.at/assets/Uploads/Presseaussendungen/2016/PK-Wifo-Subvention/StudieSubventionen-und-Steuern-mit-Umweltrelevanz2016.pdf (letzter Zugriff: 23.05.2017)

34 Eigene Darstellung nach den Zahlen der Präsentation Treibhausgas-Bilanz 2015, Daten, Trends & Ausblick, Jänner 2017, des Umweltbundesamtes

Factbox

Motorisierungsgrad³⁵

1965: 109 Pkw pro 1000 Einwohner und Einwohnerinnen
2008: 514 Pkw pro 1000 Einwohner und Einwohnerinnen
EU-27-Durchschnitt 2008: 470 Pkw pro 1000 Einwohner und Einwohnerinnen

Entwicklung des Pkw-Verkehrs³⁶

in Mrd. Personenkilometern
1990: 55,7
2000: 66,7
2010: 73,5
2014: 76,6 (+38 % seit 1990)

Entwicklung der Verkehrsnetze³⁷

Autobahnen und Schnellstraßen

1970: 494 km
2010: 2185 km
Veränderung: +442 %

Eisenbahnnetz (ÖBB und Privatbahnen)

1970: 6506 km
2010: 5627 km
Veränderung: – 13,5 %

35 Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Abteilung II/Infra 5 (Hrsg.), Verkehr in Zahlen, Österreich, Ausgabe 2011, Wien 2012, verfügbar unter: www.bmvit.gv.at/verkehr/gesamtverkehr/statistik/downloads/viz_2011_gesamtbericht_270613.pdf (letzter Zugriff: 23.05.2017)

36 www.vcoe.at/news/details/vcoe-kfz-verkehr-ist-in-oesterreich-seit-1990-massiv-gestiegen (letzter Zugriff: 23.05.2017)

37 Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Abteilung II/Infra 5 (Hrsg.), Verkehr in Zahlen, Österreich, Ausgabe 2011, Wien 2012, S. 42 ff., verfügbar unter: www.bmvit.gv.at/verkehr/gesamtverkehr/statistik/downloads/viz_2011_gesamtbericht_270613.pdf (letzter Zugriff: 23.05.2017)

Einkaufs- und Fachmarktzentren³⁸

Einkaufszentren (EKZ) 2016: 132

Fachmarktzentren (FMZ) 2016: 96

Handelsfläche von EKZ und FMZ 2000: 2 Mio. m²

Handelsfläche von EKZ und FMZ 2016: 4 Mio. m²

Gemeinden ohne Nahversorger³⁹

1997: 320 von 2354 Gemeinden

2011: 690 von 2100 Gemeinden

38 www.textilzeitung.at/business/detail/einkaufszentren-zahl-und-umsatz-sinkt.html (letzter Zugriff: 23.05.2017)

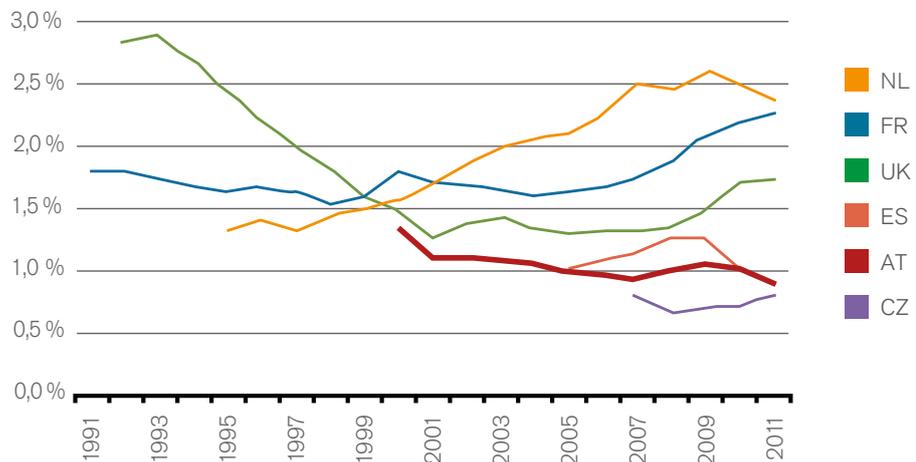
39 alt.gemeindebund.at/news.php?id=1370&m=5&sm=16&PHPSESSID=7a7d0c81292fae98986bdef771c126e9 (letzter Zugriff: 23.05.2017)

Das Politikfeld Wohnbau

Der Wohnbau ist ein wesentlicher Baukulturfaktor, weil hohe öffentliche Mittel in diesen Sektor fließen, weil er als Ansatzpunkt für Konjunktur-, Sozial- und Planungspolitik dient und weil Kosten und Qualitäten des Wohnbaus entscheidend für die Lebensqualität aller sind.

Österreich gilt international als vorbildlich in der Wohnbaupolitik. Das liegt an der spezifischen Kombination von Wohnbauförderung, Gemeinnützigkeit und Mieterschutz. Die Verknüpfung von umfangreichen staatlichen Mitteln der direkten Objektförderung mit starker Präsenz gemeinnütziger Bauvereinigungen ist einzigartig, denn viele andere Staaten betreiben Wohnbaupolitik vor allem durch Subjekt- und indirekte Förderungen. Die direkte Objektförderung hat den Vorteil, dass sie Werkzeug politischen Handelns sein kann, dass sie Wohnkosten senkt und kosteneffizient ist.⁴⁰ Im internationalen Vergleich sind Österreichs Ausgaben im Rahmen der Wohnbaupolitik dennoch unterdurchschnittlich. Die aktuelle Situation (knappe Fördermittel, hohe Qualitätsvorgaben, niedrige Zinsen, hohe Immobiliennachfrage, steigende Grundstücks- und Baukosten) bringt dieses Modell allerdings unter Druck.⁴¹

Abb.: Entwicklung der Staatsausgaben für Wohnen in ausgewählten europäischen Staaten zwischen 1991 und 2011⁴²



40 Institut für Immobilien, Bauen und Wohnen GmbH, im Auftrag des Landes Niederösterreich, Amann Wolfgang et al., Staatsausgaben für Wohnen und deren Wirkung im internationalen Vergleich, 2013

41 Österreichischer Verband der Immobilienwirtschaft, Streissler-Führer Agnes et al., Fact sheets: Leistbare Mieten – Leistbares Leben, 2015

42 Institut für Immobilien, Bauen und Wohnen GmbH, im Auftrag des Landes Niederösterreich, Amann Wolfgang et al., Staatsausgaben für Wohnen und deren Wirkung im internationalen Vergleich, 2013, S. 47

Die Wohnbauförderung ist heute eine Förderung für breite Einkommensschichten und nicht vorrangig für Einkommensschwache; das reduziert Segregation, erhöht aber die Kosten. Trotz Sanierungsförderung ist die angestrebte Sanierungsquote von 3 Prozent außer Reichweite. Die entscheidende Begrenzung für Wohnbau in den Städten ist derzeit die Verfügbarkeit von Grundstücken, die preiswert genug für geförderten Wohnbau sind. Die ursprünglich auf Bundesebene angesiedelte Wohnbauförderung ist heute weitgehend verländert.⁴³

Die Wohnungsgemeinnützigkeit ist die zweite wichtige Säule des österreichischen Wohnbaus. Deren spezifische Bedingungen (Kostenmiete, Gewinnbeschränkung, Bauverpflichtung, Revision) bewirken langfristig preiswerte, gebundene Mieten. Der österreichische Wohnungsmarkt war lange sehr stabil durch den großen Anteil dieser geförderten Mietwohnungen der Gemeinnützigen und durch preisregulierte private Mietwohnungen. Allerdings wurde der private Mietwohnungsmarkt dereguliert und der Mieterschutz ist heute eingeschränkt. So sind aktuell etwa zwei Drittel der neuen privaten Mietverträge in Wien befristet.⁴⁴

Der Wohnbau ist aktuell bestimmt von der Gleichzeitigkeit immensen Wachstumsdrucks in den größeren Städten und in deren Speckgürteln auf der einen Seite und fortschreitender Schrumpfung in peripheren Lagen auf der anderen Seite. Gründe dafür sind das starke Bevölkerungswachstum vor allem durch Zuwanderung innerhalb der EU sowie die Abwanderung in Städte aufgrund der dort vermehrt verfügbaren Arbeitsplätze, Bildungsangebote und der besseren Infrastruktur. Dazu kommt, dass in den Städten zwar der Anteil Jüngerer an der Bevölkerung zunimmt, gleichzeitig aber der Anteil der Älteren stark ansteigt.

Im Geschosßwohnbau gibt es nicht ganz ein Drittel private Mietwohnungen und jeweils circa ein Viertel Eigentumswohnungen, gemeinnützige Miet- und Kommunalwohnungen. Der Anteil der Wohnkosten an den Konsumausgaben liegt bei etwa 20 Prozent, bei den ärmeren Haushalten liegt dieser Anteil bei über 40 Prozent, generell steigt er. Gleichzeitig vergrößert sich der Unterschied zwischen den Sektoren (kommunaler, geförderter, freifinanzierter Wohnbau, Miete und Eigentum) und alle Sektoren sind hinsichtlich der Preise unter Druck.⁴⁵

Aktuell offene Fragen sind: der europäische Druck auf die Wohnbauförderung, sich auf »Bedürftige« zu beschränken; der Mangel an preiswerten Wohnungen, auch

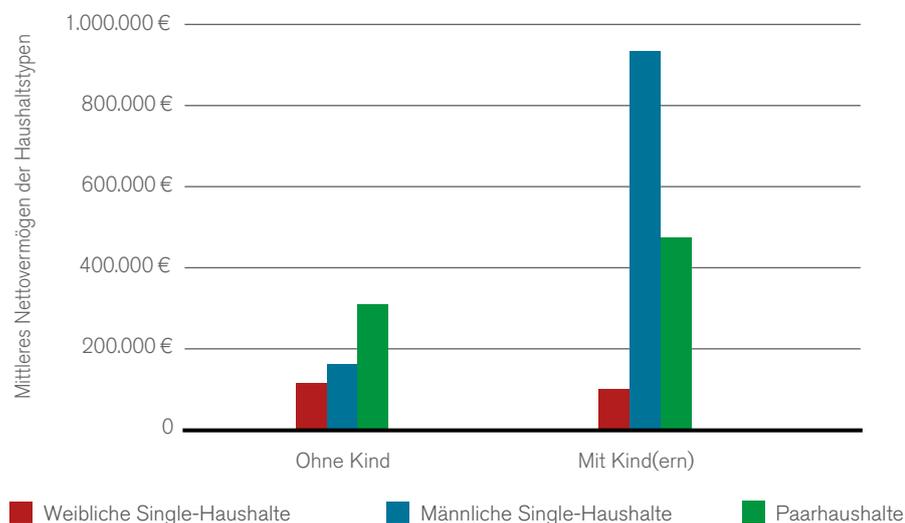
43 Österreichischer Verband der Immobilienwirtschaft, Streissler-Führer Agnes et al., Fact sheets: Leistbare Mieten – Leistbares Leben, 2015

44 Tockner Lukas, Wohnungsmieten und Wohnungspreise in Wien 2015, Februar 2017, Tabelle 4

45 Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen, Oberhuber Andreas et al., Zahlen, Daten, Fakten zu Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft in Österreich, 2014

innerhalb des geförderten Sektors; der Preisdruck am Bodenmarkt und bei den Baukosten; die zunehmende Schwierigkeit, die Preise am privaten Mietwohnungsmarkt zu dämpfen; die fehlende Konzentration auf nachhaltige Siedlungsentwicklung und Nutzungsmischung im Wohnbau; die Konzentration des Klimaschutzes auf Energieeffizienz von Gebäuden, ohne die Bedeutung der Siedlungsentwicklung für Verkehr zu berücksichtigen; die schleichende Reduktion von Qualitätsstandards aufgrund des Nachfragedrucks; die zu geringe Sanierungsquote; die zu geringe Berücksichtigung geänderter Bedürfnisse im Wohnbau, die etwa durch die Diversifizierung der Gesellschaft oder demografische Veränderung auftreten.

Abb.: Die Darstellung des mittleren Nettovermögens der Haushaltstypen nach Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder in Euro, Stand 2014, weist die »weiblichen Single-Haushalte« und die »weiblichen Single-Haushalte mit Kind(ern)« als spezifische Zielgruppe für leistbare Wohnangebote aus.⁴⁶



Fact-Box

Entwicklung der durchschnittlichen Wohnfläche/Person⁴⁷

1971: 22,9 m²; 1981: 28,4 m²; 1991: 32,7 m²; 2001: 38,7 m²; 2011: 43,7 m²

Grundstücksgröße von Einfamilienhäusern

800 m² (Durchschnitt)⁴⁸

- 46 Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik (Hrsg.), Mader Katharina, Schneebaum Alyssa, Hollan Katarina, Klopff Patricia, Vermögensunterschiede nach Geschlecht, Erste Ergebnisse für Österreich, 2014, S. 10
- 47 Amann Wolfgang, Lugger Klaus, Österreichisches Wohnhandbuch 2016, Innsbruck, Wien, Bozen 2016, S. 29, verfügbar unter: iibw.at/documents/2016%20Amann_Lugger%20%C3%96sterreichisches%20Wohnhandbuch.pdf (letzter Zugriff: 23.05.2017)
- 48 Stejskal Martin, Bußwald Petra, Ferk Heinz, Supper Susanne, Tappeiner Georg, Bilanzie-

Wohnbaulandpreise/m² 2013^{49, 50}

Stadt Salzburg: 931 Euro (Durchschnitt)

Österreich: 115 Euro (Durchschnitt)

Bezirk Jennersdorf: 24 Euro (Durchschnitt)

Anteil der Haushaltsformen in Wien^{51, 52}

(in anderen großen Städten vergleichbar)

46% Einpersonenhaushalte

22% Paare ohne Kinder

20% Paare mit Kindern

8% einzelne Erwachsene mit Kindern

In Österreich leben 42 % der Haushalte in Mietwohnungen und etwa die Hälfte im Eigentum; in den Städten ist der Mietanteil höher, das Verhältnis Miete zu Eigentum liegt in Wien bei 70:20, in den anderen großen Städten ca. 60:30.^{53, 54}

Die durchschnittliche Miete betrug 2015 7,10 Euro brutto pro m², die durchschnittliche Miete bei Neuverträgen betrug 8,70 Euro, bei befristeten Mietverträgen sogar 9,40 Euro.⁵⁵

Energiekosten machen etwa 27 % der gesamten Wohnkosten aus; bei armutsgefährdeten Haushalten steigt dieser Anteil auf etwa das Doppelte.⁵⁶

rung der Grauen Energie in Wohnbau und zugehöriger Infrastruktur-Erschließung, Bericht zu Arbeitspaket AP2 des Projekts ZERSiedelt, zu energierelevanten Aspekten der Entstehung und Zukunft von Siedlungsstrukturen und Wohngebäudetypen in Österreich, s. l. 2011, S. 36, verfügbar unter: www.zersiedelt.at/zersiedelung-studien-oesterreich/AP2-zersiedelt-graue-energie-wohnbau.pdf (letzter Zugriff: 23.05.2017)

49 salzburg.orf.at/news/stories/2633033/ (letzter Zugriff: 23.05.2017)

50 diepresse.com/home/wirtschaft/boerse/668434/Wo-man-oesterreichweit-am-guenstigsten-wohnt (letzter Zugriff: 23.05.2017)

51 Statistik Austria, Familien- und Haushaltsstatistik 2012, Ergebnisse der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung, Wien 2013, S. 40

52 Statistik Austria (Hrsg.), Census 2011, Gebäude- und Wohnungszählung, Ergebnisse zu Gebäuden und Wohnungen aus der Registerzählung, Wien 2013, S. 119

53 Statistik Austria (Hrsg.), Wohnen 2015 – Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik, Wien 2016, S. 21

54 Anmerkung: Die verbleibenden etwa 10 Prozent stellen andere Rechtsverhältnisse der Nutzung von Wohnungen dar.

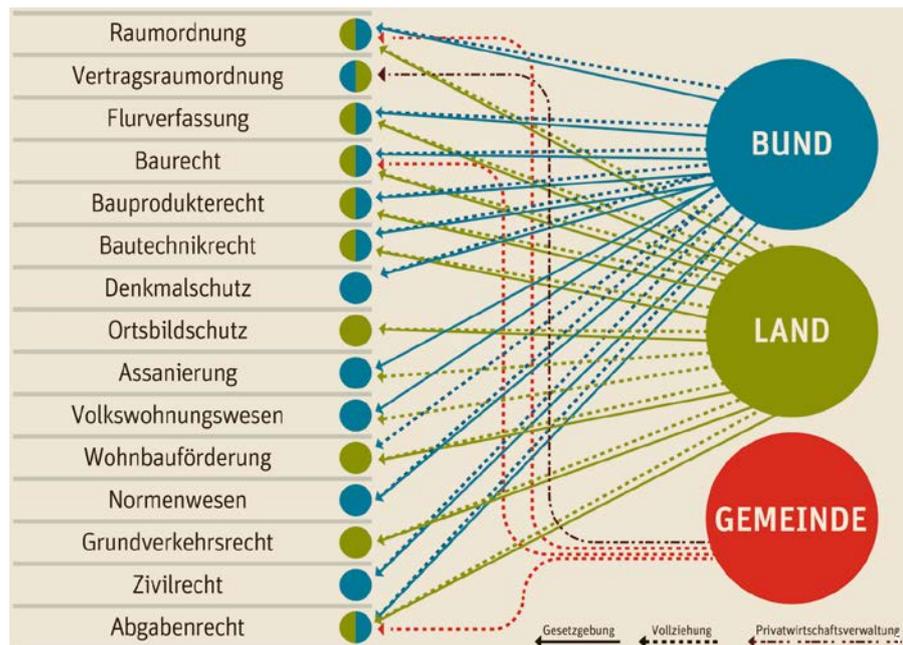
55 Statistik Austria (Hrsg.), Wohnen 2015 – Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik, Wien 2016, S. 39, 43

56 Statistik Austria (Hrsg.), Wohnen 2015, Mikrozensus – Wohnungserhebung und EU-SILC, Wien 2016, S. 64

Das Politikfeld *Öffentlicher Sektor*

Öffentliche Bauten entstehen unter dem Einfluss heterogener Bauherrenstrukturen mit naturgemäß unterschiedlichen Interessenslagen. Das spiegelt sich in den vielfältigen, manchmal divergierenden Anforderungen wider, die an die Gebäude gestellt werden. Die Diversität der Kompetenzen der Auftraggeberinnen und Auftraggeber und die Komplexität ihrer Beziehungen zueinander haben in der jüngsten Vergangenheit zugenommen. Am Beispiel des Wohnrechts zeigt sich deutlich, dass sich Österreich eine aufwendige Überlagerung der Zuständigkeiten quer durch die Gebietskörperschaftsebenen und eine divergierende Auslegung der gesetzlichen Vorgaben leistet. Seit der Abschaffung des Bundesministeriums für Bauten und Technik 1987 wurden die Bundeskompetenzen im öffentlichen Hoch- und Tiefbau schrittweise aufgeteilt bzw. reduziert.⁵⁷ Seitdem fehlt es oftmals an Strategien und an Verbindlichkeit für die Förderung von Baukultur.

Abb.: Kompetenzen im Wohnrecht und in benachbarten Rechtsmaterien⁵⁸



57 Vgl.: Wohnnet, Baubehörden und deren Zuständigkeit, Quelldaten: Bauordnungen, Rechtsinformationssystem des Bundes, Stand 2013, <https://www.wohnnet.at/sanierung/planung/baubehoerde-64234> (letzter Zugriff: 08.05.2017)

58 Holoubek, Michael: Mehr Macht den Ländern oder ein Wohnministerium, in: Der Standard, 01.03.2017

Die Zahl der Gemeinden in Österreich hat sich zuletzt auf 2100 reduziert. Deren Struktur ist kleinteilig, lediglich acht Gemeinden haben mehr als 50.000 Einwohnerinnen und Einwohner.⁵⁹ Die Kommunen errichten, halten instand, bewirtschaften und verwalten Gemeindestraßen, Güterwege, ca. 60.000 Gebäude, darunter Kindergärten, Volks- und Mittelschulen, Pflegeheime, Polizeiinspektionen, Gemeindeämter, Rathäuser, Wasserversorgung, Bauhöfe, Müll- und Abwasserentsorgung, Nahverkehr, Energieversorgung und vieles mehr.⁶⁰ Die landestypisch kleinteilige Gemeindestruktur mit zu selten baukulturell sensibilisierten Entscheiderinnen und Entscheidern führt zu einer systemimmanenten Überforderung der Gemeindepolitik und ihrer Verwaltung. Eine Überregulierung durch Normenwesen, Richtlinien, Verordnungen und Gesetze heizt diese Entwicklung zusätzlich an.

Einer der obersten Grundsätze der Europäischen Union ist der faire und lautere Wettbewerb. Dieser Grundsatz wird in Österreich vorrangig durch das Bundesvergabegesetz⁶¹ umgesetzt. Dieses wäre ein geeignetes Instrument, Baukultur landesweit bei öffentlichen Bauvorhaben einzufordern. In der letzten Novelle 2015 wurde darin das verpflichtend anzuwendende Bestbieterprinzip eingeführt, womit Angebote nicht allein nach dem Preis, sondern nach zuvor definierten Qualitätskriterien bewertet werden.⁶² In der Realität werden jedoch landesweit niederschwellige, scheinbar einfachere Wege in der Abwicklung kommunaler Bauaufgaben angewandt: Durch die sehr freie Auslegung der Schwellenwertverordnung 2009 werden Aufträge so definiert, dass Planungs- und Bauaufgaben in Direktvergabe abgewickelt werden können, statt qualitätsorientierte Vergabeverfahren durchzuführen, die zum Erfolg eines Bauprojekts durch Verbreiterung und Objektivierung beitragen. Bund, Länder und Gemeinden verlagern, unter anderem aus steuerlichen Gründen, Kompetenzen in ausgegliederte Einheiten, die sich trotz klarer Regelung zuweilen nicht an das Bundesvergabegesetz gebunden fühlen. Rund 60 Prozent aller Länderschulden verbergen sich beispielsweise in ausgegliederten Strukturen.⁶³ Eine seriöse, die

59 gemeindegund.at/struktur-der-gemeinden (letzter Zugriff: 17.05.2017)

60 gemeindegund.at/was-unsere-gemeinden-leisten (letzter Zugriff: 17.05.2017)

61 Öffentliche Auftraggeberinnen und Auftraggeber sind bei Vergaben zur Einhaltung des Bundesvergabegesetzes verpflichtet.

62 www.bbg.gv.at/kunden/vergabe-beratung/vergabekompetenz-center/gesetze-verordnungen/oesterreichische-vergabevorschriften/ (letzter Zugriff: 17.05.2017)

63 Verschuldungsdaten des Sektors Staat im Sinne des ESVG 95 (Abschnitt 3.4) und zu den Gemeindebetrieben mit marktbestimmter Tätigkeit (Abschnitte 85–89), die dem privaten Sektor zugerechnet werden, finden sich im Bericht des Staatsschuldenausschusses (Anhang A8) über die öffentlichen Finanzen (STA, 2011). Vgl.: Hauth Eva, Grossmann Bernhard, Ausgliederungen im Bereich der Österreichischen Gemeinden: Umfang, Leistungsspektrum und Risikopotenzial, Ergebnisse per Jahresende 2010, 2012, S. 10, https://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:oHGqX18VYjEJ:https://www.fiskalrat.at/dam/jcr:9e18a2cc-360b-4d24-9a44-b221a968e582/studie-gemeindeausgliederungen-final-5_juni_2012_tcm163-248845.pdf (letzter Zugriff: 19.06.2017)

Gesamtheit betrachtende Risikobewertung aller Ebenen hoheitlicher Verwaltung ist unter diesen Voraussetzungen unmöglich. Kleineren und mittleren Unternehmen der regionalen Wirtschaft – ebenso wie vielen heimischen Ziviltechnikerinnen und Ziviltechnikern – wird durch zunehmend höhere Anforderungen bei der Vergabe der Marktzugang erschwert. Gerade kleinere Gemeinden, die sich Vergaberechts-expertinnen und -experten in der Verwaltung nicht leisten können, setzen vermehrt andere Vergabestrukturen ein, die immer häufiger zu Beauftragungen an Generalübernehmer⁶⁴ führen, da diese weniger Aufwand und Verantwortung für die Verwaltung versprechen, statt die baukulturell bedeutsame Trennung der Vergabe von Planung und Ausführung einzuhalten. Rechtliche Risiken wie Unvereinbarkeiten in der Eigentümerstruktur mancher Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer und Abhängigkeiten beispielsweise in der Finanzierung werden dabei in Kauf genommen. Die Rahmenbedingungen für die Beauftragung unabhängiger Fachplanerinnen und Fachplaner verschlechtern sich. Auch die Reduktion und Einschränkung des offenen Architekturwettbewerbs trägt dazu bei, dass der Anteil unabhängiger Ziviltechnikerinnen und Ziviltechniker am nationalen Planungsvolumen markant sinkt⁶⁵. Dadurch wird mittelfristig die aktuell durch Klein- und Mittelbetriebe geprägte und qualitätsorientierte Berufsgruppe der Architekturschaffenden massiv beeinträchtigt und nachteilig verändert.

Factbox

Gemeindestruktur

Österreichweit aktuell gesamt 2100 Gemeinden

60 Gemeinden zwischen 10.001 und 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern (Ew.)

17 Gemeinden zwischen 20.001 und 50.000 Ew.
acht Gemeinden mehr als 50.000 Ew.⁶⁶

75.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

64 Ein Generalübernehmer (GÜ) übernimmt im Rahmen eines Bauvertrages die Verantwortung für Planungs-, Ausführungs- und Finanzierungsleistungen für ein Bauvorhaben, nicht aber die eigentliche Ausführung. Die Beauftragung unabhängiger Fachplanerinnen und Fachplaner ist seitens der öffentlichen Auftraggeberinnen und Auftraggeber in manchen GÜ-Verträgen auf ein unverbindliches Minimum und überschaubaren Wettbewerb reduziert.

65 architect's council of europe, The Architectural Profession in Europe, 2016, Quelldaten Österreich: Hochrechnung aus einer repräsentativen Stichprobe mit n=392 aus 5200

66 gemeindebund.at/struktur-der-gemeinden (letzter Zugriff: 17.05.2017)

102.462 km Gemeindestraßen⁶⁷

40.000 km Güterwege

ca. 60.000 Gebäude, davon

3361 Kindergärten

717 Kinderkrippen

4420 Volks- und Mittelschulen

über 2200 Schülerbetreuungseinrichtungen

360 öffentliche Pflegeheime

ca. 1000 Polizeiinspektionen⁶⁸

Schuldenstand aller Gemeinden (außer Wien) 2015: 11,25 Mrd. Euro⁶⁹

Gemeindestrukturreform Steiermark:

Gemeinden 2015 von 542 auf 285 reduziert⁷⁰

67 Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Faktenblatt Gesamtverkehrsplan für Österreich, Verkehrsleistung in Österreich: Zahlen und Fakten, 2017

68 gemeindebund.at/was-unsere-gemeinden-leisten (letzter Zugriff: 17.05.2017)

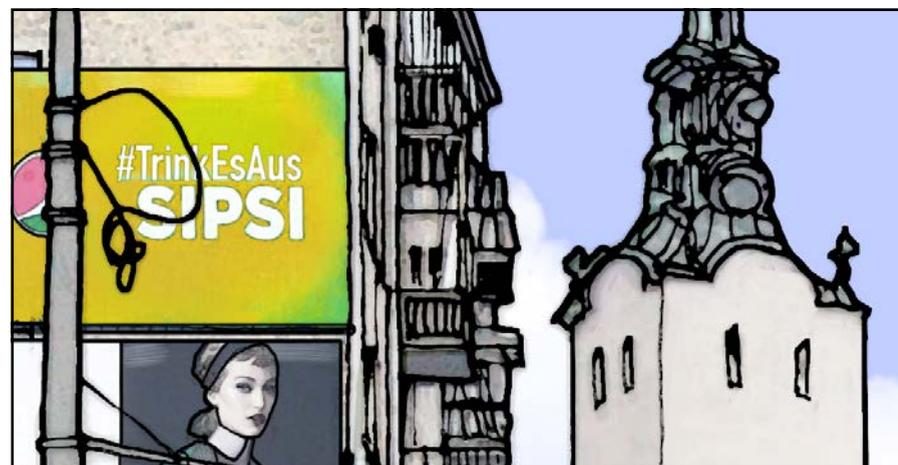
69 Kommunalkredit Austria AG (Hrsg.), Gemeindefinanzbericht 2016, Ergebnisse, Analysen, Prognosen, Rechnungsjahr 2015, Wien 2016

70 Land Steiermark, Gemeindestrukturreform Steiermark Leitbild, Stärkere Gemeinden – Größere Chancen, 2012 Anmerkung: Die rechtswirksame Umsetzung der Reform erfolgte im Jahr 2015

3 Synchronopse

3 Synchronopse

Als Ausgangsbasis für die Erarbeitung der Szenarien wurden die Politikfelder und ihre bisherige Entwicklung in einem Rückblick analysiert. Die folgende Synchronopse setzt ausgewählte Meilensteine dieser Rückschau untereinander und zu einer zeitgeschichtlichen Baseline in Bezug.



Synchronopse

- 16. Jahrhundert (unter Kaiser Maximilian I.):
Gründung der Reichs(hof)kanzlei als erste staatliche Institution für Planung
- 1782 Gründung der Hofstelle als zentrale Behörde, zuständig auch für Bauangelegenheiten
- 1799 Bauakademie Berlin: erste Lehranstalt zur »theoretischen und praktischen Bildung tüchtiger Baumeister«
- 1815 Gründung des k. k. polytechnischen Instituts (heute TU Wien)
- 1817–1861 Erstellung des franziseischen Katasters: Vermessung des gesamten Landes
- 1848 Gründung der Ministerien
- 1848 Gründung des Österreichischen Ingenieur- und Architektenvereins
- 1865 Eröffnung der Wiener Ringstraße
- 1873 Weltausstellung in Wien
- 1883 Bauordnung für Wien und Niederösterreich
- 1893 Generalregulierungsplan Wien
- 1907 Gründung der Zentralvereinigung der Architekten Österreichs als Ständesvertretung der Architekturschaffenden

1921 Gründung des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds

1923 Einführung der Wohnbausteuer in Wien: Start des umfangreichen Wohnbauprogramms des Roten Wien

1923 Bundesgesetz zum Denkmalschutz

1924 Heubergsiedlung, Wien (Planung: Adolf Loos, Hugo Mayer)



1924 Inbetriebnahme der ersten Hochspannungsleitung (110 KV)

1929 Wohnbauförderungs- und Mietengesetz: erstes Wohnbauförderungsgesetz in Österreich

1930 Karl-Marx-Hof, Wien (Planung: Karl Ehn)



1930 Baubeginn Großglockner Hochalpenstraße

1932 Werkbundsiedlung, Wien (Leitung: Josef Frank)



1935 Haus Gamberith am Attersee, Oberösterreich (Planung: Ernst Anton Plischke): erster Staatspreis Architektur



1940 Wohnungsgemeinnützigkeitgesetz; Erste Regelungen hinsichtlich genossenschaftlicher Nutzungsverträge

1947 Neugründung des Wiener Fachbeirats für Stadtplanung (heute: Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung)

1947 Erster Sessellift in Wildschönau

Ab 1947 Per-Albin-Hansson-Siedlung West, Wien (Planung: Friedrich Pangratz, Franz Schuster, Stephan Simony und Eugen Wörle)



1948 Gründung des Wohnhaus-Wiederaufbaus

1954 Wohnbauförderungsgesetz: Mittel auch für die Errichtung von Eigenheimen, Vollzug wandert zu den Ländern

1954 Verfassungsrechtliche Grundlage der Raumordnung in Österreich

1955 Wiederaufnahme des Autobahnbaus

1955 Inbetriebnahme Speicherkraftwerk Kaprun

1955 Ringturm, Wien (Planung: Erich Boltenstern)



1957 Ziviltechnikergesetz: Ständesvertretung durch die Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten

1959 Erstes Donaukraftwerk Ybbs-Persenbeug

1964 Philips-Haus, Wien (Planung: Karl Schwanzer)



1965 Gründung der ÖGFA (Österreichische Gesellschaft für Architektur)

1967 Salzburger Altstadterhaltungsgesetz: erstes Gesetz zum Schutz historischer Ensembles

1967 Gartenstadt Puchenau, Linz (Planung: Roland Rainer)



1968 Wohnbauförderungsgesetz: Einführung der Bundeswohnbauforschung (bis 1987), Zusammenführung der bisher drei parallelen Förderschienen (Fonds, Gesetz)

1969 Erste Raumordnungsgesetze im Burgenland und in Kärnten (bis 1977 folgten auch die anderen Bundesländer)

1970 Wohnungsverbesserungsgesetz: erstmals Mittel für die Sanierung

1971 Gründung der österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK)

1972 ORF Landesstudios in Salzburg, Linz, Innsbruck und Dornbirn (Planung: Gustav Peichl)



1972 Baubeginn Donauinsel

1972/74 Schutzzonengesetz und Altstadterhaltungsfonds in Wien: Mittel für Ensembleschutz, Beginn der sanften Stadterneuerung

1976 »Wohnen morgen«, Hollabrunn (Planung: Ottokar Uhl und Joseph P. Weber): ein Projekt im Rahmen der österreichweiten Initiative für alternativen und zukunftsweisenden Wohnbau



1976 Wohnpark Alterlaa, Wien (Planung: Harry Glück & Partner, Kurt Hlaweniczka und Requat&Reinthalner)



1976 Eröffnung Shopping City Süd: Österreichs erstes und bis heute größtes Einkaufszentrum auf der grünen Wiese

1978 Terrassenhaussiedlung St. Peter, Graz (Planung: Werkgruppe Graz)



1981 Gründung Nationalpark Hohe Tauern: erster Nationalpark in Österreich

1982 Gründung Asfinag

1983 Gründung Gestaltungsbeirat Salzburg: erster Gestaltungsbeirat in Österreich

1984 Wohnbauförderungsgesetz und Wohnhaussanierungsgesetz: Weitere Kompetenzen gehen an die Länder

1984 Start des Verkehrsverbundes Ost Region (VOR)

1987 Auflösung des Ministeriums für Bauten und Technik

1988 Endgültige Verlängerung der Wohnbauförderung

1988 Gründung HDA Haus der Architektur in Graz: erstes Architekturhaus in Österreich (Bis 1997 folgten derartige Institutionen in allen Bundesländern.)

1989 Gründung der Europäischen ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung

1989 Forellengewässersiedlung Salzburg (Planung: O. M. Ungers et al.)



1918

Gründung der Republik Österreich

1920

- 1921 Burgenland wird Teil Österreichs
- 1924 Beginn des Radios in Österreich
- 1927 Brand des Wiener Justizpalastes
- 1929 Weltwirtschaftskrise

1930

- 1933 Charta von Athen: Forderung einer funktionalen Entflechtung der Stadt

1940

1939–1945 Zweiter Weltkrieg

1950

- 1954 Inbetriebnahme des Flughafens Wien-Schwechat für die zivile Luftfahrt
- 1955 Staatsvertrag
- 1957 Römische Verträge: Beginn der Europäischen Einigung
- 1958 Beginn des Linienflugbetriebs durch Austrian Airlines
- 1958 Beginn des regelmäßigen Fernsehens in Österreich

1960

- 1961 Erster Mensch im All
- 1964 Charta von Venedig: Internationale Denkmalschutzkonvention
- 1969 Erster Mensch am Mond

1970

- 1970 Erstes Europäisches Naturschutzjahr
- 1972 UNESCO-Konvention zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt
- 1973 Ölchock
- 1978 Volksabstimmung mit Ablehnung des AKW Zwentendorf

1980

- 1980 Erste Architekturbienale
- 1981 Erster IBM-PC wird vorgestellt
- 1984 Internationale Bauausstellung (IBA) Berlin
- 1984 Besetzung Hainburger Au
- 1985 Weinskandal
- 1985 C-Netz in Österreich: Beginn der mobilen Telefonie
- 1986 Atomkatastrophe von Tschernobyl
- 1986 St. Pölten wird Landeshauptstadt von Niederösterreich
- 1987 Abschlussbericht der Brundtland-Kommission der UNO für eine nachhaltige Entwicklung
- 1989 Fall der Berliner Mauer

- Landschaft als Ressource
- Stadt und Region
- Wohnbau
- Öffentlicher Sektor

1992
Gründung der Bundesimmobiliengesellschaft

1992
Gründung der Blauen Lagune: größtes Fertighauszentrum in Europa

1992
Gründung Gestaltungsbeirat Zwischenwasser / Vorarlberg: erster Gestaltungsbeirat im ländlichen Raum

1993
Gründung Architekturzentrum Wien

1993
Ratifikation Welterbekonvention

1993
Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz: Folgenabschätzung von Großbauvorhaben

1994
Beginn des Ausbaus von Windkraftwerken

1996
Gründung Architekturstiftung Österreich

1996
Wohn- und Kulturprojekt Sargfabrik, Wien (Planung: BKK-2)



1999
Initiative »Bauherr Republik Österreich«

2001
Aufhebung der Zweckbindung der Wohnbauförderung

2002
Beschluss der Nachhaltigkeitsstrategie zu Klimaschutz, Energieeffizienz und Bodenschutz

2002
Sprungschanze Bergisel, Innsbruck (Planung: Zaha Hadid)



2003
Gründung Plattform für Architekturpolitik und Baukultur (heute: Plattform Baukulturpolitik)

2004
Parlamentarische Enquete »Architekturpolitik und Baukultur«

2006
Erster Österreichischer Baukulturreport

2006
Treffen des Europäischen Forum für Architekturpolitik in Wien (im Rahmen der österreichischen EU-Präsidentschaft)

2006
Beschluss des Energieausweis-Vorlage-Gesetzes

2008
Museum Liaunig, Neuhaus, Kärnten (Planung: querkraft architekten)



2008
Gründung des Beirats für Baukultur im Bundeskanzleramt

2009
Baupolitische Leitsätze des Landes Steiermark

2011
Zweiter Österreichischer Baukulturreport

2011
Erste österreichische Leerstandskonferenz

2011
25% der Gemeinden in Österreich haben keinen Nahversorger mehr.

2012
Islamischer Friedhof, Altach, Vorarlberg (Planung: Bernardo Bader)



2013
Spatenstich Seestadt Aspern: größtes Stadterweiterungsgebiet in Österreich

2014
Baukulturelle Leitsätze für Wien

2015
Vollbetrieb Hauptbahnhof Wien

2016
entfallen in Österreich 546 Pkw auf 1000 Einwohner (in Deutschland sind es 535, in Dänemark 395).

2016
Implementierung Nachhaltige Entwicklung – Agenda 2030/SDGs

2017
Baukulturelle Leitlinien des Bundes

2017
Dritter Österreichischer Baukulturreport

1990

1990 Beginn des Internets in Österreich
1991 Ausbruch der Jugoslawien-Kriege
1991 Start des ersten niederländischen Architekturpolitik-Programms Ruimte voor Architectuur
1992 Umweltgipfel in Rio de Janeiro, Österreich unterzeichnet die Klimarahmenkonvention
1992 Erstes SMS
1992 Maastricht-Vertrag der EU
1995 Beitritt Österreichs zur EU
1997 Kyoto Klimakonferenz: erstmals verbindliche Emissionsziele für Industrieländer

2000

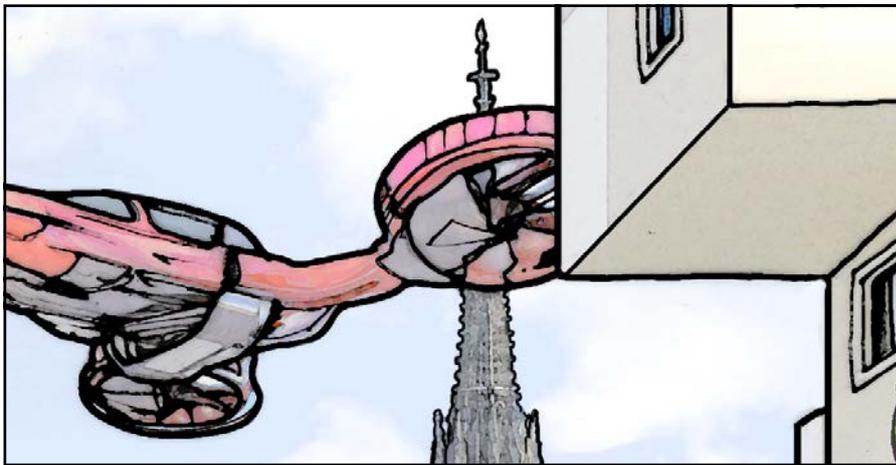
2000 Wasserrahmenrichtlinie der EU: Erklärung von Wasser zum schützenswerten Naturerbe
2001 Entschließung des EU-Rates zur architektonischen Qualität der städtischen und ländlichen Umwelt
2001 Terroranschlag auf die Twin Towers in New York
2002 Einführung des Euro
2004 Beginn der EU-Osterweiterung
2008 Pleite von Lehman Brothers, Beginn der »Finanzkrise«

2010

2011 Beginn der UN-Dekade für die Erhaltung der natürlichen Artenvielfalt
2015 Flüchtlingswelle in Europa
2015 Klimakonferenz Paris, Übereinkommen zur Nachfolge des Kyoto-Protokolls

2018

4 Megatrends



4 Megatrends

Als Megatrends werden Entwicklungen bezeichnet, die langfristig und Regionen übergreifend wirksam sind, alle gesellschaftlichen Gruppen betreffen und die Welt über Jahrzehnte hinweg grundlegend verändern. Megatrends können auch durch Widersprüchlichkeit beziehungsweise Gegenläufigkeiten gekennzeichnet sein und sind in ihren Wirkungsrichtungen nicht immer eindeutig. Ein derartiges Spannungsverhältnis besteht beispielsweise zwischen den Megatrends Globalisierung und Regionalisierung. Im Folgenden dargestellt werden Megatrends auf Grundlage einer Auswahl, die im Österreichischen Raumentwicklungskonzept definiert ist.⁷¹ Die Megatrends sind den Szenarien *global*, *integral* und *national* als Wandlungsprozesse hinterlegt.

71 Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz (Hrsg.), Österreichisches Raumentwicklungskonzept ÖREK 2011, 2011

Globalisierung

Internationale Vernetzung und Austausch zwischen Personen, Unternehmen, Institutionen und Staaten gewinnen in Wirtschaft, Politik, Kultur, Umwelt, Kommunikation und anderen wesentlichen Bereichen laufend an Bedeutung. Globale Konzerne agieren als wirtschaftliche Großmächte, gleichzeitig erfolgt eine »Wiederkehr« des Lokalen und Ursprünglichen, etwa lokales Sharing, Gemeinwohlwirtschaft u. Ä.

Wechselwirkungen mit Baukultur

- Wachstum der Städte und Metropolregionen
- Vereinheitlichung von Bauformen und Stilen und Normierung von Materialien
- Baukulturelle Errungenschaften und der Bezug zur Identität des Ortes verlieren an Bedeutung
- Parallel entwickeln sich Trends zum Regionalen, beispielsweise regionale Bauschulen
- ...

Mobile Welt

Global wächst der Personen-, Güter- und Nachrichtenverkehr. Onlinehandel, Ballungsraumlogistik, e-Mobilität und autonomes Fahren stellen zentrale Entwicklungen dar. Das Potenzial von Sharingmodellen – also nützen statt besitzen – wird im mobilen Sektor sichtbar.

Wechselwirkungen mit Baukultur

- Zunehmende Flächeninanspruchnahme, weitere Fragmentierung der Landschaft, steigender Ressourcenbedarf
- Gefährdungen und Chancen für Zentren und Geschäftsstraßen
- Neue Gestaltungserfordernisse und -möglichkeiten betreffend den öffentlichen Raum
- Mikromobilität als Chance für die Stadt und den ländlichen Raum⁷²
- ...

72 Mikromobilität bezeichnet den Einsatz von Kleinstmobilen zur Personen- oder Warenbeförderung auf Grundlage unterschiedlicher technischer Konzepte.

Digitalisierung

Sämtliche Lebensbereiche werden zunehmend von digitaler Automation und Vernetzung durchdrungen. Einerseits fließen Arbeit und Freizeit ineinander, wodurch sämtliche Lebensbereiche verändert werden, andererseits verlieren sozialrechtliche Errungenschaften an Verbindlichkeit und die Schnellebigkeit und Unverbindlichkeit digitaler Kommunikation gefährden Datenschutz und Privatsphäre.

Wechselwirkungen mit Baukultur

- Standardisierte Methoden und Techniken in der Planung
- Trend zu Großbüros
- »Smarte« Technologien für Bauten und Mobilität
- Neue Anforderungen an den öffentlichen und privaten Raum
- ...

Klimawandel

Veränderungen in der Erdatmosphäre führen zu einer anhaltenden Erwärmung und einer zunehmend spürbaren Veränderung des weltweiten Klimas. Der Klimawandel führt, insbesondere im Alpenraum, zu Naturgefahren und erhöhter Vulnerabilität. Unter anderem werden die Tier- und Pflanzenwelt verändert. Hitzeinseln entstehen wodurch die Bewohnerinnen und Bewohner in solchen Gebieten gesundheitlich besonders belastet werden. Eine weitere Auswirkung ist eine erzwungene Neuorientierung im Wintertourismus. Um dem Klimawandel entgegenzuwirken, wird der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen propagiert, Post-Carbon-Strategien werden erdacht.

Wechselwirkungen mit Baukultur

- Klimawandelanpassung in der Planung
- Mikroklimatische Maßnahmen im Außenraum: Grün und Wasser in der Stadt, Schaffung von Retentionsräumen und Windkorridoren
- Klimagerechtes Bauen: erhöhte Hitzeresistenz, Resilient Cooling
- Energieeffizienz im Bauen und im Verkehr
- ...

Energieverknappung und Energiehunger

Es wird angenommen, dass der Energiebedarf bis 2040 global um rund 48 Prozent steigt⁷³ und Energieeinsparungsziele, vor allem im Bereich der Mobilität, nicht erreicht werden. Die sektorale Verteuerung von Energieträgern und die Sicherung des Zugangs zu für die Energieproduktion relevanten Rohstoffen führen zu kriegerischen Auseinandersetzungen und verstärkter ökologischer und sozialer Ausbeutung.

Wechselwirkungen mit Baukultur

- Energieeffizientes Bauen
- Energieeffiziente Siedlungs-, Versorgungs- und Wirtschaftsstrukturen
- Flächenvorsorge und erhöhter Flächenbedarf für die Erzeugung erneuerbarer Energien
- ...

Gesellschaftliche Vielfalt und Individualisierung

Die Freiheit selbstbestimmter Lebensgestaltung wächst. Wie und wo man leben, was und ob man arbeiten möchte oder welche sozialen Bindungen eingegangen werden, beruht immer mehr auf individuellen Entscheidungen. Da das Eigenwohl oft vorrangig ist und sich der Trend zum Populismus fortsetzt, geht die soziale Schere weiter auf. Zugleich wird Gemeinwohlorientierung wieder Thema. Daraus folgen schwache soziale Resilienz, Krisenanfälligkeit, Radikalisierungsprozesse und erhöhtes Sicherheitsbedürfnis.

Wechselwirkungen mit Baukultur

- Veränderbares Bauen: nutzungsflexible Bauten und Freiräume
- Raumplanung ist räumliche Gemeinwohlvorsorge
- Soziale Nachhaltigkeit der Architektur: sozialer Wohnbau, Nutzung von Leerstand, u. Ä.
- Inklusive Stadt- und Raumplanung, Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger
- ...

73 Energy Information Administration, International Energy Outlook 2016, Report Number: DOE/EIA-0484(2016), Release Date: May 2016, <https://www.eia.gov/outlooks/ieo/world.php> (letzter Zugriff: 19.06.2017)

Alterung der Gesellschaft in Europa

Alterung wird in Gesellschaften weltweit sichtbar. In Österreich nimmt die Zahl der Hochbetagten im Alter von 85 und mehr Jahren künftig am stärksten zu. Es wird davon ausgegangen, dass diese Bevölkerungsgruppe 2030 mit 333.000 Personen um 59,5 Prozent größer sein wird als heute.⁷⁴ Die Sicherung des erreichten Versorgungsstandards ist daher zentrales Thema. In wirtschaftlich unterentwickelten Ländern entsteht eine wachsende junge Bevölkerung, die durch Migration den Altersschnitt in Österreich senkt.

Wechselwirkungen mit Baukultur

- Altersgerechtes Bauen, umbauen statt umziehen
- Wohnumfeld und Infrastrukturen, die eigenständige Lebensführung ermöglichen
- ...

Migration

Der Umfang von Wanderungsbewegungen, die zu einer Veränderung des Lebensmittelpunkts führen, nimmt stetig zu. Weltweit leben immer mehr Menschen außerhalb ihres Geburtslandes, derzeit sind es etwa 250 Millionen.⁷⁵ Rund 65 Millionen Menschen sind aktuell auf der Flucht.⁷⁶ Auch in Zukunft wird die Zuwanderung die dominierende Komponente der Bevölkerungsentwicklung in Österreich darstellen. So betrug der Wanderungssaldo 2016 rund 65.000 Personen.⁷⁷

74 ÖROK Regionalprognose, Kurzfassung, 2014, Bevölkerung, S. 5, http://www.oerok.gv.at/fileadmin/Bilder/2.Reiter-Raum_u._Region/2.Daten_und_Grundlagen/Bevoelkerungsprognosen/Prognose_2014/%C3%96ROK-Bev%C3%B6lkerungsprognose_Kurzfassung_final.pdf (letzter Zugriff: 19.06.2017)

75 Vgl.: United Nations, Department of Economic and Social Affairs, International Migration 2015, <http://www.un.org/en/development/desa/population/migration/publications/wallchart/docs/MigrationWallChart2015.pdf> (letzter Zugriff: 19.06.2017)

76 Vgl.: United Nations Refugees Agency, Statistiken UNHCR – DACH, 2015, <http://www.unhcr.org/dach/at/statistiken> (letzter Zugriff: 19.06.2017)

77 Vgl.: Statistik Austria, Wanderungssaldo 2016, Datenstand 2017, www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/index.html (letzter Zugriff: 19.06.2017)

Wechselwirkungen mit Baukultur

- Räumliche Integration durch Stadt- und Raumplanung, insbesondere durch Quartiersplanung
- Verhinderung von Segregation
- Qualitätvolles leistbares Bauen, Reaktivierung von Leerstand
- Mitgestaltung bis hin zu Selbstbaumöglichkeiten
- ...

Segregation

Das Phänomen gesellschaftlicher Entmischung tritt vermehrt auf. Vorrangig in Städten entsteht sozioökonomische, ethnische und religiöse Segregation. Folge ist vielfach eine Polarisierung der Stadtgesellschaft, die Bildung von Teilsellschaften und die unterschiedliche Behandlung segregierter Stadtviertel. Ethnischer Segregation werden, im Unterschied zu sozialer Segregation, auch positive Effekte zugeschrieben. Österreichische Städte gelten nach wie vor als relativ gering segregiert.

Wechselwirkungen mit Baukultur

- Urbane Inklusion durch Wohnbautypen fördern, die Segregation vermeiden
- Wohnpreise durch Wohnbauförderung, Bodenpolitik und andere Maßnahmen dämpfen
- Dominanz des öffentlichen und gemeinnützigen Wohnbaus sichern.
- Selbstorganisation stärken
- Offenheit von öffentlichem Raum, urbanen Erschließungssystemen und städtischen Einrichtungen für alle Bevölkerungsteile ermöglichen
- Integrative Stadtteilpolitik betreiben
- Städtebauförderung zur Unterstützung von Integration einführen
- ...

Urbanisierung

Urbanisierung ist die räumliche Konsequenz eines komplexen Zusammenspiels von Globalisierung, mobiler Welt, Digitalisierung, gesellschaftlicher Vielfalt und Migration. Außerhalb Europas bilden sich immer größere Megacities. In

Europa und Österreich entstehen wachsende Metropolregionen sowie Mittel- und Kleinstadtregionen. Rund 35 Prozent der österreichischen Bevölkerung leben aktuell in Städten, 27 Prozent in vorstädtischen Ballungsräumen, und lediglich 39 Prozent siedeln in ländlichen Gebieten, womit der Anteil der Landbevölkerung aber immer noch höher als im europäischen Durchschnitt ist.⁷⁸ Zunehmend erkennbar sind städtisch geprägte Lebensstile, die teilweise raumgreifend sind, insgesamt spart urbane Dichte jedoch Flächen und Ressourcen.

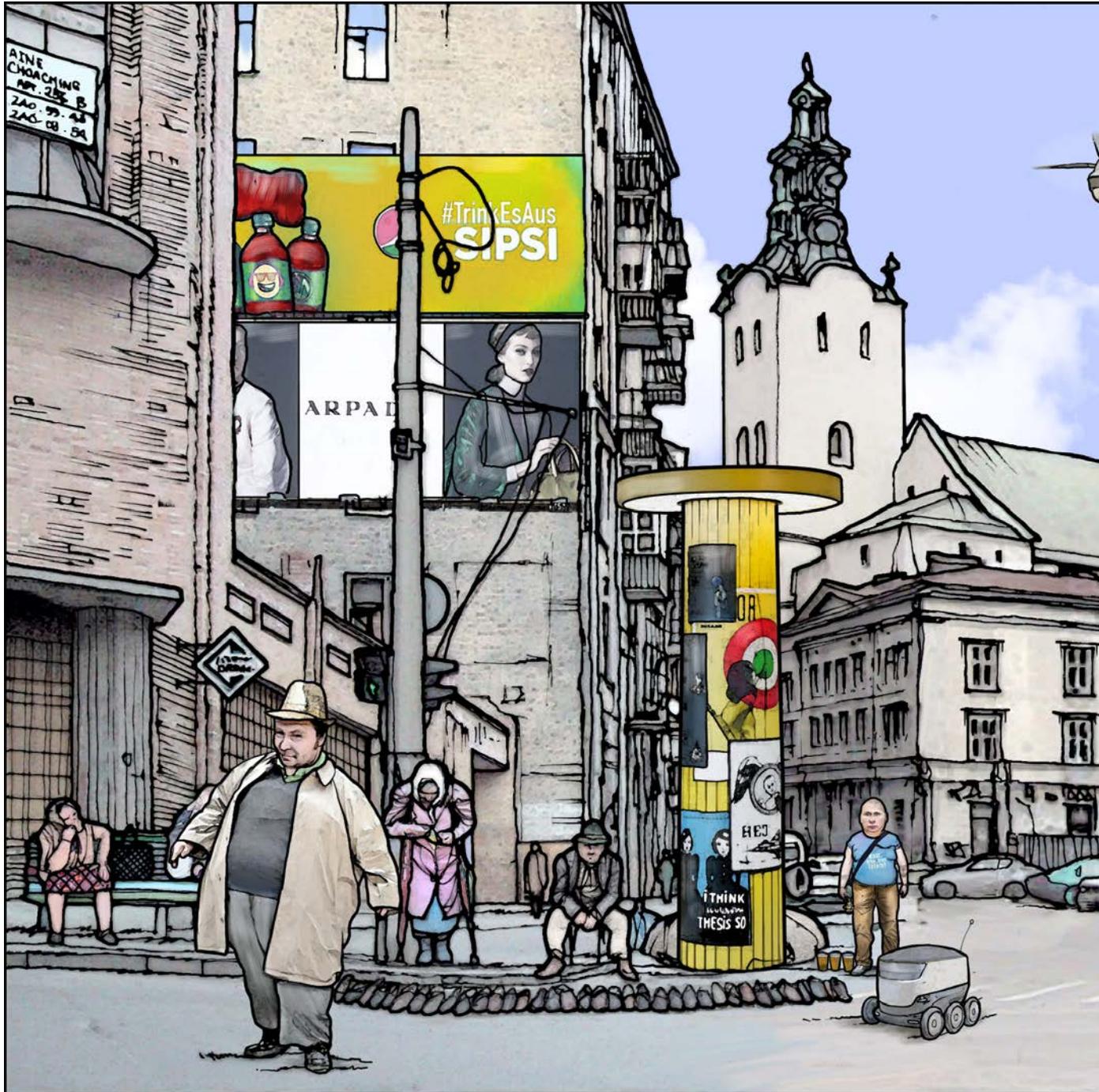
Wechselwirkungen mit Baukultur

- Flächenentwicklung im Spannungsfeld zwischen Suburbanisierung und Innenentwicklung
- Am öffentlichen Verkehr orientierte Siedlungsentwicklung
- Nutzungsmischung – Stadt der kurzen Wege
- Soziale Mischung statt Segregation
- Stadtteilmanagement, integrative Quartiersplanung
- Zusammenarbeit von Planung und Integration (öffentlicher Raum, Wohnungswesen, Mobilität usw.)
- Sicherung und Gestaltung von Grün- und Freiräumen
- ...

78 https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/aktuelles-details/artikel/ein-drittel-der-oes-terreicher-lebt-in-staedten/?tx_felogin_pi1%5Bforgot%5D=1&cHash=5701c00c948d7ab9bd8c4d55d67d9a6a&no_cache=1&sword_list%5B0%5D=stadtbev%C3%B6lkerung (letzter Zugriff: 19.06.2017)

5 Szenarien

Im Folgenden werden drei Szenarien – *global*, *integral* und *national* – vorgestellt. Diese Szenarien sind keine Prognosen. Sie sind vielmehr aus kumulierten Einschätzungen von Expertinnen und Experten methodisch abgeleitete, zugespitzte Erzählungen, die veranschaulichen, wie sich die Baukultur in Österreich im Zeithorizont bis 2050 möglicherweise entwickeln wird. Entsprechend wird eine mehrfache Darstellung gewählt. Vorangestellt ist jeweils eine bildliche Assoziation, an welche eine literarische Darstellung in Form eines inneren Monologs, ergänzt durch zur Seite gestellte fiktionäre Fakten, anschließt. Die sich für die Baukultur als speziell relevant aus allen Politikfeldern ergebende Querschnittsmaterie der Produktionsbedingungen und Architekturqualität wird an dieser Stelle eingeführt.



Szenario *global*





Öffentlicher Sektor

Weltweit agierende Wirtschaftsmächte machen sich den Nationalstaat, aber auch einzelne Regionen – bevorzugt bilateral – vor allem in den lukrativen Metropolen dienstbar. Die Bevölkerung sieht sich nach wie vor dem Nationalstaat und insbesondere ihrer Region zugehörig. Der Standortwettbewerb zwischen urbanen, suburbanen und ländlichen Räumen intensiviert sich. Kommunen, die ohne Ausnahme unter hohem wirtschaftlichem Druck stehen, verstehen sich als Unternehmen in diesem Wettbewerb. Es gibt keinen Finanzausgleich und keine Fördermodelle mehr. Das Werben um Investitionen globaler Wirtschaftseliten findet über Steuerwettbewerb und Erleichterung des Grunderwerbs statt. Steuererlässe sind dank Steuerhoheit der Länder nach dem Schweizer Modell möglich und üblich. Verstärkend wirken steuerpolitische Entlastungen großer Vermögen. Investitionen in Immobilien öffentlicher Nutzung und Infrastruktur werden besonders steuerbegünstigt und sind für kapitalschwache Gemeinden von großer Bedeutung.

Besteuerungsstrategien konzentrieren sich vorrangig auf die Themen Standortpolitik, Einkommen und Verbrauch. Die Regionen werben um Investitionen, nicht um Arbeitsplätze. Die Entwicklung geht einher mit dem konsequenten Ausverkauf des Gemeinwohlkapitals. Soziale und baukulturelle Qualität soll über privatwirtschaftliches Engagement erreicht werden, ebenso wie Kreativität und Innovationen.

Durch die Zurücknahme hoheitlicher Kompetenz der öffentlichen Hand sind Raum- und Stadtplanung ebenso wie Infrastrukturplanung stark von privaten Interessen bestimmt. Die Entwicklung, Planung, Errichtung wie auch der Betrieb von nahezu allen Infrastrukturen werden von internationalen Konzernen geleistet.

Szenario global

Es freut mich wirklich sehr, dass du Zeit gefunden hast, gemeinsam mit mir den Jahreswechsel zu begehen. Meine Wohnung ist ziemlich klein, aber das weißt du ja. Wir werden einfach ein bisschen zusammenrücken, ja? Komm, mach es dir vor dem Fernseher bequem, der Jahresrückblick geht gleich los!

Willkommen Europa! Willkommen, liebe Zuseherinnen und Zuseher, zu unserem Jahresrückblick! Die größte Show des Jahres, der Silvesterabend im Fernsehen, durchgeschaltet zu allen wichtigen Fernsehstationen des Globus, startet jetzzzzzzzzt!! Gemeinsam werden wir heute Abend auf ein weiteres Jahr erfolgreicher marktliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zurückblicken, liebe Zuseherinnen und Zuseher.

Was meinst du? Für dich war es kein erfolgreiches Jahr? Du bist unzufrieden? Das tut mir leid, aber du weißt doch: Es gibt ganz einfach keine Alternative zum globalen Marktliberalismus! Nur im Marktliberalismus gibt es Wirtschaftswachstum und Aufstiegschancen! Nur hier ist unser Eigentum durch globale Friedensverträge gesichert! Nur im Marktliberalismus haben wir eine generationenübergreifende Digitalisierung zur Verfügung! Nur dort können wir das Wunder der globalen Vernetzung bei gleichzeitiger Individualisierung der Gesellschaft zustande bringen! Nur dort haben wir den schlanken Staat und den gleichzeitigen, großflächigen Abbau von Bürokratie! Nur bei uns im Marktliberalismus gibt es eine postpolitische Administration, das weißt du doch auch!

Willkommen Europa! Blicken wir gemeinsam zurück auf ein weiteres, erfolgreiches Jahr in unserem Land. Was hat es uns gebracht, das letzte Jahr? Ich hoffe, nur Gutes! Gleich nach der Werbung geht es weiter ...

Lass doch bitte den Kopf nicht hängen. Schau dich doch ein bisschen um in unserer Welt! Die globale Urbanisierung zum Beispiel geht unbeirrt weiter.

Transnationale und Binnenmigration sorgen für starkes Wachstum in unseren verkehrstechnisch gut erschlossenen, urbanen, länderübergreifenden Ballungsräumen. Davon profitieren im Besonderen wir! Die Neuankömmlinge haben nämlich diese Chancen leider nicht! Schade eigentlich ... Kannst du dich daran erinnern, wie früher immer Chancengleichheit für breite Gesellschaftsschichten angestrebt wurde? Das jedenfalls ist heute wirklich Vergangenheit. Warum das so sein muss, fragst du? Ganz einfach: Uns fehlen dazu die Mittel! Die neu ankommenden Menschen haben in unseren österreichischen Städten einfach kaum die Möglichkeit, durch Bildung oder Arbeit aufzusteigen. Eine gesellschaftliche Inklusion findet daher halt ganz einfach nicht statt, was solls. Der einzige Ort, an dem es zumindest zeitweise eine kulturelle, ethnische und religiöse Durchmischung gibt, sind unsere privaten, internationalen Schulen, aber die muss man sich halt leisten können. Ich kann mir so eine Schule jedenfalls nicht leisten – und du auch nicht, wie ich glaube. Die Migranten sind daher auf ihre eigenen, informellen Netzwerke angewiesen. Nur dort finden sie Möglichkeiten zum Überleben. Sie sind dem freien Spiel der Marktmächte ausgeliefert. Ob sie dieser Umstand nicht verletzbar macht, möchtest du wissen? Natürlich macht sie dieser Umstand verletzbar! Dass wissen wir doch alle: Diskriminierung, Stigmatisierung, Rassismus, Kriminalität und Illegalität wachsen in unseren Städten. Aber wer weiß, vielleicht nimmt ja irgendwann doch die Solidarisierung wieder ein bisschen zu. Wie sagst du immer so schön: Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Aber ich wollte noch etwas ganz anderes sagen. Kannst du dich erinnern, wonach wir in den letzten Jahren so oft gerufen haben in Österreich? Richtig, nach einem schlanken Staat! Schau dich bitte um: Unser Ruf nach einem schlanken Staat wurde erhört. Der Staat hat sich weitgehend zurückgezogen, seine öffentlichen Budgets wurden reduziert. Die hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Hand werden jedenfalls immer geringer. Hier, in meinen vier Wänden, kann ich ja offen sprechen: Der Staat ist streng genommen eigentlich gar nicht mehr handlungsfähig. Das macht aber nichts, weil tüchtige Unternehmen die ehemaligen Agenden des Staates übernommen haben. Du weißt, dass wir alle davon profitieren! Bislang öffentliche Dienstleistungen wie

Der Weg dahin führte über Public-Private-Partnership-Modelle, Totalübernehmer- und Generalübernehmer-Vergaben öffentlicher Bauvorhaben, städtebauliche Verträge mit Investoren und Business Improvement Districts zu Contracting-Modellen.

Baufaufgaben auch von öffentlicher Nutzung und Bedeutung werden nun ausschließlich von privater Hand umgesetzt. Aufgrund der klaren privaten Entwickler- und Entscheidungsstrukturen gehen Planungs- und Bauprozesse rasch und ohne Protest vorstatten. Es kommt zu einer Funktionalisierung und Optimierung des Bauwesens. Nachdem öffentliche Qualitätssicherung selektiv vereinheitlicht und rückgenommen wurde, wird die Qualität von Bauten schlechter.

Die graue Energie des Gebäudebestandes ist die Energie der Zukunft. Sanierung und Erweiterung des Bestandes überwiegen. Der Altbaubestand splittet sich auf in einen hochpreisigen, hochwertig sanierten Bereich sowie in zunehmend vernachlässigte Niedrigpreissegmente, die wieder in den Substandard zurückkehren.

Der Baukulturdiskurs beschränkt sich auf Verwertung der Ergebnisse in Forschung und Entwicklung einer anwendungsorientierten, ökonomischen Optimierung und Erfüllung ökologischer Zielvorgaben.



Landschaft als Ressource

Durch die Fokussierung der Bevölkerung auf urbane Agglomerationen kommt es zu starker Abwanderung im ländlichen Raum. Nachdem Grund und Boden weltweit nicht vermehrbar ist, er in Österreich aufgrund seiner günstigen klimatischen Lage grundsätzlich ein rentables Spekulationsobjekt ist, wird er bis in abgelegene Gebiete in großem Stil als international beliebte Privatvermögensanlage gekauft. Österreich ist zu 100 Prozent verwertbar, auch aufgrund der wachsenden Anlage-not des Kapitalüberflusses. In exklusiven Landschaften boomt der globale Tourismus, der Zugang zu attraktiven und siche-

ren touristischen Landschaftsnutzungen (z. B. Wandern, Bergsteigen) ist gebührend pflichtig. Nicht touristische Gegenden werden für großflächige Energieproduktion (Wind, Wasser, Sonne, Holz, Kohle, Öl, Ölschiefer, Atomkraft) oder für großindustrielle Landwirtschaft mit reduzierter Biodiversität (Glashäuser in Nähe urbaner Konglomerationen) genutzt. Das übrige Landschaftsbild ist geprägt durch intensive Landwirtschaft oder durch bewaldete Vorhaltezonen im Eigentum globaler Investoren.

Der Klimawandel wird zum weltweit ungelösten Problem. Der Energieverbrauch fossiler Rohstoffe verursacht schädliche Emissionen und irreparable Umweltschäden. Atomenergie und speziell im Alpenraum Wasserkraftwerke gewinnen an Bedeutung. Die Klimaschutzziele und europaweiten Umweltstandards werden aufgeweicht. Freiwillige Vereinbarungen gewinnen an Bedeutung. Der Klimawandel lässt die Gletscher verschwinden, die Waldgrenze steigt. In städtischen Gebieten sind zunehmend mehr Hitzetage zu erwarten.

Die Ortsbilder in touristischen Gegenden mit gewinnbringender, authentischer Natur sind zumeist aufwendig gestaltete Erlebniswelten. Größere, sich noch entwickelnde Orte und Siedlungen werden homogener, weil sich Personen entsprechend deren Image oder Profil dort ansiedeln. Kleinere oder mittlere Ortszentren in weniger attraktiven Lagen stehen leer oder werden von do it yourself und Privatinitiativen geprägt. Im ländlichen Raum entstehen freie Nischen, die globalisierte Ökonomien aufgegeben haben und die sich exklusiv vom globalen Markt abwenden.

Bildung, Gesundheit und Pflege sind jetzt privatisiert und bringen den Firmen Gewinne. Ich habe gehört, dass schon bald auch unsere Gefängnisse, Infrastrukturen wie Wasser-, Abwasser-, Abfallwirtschaft, der Verkehr, die Immobilienwirtschaft sowie Bereiche von Kunst und Kultur in Österreich privatisiert werden sollen! Du hast das auch gehört? Dann wird es wohl stimmen. Unser Staat hat sich eben zurückgezogen. Er verkauft alles gewinnbringend und least dann die gesamte öffentliche Infrastruktur, von den Schulen bis zu den Straßen, zurück. Die Finanzierung von Bildung, Vorsorge, Gesundheit und Pflege liegt heute in unserer eigenen Verantwortung. Das ist dir alles zu teuer geworden? Na ja, da hast du leider recht: Viele Leistungen stehen heute leider immer weniger Menschen zur Verfügung.

Willkommen! Blicken wir gemeinsam zurück auf ein weiteres, erfolgreiches Jahr in unserem Land. Wie wir alle wissen, ist Wohlfahrt teuer! Aber auch letztes Jahr wiederum haben zahlreiche reiche Landsleute Fundraisingprojekte für wohltätige Zwecke entwickelt. Darüber werden wir uns mit einigen dieser Wohltäterinnen und Wohltäter nach einer kurzen Werbeunterbrechung unterhalten. Bleiben Sie dran!

Du hast recht, lass uns ruhig ein bisschen über die Wirtschaft reden. Du weißt, dass die Märkte eine weitere Deregulierung der globalen Wirtschaft und des Handels verlangen. Auf nationaler Ebene gibt es aber weiterhin eine starke Regulierung und Normierung. Auch das Normenwesen wurde laufend ausgeweitet. Warum das so ist, fragst du? Ganz einfach: Weil dies im Gewinninteresse der Märkte liegt! Unsere Produkte und Dienstleistungen sind qualitativ stark divergierend. Betroffen sind davon übrigens alle, sowohl die Bevölkerung als auch die öffentlichen Investitionen. Unser globalisiertes Rechtswesen steht jedenfalls auf der Seite der freien Marktmächte: Da müssen Einzel- und Kommunalinteressen etwas zurückstecken! Die großen, globalen, marktbeherrschenden Unternehmen mit ihren Monopolen bestimmen halt, was in Österreich Sache ist: Da kann man nichts machen. Auch unser Gewerbe und der Handel bleiben dereguliert. Hast du mitbekommen, dass uns der Handel seit einiger Zeit mit einer automatisierten Logistik versorgt?

Am Boden, zu Wasser und in der Luft bekommen wir durchgängig alles geliefert, was unser Herz begehrt, und zwar just in time! Ist das nicht toll? Und noch etwas Gutes gibt es zu berichten: Unsere globalen Börsen sorgen für gute Preise!

Ich habe gehört, dass das Leben in den Städten nächstes Jahr sogar noch billiger werden soll! Allerdings wird es im ländlichen Raum leider wieder etwas teurer werden, das ist eben der Lauf der Welt. Die meisten Menschen leben heute eben in den großen Städten und Ballungsräumen. Unsere großen Handelskonzerne werden uns jedenfalls weiterhin gut versorgen, da bin ich mir sicher. Ob bereits alles über die großen Ketten läuft, möchtest du wissen? Na ja, Nischenprodukte und Exklusivartikel gibt es schon noch weiterhin parallel dazu im Kleinhandel. Ob groß, ob klein: Ich bin sicher, die Waren werden auch nächstes Jahr schnell zu uns kommen!

Was interessiert dich am meisten in Österreich? Ah, ich verstehe, du möchtest wissen, wie es hierzulande um die Sicherheit steht. Es steht gut um die Sicherheit! Wir leben in der Festung Europa!

Und glaube mir: Unsere Festung ist technologisch aufgerüstet. Sicherheit ist auf allen Ebenen – von den europäischen Institutionen bis zu den Einzelhaushalten – privat. Wir haben eines der höchsten Militärbudgets in der EU und diese wiederum hat das höchste Sicherheitsbudget der Welt! Letztes Jahr haben private Sicherheitskräfte die letzten Teile der ehemaligen Sicherheitsagenden der öffentlichen Hand übernommen. In den Nachbarschaften patrouillieren Tag und Nacht selbst organisierte Bürgerwehren. Die sorgen dafür, dass sich auf den Straßen Österreichs keine unerwünschten Personen herumtreiben, keine Obdachlosen, keine Bettlerinnen und Bettler. Unsere Parks sind übrigens auch alle privatisiert, alles zu unserer Sicherheit. Auch wir Bürgerinnen und Bürger werden auf unserem Weg zur Ausbildung oder zur Arbeit von Sicherheitskräften begleitet. Unsere zentralen Überwachungseinheiten sorgen mit ihren Drohnen Tag und Nacht für unsere Sicherheit! Herrlich! Wir sorgen für unsere Sicherheit! Unsere von Touristen so geschätzten historischen Innenstädte, aber



Wohnbau

Grund und Boden sind durchgängig kapitalisiert, vor allem in den Ballungszentren steigen die Bodenpreise enorm an. Wohnbaupolitik verschwindet aus dem öffentlichen Diskurs, da auch ehemals geförderter Wohnraum durchgängig privatisiert und kommerzialisiert ist. Gemeindewohnungen wurden ins Privateigentum überführt. Das Mietrecht wurde weiter liberalisiert, der Preis bei Miete oder Verkauf wird vom freien Markt bestimmt. In zentralen Lagen ist Wohnraum zum Luxusartikel geworden. Es gibt nach wie vor Leerstand, besonders dort, wo er sich marktfördernd auswirkt oder wo Wohnraum lediglich ein Vorsorgeprodukt ist. Qualitätsvoller Wohnbau wird nun durch private Initiativen, Stiftungen, Bauträger, Baugruppen oder Konzerne umgesetzt.

Ganze Stadtteile sind in der Verantwortung von global agierenden Konzernen, die sie aufkaufen, entwickeln, gewinnbringend verkaufen und verwalten. Es obliegt den finanziellen Möglichkeiten der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner, wie Lebensqualität gehalten und Sicherheit gewährleistet werden können. Projekte mit Anspruch in der Außenwahrnehmung sind zumeist großvolumig und international vermarktet, oft dienen derartige Leuchtturmprojekte dazu, in ihrem Schlepptau größtenteils in Copy-Paste-Planung entstandene Wohnquartiere kostengünstig zu entwickeln und mit maximaler Gewinnspanne zu verkaufen. Die Entwicklung führt zu homogenen Quartieren sehr unterschiedlicher Qualität. So weisen Stadttagglomerationen außerhalb ihrer historischen Zentren teils neogründzeitliche, dichte sowie streckenweise hohe Massen(Turm)quartiere auf. Vormalig öffentliche Räume sind nur noch partiell öffentlich bzw. gänzlich privatisiert.

Je nach Wert ihrer Lage und nach ihrer Abschreibzeit unterscheidet sich die Lebenserwartung der privat erbauten Infrastruktur. Hochpreisiges Wohnen findet in gepflegten Gated Communities statt,

Viertel mit schlechter Infrastruktur devas-
tieren rasch. An den Rändern der Agglo-
merationen verfallen ganze Stadtteile und
deren öffentliche Räume aufgrund feh-
lender kommunaler Mittel und fehlender
Eigenmittel der Bevölkerung. Es entstehen
stark nach sozialen Schichten ausdifferen-
zierte und ethnisch geprägte Communitys.
Die niedrigen Qualitätsstandards und die
Lagen bringen das Phänomen der Segre-
gation ganzer Stadtteile mit sich, samt
Gesundheits- und Hygieneproblemen.
Hier wird zunehmend informell gebaut, um
der steigenden Nachfrage nach günstigem
Wohnraum entgegenzuwirken. Die Dichte
steigt, ohne dass die Infrastruktur mit aus-
gebaut wird, somit sinkt die Wohnqualität
nicht nur im gebauten Wohnraum, sondern
auch im Wohnumfeld.

Der Pro-Kopf-Verbrauch von Wohn-
fläche (Ende der 2010er-Jahre lag er bei
44 m²) sinkt auf den halben Wert und
tiefer, während zugleich der mittlere Flä-
chenverbrauch an Naturböden in Öster-
reich weiter steigt.



Stadt und Region

Die Städte dehnen sich unter hohem
Zuwanderungsdruck flächig in suburba-
nen funktionsgetrennten Gebieten aus und
wachsen zu Ballungsräumen zusammen.
Öffentliche Räume sind durchwegs kom-
merzialisierter und dienen einerseits als Ort
für Inszenierungen andererseits als bloße
Infrastruktur für den ruhenden und flie-
ßenden Verkehr. Die tägliche Versorgung
breiter Bevölkerungsschichten erfolgt in
peripheren Einkaufs- und Fachmarktzent-
ren und zunehmend durch Zustellung etwa
mittels Transportdrohnen. Das Verkehrs-
aufkommen innerhalb der Ballungsräume
steigt und wird von Logistiksystemen orga-
nisiert und in Fluss gehalten.

Aber auch international nimmt der Per-
sonen- und Güterverkehr zwischen den
Ballungsräumen deutlich zu. Für Österreich
bedeutet das den Ausbau weniger Haupt-
infrastrukturkorridore, Logistikzentren sowie
der Flughäfen. Der Transitanteil am Verkehr

auch unsere gepflegten Vororte und Wohngegenden sind sicherheitstechnisch
gut abgeschottet. Du möchtest dir das morgen selber ansehen? Absolut kein
Problem, ich werde dich gerne begleiten und für dich bürgen. Warum ich für
dich bürgen muss? Weißt du, ohne erarbeitete, ererbte oder käuflich erworbene
Berechtigung kann niemand diese guten Orte betreten! Bei uns gibt es seit eini-
ger Zeit übrigens den sogenannten Persönlichkeitswert-Index, den PWI. Das ist
die Kennzahl zur Bewertung von uns Bürgerinnen und Bürgern. Wir bemühen
uns jedes Jahr aufs Neue durch Wohlverhalten darum, dass unser PWI steigt!

Wie wir diese Besichtigung vornehmen werden, fragst du mich? Oh, auf die
denkbar angenehmste und komfortabelste Art und Weise. Die Globalisie-
rung brachte uns in Österreich ja endlich auch die automatisierte Mobilität!
Ich denke, du hast irgendwann schon davon gehört. Jeder, der es sich leisten
kann, kann heute in Österreich automatisiert unterwegs sein. Der selbst fah-
rende Individualverkehr hat ja den konventionellen Individualverkehr ersetzt.
Du hast keine Ahnung, wie angenehm das ist! Unterstützt durch digitale
Errungenschaften gibt es zum Beispiel kaum mehr Staus. Die klassischen
Verkehrsströme haben in den letzten Jahren ja immer stärker zugenommen.
Aber auch dieses Chaos wird jetzt gerade besser, weil endlich internationale
Konzerne die Infrastruktur von der öffentlichen Hand übernommen haben.
Schienengebundene Korridore werden in Zukunft unsere zentralen Knoten-
punkte schnell und effektiv verbinden. Allerdings kann diese Dienstleistung
nur dort angeboten werden, wo sie auch lukrativ ist, also in Ballungsräumen
und für deren Verbindung untereinander, das ist ja klar. Ab nächstem Jahr
werden leider alle Lokalbahnen eingestellt werden. Wie werden die Menschen
dann unterwegs sein, die auf diese Verkehrsmittel angewiesen sind, willst du
wissen? Na ja, ich bin sicher, dass Fahrradfahren und Gehen neue Popularität
erfahren werden. Die breite Masse reist heute sowieso nur noch virtuell, ist
ja klar. Allerdings können diese Schichten technologisch animiert bereits mit
der ganzen Familie und ihren Freunden verreisen. Im Bonuspaket ist es sogar
möglich, dass sie mit ihren virtuellen Stars aus der internationalen Unterhal-
tungsindustrie gemeinsam unterwegs sind. Ich denke, die Leute haben einen
Riesenspaß damit!

Ja, du hast recht: Die Digitalisierung schreitet bei uns mit enormem Tempo voran. Mit Smart-Citys und Big Data werden alle Marketing-, Produktions- und Konsumprozesse bis hin zur Energieproduktion immer stärker optimiert. Klar kostet dieser Technologieschub enorme Ressourcen, das kannst du dir sicher vorstellen. Woran wir jedenfalls noch arbeiten müssen in Österreich, sind die ständigen Ausfälle in unseren smart homes und unseren smart cities. Die ständigen Systemstörungen und Hackerangriffe sind eigentlich unsere größten Ärgernisse, wenn ich so darüber nachdenke. Aber die Automatisierung und die Digitalisierung haben auch neue Arbeitswelten geschaffen. Digitale Start-ups finden da jede Menge Aufstiegschancen. Tja, mein lieber Freund: Wir haben es mittlerweile in Österreich selber in der Hand, ob wir lieber ein Teil der technokratischen Elite sein oder lieber zur großen Masse gehören wollen, die sich mit unqualifizierter Arbeit über Wasser hält und mit niedrigem Wohlstand, billiger Massenunterhaltung und geringen Selbstgestaltungsmöglichkeiten auskommen muss. Das gebe ich gerne zu: Die Schere zwischen Arm und Reich ist offen.

Wer sind die Verlierer dieser Entwicklung, fragst du? Na ja, besonders hart trifft es die frühere Mittelschicht: Diese wird nämlich gerade zur neuen Unterschicht. 60 Prozent der alten beruflichen Tätigkeitsfelder sind heute durch die Digitalisierung verschwunden, wie du sicherlich weißt. Die Lebensarbeitszeit ist stark gesunken. Für unsere Arbeitslosen gibt es eine Grundsicherung. Aber was solls: Arbeitsverhältnisse sind nun mal instabil, meinst du nicht auch? Seit es in Österreich keine Gewerkschaften mehr gibt, gibt es eben auch keine Mindestlohnfestsetzungen mehr. Du möchtest wissen, wie es den wirklich armen Menschen in Österreich geht? Oh, ich denke, es geht ihnen ganz gut! Jeder ist für sein Leben selbst verantwortlich. Sie haben mehr, als man glaubt. Es gibt zwar keine generationenübergreifenden Gesellschaftsverträge mehr, aber es gibt in den Armenvierteln solidarische Subsistenzgemeinschaften. Die Schwarzmärkte blühen in den vernachlässigten Stadtvierteln, und es wird getauscht, was das Zeug hält. Überall gibt es regionale Kleinwährungen! Wie du weißt, sind die großen Konsumabsatzmärkte heute nicht mehr in Europa, sondern in Asien und Afrika. Das, was früher der Staat als soziale Dienste zur

ist hoch. Errichtung, Erhalt und Betrieb der Infrastrukturen erfolgen durch internationale Konzerne. Entsprechend stehen periphere Strecken aber auch die Netze der Ballungszentren unter Kostendruck. Es kommt zum Abbau wenig rentabler Strukturen. Der vollautomatisierte Betrieb ist störanfällig und Ziel von Sabotage.

Die Ballungsräume konkurrieren mit großräumlich organisierten, intensiv genutzten Flächen zur Nahrungsmittel- und Energieproduktion sowie zur Rohstoffgewinnung. Hochtechnisierte und durchrationalisierte agroindustrielle Bewirtschaftungsformen verdrängen die ehemals arbeitsintensivere bäuerlich strukturierte Landwirtschaft. Das beschleunigt die Abwanderung aus kleinen und mittleren Gemeinden im ländlichen Raum, wodurch etliche Orte in peripheren Lagen brachfallen. Flächenverbrauch und Versiegelung steigen generell an.



Produktionsbedingungen und Architekturqualität

Baukultur ist kein Teil politischer Zielvereinbarungen mehr, weil sie nicht zu den wenigen elementaren Kriterien zählt, welche die öffentliche Hand noch als umsetzungswert wahrnimmt. Sie ist aber Anliegen der Marktmächte und Privateigentümer und zuweilen relevantes Mittel zur Marktdurchdringung, vor allem dort, wo Architektur als Unique Selling Proposition fungiert.

Die Berufsbezeichnung und die Aufgabe Ziviltechniker gibt es nicht mehr, die Definition des Berufs Architekt als unabhängiger, mündiger weisungsungebundener freier Beruf wurde als marktunkonform abgeschafft. Es gibt keine offenen Architekturwettbewerbe mehr. Zugleich haben ressourcenintensive, technologische Entwicklungen in der Planung den breiten Markt der zuvor vielen kleinen Architekturbüros bereinigt. Die nun international agierenden Großbüros vereinen eine Komplettleistung von Kapitalbereitstellung, Entwicklung, Planung, Ausführ-

rung, Verwertung und Betrieb. Klein- und Mittelbetriebe finden sich nicht nur in der Produktion, sondern auch im Dienstleistungsbereich nur noch in ausdifferenzierten und unersetzlichen Nischen.

Planung wird als technisches Studium in fachhochschulähnlicher Form als berufsbildender Lehrgang mit kurzer Dauer angeboten. Die Ausbildung für Design mit dem Ziel, ein führender Stararchitekt zu werden, findet an elitären Privatuniversitäten statt. Diese Hotspots der Aus- und Weiterbildung werden von Konzernen getragen, die einem starken Wettbewerb unterliegen (z. B. Rolex Learning Centre, Google Campus) und in Hinblick auf Ökologie und Technologie innovativ tätig sind.

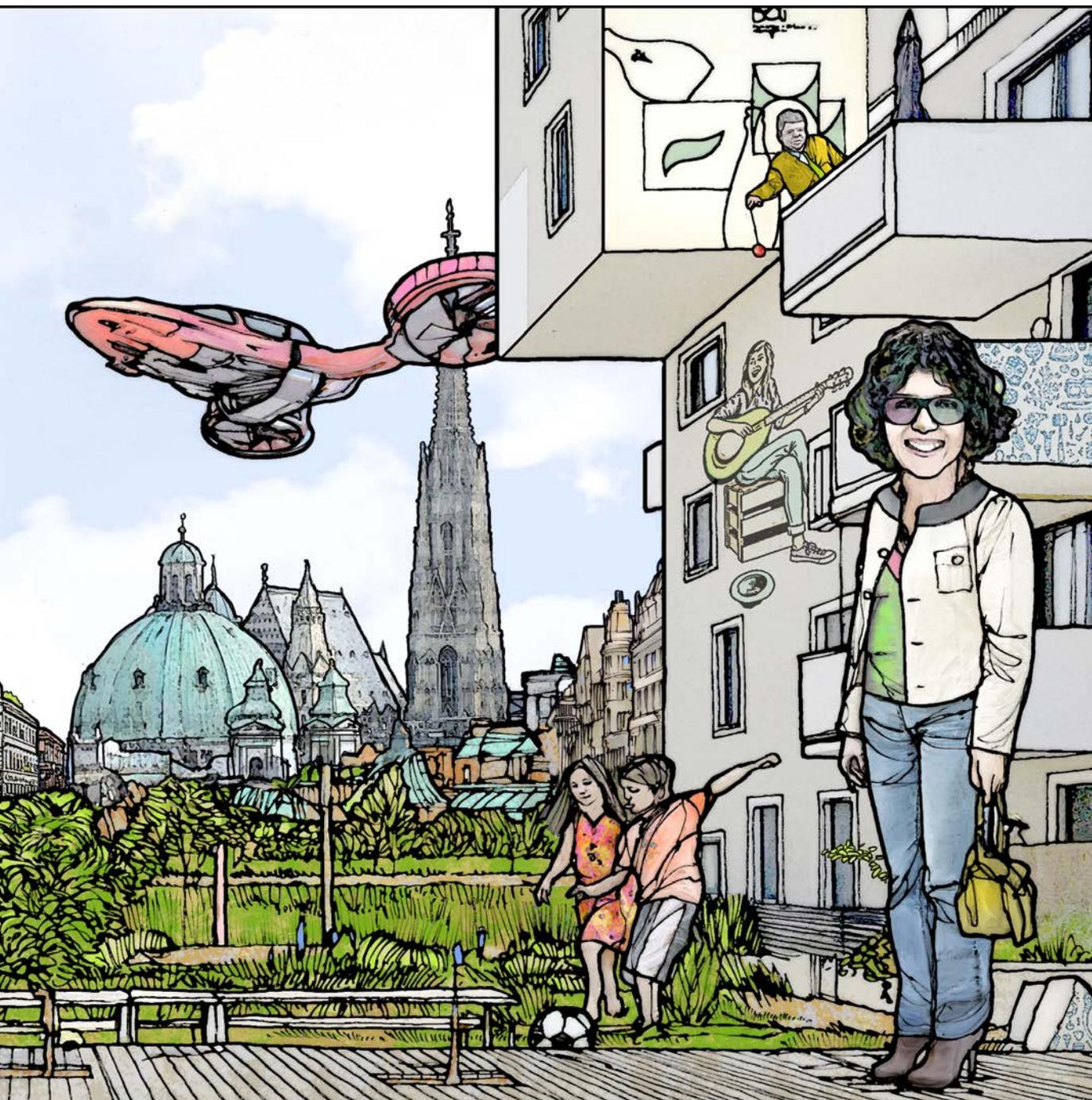
Verfügung gestellt hat, wird heute von den Großfamilien und Wohngemeinschaften in Eigenleistung bereitgestellt. Gibt es noch Religionen in Österreich, fragst du? Aber ja, es gibt Religionen und Demagogen! Die Wohlstands-Verlusterfahrung hat leider viele Arme radikalisiert. Viele arme Menschen sind auch an Burn-out und Depressionen erkrankt. Aber dafür haben wir in Österreich das beste mediale Angebot der Welt! Alle – auch die Armen – können so viele Medien konsumieren, wie sie nur wollen. Alles gratis! Schau nur, es geht weiter!

Willkommen Österreich, da bin ich wieder! Willkommen, ein neues Jahr bricht an! Steigt ein in eure digitalen Sharingnetzwerke, sprecht über eure Wertevorstellungen und Lebensstilfragen. Die grenzenlose digitale Welt steht euch zur Verfügung! Ein frohes, neues Jahr, ihr digitalen Teil-Communitys da draußen! Ein neues Jahr beginnt, ein herrliches, neues Jahr! Bleibt bitte dran, denn nun kommt eine kurze Werbeunterbrechung!



Dval
25.8.2017

Szenario *integral*





Stadt und Region

Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung und einer Verknappung von Ressourcen sind Bürgerinnen und Bürger zunehmend umweltbewusst und kritisch gegenüber der globalisierten Wirtschaft eingestellt und bemühen sich um Alternativen. Dies zeigt sich beispielsweise im Einkaufs- und Ernährungsverhalten – zunehmend wird auf heimische, ökologische Produkte gesetzt – oder im Mobilitätsverhalten. Europas Regierungen ringen sich zu einer klimagerechten Besteuerung fossiler Brennstoffe durch. Die Stimmung in weiten Teilen der österreichischen Bevölkerung ist von Aufbruch und Zuversicht, von individuellem und kollektivem Gestaltungsdrang, von Sinn für Nachhaltigkeit und Gemeinwohl sowie von Selbstbewusstsein und Mündigkeit geprägt. Viele geben ihre Autos auf bzw. erwerben keine mehr und verlassen ihre suburbanen Wohnhäuser, um wieder in die lange Zeit verlassenen Zentren zu ziehen. Diese gewinnen durch den drastischen Rückgang des motorisierten Verkehrs und die daraus folgende Zurückgewinnung und Umgestaltung des öffentlichen Raums rasch ihre Lebensqualität zurück. Jugendliche, Familien mit Kindern oder alte Menschen schätzen heute wieder die Annehmlichkeit kurzer Wege, die Unabhängigkeit vom Auto, die kleinräumige Durchmischung aller für sie nötigen Funktionen sowie die sozialen Interaktionen im öffentlichen Raum – was vor allem von der wachsenden Gruppe alleinstehender Menschen als großer Wert erkannt wird. Dementsprechend kämpfen nun die peripheren Handelszentren mit Leerstand und Verödung. In Städten haben Märkte Hochkonjunktur, in kleinen Gemeinden bürgerschaftliche Kooperativen für Nahversorgung. Auch das Gewerbe ist mit Ausnahme stark emittierender Produktion

Szenario *integral*

Mein lieber Freund, schön, dass du mich zu unserer jährlichen Gemeinwohlmesse ins Messezentrum begleitest. Schau, wie viele Plakate und Stände hier schon aufgebaut sind! Welche Slogans auf den Fahnen und Bannern zu lesen sind:

Unsere Zukunft liegt im Gemeinwohl! Für ökosoziale Marktwirtschaft und für eine moderate Umverteilung! Teilen statt besitzen! Nachhaltiges Verhalten! Ein Fokus auf sozialen Ausgleich! Zivilgesellschaftliches Engagement!

Weißt du, was mich freut? Wir sind in Österreich längst nicht mehr alleine mit der Gemeinwohlidee. In vielen Ländern Europas ist diese Haltung mittlerweile mehrheitsfähig. Gemeinwohl ist zu einer gesellschaftlich anerkannten Entwicklungsidee geworden. Durch neue Methoden von Kostenwahrheit ist es möglich geworden, dass viele Menschen freiwillig auf scheinbare Bequemlichkeiten wie privaten Pkw-Besitz, regelmäßige Flugreisen und andere Gewohnheiten, die mit ungehemmtem Energieverbrauch verbunden sind, verzichten. Alle diese Dinge werden bei uns immer weniger in Anspruch genommen! Dieser Bewusstseinswandel findet zurzeit in den meisten europäischen Ländern statt. In Österreich messen wir unsere Leistungsfähigkeit übrigens seit Kurzem nicht mehr mit dem BIP, hast du das gewusst? Was wir stattdessen benützen? Nun, wir haben – wie bereits etliche andere Länder auch – einen neu entwickelten Index zur Verfügung, der auch soziale und ökologische Errungenschaften misst, zusätzlich zu den ökonomischen des BIP! Dadurch entsteht ein völlig neuer gesellschaftlicher Grundkonsens. So eine radikale Entwicklungsänderung hat es seit dem Fall des Eisernen Vorhangs nicht mehr gegeben – ein Reformprozess, der von breiten Bevölkerungsschichten mitgetragen wird. Ja, du hast recht, das ist wirklich eine große Trendwende. Diese Trendwende führt uns zu einem verstärkten, selbstverantwortlichen Handeln. Dieses neue Verständnis betrifft sowohl den zivilgesellschaftlichen Bereich als auch viele Bereiche der Arbeitsteilung zwischen Zivilgesellschaft und Staat.

Welche Rolle der Staat in diesem völlig veränderten System denn noch hat, fragst du mich? Also eines ist klar: Der Staat behält in diesem neuen System eine wichtige Funktion. Er strukturiert Entscheidungsfindungen, setzt dann inhaltliche Rahmendefinitionen der Aufgaben und sorgt für deren Finanzierung. Die Umsetzung der Aufgaben geschieht allerdings teilweise zivilgesellschaftlich. Die staatlichen Sicherungssysteme bleiben zwar erhalten, sie müssen allerdings weniger in Anspruch genommen werden, weil parallel zum Staat und im vorgegebenen Rahmen selbst organisierte Formen entstanden sind. In Österreich und in der EU wurde jedenfalls diesbezüglich eine dramatische Trendwende vollzogen. Als wichtige Ergänzung der ökonomischen Freiheiten sind soziale Freiheiten hinzugekommen. Damit werden endlich nachhaltige Investitionen in soziale Infrastruktur ermöglicht. Komm, lass uns doch mal kurz zum Stand der Regierung dort drüben gehen. Das sieht interessant aus!

Die Republik Österreich ersetzt gerade ihr Steuerwesen, das auf kurzfristigen Profit orientiert war, durch ökologisierte und auf langfristige Erfolgsorientierung ausgerichtete Steuern! Diese Umstellungen finden zurzeit überall in der EU statt. Mit diesen Maßnahmen der Regierung soll innerhalb der EU die Steuerflucht unterbunden werden. Diese EU-weit konzertierte Vorgangsweise soll einen Ausgleich zwischen hohen und niedrigen Einkommen schaffen. Langfristig gesehen bedeutet das Sicherheit für alle.

Du möchtest wissen, welche Auswirkungen diese Umstellung haben wird? Der Ausgleich erfordert sicherlich unterschiedliche Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen. In der Landwirtschaft wird es auch weiterhin einen gewissen Protektionismus durch die EU geben müssen. Wir müssen nämlich auch in Zukunft sicher sein, dass der Binnenmarkt in diesem Sektor geschützt ist. Der ländliche Raum ist, wie du weißt, unser Ressourcenspeicher für die Zukunft! Daher stellt die Regierung mit ihren Programmen jetzt sicher, dass die Förderung des ländlichen Raums auch in Zukunft ausgebaut wird. Zum Schutz der Versorgung mit Lebensmitteln werden in Zukunft landwirtschaftliche Vorrangflächen ausgewiesen. Damit werden wir den Bodenverbrauch in

in die dicht bebauten Gebiete zurückgekehrt. Mit der Nutzung der gewachsenen Zentren geht eine qualitätsbewusste Modernisierung und Erweiterung der vorhandenen Bebauung in angemessener Dichte einher. Flächenrecycling und Verdichtung sind dabei zentrale Prinzipien. Örtliche Raumplanung hat an Bedeutung gewonnen: Gemeindeentwicklung wird weitgehend von innen nach außen betrieben, zentrales Prinzip ist die Nachverdichtung. Bei Gebäuden und Wohnungen wird zunehmend auf flexible Nutzbarkeit gesetzt, Menschen ziehen öfters um, damit sie jeweils die ihrer Lebenssituation entsprechende Wohnung bewohnen können.



Landschaft als Ressource

Ein Handlungsschwerpunkt Österreichs liegt in der ländlichen Entwicklung. Die geförderte, flächendeckende Biolandwirtschaft und Landschaftspflege schaffen regionale Identität und Lebensqualität. Diese ist Grundlage für Tourismus, Freizeit, Lebensmittel- und Holzproduktion. Viele ehemals schrumpfende Regionen wurden auf Basis hoher Selbstversorgung wieder belebt. Die Nachfrage für biologisch erzeugte und regionale Lebensmittel steigt. Die Konsumenten unterstützen die klein strukturierte Landwirtschaft über das Steuersystem und höhere Lebensmittelpreise. Der ländliche Raum gewinnt als Ressourcenproduzent wieder an Bedeutung. Bei land- und forstwirtschaftlich nutzbaren Flächen wächst die Konkurrenz zwischen Lebensmittelproduktion, energetischer und stofflicher Biomassennutzung. Gleichzeitig spitzt sich der Wettbewerb zwischen biologischen und konventionellen Anbauweisen zu. Die Preise für Energieversorgung und Mobilität sind hoch und entsprechen den wahren Kosten, durch die neue Kultur der Kostenwahrheit braucht es für raumplanerisch sinnvolle Vorgangsweisen kaum noch politische Lenkung, man setzt eher auf Leitfäden statt auf Vorschriften. Die steigende Lebenserwartung spiegelt sich im touristischen Angebot wider:

Gesundheitseinrichtungen treffen auf großen Anklang. Der Tourist, die Touristin 2050 legen Wert auf ein Gesamtpaket: Sportliche Betätigung mit Naturerfahrung sind ebenso gewollt wie eine intakte Landschaft und ökologische Nachhaltigkeit. Der Energiebedarf steigt etwas und wird durch den Einsatz erneuerbarer Energien klimaneutral gedeckt. Es gibt vielfältige klimaverträgliche Mobilitätsangebote. In der Klimapolitik ist die EU unbestrittene Vorreiterin. Die Zahl der Hitzetage steigt nur leicht, ein Teil des Temperaturanstiegs wird durch die Freihaltung von städtischen Grünzonen und Frischluftschneisen kompensiert. Eine geschlossene Schneedecke gibt es unter 1200 Metern Seehöhe kaum noch. Das Wachstum bei Flächenverbrauch und Versiegelung hat sich massiv reduziert, seit es für Siedlungsentwicklung und den Schutz landwirtschaftlicher Flächen entsprechende Regulative gibt. Brachflächen werden genutzt. Vielfältige Kulturlandschaften garantieren den Erhalt der Biodiversität. Urbane Ballungsräume wachsen weiter, der Bodenverbrauch wird jedoch durch flächensparendes Bauen eingedämmt.



Wohnbau

Eine Trendwende hin zu einer Wohnbau-, Planungs- und Investitionspolitik, die aktiv die Idee des Gemeinwohls ins Zentrum setzt, findet statt. Bund, Länder und Gemeinden investieren etwas mehr als aktuell in den Wohnbau und legen dafür strikte Qualitätsrahmenbedingungen fest, die Energieverbrauch, Mobilität, Bodenverbrauch, Architektur und Städtebau betreffen. Es gibt neue Spielräume für Flexibilität, um auf veränderte Bedingungen reagieren zu können. Gleichzeitig werden Experiment und Innovation als wichtige Werkzeuge verstanden, um die Qualität des Wohnbausystems zu steigern. Der Bund erfüllt den Kompetenztatbestand Volkswohnungswesen mit neuem Leben, indem er sich auf Mittelaufbringung, generelle Qualitätssicherung und Sicherung der

Österreich endlich reduzieren können. Vor allem aber wird dadurch auch die landwirtschaftliche Selbstversorgung Österreichs möglich!

Du hast recht, auch die Veränderungen in der Arbeitswelt tragen natürlich zu einer wichtigen und ernsthaften Neubelebung unserer ländlichen Räume bei. Der Qualitäts-, Gesundheits- und Städtetourismus wird und soll wachsen, das wünschen wir uns für Österreich! Werte wie Einfachheit, Ruhe und Muße sind im Kommen. Im Bereich Natur und Umwelt ist die gesamte Landwirtschaft nunmehr gentechnikfrei und in Zukunft wird auch noch vermehrt auf die Produktion von Erholungslandschaft gesetzt. Umwelt- und Naturschutz sind uns in Österreich eben sehr, sehr wichtig! Das Bewusstsein für den Handlungsbedarf in diesen Bereichen steigt stetig an. Auch die Akzeptanz für Investitionen in die Umwelt ist erheblich größer geworden. Selbst unsere Energieversorgung wird in Zukunft noch enger mit unseren naturräumlichen Ressourcen verknüpft werden: Biomasseproduktion wird auf Grenzertragsflächen betrieben, Wälder werden für langfristige Biomasseproduktion ausgelegt. Der Klimawandel ist eben eine Tatsache! Wir haben uns daher in Österreich einer aktiven Klimaschutzpolitik verschrieben. Wie sich das auswirkt, möchtest du wissen? Nun ja, wir hatten in den letzten Jahren zum Beispiel einen deutlichen Anstieg der Waldgrenze. Skigebiete unter 1200 Metern Seehöhe gibt es keine mehr, dafür expandieren höher gelegene Gebiete. Du wirst es bei deinem nächsten Skiurlaub in unseren schönen Bergen sicher am eigenen Leib erleben. Ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Boden ist also für uns unumgänglich.

Du hast natürlich völlig recht damit, dass diese Veränderungen nicht nur im Bereich der Natur ihren Niederschlag finden. Nicht nur die Natur bedarf einer neuen Form der Zuwendung, auch das soziale Zusammenleben der Menschen in unserem Staat braucht Veränderung. Die Zivilgesellschaft und der Staat haben gelernt, miteinander zu kooperieren. Du fragst mich, welche Aufgaben im Einzelnen auf die Zivilgesellschaft in Österreich zukommen? Schau mal, dort drüben ist ein großer Stand, der zivilgesellschaftliche Themen behandelt. Lass uns doch dort mal kurz hingehen, gut?

Österreich ist einem starken demografischen Wandel unterworfen. Alterung und Diversität sind Tatsachen. Die Migration ist eine Herausforderung! Die Zivilgesellschaft muss daher verstärkt die Chancen der migrantischen Alltagsökonomie und Alltagskultur nutzen. Nützen wir die mehrfachen Kompetenzen der mehrheimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger! Kommunales und regionales Wahlrecht ist in Österreich nicht mehr an die Staatsbürgerschaft geknüpft, sondern wird allen nach relativ kurzen Aufenthaltszeiten zugesprochen. Flüchtlinge müssen inkludiert und nicht aus unserem Leben ausgeschlossen werden!

Du meinst, dass diese Integration auf Dauer nur mit Bildung funktionieren wird? Ich stimme dir völlig zu! Bildung, Forschung und Entwicklung stehen tatsächlich ganz oben auf der österreichischen Agenda. Österreich investiert sehr viel in den Bildungsbereich! Soziale und kulturelle Dienstleistungen sind nicht mehr dem Markt ausgeliefert, sondern stehen unter besonderem Schutz. Es geht nicht um paternalistische Vorschriften, sondern um Anreize, die dafür sorgen sollen, dass Kooperationen zwischen privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren stattfinden können. Diese Dinge geschehen im Rahmen klarer staatlicher Zielvorgaben. Ob das nicht besonders teuer ist, möchtest du wissen? Du hast recht, am Anfang hat diese neue Strategie wirklich zu höheren Kosten aufseiten der öffentlichen Hand geführt. Aber das war allen Beteiligten durchaus bewusst, und alle wollten auch, dass dieser Weg möglich würde. Heute sind in Österreich viele Private in kulturellen oder sozialen Feldern tätig. Ich gebe zu, dass durchaus nicht alle gesellschaftlichen Kräfte damit einverstanden sind. Irgendwann jedoch werden sich durch die Umstellung auf Kooperationen die Kosten der öffentlichen Hand reduzieren. Dann muss nicht mehr der Staat alles selber tun. Was er aber weiter tun muss: Steuern so einsetzen, dass wir nachhaltig und raumverträglich bleiben können. Dieses System erscheint dir etwas fehleranfällig zu sein? Aber genau darum geht es ja: Österreich leistet sich so etwas wie eine Fehlerkultur! Was bedeutet das? Es bedeutet, dass in Zukunft nur diejenigen politisch erfolgreich sein werden, die auch Neues ausprobieren wollen. Nur so entstehen neue Handlungsfreiräume in unserem schönen Österreich.

sozialen Ziele konzentriert. Gleichzeitig werden durch Raumordnung und Steuerwesen auch privatwirtschaftliche Bereiche hin zu einer stärker qualitätsorientierten Entwicklung gedrängt. Der Energie- und Ressourcenverbrauch durch Mobilität und Bau wird stark reduziert. Im Wohnbau gewinnen Selbstorganisation, neue, kleinere Strukturen und kooperative Entwicklungsprozesse an Bedeutung, zunehmend gibt es selbstbestimmte Formen des Wohnens für Ältere. Eine Städtebauförderung nach deutschem Vorbild wird eingeführt. Ergänzt wird das durch eine Reform der öffentlichen Wohnbaufinanzierung auf Basis des Abschöpfens von Widmungsgewinnen, einer progressiven Steuer für ungenutzte Baugründe und längerer Laufzeiten der Darlehen sowie einer Aktivierung des refinanzierten Kapitals. Generell wird verstärkt auf Kooperation zwischen der öffentlichen Hand und Privaten gesetzt. Gleichzeitig werden neue Instrumente einer städtischen Bodenpolitik eingeführt, die die Grundstückskosten für geförderten Wohnbau gravierend senken. Neben einer generellen Gewinnabschöpfung für Baugründe wird das Widmungsverfahren neu aufgesetzt, um Gemeinwohl und Privatinteresse besser auszugleichen und fixe Rahmen für politische Entscheidungen einzuführen. Es gibt eigene Wohnbauprogramme für niedrige Einkommen, die in den Mittelstandswohnbau integriert werden. Generell werden die Wohnkosten im Neubau wie im Bestand stärker an den Einkommen der Mieterinnen und Mieter bemessen, wodurch zusätzliche Mittel für den öffentlichen Wohnbau frei werden. Investierende Eigentümerinnen und Eigentümer werden belohnt, gleichzeitig wird die Möglichkeit der befristeten Miete stark eingeschränkt. Alle Maßnahmen in Summe tragen dazu bei, dass die Wohnkosten im Mittel stagnieren und für niedrige Einkommen sinken, gleichzeitig aber die Qualitäten steigen. Parallel zum Bedeutungszugewinn dörflicher Ortskerne, der in geringerem Maß, aber doch auch in bisher schrumpfenden Regionen erreicht wird, beginnt eine Bewegung von sogenannten »Selbstversorger-Höfen«,

die versuchen, sich weitgehend autonom mit Lebensmitteln und Energie zu versorgen. Durch die wesentlich bessere Erschließung des ländlichen Raums mittels öffentlichem Verkehr – auch durch neue Mobilitätskonzepte – und durch den geringen Mobilitätsbedarf dieses neuen Typus ist das weitgehend ohne zusätzlichen motorisierten Individualverkehr möglich.



Öffentlicher Sektor

Gemeindepolitik versteht sich zunehmend als ein »Kuratieren« und Ergänzen des Vorhandenen statt einer Vollversorgung konsumierender Bürgerinnen und Bürger. Totes und unnützes Recht, die überbordende Schar an Normen und andere Richtlinien werden reduziert. So entsteht in Harmonie mit europäischen Werten und auf Basis einer Wertschätzung bisheriger föderaler Vereinbarungen ein neues Miteinander von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft. Gemeinden werden in großem Maßstab in der Größenordnung von Bezirken zusammengelegt. Föderalismus wird nun vorwiegend in Großgemeinden und Regionen gelebt. Ausgangspunkt für diese Entwicklung war zunächst die zunehmende Kooperation von Kommunen und allgemein zunehmendes überkommunales Denken. Diese Entwicklung wurde nicht nur durch den Bewusstseinswandel, sondern auch durch gezielte Förderungen des Staates vorangetrieben. Die Kooperation der Gemeinden führte zuerst zu informellen Regionen, die schließlich formalisiert wurden und Kompetenzverschiebungen zur Folge hatten.



Produktionsbedingungen und Architekturqualität

Die Architektur hat mithilfe der Prinzipien Upcycling und Weiterbauen im Bestand eine neue Blüte erreicht. Rückgebaute Siedlungs- und Verkehrsanlagen werden renaturiert. Durch die Konzentration der

Wie es bei uns mit der Arbeitswelt vorangeht, möchtest du wissen? Eines ist klar: In unserer Arbeitswelt nimmt die durchschnittliche Arbeitszeit der Erwerbstätigen permanent ab. Lass uns doch zu diesem Stand des Arbeitsmarktservice dort drüben gehen, ich denke, da geht es genau um diese Frage:

Durch stetige Umverteilung kann die Veränderung in der Erwerbstätigkeit abgefedert werden. Die Besteuerung wird in Österreich daher nicht mehr an den Löhnen bemessen, sondern am Energieverbrauch und an der Wertschöpfung.

Die haben völlig recht, finde ich, die Arbeitswelt verändert sich wirklich ständig. Bei uns ist es jedenfalls so, dass die Digitalisierung viele neue Berufe geschaffen hat! Berufe der Wissensökonomie, akademische Berufe. Die Digitalisierung der Wissensökonomien führte aber auch dazu, dass die Vorteile der großen Städte für den Wissensaustausch an Bedeutung verloren haben. Das ist uns in Österreich mit unseren wunderschönen Landschaften natürlich sehr entgegengekommen! Etliche Arbeitsplätze sind nämlich durch die Digitalisierung wieder in die ländlichen Regionen zurückgewandert. In den letzten Jahren – so musst du wissen – wurden nämlich umfangreiche Mittel in den Datenleitungsausbau investiert. Der ländliche Raum in Österreich hat davon stark profitiert! Natürlich sind in Österreich auch weiterhin manuelle Berufe nötig. Manuelle Arbeit gewinnt gerade sogar wieder an Bedeutung, speziell im Zusammenhang mit der Wiederbesiedlung des ländlichen Raums. Die durch diese neue Entwicklung bedingte, etwas sinkende Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen wird aber durch den sozialen Ausgleich aufgewogen, der in Europa – im Vergleich zu anderen Kontinenten – zu höherer sozialer Sicherheit und besserer Lebensqualität beiträgt.

Im Wohnbau wird vermehrt auf Angebote auch außerhalb des eigenen Wohnraums gesetzt: hochwertige öffentliche Räume, gemeinschaftliche Nutzung von Raumressourcen, Nutzungsmischung, Wohnen und Arbeiten, innovative Mobilitätsformen, gute Verkehrsanbindung von Wohnbauarealen im Rahmen des Umweltverbunds, Aneignungs- und Selbstorganisationsangebote, starke Verdichtung und Steigerung der Sanierungsrate. In den Mittelpunkt

des Interesses werden Bestandssanierung, Zubau und Verdichtung gestellt, um weitgehend vorhandene Infrastruktur nutzen zu können und ohne zusätzliche Grundstückskosten auszukommen. Die ökonomischen und sozialen Vorteile großer Dichte werden durch begleitende Maßnahmen fruchtbar gemacht, Verdichtung wird als generelles Grundprinzip für Sanierung und Neubau etabliert. Durch Investition in Forschung, Entwicklung und Evaluierung und durch neue Planungsmethoden nähern sich die Angebote den Bedürfnissen der Zielgruppen an, wodurch der Druck auf den Einfamilienhausmarkt und auf den Eigentumswohnungsmarkt sinkt.

Noch eine wichtige Sache: Unsere Gesellschaft ist Dank eines gestiegenen Umweltbewusstseins und eines nachhaltigeren Verständnisses von Lebensqualität endlich auch zu einem vernünftigeren und effizienteren Siedlungs- und Mobilitätsverhalten bereit. Der allgemeine Bewusstseinswandel hatte auch eine nachhaltigere Raumordnungs-, Energie- und Mobilitätspolitik zur Folge. Altgewohnte Strukturen – insbesondere im suburbanen Raum – verlieren immer mehr an Bedeutung und Lebensfähigkeit. In Politik, Kultur, Bildung und Wirtschaft nimmt jedenfalls die Bedeutung der Regionen immer mehr zu. Sogar die politischen Strukturen haben sich diesbezüglich schon deutlich geändert.

Du magst zum Schluss auch noch gerne wissen, wie heutzutage gebaut wird in unserem schönen Österreich? Die Regulierung des Bauens ist kürzlich ja durch eine neue OIB-Richtlinie namens »Nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen« ergänzt worden. Komm, lass uns dort hinübergehen, zum Stand der Agentur für Baukultur! Diese Agentur kümmert sich nämlich vorrangig um Fragen von Innovation, Forschung, Strategie, Monitoring und Koordination rund um unsere Baukulturpolitik. Ich kann nur so viel sagen: Die machen das ganz vorzüglich!

Entwicklung im ländlichen Raum auf die kompakten Dörfer kann selbst der öffentliche Verkehr wieder effizient gestaltet werden. Die Lebenshaltungskosten sind entgegen den Erwartungen vieler gesunken. Die OIB-Richtlinie 7 »Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen« wird eingeführt. Öffentliche Bauvorhaben durchlaufen seitdem eine umfassende Projektentwicklungsphase, die Gemeinwohlverträglichkeit, Landschafts- und Ortsbildverträglichkeit sowie geotechnische, kulturtechnische und andere das Ökosystem beeinflussende Faktoren mittels Gutachten zu erheben vermag. Sie werden ebenso wie architektonische und baukünstlerische Qualität zu einem integralen Bestandteil der Zielformulierung öffentlicher Bauvorhaben, bevor diese beauftragt werden. Die OIB-Richtlinie 7 wird zu einem Motor der Baukultur. Insbesondere der Wert partizipativer Prozesse lässt kommunale Projekte qualitativ wachsen, für Partizipation werden neue Methoden entwickelt, die eine Beteiligung breiterer Bevölkerungsschichten erlauben.



Szenario *national*





Stadt und Region

Die räumliche Entwicklung wird primär von der allgemeinen antiurbanen Grundhaltung bestimmt. Diese bildet sich im Schrumpfen der meisten Städte bei gleichzeitiger Stabilisierung ländlicher Regionen sowie einem weiteren Anwachsen suburbaner Räume ebenso ab, wie im Bedeutungsgewinn von Landwirtschaft, Energiewirtschaft und Tourismus. All diese Nutzungen kennzeichnet ein hoher Flächenanspruch bei weitgehendem Verlust von Naturraum. Prägend für die Siedlungsentwicklung sind periphere Einfamilienhaus-, Handels- und Gewerbegebiete, die zu ihrer Versorgung aufwendige technische Infrastruktur benötigen (Wasser- und Kanalnetz, Strom-, Gas- und Telekommunikationsleitungen, Straßen, Brücken, Parkplätze). Die weiter fortschreitende Trennung der Funktionen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit erhöht die Inanspruchnahme von Raumressourcen noch zusätzlich. Damit steigen Bodenverbrauch und -versiegelung.

Die Kernzonen der großen Städte schrumpfen, insbesondere dort, wo sie nicht autogerecht sind. Mittlere Städte sind, abgesehen von historisch und touristisch bedeutsamen Zentren, oft sogar in ihrer Existenz bedroht. Kleinstädte und Dörfer dagegen werden durch Förderungen am Leben gehalten. In so gut wie allen Siedlungsinnebereichen gibt es massiven Leerstand, der teilweise verfällt sowie fallweise abgerissen und durch wenig sensible Neubauten ersetzt wird. Ihre Funktion als Orte des Handels, der Kultur und des Austauschs haben die Zentren weitgehend verloren. Der öffentliche Raum dient primär einer inszenierten und organisierten Gemeinschaftlichkeit – für Feiern, Feste und Umzüge. Kleine Ortschaften in peripheren Lagen ohne landwirtschaftliches oder touristisches Potenzial werden mitunter aufgegeben.

Szenario *national*

Ein herrlicher Maimorgen, nicht wahr? Der heutige Aufmarsch dürfte wieder sehr schön werden. Schau dir doch ringsherum das wunderschöne Bergpanorama an, die Menschen – unsere Leute – alle adrett und sauber gekleidet. Viele bunte Trachten sieht man am Paradeplatz. Die gute Laune ist direkt ansteckend. Sieh doch, die farbenprächtigen Banner unserer Sammelpartei flattern mit ihren optimistischen Aufschriften lustig in der Mailuft!

– *national, konservativ und sozial* –

Ach, es war letztlich doch gut, dass auch wir uns vor Jahren zeitgleich mit einigen anderen Staaten von der EU und dem Euro getrennt haben. Das war einfach nichts mehr, das Europäische. Nur noch die globalen Konzerne profitierten, die Zuwanderung war nicht in den Griff zu bekommen und die damaligen politisch Verantwortlichen brachten einfach nichts mehr zuwege. Das ist jetzt anders, Gott sei Dank! Österreich hat heute neue Allianzen auf der Basis gemeinsamer Werte, etwa mit den Visegrád-Staaten, aber auch mit anderen Ländern. Schau doch, der Aufmarschplatz füllt sich immer mehr mit fröhlichen Menschen, unsere kleine Stadt am Berghang liegt ruhig und sicher in der Vormittagssonne. Jetzt sind wir wieder selbstbestimmt in Österreich. Endlich. Ruhe und Ordnung sind zurückgekehrt. Österreich ist wieder frei. Wir sind wieder unser eigener Herr im Land, in unserer Insel der Seligen. Wir gehen unseren österreichischen Weg. So war es eigentlich immer schon.

Wie das alles gekommen ist, fragst du? Das Wichtigste nach dem Austritt war wohl unsere neue Migrationspolitik. Wir haben die Grenzen für Flüchtlinge dicht gemacht und einfach nur noch diejenigen Leute zu uns hereingelassen, die wir wirklich unbedingt brauchten: Alle anderen mussten draußen bleiben. Klar, wir wurden dafür von einigen Staaten kritisiert, aber was soll's: Andere machten und machen es ja genauso wie wir! Jedenfalls ist es uns sehr schnell gelungen, dem Kriminalitätstourismus aus Ost- und Südosteuropa einen

Riegel vorzuschieben. Österreich ist nach Jahrzehnten der Unsicherheit heute wieder sicher. Wir sind wieder unter uns. Schau dich doch um, hier auf unserem Paradeplatz! Wie schön es doch ist bei uns!

Ob das alles keine wirtschaftlichen Folgen hatte, fragst du? Aber natürlich gab es Auswirkungen! Klar schützt unser Staat heute bestimmte Wirtschaftszweige wie die Landwirtschaft oder auch unsere Energiewirtschaft besonders, das ist ja auch notwendig in dieser Welt! Dafür geht es diesen Bereichen heute auch besser als je zuvor! Die Abschottung von den internationalen Märkten hat dafür gesorgt, dass es der österreichischen Landwirtschaft heute wieder großartig geht! Die Binnennachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten ist bei uns so stark gestiegen, dass wir im Flachland auf agroindustrielle Produktionsmethoden setzen müssen, um der Nachfrage nachkommen zu können. Und noch etwas: Es gibt kein Bauernsterben mehr bei uns. Unser Staat hilft jedem Bauern! Unsere kleinen Landwirtschaften sind dafür alle ökologisch. Die erzeugen hochwertige Produkte für den Weltmarkt, freilich in geringen Mengen.

Einiges blieb wirtschaftlich aber auch völlig unverändert. Die globalisierte Wirtschaft gibt es ja weiterhin, aber die zahlreichen internationalen Freihandelsabkommen sind wir heute los! Keine Marktliberalisierung von außen mehr, keine deregulierenden Auflagen! Die österreichische Wirtschaft atmete richtig auf! Ich gebe zu, andere, eher exportorientierte Betriebe haben es heute schon schwerer als früher, um am europäischen Markt zu bestehen. Aber auch hier hilft der Staat, wo er nur kann. Im Anlagenbau zum Beispiel spielt Österreich nach wie vor ganz vorne mit, auch ohne EU. Ob man solche Hilfestellungen wirklich als unfair bezeichnen kann? Also, ich denke, nicht. Es gibt heute einfach weniger Konkurrenz bei uns, ist das denn schlecht? Allerdings ist vieles ein bisschen teurer geworden, das schon. Telefonieren kostet heute in Österreich schon um einiges mehr als in der EU, Lebensmittel allerdings kosten bei uns das Gleiche wie überall. Da schaut schon unser Staat drauf, dass das so bleibt!

Hörst du? Die Musik kommt! Sie marschieren jetzt wohl gerade los in der Stadt oben, also wird es am Paradeplatz bald losgehen!

Die weitläufigen Siedlungsgebiete an den Rändern der Städte und Dörfer sind von einem dichten Straßennetz durchzogen, an dessen Knotenpunkten sich Einkaufs- und Fachmarktzentren, Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe, aber auch medizinische Versorgungseinrichtungen befinden. Mit dem damit einhergehenden Anstieg des motorisierten Individualverkehrs ist gleichzeitig ein weiteres Ausdünnen des öffentlichen Verkehrs verbunden. Die Bahn beschränkt sich im Wesentlichen auf die West- und Südbahnstrecke – und hier auf den Verkehr zwischen den größten Städten; im Regionalverkehr spielt sie keine Rolle mehr. Dank neuer Technologien wie selbstfahrende Autos und intelligente Navigationssysteme ist die Fortbewegung durch – falls nötig auch sehr günstige – Pkw selbst für Jugendliche und sehr alte Menschen möglich.



Landschaft als Ressource

Die Landschaft dient einerseits dem ökonomisch bedeutsamen Tourismus und andererseits der wieder erstarkten Agrar- und Forstwirtschaft. Dabei ist der Umgang mit dieser sehr unterschiedlich: Einerseits wird in schwierig zu bewirtschaftenden Lagen (Bergland) mithilfe staatlicher Subventionen ökologische Landwirtschaft betrieben – und in touristischen Regionen der Natur- und Landschaftsschutz restriktiv gehandhabt, wobei dies wirtschaftlich relevanten Bauprojekten dennoch nicht im Wege steht. Andererseits wird der Schutz außerhalb dieser Gebiete merklich gelockert, was die Intensivierung der Landwirtschaft nach konventionellen und industriellen Methoden in den leicht zu bewirtschaftenden Gunstlagen (etwa Marchfeld, Welser Heide oder Eferdinger Becken) ebenso begünstigt wie die ausgedehnte Energieerzeugung mittels Wind- und Solarparks, Laufwasser- und Speicherkraftwerken oder auch den forcierten Abbau wichtiger Rohstoffe (Kies,

Öl, Gas). Für die weitgehende Unabhängigkeit von Importen in diesen zentralen Bereichen wird ein Verlust an Biodiversität sowie intakter Landschaft in großen Teilen Österreichs hingenommen.

Auch die ungebremste Suburbanisierung prägt die Landschaft – sei es durch die Zersiedlung, sei es durch die Erfordernisse des steigenden motorisierten Individualverkehrs (Straßen, Brücken, Parkplätze). Deren politisch gewollte Ausweitung ist nur möglich, weil die dafür nötigen Planungen und Genehmigungen entsprechend leger gehandhabt sowie internationale Klimaschutzabkommen aufgekündigt werden.



Wohnbau

Durch die rückläufige Bevölkerungszahl ist es am Wohnungsmarkt zu einer Entspannung gekommen. Dennoch hat der Neubau einen gewissen Stellenwert, denn im Umland der Städte wie auch in ländlichen Regionen werden weiterhin Einfamilienhäuser errichtet, die als bevorzugte Wohnform gelten und auch staatlich propagiert werden.

Die größeren Städte hingegen verlieren an Einwohnerinnen und Einwohnern. Hier differenzieren sich die Wohngebiete zudem entsprechend der sozialen und finanziellen Möglichkeiten stark aus: Menschen mit Migrationshintergrund, die sich nur noch befristet im Land aufhalten, leben weitgehend abgeschlossen in unattraktiven gründerzeitlichen Vierteln mit überwiegend schlechter Bausubstanz. Bei Sanierungsbedarf älterer Stadtstrukturen kommt es oft zu großflächigem Abriss und großmaßstäblicher Neubebauung nach Mindeststandards. Der heimischen Bevölkerung stehen der ausgedehnte kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbestand sowie die höherwertigen Gründerzeitquartiere zur Verfügung. Als Ideal für die breite Masse der Bevölkerung gilt allerdings das Einfamilienhaus im Grünen. Die Attraktivität der zunächst noch begehrten Innenstadtlagen hat abgenommen und wird lediglich

Ob es überhaupt noch ausländische Konzerne in Österreich gibt? Na ja, einige davon sind nach der Wende schon abgewandert. Unser Fachpersonal in den Grenzregionen arbeitet jetzt eher drüben, in den Nachbarstaaten. Viele Junge gehen auch weg. Soll halt so sein. Wir bleiben eben unter uns. Andererseits schätzen internationale Investoren in unsicheren Zeiten wie diesen gerade das ruhige und stabile Umfeld in Österreich. Sie kommen hierher und setzen ihr Kapital ein, denn hier ist es sicher. Viele reiche Ausländer sind übrigens mittlerweile auch privat nach Österreich gekommen! Hier finden sie nämlich genau das, was sie suchen: schöne Landschaft, Sicherheit und Anonymität, zum Beispiel für ihre Vermögenswerte. Der Finanzplatz Österreich mit seinen anonymen Anlageformen ist heute sehr begehrt in der Welt!

Unser Schilling erlaubt uns nach dem Abenteuer Euro, eine eigenständige, nach unseren politischen Zielen ausgerichtete Währungs- und Zinspolitik zu fahren. Unser Geld ist heute zwar weich, das stimmt schon, aber das ist auch gut so, wegen der notwendigen Unterstützung unserer Export- und Tourismuswirtschaft. Außerdem machen wir damit unerwünschte Importe aus dem Ausland teurer. Ganz schön clever, findest du nicht? Der EU gefällt das übrigens gar nicht. Die mögen auch unser Steuerdumping bei ausländischen Investments oder unsere speziellen Mautgebühren im Straßentransitverkehr nicht. Ist ja lachhaft. Jetzt bestimmen wir eben, und nicht mehr die da oben in Brüssel! Die Musik fährt mir übrigens gerade richtig in die Beine. Es wird sicher ein ganz herrlicher Aufmarsch werden. Welch ein wunderbarer Tag!

Ob wir in Österreich immer noch stark mit Westeuropa Handel treiben? Du wirst lachen, aber wir sind heute viel stärker auf den dynamischen, asiatischen Markt hin orientiert. Aus Fernost können wir viel billiger importieren und das wiederum hält die Konsumentenpreise in Österreich niedrig. Da darf die Wirtschaft schon ruhig ein bisschen leiser treten, denn im Börsel, am Markt spüren wir es ja nicht! Es geht uns gut in Österreich, da ist es doch egal, dass wir im europäischen Wohlstandsranking vielleicht ein paar Plätze eingebüßt haben.

Du fragst, ob wir isoliert sind in Österreich? Vielleicht trifft das auf einige Branchen in den technologie-, den forschungs- und den entwicklungsintensiven Bereichen sogar zu, mag sein. Es trifft aber keinesfalls auf die primären Sektoren, die Landwirtschaft, die Energiewirtschaft und auf den Fremdenverkehr zu. Dort wachsen wir!

Auch der Rohstoffsektor boomt. Überzogene Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzgesetze haben wir nämlich zugunsten der Wirtschaft zurückgefahren. Wir bauen in den Alpen und entlang der Flüsse wieder Kalkstein und Kies ab, wir haben Wind- und Solarparks, Öl- und Gasförderanlagen. Wir sind heute energieautark in Österreich und – das ist uns sehr wichtig – wir haben keine Atomkraft in unserem schönen Land. Da waren wir wirklich standhaft!

Du fragst, ob viele Fremde nach Österreich kommen? Aber ja! Massenhaft kommen sie in unser herrliches Land! Unsere Tourismusgebiete wurden in den Jahren seit der Wende natürlich weiter ausgebaut. Sieh doch mal, was dort auf dieser Fahne steht:

Die Welt ist zu Gast in Österreich! Der Tourismus ist ein wichtiger Bestandteil der österreichischen Wirtschaft.

Durch den Klimawandel haben wir lange und warme Sommer. Unsere herrlichen Seen in Kärnten und im Salzkammergut erleben geradezu eine Renaissance der alten Sommerfrische. Es gibt aber auch viele neue, künstlich geschaffene Gebirgsseen, die von schmelzenden Gletschern gespeist werden. Dort sind in den letzten Jahren vor allem Luxusresorts für außereuropäische Gäste entstanden. Wir spüren es sogar hier schon, in unserer schönen Heimatstadt. Betuchte ausländische Zweitwohnbesitzer haben sich bei uns niedergelassen, eigentlich überall, wo es schön ist. Im Winter werden die Skipisten dank neuer Technologien viele Monate lang mit Kunstschnee versorgt und auch die Landschaft rundum wird ein bisschen beschneit. Unsere ausländischen Gäste schätzen übrigens die gleichen Dinge wie wir selber: unsere wunderschöne, wirklich professionell inszenierte Landschaft, unsere tradi-

von einer kleinen Gruppe von Urbanitätsliebhabern goutiert. Die Villen- und Cottageviertel am Stadtrand erfreuen sich bei der Oberschicht sowie bei finanzkräftigen Ausländerinnen und Ausländern weiterhin großer Beliebtheit.

Die Errichtung mehrgeschoßiger Wohnbauten erfolgt fast ausschließlich von privaten, gewerblichen Bauträgern, wobei die Errichtungskosten durch Normierung und Vorfertigung ebenso wie durch billige Materialien und reduzierte Qualitätsanforderungen niedrig gehalten werden. Die höheren Betriebskosten werden durch die weitgehende Eigenversorgung mit Energie kompensiert. In Funktionalität und Ästhetik folgt der Wohnbau tradierten Mustern, gestalterische und typologische Experimente finden nicht statt. Stark entwickelt hat sich jedoch die Haustechnik, die Komfort und insbesondere Sicherheit bietet – Aspekte, die auch beim Bau von Eigenheimen bedeutsam sind.



Produktionsbedingungen und Architekturqualität

Die Ausbildung in baukulturrelevanten Disziplinen (Architektur, Landschaftsarchitektur, Raumplanung, Bauingenieurwesen, Haustechnik, Facility Management) hat sich zunehmend an technische Fach(hoch)schulen verlagert. Der Fokus der Lehrveranstaltungen liegt auf (bau-)technischen, teilweise auch konservatorischen Aspekten (speziell für die touristisch bedeutsamen Regionen) und ist stark umsetzungsorientiert. Experimentelle Fragestellungen – sowohl in technologischer als auch typologischer Hinsicht – kommen lediglich am Rande vor. Auch die Forschungstätigkeit in diesem Bereich ist reduziert und rein anwendungsbezogen. Studierende, Lehrende und Forschende, die an Innovationen interessiert sind, wandern zumeist ins Ausland ab.

Die Errichtung von Geschoßwohnbauten liegt weitgehend in der Kompetenz von privaten Bauträgern. Die öffentliche Hand ist für die soziale und technische Infra-

struktur zuständig, deren Umsetzung aber weitgehend in Public-Private-Partnership-Kooperationen erfolgt. Die Bauausführung liegt in den Händen großer Firmen, die die Projekte als Generalunternehmer realisieren. Architektinnen und Architekten sind vielfach bei Bauträgern oder großen Baufirmen angestellt und sowohl für Planung als auch Umsetzung verantwortlich. Freiberufliche Architekturschaffende sind rar geworden, sie finden ihr Betätigungsfeld bei seltenen Leuchtturmprojekten im Bereich Kultur oder Tourismus. Nischen bieten sich ihnen bei der Sanierung oder der Fest- und Feierngestaltung. Die weit verbreiteten Einfamilienhäuser werden teils von lokalen Baumeisterinnen und Baumeistern geplant, entstammen in ihrer Mehrzahl aber dem großen Angebot an Fertigteilhäusern.

Im politischen und gesellschaftlichen Diskurs spielt Baukultur kaum eine Rolle, die an traditionellen Stilen orientierte Gestaltung von Bauprojekten ist weitgehend akzeptiert und wenig umstritten.



Öffentlicher Sektor

Entsprechend der allgemeinen Grundhaltung haben Föderalismus und Subsidiarität sowie Gemeindeautonomie an Bedeutung gewonnen. Damit einher geht die Verteilung von Verantwortlichkeiten auf eine breite Basis und vielfältige, manchmal parallel agierende Strukturen. Die Zuständigkeiten im Planungs- und Bauwesen sind auf unterschiedliche Verwaltungsebenen aufgesplittet und teilweise an Private ausgelagert. Raumordnung, Bauordnungen und die meisten Förderungen sind auf Ebene der Länder angesiedelt und werden durch kommunale Beschlüsse zusätzlich diversifiziert. So wird es auch möglich, in einst geschützten Landschaftsteilen zu bauen, wenn landwirtschaftliche und touristische Interessen dadurch nicht beeinträchtigt werden. Im Bemühen um den Schutz und die Förderung von Regionalität und Eigenstaatlichkeit wird das Normen- und Vergabewesen von internati-

tionellen, gastronomischen und kulturellen Qualitäten – sieh dir doch nur den Fahnenblock an und die Trachtenkapellen, die gerade auf unserem Paradeplatz einmarschieren! Es ist vor allem die hohe Sicherheit, die in Österreich herrscht. Die Welt ist zwar unruhig, aber Österreich ist sicher. Schau, dort kommt schon der nächste Fahnenblock!

Wir schätzen Ruhe und Ordnung.

Die letzten Jahrzehnte waren ganz anders, leider. Die große Verunsicherung der Bevölkerung ist heute jedoch verschwunden. Es ist mir ehrlich gestanden egal, dass für diese Sicherheit ein hohes Maß an Überwachung und Reglementierung notwendig ist. Siehst du all die Kameras dort an den Fahnenmasten? Nichts bleibt hier verborgen, nicht hier am Paradeplatz, nicht sonst wo in unserem Land. Wir sind aber sehr zufrieden damit. Unsere spezifisch österreichische Form der direkten Demokratie gibt uns eh die Gelegenheit, bei allem Möglichen mitzubestimmen. Allerdings nimmt im Schnitt weniger als die Hälfte aller Wahlberechtigten dieses Angebot an. Wie du siehst, sind fast alle zufrieden damit. Wir haben eben noch eine heile Welt hier bei uns und wir sind autonom. Der Österreicher ist Herr über sich selbst. Wir sind homogen, wir leben gerne ruhig in unseren eigenen vier Wänden, die Familie ist das Wichtigste für uns. Bei uns müssen Mütter nicht mehr arbeiten gehen und Scheidungen gibt es viel weniger als früher. Unsere Geburtenrate ist wieder gestiegen, trotzdem ist aber unsere Gesamtbevölkerungszahl auf sieben Millionen gesunken. Warum? Viele Ausländer sind Gott sei Dank aus Österreich abgewandert und neue kamen kaum nach. Wir haben dadurch auch viel weniger Arbeitslose, weniger als 7 Prozent. Wo gibt es das sonst noch? Diejenigen Zugewanderten, die im Land geblieben sind, mussten sich assimilieren. Sie haben heute auch nicht mehr so viele Rechte wie früher, zu EU-Zeiten. In Wien mussten Ausländer übrigens schon vor einiger Zeit die Gemeindebauten räumen. Wenn die Migranten keine Arbeit mehr haben oder arbeitsunfähig werden oder schwanger, dann müssen sie eben innerhalb von drei Monaten Österreich wieder verlassen. Bei Straftaten erfolgt ja sowieso die sofortige

Ausweisung, ist doch klar. Da kennen wir nichts, in Österreich. Dafür haben wir in Wien heute überall wieder Würstelstände statt Kebabbuden.

Ob das Gesellschaftsleben in Österreich dadurch nicht auch etwas provinziell geworden ist? Ich weiß nicht ... Wir sind ja trotzdem viel und oft im Internet! Auch unsere Parade wird live im Internet gestreamt! Schau, es wird übrigens gleich anfangen, alle haben schon Aufstellung genommen!

Allerdings, etwas hat sich schon stark geändert in den letzten Jahren, das muss ich zugeben. Unser Österreich ist nämlich spürbar älter geworden. Wir sind heute eine alte, pflegebedürftige Gesellschaft. Durch den Brain-Drain der besser Ausgebildeten ins Ausland, den sinkenden Status von Bildung – besonders in Bereichen wie Wissenschaft, Kunst und Kultur – und durch schrumpfende Budgets im Gesundheitsbereich ist heute auch die medizinische Versorgung nicht mehr auf jenem Niveau von früher. In der Pflege helfen uns Gastarbeiter, allerdings ohne Bleiberechte. Wenn wir sie nicht mehr brauchen, dann gehen sie.

Du fragst mich, wie durchschnittliche Karrieren bei uns heute aussehen? Innerhalb des Gemeinsamen, des nationalen Zusammenhaltes, ist das Individuum bei uns gefragt. Leistung lohnt sich, so heißt das bei uns. Viele Österreicher werden daher selbstständige Unternehmer oder leitende Fachkräfte in den Wachstumsbranchen der heimischen Wirtschaft. Nun, natürlich machen auch einige Karrieren innerhalb des politischen und administrativen Systems. Schau, welch bunte Farben bei diesem Fahnenblock dort drüben versammelt sind!

Österreich, unsere soziale Heimat

Arbeit, Wohlstand, Wirtschaft, Ruhe und Sicherheit: Daran glauben wir in unserem schönen Österreich. So, jetzt aber genug geplaudert. Schau! Die Parade beginnt! Ist es nicht wunderbar? Hoch lebe unser Österreich!

onalen Vorgaben teilweise entkoppelt und gelockert. Damit kommen beim Bauen auch billige, oftmals nicht nachhaltige Materialien und Verarbeitungsmethoden zum Einsatz.

Die Szenarien im Vergleich

Die folgende Tabelle zeigt die Szenarien in einem zusammenfassenden Vergleich untereinander und in einer Gegenüberstellung zur aktuellen Situation in Österreich. Diese stellte den gemeinsamen, in vielen Aspekten quantifizierbaren Ausgangspunkt dar, von dem ausgehend alternative Zukünfte qualitativ entwickelt wurden. Gezeigt werden die allgemeinen Grundannahmen und die Charakteristiken zur Beschreibung der einzelnen Politikfelder sowie der Querschnittsmaterie zu den Produktionsbedingungen und zur Architekturqualität. Eine eingehendere Darstellung der Grundannahmen und Charakteristiken findet sich in den fiktionalen Fakten, welche die Szenarienerzählungen im vorangegangenen Kapitel begleiten.

FACTS Österreich aktuell/ die Entwicklung bis heute		FICT FACTS Szenario <i>global</i> die zukünftige Entwicklung		FICT FACTS Szenario <i>integral</i> die zukünftige Entwicklung		FICT FACTS Szenario <i>national</i> die zukünftige Entwicklung	
Durchschn. Wachstum des BIP _{real} pro Jahr		Durch Deregulierung, Privatisierung und weitere Erschließung globaler Märkte steigt das BIP _{real} konstant an.		Die Umgestaltung des Wirtschaftssystems bedingt zunächst ein Schrumpfen des BIP _{real} und erreicht schließlich ein stabiles wachstumsneutrales Niveau.		Öffentliche Investitionen halten das BIP _{real} zunächst stabil. Durch sinkende Bevölkerung, mangelnde Innovationen und ein Handelsbilanzdefizit schrumpft das BIP _{real} , bis es sich auf niedrigerem Niveau stabilisiert und stagniert.	
Verfügbare Einkommen der Haushalte pro Kopf		Das real verfügbare Einkommen der Haushalte pro Kopf wuchs von 1995 bis 2015 durchschnittlich um 0,7% pro Jahr. Die Kaufkraft der Haushalte entwickelte sich damit schwächer als die gesamte erbrachte Wirtschaftsleistung, ausgedrückt im BIP _{real} mit durchschnittlich +1,4% pro Kopf und Jahr. ⁸¹	Das real verfügbare Einkommen der Haushalte pro Kopf sinkt. Der Mittelstand schrumpft, gleichzeitig verzeichnen kleine Bevölkerungsgruppen Vermögenszuwächse.	Das real verfügbare Einkommen der Haushalte pro Kopf sinkt zunächst ab, stabilisiert sich jedoch rasch auf vergleichsweise hohem Niveau. Einkommensunterschiede werden geringer. Neue Kennwerte für die Bewertung von Wohlstand etablieren sich.		Das real verfügbare Einkommen der Haushalte pro Kopf sinkt. Gründe dafür sind das schrumpfende BIP _{real} , die zunehmende Alterung der Bevölkerung, der sinkende Anteil erwerbstätiger Frauen sowie das Abwandern hochqualifizierter Arbeitskräfte.	

79 Statistik Austria, Wie geht's Österreich, Wohlstand und Fortschritt, BIP pro Kopf real, Stand 2015, www.statistik.at/web_de/statistiken/wohlstand_und_fortschritt/wie_gehts_oesterreich/index.html (letzter Zugriff: 08.05.2017)

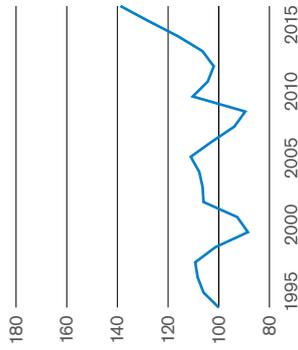
80 Die Diagramme stellen prozentuelle Abweichungen von der Ausgangsbasis des Jahres des EU-Beitritts 1995 dar.

81 Statistik Austria, Wie geht's Österreich, Wohlstand und Fortschritt, Haushaltseinkommen, Stand 2015, www.statistik.at/web_de/statistiken/wohlstand_und_fortschritt/wie_gehts_oesterreich/index.html (letzter Zugriff: 08.05.2017)

FACTS

Österreich aktuell/ die Entwicklung bis heute

Arbeitslosenquote
Das weitgehend kontinuierliche Steigen der Anzahl von Arbeitsplätzen reicht nicht aus, um die Arbeitslosigkeit zu verringern. Die Zahl der Arbeit suchenden und auch der langzeitbeschäftigten Menschen steigt. Arbeitslosenquote 5,7%^{82, 83}



Einwohnerzahl
Ab 1994 schwächen restriktive Gesetze die internationalen Wanderungsgewinne stark ab. Zeitgleich gehen die Geburtenzahlen zurück. Ab 2000 erhöhen sich die Wanderungsgewinne durch Familiennachzug und Zuzug aus der EU. Aktuell sind Wanderungsgewinne die wichtigste Komponente des Bevölkerungswachstums.⁸⁴

8,6 Mio.

113.067⁸⁵

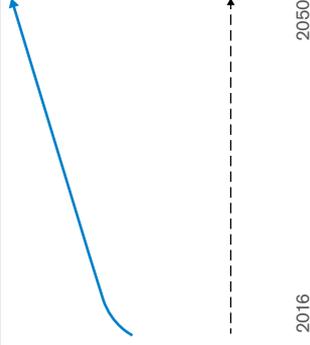
Wanderungssaldo
Anteil 65+
Österreich befindet sich im Wandel von einer demografisch jungen zu einer demografisch alten Gesellschaft. Die Alterung beruht vorwiegend auf niedrigen Geburtenzahlen, verstärkt durch steigende Lebenserwartung.⁸⁶

18,5% (Statistik Austria 2015)

FICT FACTS

Szenario *global* die zukünftige Entwicklung

Die Arbeitslosenquote steigt deutlich an. Gründe dafür: konsequente Rationalisierung und selektive Nutzung des globalen Arbeitskräftemarktes. Instabile Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Eine bedarfsorientierte Grundsicherung wird eingeführt.



Die Einwohnerzahl steigt leicht. Grund dafür: negative natürliche Bevölkerungsbewegung und leicht positive Wanderungsbilanz.

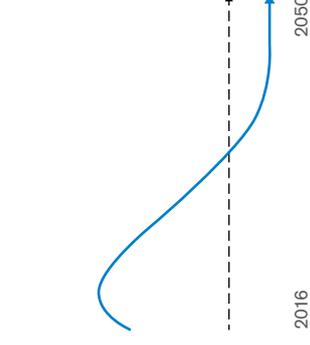
leicht positiv

Der Anteil der über 65-Jährigen bleibt konstant. Die Alterung der angestammten Bevölkerung wird durch den Zuzug durchschnittlich jüngerer Bevölkerungsgruppen aufgewogen.

FICT FACTS

Szenario *integral* die zukünftige Entwicklung

Die Arbeitslosenquote sinkt. Gründe dafür: Verkürzung der Arbeitszeit und Entstehung neuer Betätigungsfelder im Bereich Soziales, Umwelt und Digitalisierung.



Die Einwohnerzahl steigt. Grund dafür: leicht negative natürliche Bevölkerungsbewegung und positive Wanderungsbilanz.

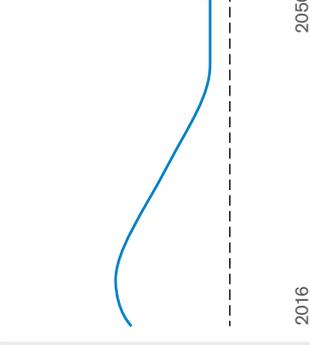
positiv

Der Anteil der über 65-Jährigen steigt, allerdings mit rückläufigem Umfang. Die Alterung der Gesellschaft lässt nach.

FICT FACTS

Szenario *national* die zukünftige Entwicklung

Die Arbeitslosenquote sinkt. Gründe dafür: Bevölkerungsrückgang durch Abwanderung bzw. Verdrehung ausländischer Arbeitskräfte sowie Rückzug vieler Frauen vom Arbeitsmarkt.



Die Einwohnerzahl sinkt trotz Geburtenanstiegs. Grund dafür: stark negative Wanderungsbilanz.

negativ

Der Anteil der über 65-Jährigen steigt weiter an. Die wachsende Zahl inländischer Kinder kann den Rückgang von Zuwanderung nicht wettmachen. Die Gesellschaft altert.

<p>Naturraum und Landschaft</p>	<p>FACTS Österreich aktuell die Entwicklung bis heute</p>	<p>FICT FACTS Szenario <i>global</i> die zukünftige Entwicklung</p>	<p>FICT FACTS Szenario <i>integral</i> die zukünftige Entwicklung</p>	<p>FICT FACTS Szenario <i>national</i> die zukünftige Entwicklung</p>
<p>Land- und Forstwirtschaft</p>	<p>Die Land- und Forstwirtschaft unterliegt einem grundlegenden Strukturwandel. Die Zahl der Betriebe hat sich seit 1950 von 432.000 auf 166.000 im Jahr 2013 reduziert. Rund 20 % der Landwirte produzieren nach biologischen Qualitätsstandards. Die durchschnittliche Betriebsgröße ist von 19 auf 44 Hektar gestiegen.^{92, 93}</p>	<p>Land- und Forstwirtschaft werden großindustriell betrieben. Die Flächen werden vollständig genutzt. Lediglich einige bewaldete Gebiete im Privateigentum globaler Investoren werden als Spekulationsobjekte gehalten. Der Nahrungsmittelimport und -export erfolgt marktoptimal und -export erfolgt marktoptimal. Die Produktionsweise führt zu massiven Biodiversitätsverlusten.</p>	<p>Der flächendeckend betriebenen Land- und Forstwirtschaft kommt neben der Produktion auch die Landschaftspflege zu. Der Anteil an biologischer und regionaler Erzeugung steigt, was auch zu Flächenkonkurrenz mit konventionellen Betrieben führt. Maßnahmen zum Biodiversitätserhalt werden umgesetzt.</p>	<p>Im Flach- und Hügelland wird Land- und Forstwirtschaft konventionell und rationalisiert betrieben. Ziel ist eine hohe Lebensmitteleigenversorgung. In schwieriger zu bewirtschaftenden Regionen wird die Produktion von hochwertigen ökologischen Erzeugnissen vorwiegend für den Export subventioniert. In peripheren Lagen wildern Flächen aus, was Biodiversitätsverlusten teils entgegenwirkt.</p>
<p>Rohstoffe und Energie</p>	<p>Die österreichische Landschaft gewinnt hinsichtlich der Erzeugung und Verteilung an Bedeutung. Rund 33 % des Bruttoendenergieverbrauchs werden erneuerbar produziert, etwa durch Wasserkraft und Windkraftanlagen. Der Anteil der energetisch genutzten land- und forstwirtschaftlichen Produktion steigt. Entlang der Flüsse wird Kies und Sand abgebaut.^{94, 95}</p>	<p>Der Energiebedarf steigt mit dem Wirtschaftswachstum. Kostendruck und das Fehlen von Umweltschutzauflagen begünstigen fossile und atomare Energieträger. Die Energieeigenproduktion erfolgt großmaßstäblich in Windparks, Biomassepflanzungen oder alpinen Wasserteichkraftwerken. Rohstoffe werden unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität entnommen, etwa Kies oder Ölschiefer, aber auch die Ressource Trinkwasser.</p>	<p>Der Energiebedarf steigt aufgrund des Bevölkerungswachstums weiter, wird jedoch durch den forcierten und kombinierten Einsatz erneuerbarer Energien und verbraucherseitiger Innovation klimaneutral gedeckt. Wiederverwertung und Recycling dämpfen den Rohstoffbedarf ein. Umweltauflagen und Flächenkonkurrenz bei Energieproduktion und Rohstoffgewinnung sind hoch.</p>	<p>Der Energiebedarf steigt sowohl im Verkehrssektor als auch im Gebäudereich weiter an. Reduzierte Umweltschutzauflagen ermöglichen großmaßstäbliche Infrastrukturprojekte und flächenintensive Energieproduktion. Auch der Abbau von Rohstoffen wird gesteigert.</p>

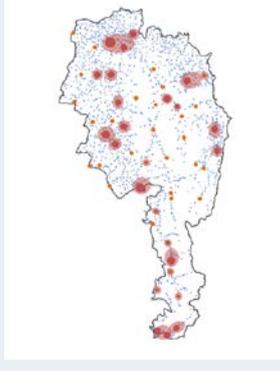
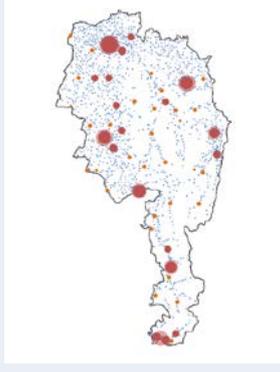
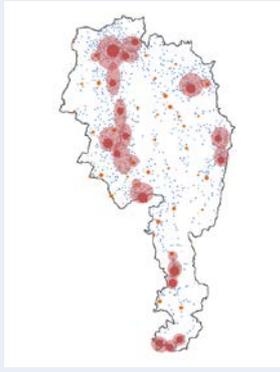
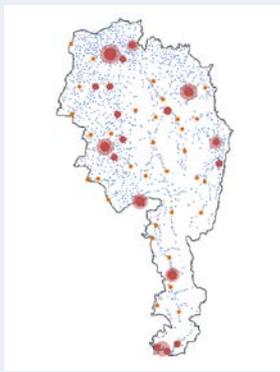
Die Landschaft Österreichs ist vielfältig und vorwiegend alpin geprägt. Land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen sind vorwiegend kleinteilig strukturiert. Um die Großstädte zeigen sich Suburbanisierungsgebiete. Auch viele kleinere Siedlungen sind an ihren Rändern ausgefranst und teils ineinander übergegangen. Infolge der Klimaerwärmung steigt die obere Waldgrenze, die Gletscher gehen zurück. Für 28 % der Landesfläche bestehen unterschiedlich restriktive Schutzvorgaben, die etwa die Landschaft, die Biodiversität oder die Trinkwasserqualität u. v. m. betreffen.⁹¹

Die Landschaft wird vor allem entlang von Hochleistungsverkehrskorridoren wahrgenommen und ist dort geprägt vom Wechsel suburbaner funktionsgetrennter Zonen und vollflächig agroindustriell genutzter Gebiete. Oft erfolgt die Vermittlung von Landschaft digitalisiert. Die obere Waldgrenze ist deutlich gestiegen. Auch hochalpine Lagen sind frei von Vergletscherung. Landschaft wird punktuell nach Maßgabe touristischer Anforderungen modelliert. Ziele zu Klimaschutz und Biodiversitätserhalt wurden im Zuge internationaler Debatten weitgehend aufgegeben.

Die Landschaft ist geprägt vom Wechsel kompakter Siedlungen und klar gefasster Ballungsgebiete mit land-, forst- und energiewirtschaftlich genutzten Flächen. Kleinteilig bewirtschaftete Gebiete mit ausgeprägtem Kulturlandschaftlichem Charakter stehen weiträumigen, rationalisiert genutzten Flächen gegenüber. Die obere Waldgrenze ist gestiegen, die hochalpine Vergletscherung gering. Natur- und Landschaftsschutzgebiete werden zu Verbänden ausgeweitet. Klimaschutz und Biodiversitätserhalt sind hoch bewertete gesellschaftliche Ziele.

Die Landschaft ist geprägt von motorisiertem Individualverkehr, Suburbanisierung, Zersiedlung, Energie- und Rohstoffgewinnung sowie funktionaler Trennung. Landwirtschaft ist überwiegend großflächig organisiert, nur in schwieriger zu bewirtschaftenden Lagen bestehen kleinteilige Strukturen. Die obere Waldgrenze ist deutlich gestiegen, die hochalpine Vergletscherung minimal. Natur- und Landschaftsschutz besteht nur nach Maßgabe touristischer Anforderungen. Vorgaben zu Klimaschutz und Biodiversitätserhalt sind marginalisiert.

Szenario-Charakteristik	Landschaft als Ressource	Tourismus	Der Tourismus ist exklusiv ausgerichtet und ökonomisch optimiert. Durchgestaltete Landschaftsreservate und museal betriebene Stadtensembles werden für die ausschließliche touristische Nutzung gestaltet. Das Angebot orientiert sich an finanzstarkem, internationalem Publikum.	Der Tourismus wird ökologisch nachhaltig konzipiert. Er integriert sich in lebendige, örtliche Strukturen und die bestehende charakteristische Landschaft. Das Angebot richtet sich an nationale und internationale Gäste unter spezieller Berücksichtigung einer gestiegenen Lebenserwartung.	Der Tourismus setzt insbesondere auf Landschaft, Tradition und Sicherheit. Er ist ein zentraler Wirtschaftsfaktor und wird staatlich gefördert: Tourismusgebiete werden leistungsfähig erschlossen und ausgebaut. Landschaften und bauliche Ensembles von touristischer Bedeutung werden restriktiv geschützt. Als Gäste werden besonders wohlhabende Personen aus unsicheren Weltregionen angesprochen.
Stadt und Region	Räumliche Entwicklung	Die räumliche Entwicklung Österreichs wird seit den 1950er-Jahren von Wanderungsbewegungen bestimmt. Deren Gewinner sind die Siedlungsänder der Ortschaften und vor allem das suburbane Umland der städtischen Ballungsräume. Nahrungsmittelproduktion, Energieproduktion, Siedlungsentwicklung, Tourismus, Freizeinnutzung, Verkehrs- und Infrastruktureinrichtungen konkurrieren um die Flächen. ⁹⁶	Der Raum wird bestimmt durch das Zusammenwachsen von Ballungsgebieten und großräumlich organisierten, intensiv genutzten Bewirtschaftungsflächen. Flächenverbrauch und Versiegelung steigen. Nahrungsmittelproduktion, Energieproduktion, Rohstoffabbau, Siedlungsentwicklung, Tourismus, Freizeinnutzungen, Verkehrs- und Infrastruktureinrichtungen konkurrieren um die Flächen.	Räumlich prägend ist die Ausbildung kompakter Siedlungsformen mit definierten Außengrenzen. Unterschiedliche Funktionen werden in die Siedlungszentren reintegriert. Regionen und regionale Kooperation gewinnen an Bedeutung. Flächenverbrauch und Versiegelung stagnieren. Nahrungsmittelproduktion, Energieproduktion und Schon- bzw. Schutzgebiete konkurrieren um die Flächen.	Für die räumliche Entwicklung bestimmend sind die sinkende Bevölkerungszahl und eine antiurbane Grundhaltung. Suburbanisierung und Zersiedlung nehmen weiter zu. Die meisten Kernstädte schrumpfen. Flächenverbrauch und Versiegelung steigen. Nahrungsmittelproduktion, Energiegewinnung, Rohstoffabbau, Siedlungsentwicklung, Tourismus, Verkehrs- und Infrastruktureinrichtungen konkurrieren um die Flächen.



91 Umweltbundesamt, Ämter der Landesregierungen Österreichs, Naturschutzrechtlich geschützte Gebiete in Österreich, Stand: 12/2015, <http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/naturschutz/sg/> (letzter Zugriff: 08.05.2017)

92 Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum (Hrsg.), Land- und Forstwirtschaft in Österreich, Broschüre 2011

93 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Grüner Bericht, Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2015, 57. Auflage, Wien 2016, S. 58

94 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Hrsg.), Biermayr P., Erneuerbare Energie in Zahlen 2016, Entwicklung in Österreich Datenbasis 2015, Wien 2016

95 Interessengemeinschaft Windkraft Österreich, Statistiken und Fakten zur Stromerzeugung aus Windkraft, Windenergie in Österreich, Stand: 12/2016, [https://www.igwindkraft.at/fakten/?xmlval_ID=KEY\[0\]=1234](https://www.igwindkraft.at/fakten/?xmlval_ID=KEY[0]=1234) (letzter Zugriff: 08.05.2017)

96 Statistik Austria, Tourismus-Satellitenkonto – Wertschöpfung, Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Tourismus und der Freizeitwirtschaft in Österreich 2000 bis 2016, letzte Änderung am 03.05.2017, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/tourismus/tourismus-satellitenkonto/wertschoepfung/index.html#index1 (letzter Zugriff: 08.05.2017)

97 Strategie & Unternehmensentwicklung/Tourismusforschung, Städtetourismus in Österreich, Einige Eckdaten 2015, 2016, https://www.austriatourism.com/wp-content/uploads/2016/04/2016g-staedtetourismus-2015-charts_16zu9.pdf (letzter Zugriff: 08.05.2017)

98 Vgl.: Umweltbundesamt, Elfter Umweltkontrollbericht, Umweltsituation in Österreich, Bericht des Umweltministers an den Nationalrat, 2016, S. 139 ff.

	FACTS Österreich aktuell/ die Entwicklung bis heute	FICT FACTS Szenario <i>global</i> / die zukünftige Entwicklung	FICT FACTS Szenario <i>integral</i> / die zukünftige Entwicklung	FICT FACTS Szenario <i>national</i> / die zukünftige Entwicklung
Ländlicher Raum	<p>Die Rationalisierung der Land- und Forstwirtschaft und die Konzentration von Produktion und Dienstleistung an der Peripherie von zentralen Orten und Städten schwächen den ländlichen Raum. Der umfassende Ausbau des Straßennetzes führte zur räumlichen Entflechtung der Funktionen Wohnen, Arbeiten und Versorgung. Etwa jede vierte Kommune in Österreich verfügt über keine entsprechende Nahversorgung mehr. Ortszentren veröden. Der periphere ländliche Raum überaltert.⁹⁹</p>	<p>Die agroindustrielle Bewirtschaftung des ländlichen Raums beschleunigt die Abwanderung aus kleinen und mittleren Gemeinden. Etliche Orte in peripheren Lagen veröden. Regionale Zentren konkurrieren untereinander um die Gunst von Investoren. In landschaftlichen Gunstlagen werden neue Flächen für exklusive Wohngebiete oder Tourismusresorts erschlossen.</p>	<p>Kleinere und mittlere ländliche Gemeinden gehen enge Kooperationen ein, um ihre Prosperität zu erhöhen. Die Versorgung und Verwaltung, aber auch Teile der Produktion werden wieder in die Siedlungskerne integriert. Der motorisierte Individualverkehr ist deutlich reduziert. Dennoch fallen einzelne Orte brach. Manche werden von Gruppen als Basis für die Umsetzung alternativer Lebensmodelle neu übernommen.</p>	<p>Die Existenz kleinerer und mittlerer Gemeinden wird durch Förderungen sichergestellt. Sie sind durch ein leistungsfähiges Straßennetz gut angebunden, das Einkaufs- und Fachmarkt-, Gewerbe- und Dienstleistungszentren erschließt. Die Innenbereiche der meisten Orte verlieren weitgehend ihre ursprünglichen Funktionen, bleiben aus Gründen der Tradition und Identifikation aber baulich erhalten. In peripheren ländlichen Räumen werden kleine Ortschaften auch aufgegeben.</p>
Städtische Ballungsräume	<p>Begünstigt durch die europäische Integration und eine Transformation der Arbeitswelt entstehen im städtischen Umland suburbane Zonen mit Wohnbebauung zumeist geringer Dichte sowie Einkaufs-, Fachmarkt-, teils auch Dienstleistungszentren. In touristisch wenig attraktiven Kernzonen stehen die Erdgeschoße oft leer. Punktuell werden diesbezüglich Gegenmaßnahmen erprobt, etwa durch Reduktion des motorisierten Verkehrs und die Belebung des öffentlichen Raums.</p>	<p>Die städtischen Ballungsräume dehnen sich unter hohem Zuwanderungsdruck flächig aus. Die erhöhte Nachfrage nach Wohn- und Büroflächen führt zu Teuerung und in weiterer Folge zu Segregation. Die Stadtviertel werden privatwirtschaftlich konkurrierend betrieben. Exklusive Geschäfts- und Wohnobjekte in städtischen Gunstlagen sowie touristische Areale sind eingezäunt oder überwacht. Die Versorgung erfolgt in peripheren Einkaufs- und Fachmarktzentren und durch Zustellung. Informelle Bautätigkeit etabliert sich auf minderwertigen Flächen. Der öffentliche Raum dient dem Verkehr und der Inszenierung.</p>	<p>Die städtischen Ballungsgebiete stehen unter Zuwanderungsdruck. Dennoch versucht man möglichst auf die Aufschließung weiterer Siedlungsflächen zu verzichten und setzt auf Nachverdichtung und Fußläufigkeit. Nahversorgung und Dienstleistung, Gewerbe und Produktion werden in die Viertel integriert. Periphere Gewerbestrassen, Fachmarkt- und Einkaufszentren veröden. Der öffentliche Raum gewinnt als Zone vermehrten gemeinsamen Aufenthalts und als Freizeitbereich an Bedeutung.</p>	<p>Die Zentren der Städte verlieren an Bedeutung. Das Leben im Einfamilienhaus – am Stadtrand oder im ländlichen Raum – gilt als Ideal. Bei Sanierungsbedarf erfolgt ein großflächiger Abriss und Ersatz durch großmaßstäbliche Neubauten. Der öffentliche Raum ist mehrheitlich Verkehrsfläche, Bühne staatlicher wie kommerzieller Repräsentation sowie Schauplatz für Umzüge, Feste und Feiern.</p>

Szenario-Charakteristik	Stadt und Region	Infrastruktur und Verkehr	Das österreichische Straßennetz ist in den letzten zehn Jahren um rund 30% auf eine aktuelle Länge von über 138.696 km gewachsen. 74% dieses Netzes entfallen auf Gemeindestraßen. Autobahnen und Schnellstraßen umfassen eine Länge von 2208 km oder 0,25 m pro Einwohner. Österreich liegt damit im Spitzenfeld der EU-Länder. Die Länge des Schienennetzes verringerte sich gleichzeitig um etwa 16% auf derzeit rund 5660 km, wobei in den Ausbau der transeuropäischen Achsen bereits seit den 1990er-Jahren vermehrt investiert wird. ^{100, 101, 102}	Das Verkehrsaufkommen zwischen den internationalen Ballungszentren nimmt deutlich zu. Einige wenige Hauptinfrastrukturkorridore und die Flughäfen werden ausgebaut. Errichtung, Erhalt und Betrieb der Infrastrukturen erfolgen durch internationale Konzerne. Peripherie Strecken, aber auch die Netze der Ballungszentren stehen unter Kostendruck. Wenig rentable Strukturen werden abgebaut. Der vollautomatisierte Betrieb ist störanfällig und Ziel von Sabotage.	Das Aufkommen an motorisiertem Individualverkehr ist deutlich rückläufig. Die Bahninfrastruktur wird auch an der Peripherie ausgebaut, ebenso die Verkehrsinfrastruktur auf der Donau. In den Ballungsräumen werden der öffentliche Verkehr sowie Rad- und Fußgängerinfrastrukturen erweitert. Errichtung und Erhalt der Verkehrsinfrastrukturen liegen in der Verantwortung der öffentlichen Hand. Der Betrieb wird teils auch in Popular-Private-Partnership-Modellen durchgeführt.	Die Abhängigkeit vom eigenen Auto wächst. Das Straßennetz wird für das steigende Verkehrsaufkommen weiter ausgebaut. Anbindung und Versorgung des suburbanen und ländlichen Raums erfolgen über die Straße. Der Bahnverkehr ist auf wenige Hauptstrecken reduziert. Der öffentliche Verkehr in den großen Städten wird ausgedünnt. Ausbau, Erhalt und Betrieb der Verkehrsinfrastruktur werden mehrheitlich in Public-Private-Partnership-Modellen abgewickelt.
Wohnbau	Struktur	Etwa die Hälfte der österreichischen Bevölkerung lebt in Ein- und Zweifamilienhäusern, wobei dieser Anteil im ländlichen Raum weit höher liegt als in den städtischen Ballungsräumen. Die Wohnbautätigkeit steigt aktuell deutlich. Rund zwei Drittel der Wohnungen werden in mehrgeschossigen Wohnbauten errichtet. Die Sanierungsrate ist mit 1 Prozent sehr niedrig. Der Anteil der Wohnkosten an den Konsumausgaben beträgt circa zwischen 20 und 40%. ^{103, 104}	Das Wohnen unterliegt privatwirtschaftlichen Interessen. Es kommt zu hoher Verdichtung in zentralen Lagen. An der Peripherie und im ländlichen Raum wird durchwegs flächig entwickelt. Die Neubautätigkeit überwiegt, Bestandsobjekte bleiben am ehesten im Luxussegment erhalten. Die soziale Segregation ist ausgeprägt. In den hochpreisigen Segmenten besteht ein individualisiertes Angebot. Im mittleren Segment wird vorwiegend Massenwohnbau produziert. Soziale Wohnangebote sind marginal, wodurch sich informelle Wohnformen etablieren.	Um der wachsenden Bevölkerung möglichst flächenschonend Wohnraum zu bieten, werden Sanierungen und Nachverdichtungen im Bestand vorgenommen. Diese werden gegebenenfalls im Kontext einer geordneten Siedlungsentwicklung durch kompakte Neubaugebiete ergänzt: Die funktionale und soziale Durchmischung nimmt ebenso zu wie die Vielfalt an Organisationsformen.	Das Einfamilienhaus wird als Idealtypus des Wohnens stark propagiert und es entstehen unverändert Einfamilienhausgebiete. Speziell in den Städten kommt es zu Segregation. Menschen mit Migrationshintergrund leben in minderwertigem Altbaubestand, der bei Sanierungsbedarf abgerissen und durch großmaßstäbliche Neubebauungen ersetzt wird. Der heimischen Bevölkerung stehen vor allem der Kommunal- und Sozialwohnungsbestand sowie der höherwertige Gründerzeitbestand zur Verfügung. Die Oberschicht wohnt in den Villenvierteln.	

99 Vgl.: Wirtschaftskammer Österreich (Hrsg.), Mraz Hannes, Wir leben, wo wir kaufen – Wir kaufen, wo wir leben, Forderungen der Wirtschaftskammer Österreich zur Erhaltung der Nahversorgung, 2006, www.wko.at/branchen/handel/NV-Broschueren-Forderungen-komplett.pdf (letzter Zugriff: 08.05.2017)

100 Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Abrechnung IV/IVV/51, Statistik Straße & Verkehr, Jänner 2017, S. 4

101 Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Faktenblatt Gesamtverkehrsplan für Österreich, Verkehrsleistung in Österreich: Zahlen und Fakten, 2012, S. 2

102 Österreichische Gesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, GSV – Die Plattform für Mobilität, Fact Sheet Schiene, 2016

103 Statistik Austria, Menschen und Gesellschaft, Fertiggestellte Wohnungen und Gebäude 2005 bis 2015, Wohnungs- und Gebäudeerichtung/fertigstellungen/index.html (letzter Zugriff: 08.05.2017)

104 Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen, Oberhuber Andreas et al., Zahlen, Daten, Fakten zu Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft in Österreich, 2014 S. 88 ff.

	FACTS Österreich aktuell die Entwicklung bis heute	FICT FACTS Szenario <i>global</i> die zukünftige Entwicklung	FICT FACTS Szenario <i>integral</i> die zukünftige Entwicklung	FICT FACTS Szenario <i>national</i> die zukünftige Entwicklung
Wirtschaft	<p>Etwa 24% des österreichischen Wohnungsbestandes bilden kommunale oder gemeinnützige Mietwohnungen, großteils in Geschosßbauten, Siedlungs- und Reihenhäusern. Weitere 17% sind privat vermietete Wohnungen. 11% bestehen im Wohnungseigentum und rund 39% in Form von privaten Eigenheimen. Speziell in den Städten stehen aktuell zu wenige Grundstücke, die im Kostenrahmen des geförderten Wohnbaus liegen, zur Verfügung.^{105, 106}</p>	<p>Selektive Gebäudeportfolios bis hin zu ganzen Stadtteilen werden von global agierenden Konzernen entwickelt, die Wohnungen gewinnoptimiert verkaufen oder vermieten und verwerten. Der mittelständische Einfamilienhausmarkt hat stark an Bedeutung verloren. Stattdessen etablieren sich internationale Resort- und Communityentwickler.</p>	<p>Im Wohnbau gewinnen selbst organisierte, kleiner strukturierte sowie kooperative Wohnformen gegenüber etablierten gemeinnützigen und gewerblichen Wohnbauträgern an Bedeutung. Genossenschaftlicher Teilhabe und klassischen Mietverhältnissen werden neue Organisationsformen gegenübergestellt. Der Druck auf den Einfamilienhaus- und Eigentumswohnungsmarkt sinkt.</p>	<p>Erhalt und Betrieb des älteren Wohnungsbestands obliegen im Fall von Sozialwohnbauten den kommunalen und gemeinnützigen Trägern, im Fall privat finanzierter Wohnbauten der Immobilienwirtschaft. Der Wohnbau liegt bald ausschließlich in der Hand gewerblicher Bauträger, die in erster Linie Mietwohnungen anbieten. Außerhalb des Luxussegments besteht kaum Interesse an Eigentumswohnungen.</p>
Qualität	<p>Der für den österreichischen Wohnbau spezifische große Anteil an direkter Objektförderung hat entscheidend zu einer hohen Qualität beigetragen. Die Förderungen werden zunehmend von breiten Einkommensschichten, beispielsweise auch für Einfamilienhäuser, in Anspruch genommen. Aktuell geraten Qualitätsansprüche im Zuge einer Leistbarkeitsdebatte zunehmend unter Druck.¹⁰⁷</p>	<p>Luxuriöser Wohnraum entsteht in eingegrenzten Gunstlagen. Qualitätsvoller Wohnbau wird durch private Initiativen, Stiftungen, Bauträger, Baugruppen umgesetzt. Im Altbestand setzt sich ein kleines, hochwertig saniertes Segment vom zunehmend vernachlässigten Massenbestand ab. Die Qualität des Massenwohnbaus sinkt. Die beanspruchte Nutzfläche pro Kopf ist sehr unterschiedlich, geht im Durchschnitt aber deutlich zurück.</p>	<p>Geänderte Rahmenbedingungen wie europäische Vorgaben zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen und zum Klimaschutz, erhöhte Dichte oder vermehrte Partizipation und Nutzungsmischung führen zu einer Transformation des Wohnbaus. Gleichzeitig wird auf die Qualität der Außenräume und des Wohnumfelds vermehrt Wert gelegt. Die beanspruchte Nutzfläche pro Kopf geht generell zurück.</p>	<p>Die Errichtungskosten sinken infolge standardisierter Vorfertigung, eingeschränkter Materialwahl und reduzierter Qualitätsstandards. Durch mangelnden Wettbewerb kommt diese Kostenreduktion bei der Bevölkerung jedoch nur eingeschränkt an. Höhere Betriebskosten werden durch geringere Energiekosten aufgefangen. Im Neubau ist die Wohnfläche pro Kopf rückläufig.</p>
Politik	<p>Österreich gilt international als vorbildlich in der Wohnbaupolitik. Das liegt an der spezifischen Kombination von Wohnbauförderung, Gemeinnützigkeit und Mieterschutz. Der Umfang des öffentlichen Mittelseinsatzes ist im internationalen Vergleich jedoch unterdurchschnittlich. Die Verantwortung für diese Mittel ist weitgehend von der Bundesebene an die Länder übergegangen.¹⁰⁸</p>	<p>Die verbliebenen zentralisierten Verwaltungseinheiten engagieren sich nicht mehr im Wohnbau. Das Förderwesen wird eingestell, Abgaben reduziert. Rechtliche und normenbasierte Qualitätsstandards orientieren sich an der Bauindustrie und sind ansonsten deutlich vermindert. Das Mietrecht ist liberalisiert, der Preis für Wohnraum durch den freien Markt gestaltet.</p>	<p>Bund, Regionen und Gemeindeverbände investieren über Förderungen und auch direkt mehr in den Wohnbau und legen dafür strikte rechtsverbindliche Qualitätsrahmenbedingungen fest. Technische Normen werden reduziert. Wer in sein Eigentum investiert, wird belohnt, Leerstand und Nichtnutzung werden besteuert. Das Mietrecht wird vereinheitlicht, die Möglichkeit der Mietbefristung deutlich eingeschränkt.</p>	<p>Bund, Länder und Gemeinden beschränken sich auf den Erhalt des Sozialwohnungsbestands und engagieren sich nicht mehr im Wohnungsneubau. Förderungen fließen vorwiegend in die Eigenheimfinanzierung. Rechtliche und Normvorgaben orientieren sich an den Bedürfnissen der lokalen Bauproduktion und legen Gestaltungsrahmen fest. Das Mietrecht bleibt weitgehend unverändert, lediglich ausländische Mieterinnen und Mieter sind merklich schlechtergestellt.</p>

	Aufgabenverteilung und Zuständigkeit	In Österreich sind die Zuständigkeiten für Bauwesen und Raumordnung vielfach vernetzt. Der Instanzenzug wird in den Ländern unterschiedlich festgelegt, ist grundsätzlich aber in zwei Ebenen organisiert. Das Bundesministerium für Bauten und Technik wurde 1987 aufgelöst. ¹⁰⁵	Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, wird die Verwaltung Bundesebene zusammengezogen. Öffentliche Zuständigkeiten sind auf staatserehaltende Kernaufgaben reduziert. Kompetenz und Zuständigkeit der Gemeinden sind weitgehend in die Privatwirtschaft ausgelagert. Das betrifft auch sämtliche Agenden des Raums und des Bauens.	Im europäischen Integrationsprozess kumulieren die neu unterhalb der Bundesebene entstehenden Verwaltungseinheiten der Regionen rasch Kompetenz und Zuständigkeit für Bauwesen, Raumordnung und Baukultur. Auf Bundesebene ist eine neue Einheit zur Übernahme baulicher, räumlicher und baukultureller Aufgaben eingerichtet.	Durch die Idealisierung des Ländlichen sowie das politische Bemühen um Erhaltung regionaler Strukturen und Identifikation nehmen Föderalismus und Subsidiarität zu. Die öffentliche Zuständigkeit im Planungs- und Bauwesen ist auf verschiedene Verwaltungsebenen aufgeteilt.
Szenario-Charakteristik	Lenkung	Etliche österreichische Gemeinden verfügen nicht mehr über ausreichende Budgetmittel, um die Errichtung, besonders aber Betrieb, Bereitstellung und Erhalt von Infrastrukturen und Gebäuden zu gewährleisten. Die Deckelung der Neuverschuldung und die Förderung nach Kosteneinsparungen erschweren größere Investitionen. Anzahl und finanzieller Umfang von Infrastruktur- und Bauprojekten, die in Form des Public-Private-Partnership abgewickelt werden, nehmen speziell auf Gemeindeebene rasch zu. Die Gestaltungsspielräume der öffentlichen Hand werden dadurch begrenzt. ^{110,111}	Die Politik sichert die nationalstaatliche Grundlage für eine international agierende Wirtschaft, der sie auch die Raum-, Stadt- und Infrastrukturplanung unterwirft. Widmungsverfahren werden in direkter Abstimmung mit investierenden Unternehmen eingeleitet. Gesetze und Verordnungen sind liberalisiert. Die Normung orientiert sich an den Belangen der Industrie. Der Umfang öffentlicher Budgets und Mittel für das Bauen sind marginal. Große Budgetanteile fließen in die Miete von Public-Private-Partnership-Objekten. Die verbliebenen Verwaltungseinheiten konkurrieren um Investitionen und geben entsprechend Gestaltungsspielräume auf und Kompetenz an Private ab.	Die Politik agiert zielorientiert und durch aktive Anreiz- und Lenkungsmaßnahmen. Vorhandene bauliche und räumliche Strukturen werden partizipativ weiterentwickelt. Die öffentliche Hand übernimmt in diesem Kontext nicht mehr die Vollversorgung der Bevölkerung, sondern kuratierende und umverteilende Aufgaben. Baubezogene Gesetze, Verordnungen und Normen werden ziel- und wirkungsorientiert umgestaltet, vereinheitlicht und reduziert. Die Raumordnung wird ebenenübergreifend koordiniert und konsequent umgesetzt. Die Finanzierung der Verwaltungseinheiten wird durch mehr Kostentransparenz sichergestellt, die Handlungssicherheit und Gestaltungsfähigkeit ist gestärkt.	Die Politik betont die Fortschreibung von Tradition und klein strukturierte Gemeinschaftlichkeit. Durch forcierten Föderalismus bilden sich rechtliche und administrative Parallelstrukturen. Gleichzeitig kommt es durch umfangreiche Privatisierungen zur teilweisen Auslagerung öffentlicher Zuständigkeit. Protektionismus bestimmt das Normen- und Vergabewesen. Gesetze, Verordnungen und Förderungen, etwa im Bereich der Bau- und Raumordnung, liegen in der Kompetenz der Länder bzw. Gemeinden.

105 Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen, Oberhuber Andreas et al., Zahlen, Daten, Fakten zu Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft in Österreich, 2014 S. 7 ff.

106 Vgl.: Österreichischer Verband der Immobilienwirtschaft, Streissler-Führer Agnes et al., Fact sheets: Leistbare Mieten – Leistbares Leben, 2015

107 Vgl.: Österreichischer Verband der Immobilienwirtschaft, Streissler-Führer Agnes et al., Fact sheets: Leistbare Mieten – Leistbares Leben, 2015

108 Institut für Immobilien, Bauen und Wohnen GmbH, im Auftrag des Landes Niederösterreich, Amann Wolfgang et al., Staatsausgaben für Wohnen und deren Wirkung im internationalen Vergleich, 2013

109 Vgl.: Wohnnet, Baubehörden und deren Zuständigkeit, Quelldaten: Bauordnungen, Rechtsinformationssystem des Bundes, Stand 2013, <https://www.wohnnet.at/sanierung/planung/baubehoerde-64234> (letzter Zugriff: 08.05.2017)

110 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Public Private Partnership in Österreich, Aktuelle Bestandsanalyse und Trends, Puwein Wilfried et al., 2008

111 Statistik Austria, Wirtschaft, Öffentliche Finanzen und Steuern, Off balance sheet Public Private Partnership, 2013–2015, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/oeffentliche_finanzen_und_steuern/sixpack/jahresindikatoren/index.html (letzter Zugriff: 08.05.2017)

FACTS

Österreich aktuell

die Entwicklung bis heute

Öffentliche Bauherrenschaft

Die öffentliche Hand ist – zumeist über ausgliederte Rechtsträger – Bauherrin, Besitzerin und Betreiberin eines umfangreichen Portfolios an Gebäuden und Infrastrukturen. So besitzt und betreibt etwa die Bundesimmobilien-gesellschaft über 2100 Liegenschaften mit einer vermietbaren Fläche von rund 7,2 Mio. m² oder die ÖBB-Infrastruktur – neben rund 4850 km Streckennetz – mehr als 1000 Bahnhöfe und Haltestellen, etwa 6350 Brücken und zehn Wasserkraftwerke. Die Verantwortung der öffentlichen Hand ist damit umfänglich und erfolgt über Qualitätsbindungen, etwa im Rahmen des Bundesvergabe-gesetzes.^{112, 113}

Öffentlicher Sektor

Ausbildung, Forschung und Diskurs

Die Architekturausbildung in Österreich ist an sechs universitären Institutionen und drei Fachhochschulen etabliert. Das Studienangebot ist in Struktur und Inhalt vielfältig und stark nachgefragt. Die Zahl der Studierenden, jedoch auch die Dropout-Rate ist hoch. Die Bandbreite an Ausbildungen mit baukulturellem Kontext ist groß. Forschungsprogramme sind vorwiegend industrie-, produktions- und wirtschaftsorientiert ausgerichtet und fehlen daher weitestgehend im interdisziplinären Feld der Baukultur.^{114, 115}

Szenario-Charakteristik

Produktionsbedingungen und Architekturqualität

FICT FACTS

Szenario *global*

die zukünftige Entwicklung

Der Bestand an öffentlichen Gebäuden und Infrastrukturen ist aufgrund der umfassenden Privatisierungen marginalisiert. Die verbliebenen Projekte betreffen überwiegend Bestandsanierungen. Die diesbezüglichen öffentlichen Verfahren und Mechanismen der Qualitätssicherung sind selektiv vereinheitlicht und teils rückgenommen worden. Nur wenige öffentliche Repräsentationsbauten von internationalem und damit wirtschaftlichem Interesse zeigen anspruchsvolle Gestaltung und technische Standards.

Die baukulturrelevanten Ausbildungen fokussieren technische und wirtschaftliche Aspekte und sind überwiegend an technischen Lehranstalten und Fachhochschulen angesiedelt. Das Angebot an Universitäten ist künstlerisch und international ausgerichtet. Der Zugang zum gebührenpflichtigen Studium ist stark eingeschränkt, die Forschungstätigkeit ist entsprechend limitiert und konzentriert sich auf öko-technologische Themen und Automation. Technologie und Gestaltungstrends sind Themen eines entpolitierten und elitär geführten Baukulturdiskurses.

FICT FACTS

Szenario *integral*

die zukünftige Entwicklung

Öffentliche Bauvorhaben durchlaufen eine umfassende Projektentwicklungsphase. Aspekte der Baukultur, des Gemeinwohls und der Ökologie werden in Hinsicht auf lebenszyklische Wirkungen und Kosten untersucht. Die öffentliche Hand nimmt im partizipativen Planungs- und im Vergabeprozess eine kompetente zielfokussierende Position ein. Die Projekte betreffen zunehmend Raumordnung und alternative Infrastrukturen, aber auch den leicht wachsenden Hochbausektor.

Baukulturelle Themen sind integrativer Bestandteil der Ausbildung. Das Angebot an spezifischen Ausbildungen ist vielfältig und entsprechend an Fachhochschulen und Universitäten angesiedelt. Architekturstudien sind nach wie vor überlaufen. Der Stadt-, Raum- und Bauvorsuch werden eigene Forschungsbudgets gewidmet. Es hat sich ein reger politischer und gesellschaftlicher Diskurs zur Baukultur etabliert.

FICT FACTS

Szenario *national*

die zukünftige Entwicklung

Die Planungs- und Baumaßnahmen des öffentlichen Sektors erfolgen überwiegend in Public-Private-Partnership-Verfahren und werden weitgehend von großen Firmen übernommen. Staatliche Investitionen erfolgen vor allem im Infrastrukturbereich und sind in ihrem Umfang auch beschäftigungspolitisch motiviert. Der öffentliche Hochbau stagniert und setzt überwiegend Bestandssanierungen um.

Die baukulturrelevanten Ausbildungen sind primär technisch ausgerichtet und überwiegend an technischen Lehranstalten und Fach(hoch)schulen angesiedelt. Das Angebot an einschlägigen Universitätsstudien ist deutlich reduziert, die Forschungstätigkeit gering und thematisch eingegrenzt. Engagierte junge Menschen streben eine Ausbildung im Ausland an. Baukultur ist kein Thema des politischen oder gesellschaftlichen Diskurses.

Szenario-Charakteristik	Produktionsbedingungen und Architekturqualität								
Planung und Produktion	In Österreich verfügen rund 3500 Architekten und Architektinnen über eine aufrechte Befugnis zur Berufsausübung. Die Freischaffenden sind vorwiegend in kleinen Unternehmen organisiert. Rund ein Viertel der Büros erwirtschaftet einen Jahresumsatz vor Steuern von unter 35.000 Euro, und keine 5% erwirtschaften mehr als eine Million Euro. ¹¹⁶	Bauliche Projekte werden durch wenige internationale Konzerne in der Rolle von General- und Totalübernehmern durchgeführt. Die mittelständische Szene ist auf wenige Planungsbüros mit Spezialkompetenz für den Erhalt des lokalen, baukulturellen Erbes zusammengeschrumpft. Für die Umsetzung von Repräsentationsprojekten werden international renommierte Architekturbüros eingeladen.	Es besteht eine vielfältige, mittelständische Architekturproduktion, ergänzt durch professionelle Anbieterinnen und Anbieter partizipativer Prozessbegleitung. Planung und Ausführung werden vorzugsweise getrennt und nach qualitätsgesicherten Verfahren vergeben. Die kooperative und kompetente Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor fördert die Qualität und Effizienz der Projekte.	Der weit überwiegende Teil der Bauprojekte, öffentliche wie private, wird von großen Firmen abgewickelt, die als Generalunternehmer auftreten. Die Handlungsfelder der Freischaffenden sind geschrumpft und auf wenige Nischen des Baugeschehens beschränkt. Handwerksbetriebe und die nationale Baustoffproduktion werden gefördert. Nachfrage besteht nach Kompetenz im Umgang mit baukulturellem Erbe.	Getrieben von einer vielfältigen, emanzipierten, wachsenden Zivilgesellschaft und vom Anspruch auf eine nachhaltige Entwicklung entstehen neue architektonische Gestaltungsqualitäten. Hauptaufgaben sind die aktive Weiterentwicklung von und das kreative Weiterbauen in Beständen. Hohe Qualität auch im Außenraum ermöglicht eine optimierte Ausnutzung der begrenzten Flächen.	In der politischen und marktformen Architektur herrscht das Bemühen um einen »österreichischen Stil«, der auf Tradition Wert legt und sich gestalterischer Schablonen bedient. Das Interesse an Experiment, Kreativität und Innovation ist gering. Neben der Bestandserhaltung geht die Neubautätigkeit in der Eigenheimerrichtung über den eigentlichen Wohnraumbedarf hinaus.			
Bestand und zeitgenössische Architektur	Die österreichische Architekturszene gilt trotz der geringen Größe des Landes als eigenständig. Architekturschaffende und Lehrende aus Österreich sind international erfolgreich tätig und Architektur gilt als wesentliche Säule der österreichischen Kreativwirtschaft. Projekten der Erhaltung und Sanierung kommt zunehmende Bedeutung zu. Entsprechende universitäre Weiterbildungsangebote haben sich etabliert. ¹¹⁷	In der baulichen Gestaltung besteht eine starke Polarisierung zwischen punktuell ausgeprägter internationaler Spitzenarchitektur und unambitionierter, normierter, billiger Massenproduktion. Die Art der Erfüllung einer Bauaufgabe orientiert sich an deren rascher Rentabilität. Es wird bevorzugt neu gebaut und auch neu erschlossen.							

112 Vgl.: Bundesimmobiliengesellschaft, www.big.at/ueber-uns/portfolio/vermietbare-flaeche/ (letzter Zugriff: 08.05.2017)

113 Vgl.: ÖBB-Infrastruktur, infrastruktur.oebb.at/de/unternehmen/zahlen-daten-fakten (letzter Zugriff: 08.05.2017)

114 Vgl.: Architektur & Bauforum, Groihofer Brigitte, Traumberuf Architekt, 25.10.2013, www.bauforum.at/architektur-bauforum/traumberuf-architekt-17781 (letzter Zugriff: 08.05.2017)

115 Vgl.: Schürer Oliver, Berufsfeld Architekt, Langzeitstudie der Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Architektur tätiger Menschen, 2014

116 Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland, Jahresbericht 2014, Das Jahr 2014 auf einen Blick, Zahlen, Daten und Fakten. Ein statistischer Querschnitt, 2014, wien.arching.at/fileadmin/user_upload/redakteure_wnwb/B_Ueber_uns/B_4_Kammerfinanzen/Statistiken/Statistiken_2014.pdf (letzter Zugriff: 08.05.2017)

117 Vgl.: Schürer Oliver, Berufsfeld Architekt, Langzeitstudie der Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Architektur tätiger Menschen, 2014

6 Wild Cards



6 Wild Cards

Wild Cards beschreiben extreme zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen, die zwar eine geringe Eintrittswahrscheinlichkeit aufweisen, jedoch in ihren Wirkungen schwerwiegend und in ihrem Einfluss nachhaltig sind. Die Anwendung von Wild Cards auf die Szenarien *global*, *integral* und *national* ermöglicht eine Einschätzung, ob Baukultur in ihrer jeweiligen Ausprägung zu Resilienz beitragen kann oder nicht. Im Anschluss an die Übersicht, die unterschiedliche Wild Cards und deren Auswirkungen skizziert, wird das Ereignis eines digitalen Super-GAU exemplarisch genauer beschrieben.

Baukulturelle Auswirkung

Die Migrantinnen und Migranten suchen nach neuen Siedlungsmöglichkeiten. Kurzfristig werden entsprechende Wohnangebote mit infrastruktureller Anbindung und Versorgung für Tausende Menschen benötigt.

Resilienz des Szenarios *global*

Aufgrund des Primats von Wirtschaftswachstum ist die Wahrscheinlichkeit des Eintretens von klimawandelbedingter Ökomigration erhöht. Für die Klimaflüchtlinge der ersten Wanderungswelle besteht nur ein minimales Unterbringungsangebot vonseiten privater Organisationen. Es kommt zur Errichtung informeller, rasch wachsender Siedlungen an der Peripherie der Ballungsräume. Das gesellschaftliche Klima verschärft sich, die EU-Außengrenzen werden geschlossen.

Resilienz des Szenarios *integral*

Die Eintrittswahrscheinlichkeit klimawandelbedingter Ökomigration größeren Ausmaßes ist – da ökologische Nachhaltigkeit ein zentrales, auch global verfolgtes Prinzip darstellt – gering. Dennoch treten anlassbezogen immer wieder größere Migrationswellen auf. Im Zusammenwirken von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie spontan gebildeten Gruppen wird Wohnraum bereitgestellt. Teile der brachgefallenen Speckgürtel und ausgedünnte ländliche Siedlungen werden adaptiert.

Resilienz des Szenarios *national*

Klimaschutz wird in Österreich aber auch international nicht nachdrücklich betrieben. Die Eintrittswahrscheinlichkeit von durch Klimawandel bedingter Ökomigration ist folglich erhöht. Österreich lässt so gut wie keine Klimaflüchtlinge ins Land und schottet seine Grenzen hermetisch ab. Als der politische und wirtschaftliche Druck aus dem Ausland, sich solidarischer zu verhalten, zunimmt, beteiligt sich die Regierung finanziell an der Flüchtlingsbetreuung in anderen Ländern.

Baukulturelle Auswirkung

Die Landschaft verändert sich. Wälder und Wiesen im Osten Österreich zeigen Versteppungstendenzen. Landwirtschaftliche Kulturen sind verdorrt. Lebensmittel müssen beinahe zur Gänze importiert werden. Hitzeinseln in Städten dehnen sich weiter aus, die Wasserknappheit macht die Erhaltung von Begrünung schwierig. Technische Kühlung ist auch im privaten Bereich unumgänglich. Die Stromimporte nehmen massiv zu. Die Wasserkraftwerke können kaum noch Leistung bringen und die Totholzmassen zur Befuerung der kalorischen Kraftwerke sind rasch aufgebraucht.

Ökomigration

Ausgelöst durch die Folgen des Klimawandels steigt der Meeresspiegel rasch an. Die Menschen drängen aus den bevölkerungsreichen Küstenmetropolen im asiatischen und pazifischen Raum ins Landesinnere. Es kommt zu Völkerwanderungen, auch nach Europa und Nordamerika.

Hitze und Dürrekatastrophe

Ausgelöst durch den Klimawandel kommt es zu lang anhaltenden Hitzephasen. Im Osten und Süden Österreichs gibt es kaum Niederschläge. Die Lebensmittel- und Holzernte fällt über mehrere Jahre großteils aus.

Resilienz des Szenarios *global*

Da Klimaschutz dem Wirtschaftswachstum weltweit untergeordnet wird, erhöht sich die Eintrittswahrscheinlichkeit einer Dürrekatastrophe. Die Wasserversorgung ist privatisiert und unterliegt der freien Marktwirtschaft. Die Lebensmittelversorgung wird von global agierenden Konzernen durch Importe sichergestellt. Die Kosten für Wasser, Nahrungsmittel und Energie steigen rasant, was die ärmeren Bevölkerungsschichten besonders hart trifft. Die Kühlung von Wohngebäuden ist für viele kaum leistbar. Wer es sich leisten kann, verlässt im Sommer die Städte und zieht in Villenresidenzen in die Berge.

Resilienz des Szenarios *integral*

Aufgrund der weltweiten Anstrengungen zur Eindämmung des Klimawandels ist die Eintrittswahrscheinlichkeit von Dürrekatastrophen in Österreich gering. Die Bereitstellung von Wasser wurde durch etliche infrastrukturelle Maßnahmen und die Ausweitung von strengen Wasserschutzgebieten gesichert. Die Menschen sind zunehmend bereit, sparsam und effizient mit Wasser und Energie umzugehen. Es bestehen Reserven, um empfindliche Lebensmittelkulturen zu bewässern, ebenso wie strategisch angelegte Grünzüge zur Klimamoderation der Städte. Vielerorts wird mit Nachtluft oder über Erdkollektoren gekühlt.

Resilienz des Szenarios *national*

Österreich leidet schwer unter Hitze und Wasserknappheit. Die industrielle Landwirtschaft in den bisherigen Gunstlagen des Ostens und Südens muss vielfach eingestellt werden. Österreich und insbesondere sein hoch subventionierter ländlicher Raum verlieren eine zentrale ökonomische Basis. Die günstig errichteten Wohn-, Büro- und Gewerbebauten, aber auch Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen belasten durch ihren immensen Energiebedarf zur Kühlung die öffentlichen und privaten Budgets enorm. Das vielfach bevorzugte Eigenheim mit großem Garten und Pool verliert an Attraktivität, da das Wasser staatlicher Rationierung unterliegt. Auch der Tourismus ist von den Klimafolgen betroffen, was Österreichs Wirtschaftskraft schwächt.

Biodiversitätsverlust

Ausgelöst durch eine eingeschleppte Pilzkrankung und durch lang anhaltende Hitzeperioden sterben Fichten und Kiefern innerhalb weniger Vegetationsperioden ab.

Baukulturelle Auswirkung

Wälder sind großflächig zur Gänze oder teilweise abgestorben. Auch der Baumbestand in Siedlungen ist betroffen. Die Biotope verändern sich und mit ihnen das Mesoklima und die Wasserkreisläufe. Es kommt zu massiven Ausfällen in der Forst- und Landwirtschaft und schließlich zu großflächigen Bodenverlusten durch Erosion.

Resilienz des Szenarios *global*

Da Land- und Forstwirtschaft durchrationalisiert und großflächig organisiert sind, sterben die Bäume rasch. Um die entstandenen Schäden und wirtschaftlichen Verluste einzudämmen, wird massiv in gentechnische Forschung zur Entwicklung resistenter Arten investiert. In touristischen Regionen werden Lärchenwälder aufgeforstet.

Resilienz des Szenarios *integral*

Die Kleinteiligkeit der Forst- und Landwirtschaft sowie die vergleichsweise moderateren Temperaturen verlangsamen das Sterben. Biodiversitätskorridore und isolierte Standorte sind strategisch über ganz Europa verteilt. Dadurch kann ein gewisser Bestand erhalten werden, um resistente Formen zu züchten. In gemeinsam organisierten, zivilgesellschaftlichen Aktionen werden Mischwälder umfassend und rasch aufgeforstet.

Resilienz des Szenarios *national*

Als Agrar- und Tourismusland ist Österreich massiv vom Pflanzensterben und dessen Konsequenzen betroffen. Der ländliche Siedlungsraum ist in seiner Existenz bedroht. Massive Abwanderung in die Städte und die Aufgabe peripherer Siedlungen sind die Folgen. Es setzt eine volkswirtschaftliche Abwärtsspirale ein, die zur Aufgabe von Österreichs »Splendid Isolation« und zum Versuch einer Neuintegration in die Europäische Union führt.

Baukulturelle Auswirkung

Die Landschaft wird umgestaltet. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte verfallen, Flächen – speziell in weniger begünstigten Lagen – werden aufgegeben und verwalden oder versteppen. Die landwirtschaftlichen Gunstlagen werden rationalisiert bewirtschaftet. Tourismusregionen sind mit ästhetischen Veränderungen des Landschaftsbildes konfrontiert.

Resilienz des Szenarios *global*

Die gewinnbringende Verwertung der ehemaligen landwirtschaftlichen Flächen steht im Fokus des Interesses. In Regionen mit ausgeprägtem Relief werden Freizeitresorts und geschlossene Wohnkomplexe errichtet. In wenig strukturierten Lagen entstehen neue Produktionsstätten und Flächen zur Herstellung von Biomasse. Die Abwanderung aus diesen Regionen beschleunigt sich. In touristischen Gebieten wird die Erhaltung von Kulturlandschaften Teilaufgabe der Freizeitindustrie.

Produktivitätssprung in der Landwirtschaft

Ausgelöst durch eine gentechnische Veränderung sowie auf Basis der digitalen Vernetzung von landwirtschaftlichen Maschinen mit Wetter- und Bodendaten kommt es zu einer Verdoppelung der Erträge je Flächeneinheit.

Resilienz des Szenarios *integral*

Gentechnische Veränderungen werden als potenziell risikobehaftet abgelehnt. Dennoch kommt es zu erhöhter Produktivität durch digitale Vernetzung, die teils auch in die Bioproduktion übernommen wird. Die eingesparten Flächen werden als natürliche Reserveflächen entwickelt.

Resilienz des Szenarios *national*

Die klein strukturierten, ökologisch wirtschaftenden Betriebe in den alpinen Landesteilen sind von den Neuerungen kaum betroffen. Für die Agroindustrie in den leicht zu bewirtschaftenden Regionen bedeuten sie einen massiven Produktivitätszuwachs, die Überschüsse lassen sich am übersättigten Weltmarkt allerdings nicht weiter absetzen. Die Preise für konventionelle Agrarprodukte verfallen. Agroindustrielle Betriebe kämpfen trotz staatlicher Subventionen ums Überleben. Viele Gunstflächen verwildern. Der ländliche Raum abseits touristischer Gebiete verliert als Wirtschafts- und Wohnstandort an Bedeutung.

Pandemie

Ausgelöst durch einen leicht übertragbaren Erreger verbreitet sich eine Erkrankung mit kurzer Inkubationszeit und hoher Sterblichkeitsrate.

Baukulturelle Auswirkung

Die intensive Vernetzung führt zu einer raschen Verbreitung der Krankheit nicht nur in den Städten, sondern auch im ländlichen Raum. Leerstände und Brachen nehmen massiv zu. Die Versorgungsinfrastruktur kann nicht mehr erhalten werden und speziell periphere Siedlungen verfallen. Der Mangel an Arbeitskräften führt zu Ausfällen in allen Wirtschaftssektoren. Der Tourismus bricht zusammen. Der Neubau kommt zum Erliegen.

Resilienz des Szenarios *global*

Die Pandemie breitet sich in den dicht besiedelten Gebieten rasch aus. In den abgeschlossenen Wohnkomplexen schottet man sich zunächst ab, muss die Isolation aber bald aufgeben, da die Versorgungslage rasch prekär wird. Man versucht, der Seuche in Konvois zu entkommen. Sämtliche Strukturen brechen rasch zusammen, das Recht des Stärkeren prägt das Szenario. Der Wiederaufbau geht infolge mangelnder Selbstorganisation und schlechter Grundsubstanz in den Vierteln der verbliebenen, ehemals einkommensschwachen und nun völlig verarmten Restbevölkerung nur langsam voran. Viele Wohlhabende verzichten auf eine Rückkehr nach Österreich.

Resilienz des Szenarios *integral*

In den dicht besiedelten Städten breitet sich die Pandemie rasch aus. Die nachhaltige Organisation einiger peripherer Gemeinden und die intensive soziale Vernetzung machen eine autarke Existenz für einige Wochen möglich. So bleiben

manche Gebiete von der Seuche verschont. Von dort ausgehend werden der Wiederaufbau und die gesellschaftliche Regeneration organisiert. Die Bevölkerung wächst vergleichsweise rasch.

Resilienz des Szenarios *national*

Die massive Dezimierung der Bevölkerung führt dazu, dass Österreich seine restriktive Immigrationspolitik aufgibt, da ohne Zuzug von außen ein Aufrechterhalten wichtiger öffentlicher, sozialer und wirtschaftlicher Aktivitäten nicht möglich ist. Gemeinden in peripheren Regionen werden weitgehend aufgegeben. Die verbliebene Bevölkerung konzentriert sich in den Städten.

Baukulturelle Auswirkung

Geplante Investitionen werden ausgesetzt, die Bautätigkeit kommt in weiten Teilen des Landes zum Erliegen. Die Arbeitslosigkeit steigt. Im weiteren Verlauf werden billigste Wohnmöglichkeiten benötigt. Lokale Ressourcen und informelle Siedlungsformen gewinnen an Bedeutung.

Resilienz des Szenarios *global*

Die Mechanismen einer boomenden globalen Wirtschaft werden lange erfolgreich bedient. Das Szenario ist lange stabil und bricht erst in Kombination mit zunehmender Nahrungsmittelverteuerung zusammen. Nun versagen wesentliche Strukturen jedoch rasch. Der Staat ist nicht in der Lage, die Versorgung sicherzustellen. Immobilienpreise verfallen, Sanierungen unterbleiben, Mieten können nicht gezahlt werden, Delogierungen folgen. Die informellen Siedlungen wachsen sprunghaft. Landwirtschaftliche Großkonzerne ziehen sich aus Europa zurück. Es kommt zu Hungersnöten. Wälder werden großflächig illegal abgeholzt.

Resilienz des Szenarios *integral*

Durch die räumliche Nähe von Erzeugung, Versorgung und Konsum, die soziale Umverteilung und die Verankerung des Prinzips der Kostenwahrheit in allen Lebensbereichen wirkt sich die Krise weniger stark auf die Bevölkerung aus. Die zum Teil weit verbreiteten regionalen Vereinswährungen helfen zusätzlich, den Markt zu stabilisieren. Dennoch wird der Neubau für einige Zeit ausgesetzt. Sanierungen werden selbst organisiert im nötigen Umfang weiterbetrieben. Die Grundversorgung mit Lebensmitteln wird über Notverordnungen innerhalb der Europäischen Union sichergestellt.

Globale Wirtschaftskrise

Ausgelöst durch die zunehmende Ungleichheit der Einkommen bricht der Massenkonsum ein, die Börsenkurse verfallen und die globale Digitalleitwährung zeigt Hyperinflation.

Resilienz des Szenarios *national*

Österreich trifft die Krise durch die selektive wirtschaftliche Abschottung sowie die eigenständige Währung nicht ganz so stark. Die Selbstversorgung des Landes kann mit Agrarprodukten gesichert werden. Es kommt zu Einbrüchen in importabhängigen Bereichen, insbesondere im Technologiesektor. Dies hemmt die Innovationskraft des Landes, dem es nicht gelingt, sich aus eigenen Stücken aus der globalen Rezession zu befreien. Der Tourismus und die Produktion hochwertiger Lebensmittel brechen mangels Nachfrage völlig ein. Öffentliche Mittel zur Subventionierung der ländlichen Siedlungsstrukturen fehlen. Es kommt in großem Maßstab zur Abwanderung aus der Peripherie in die Zentren und zur weitgehenden Aufgabe ganzer Siedlungsräume. In den Stadtregionen werden verwahrloste Leerstände nach Jahrzehnten wieder in Besitz genommen und es entstehen slumartige Siedlungsformen.

Verfall der Energiepreise

Ausgelöst durch den Durchbruch in der Forschung zur kalten Fusion wird Strom zum dominierenden Energieträger.

Baukulturelle Auswirkung

Der Druck auf die Energiegewinnung aus Biomasse, Wind, Wasser und Solarstrahlung und damit auf die Fläche sinkt drastisch. Die Energiebereitstellung ist kein Standortkriterium mehr. Restriktionen aufgrund von Energieknappheit und Klimaschutz können aufgegeben werden. Die Luftqualität verbessert sich. Der Klimawandel ist gebremst.

Resilienz des Szenarios *global*

Die Umstellung auf die neue Technologie erfolgt rasch und durch privatwirtschaftliche Einzelkonzerne. Die Aktienpreise für fossile Energie und für mit deren Produktion verbundene Konzerne verfallen. In hochqualitativen Wohnungen und Büros genießt man die Annehmlichkeiten direkter Stromheizung und -kühlung. Elektromobilität setzt sich durch. Für einen Großteil der Haushalte ist eine Umrüstung auf die neue Technologie jedoch kaum leistbar. Nicht mehr benötigte Flächen zur Produktion biogener Energieträger werden an internationale Investoren verkauft.

Resilienz des Szenarios *integral*

Die Energieversorgung wird in Zusammenarbeit mit den staatlichen Energieversorgern zügig auf die neue Technologie umgestellt. Gasleitungen und Tankstellen für fossile Brennstoffe werden rückgebaut, Stromnetze verstärkt und Elektromobilität weiter etabliert. Die direkte Stromheizung und -kühlung macht den Großteil haustechnischer Anlagen und die dafür benötigten Räume obsolet. Sie werden neuen Nutzungen zugeführt. Die nicht weiter benötigten Flächen zur Produktion biogener Energieträger werden strategisch der biologischen Landwirtschaft und Naturschutzverbundzonen zugeordnet.

Resilienz des Szenarios *national*

Die intensiv betriebene heimische Rohstoffgewinnung verliert auf ihren Auslandsmärkten massiv an Bedeutung. Österreichische Technologiebetriebe haben es schwer, dem globalen technologischen Fortschritt zu folgen und auf den Märkten zu bestehen. Die abschottende, teils rückwärtsgewandte und innovationshemmende Wirtschaftspolitik kann nicht mehr aufrechterhalten werden. Österreichs Handelsbilanz gerät in bedrohliche Schieflage. Eine Öffnung und eine stärkere internationale Verflechtung des Landes sind unausweichlich.

Baukulturelle Auswirkung

Weite Landstriche sind radioaktiv verseucht und daher unbewohnbar. Die Landschaft verändert sich massiv. Es kommt zu Verwilderung. Alle Arten sind von genetischer Degeneration betroffen. Gebäude stehen leer und verfallen, ebenso die nicht genutzten Infrastrukturen.

Keines der Szenarien zeigt sich resilient in Bezug auf einen Super-GAU.

Es kann lediglich angedacht werden, dass die Ausbildung eines hohen Umwelt- und Nachhaltigkeitsbewusstseins im Szenario *integral* dazu führt, dass die Atomreaktoren zu einem ausreichend frühen Zeitpunkt stillgelegt wurden. Es kann auch angenommen werden, dass die Umsiedlung der betroffenen Bevölkerung innerhalb einer auch sozial determinierten EU besser gelingt als in den Szenarien *global* oder *national*.

Atomarer Super-GAU

Ausgelöst durch einen Stromausfall geraten zwei grenznah gelegene, völlig überalterte Reaktoren, die aufgrund wirtschaftlicher Rezession noch in Betrieb und sicherheitstechnisch nicht nachgerüstet waren, außer Kontrolle. Es kommt zu einem massiven Austritt von Radioaktivität.

Baukulturelle Auswirkung

Es werden unterschiedliche Maßnahmen ergriffen, um die Sicherheit der Bevölkerung zu erhöhen. Diese betreffen speziell den öffentlichen Raum, aber auch Gebäude und Infrastrukturen. Der Städtetourismus geht stark zurück.

Resilienz des Szenarios *global*

Hochmoderne technische Sicherheitseinrichtungen werden zur Überwachung des öffentlichen Raums, von Infrastrukturen und der Umgrenzungen der geschlossenen Wohnkomplexe eingesetzt. Der Zugang zu touristischen Sehenswürdigkeiten, zu Freizeiteinrichtungen und Veranstaltungen wird kontrolliert. Der öffentliche Verkehr wird als Sicherheitsrisiko angesehen und weiter limitiert. Er beschränkt sich auf einige streng kontrollierte Hauptlinien. Der Individualverkehr, speziell auch in eskortierten Konvois, nimmt zu. Wer kann, meidet öffentliche Räume.

Serie von Terroranschlägen

in österreichischen Städten aufgrund zunehmender internationaler Radikalisierung und der vereinfachten Zugänglichkeit zu gefährlichen Materialien und technischer Ausrüstung über das Darknet.

Resilienz des Szenarios *integral*

Die Menschen engagieren sich verstärkt in der Terrorprävention durch gesellschaftliche Integrationsmaßnahmen, aber auch durch erhöhte Aufmerksamkeit. Man versucht in Kooperation mit der Exekutive Auffälligkeiten bezüglich möglicher terroristischer Aktivitäten frühzeitig wahrzunehmen. Der öffentliche Raum wird weiter intensiv und bewusst genutzt. Die EU engagiert sich in der Moderation internationaler Konflikte.

Resilienz des Szenarios *national*

Der Terrorgefahr wird mit der Ausweisung von Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft und mit verschärften Einreisekontrollen begegnet. Die Überwachung öffentlicher Räume und Einrichtungen durch privates Sicherheitspersonal, Exekutive und technische Anlagen wird ebenso verstärkt wie der Eingriff in die Privatsphäre der Bevölkerung. Die Nutzung öffentlicher Räume geht zurück. Der Zugang zu touristischen Sehenswürdigkeiten wird streng kontrolliert. Dennoch bricht der internationale Tourismus ein, was dem Land enormen wirtschaftlichen Schaden zufügt. Die heimische Bevölkerung reagiert mit Abwanderung aus den Zentren aufs vermeintlich sichere Land. Überall entstehen Bürgerwehren. Die Sicherheitsbestimmungen für die Gebäudeerrichtung werden verschärft. Man schreibt massive Bauweisen, besseren Brandschutz, breitere Fluchtwege und Ähnliches vor.

Krieg

Ein Stellvertreterkrieg um den Zugang zu den Ölserven im Nahen Osten weitet sich auf Europa aus.

Baukulturelle Auswirkung

Die zivile Bautätigkeit kommt zum Erliegen. Aktivitäten beschränken sich auf kriegsrelevante Sektoren, speziell auch auf die Sicherung von Infrastrukturen. Die land- und forstwirtschaftliche Produktion wird nach Möglichkeit forciert, um den Eigenbedarf decken zu können. Der Tourismus bricht ein.

Keines der Szenarien zeigt sich resilient in Bezug auf einen Krieg.

Es kann lediglich davon ausgegangen werden, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Energie in den Szenarien *integral* und *national* länger aufrechterhalten werden kann als im Szenario *global*. Die Verknappung und Verteuerung der Erdölimporte schränkt die Mobilität der Bevölkerung massiv ein. Arbeits- und Einkaufswege können vielfach nicht mehr bestritten werden. Periphere Einkaufs- und Fachmarktzentren schließen, abgelegene Einfamilienhäuser überschwemmen den Immobilienmarkt, stoßen aber kaum auf Nachfrage. Dies schwächt die heimische Volkswirtschaft – gemeinsam mit dem Ausbleiben des internationalen Fremdenverkehrs – massiv.

Baukulturelle Auswirkung

Öffentliche und halböffentliche Räume werden beinahe lückenlos technisch – zumeist bild- und tongebend – überwacht. Das betrifft Gebäude jeglicher Nutzung ebenso wie Straßen und Plätze und andere Infrastrukturen. Drohnen sind vielfach im Einsatz. Lediglich in ländlichen Gebieten und speziell im hochalpinen Raum ist die Überwachung nicht flächendeckend.

Resilienz des Szenarios *global*

Die Überwachung wird von staatlicher Seite zugelassen, die Durchführung übernehmen private Konzerne. Entsprechend dienen die ermittelten Daten wirtschaftlichen Interessen. Öffentliche Räume werden zunehmend gemieden. Man zieht sich vermehrt in die zumindest vermeintliche Privatheit der eigenen Wohnung zurück, die dadurch eine Aufwertung erfährt.

Resilienz des Szenarios *integral*

Jeglicher Volksentscheid betreffend die Lockerung des Datenschutzes fiel ablehnend aus. Anlassfreie Überwachung ist verboten. Der öffentliche Raum bietet so weiterhin Möglichkeiten ungestörter Kontaktnahme und freien Aufenthalts und wird intensiv genutzt.

Resilienz des Szenarios *national*

Die zunehmende staatliche Überwachung erhöht das Sicherheitsgefühl und wird – auch weil in abgeschwächter Form schon seit Jahren gewohnt – akzeptiert. Der öffentliche Raum dient vorwiegend als Verkehrsfläche. Dem Eigenheim kommt als privatem Rückzugsort große Bedeutung zu. Doch auch hier besteht Überwachung durch nachbarschaftliche Kontrolle sowie durch weitgehenden Zugriff auf den persönlichen Medienkonsum.

Baukulturelle Auswirkung

Vormals staatliche Immobilien sind gewinnmaximiert verwertet. Infrastrukturen sind privatisiert. Vorgaben der Flächenwidmung, des Bau- und Wohnrechts wurden marginalisiert und finden selbst in dieser Form kaum Beachtung. Qualitätsvorgaben für Produktion und Verarbeitung werden untergraben. Förderungen betreffend das Bauen wurden weitgehend abgebaut oder zur Gänze eingestellt. Förderungen betreffend die land- und forstwirtschaftliche Produktion sind massiv zurückgefahren. Umweltschutz ist keine staatliche Agenda.

Überwachungsstaat

Um die Effizienz und Treffsicherheit der Verwaltung zu steigern, werden Datenbanken aufgebaut und verknüpft. Gleichzeitig erfolgt, getragen von einem zunehmenden Unsicherheitsgefühl, die Zustimmung zu einer umfassenden Lockerung des Datenschutzes und zum großflächigen Einsatz elektronischer Überwachungsmethoden.

Staatserosion

Infolge einer lang anhaltenden budgetären Krise wurden staatliche Vermögen und Agenden weitgehend privatisiert, wodurch die Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten des Staates minimiert sind. Die Bevölkerung reagiert mit zunehmender Verselbstständigung bis hin zur Etablierung alternativer Strukturen.

Resilienz des Szenarios *global*

Die Zurückdrängung des Staates auf Aufgaben der bloßen Strukturhaltung prägt die baukulturelle Entwicklung. Der Markt dominiert die Spielregeln, was zu sehr heterogenen Ausprägungen des jeweiligen baulichen Umfelds führt. Jene Menschen, die eine bedarfsorientierte Grundsicherung beziehen, halten sich in billigst produzierter Massenware auf. Die ökonomischen Eliten leben in hochtechnisierten und ästhetisch verfeinerten Umgebungen.

Resilienz des Szenarios *integral*

Die budgetäre Staatskrise wird zum Anlass genommen, neue Kooperationsformen zwischen Staat und Gesellschaft zu finden. Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten gehen so zum Teil von einem institutionalisierten Staat in die Verantwortung der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger über. Das führt zu einer vielfältigen, jedoch stets am gemeinschaftlichen Bedürfnis orientierten Baukultur.

Resilienz des Szenarios *national*

Ohne die finanziellen Zuwendungen der Regierung gerät das paternalistische System bald ins Wanken. Die peripheren Siedlungsräume verlieren an Attraktivität und Lebensfähigkeit. Die Bevölkerung sträubt sich nun zunehmend gegen ihre bisherige Bevormundung. Doch entstehen durch ihre jahrelange Apathie zunächst kaum neue zivilgesellschaftliche Lebensentwürfe, Werte und Strukturen. In dieses Vakuum stoßen private Unternehmen. Im Hochbau schlägt sich das in einer banalen Einwegarchitektur nieder, die technisch wie gestalterisch noch unter dem Standard des staatlichen Einheitsstils liegt. Der vormals hohe Aufwand für Infrastrukturprojekte wird nicht weiter aufrechterhalten. Stadt- und Siedlungsentwicklung verlaufen ungeplant und unreguliert.

Geistige Erosion

Sie zeigt sich infolge einer massiven Übernahme auch elementarer geistiger Leistungen wie Schreiben und Lesen durch Computer, der gezielten Manipulation von Information sowie der Fokussierung von Forschung und Entwicklung auf kurzfristige und wirtschaftsrelevante Themen.

Baukulturelle Auswirkung

Die Massenmedien dominieren die ästhetische Rezeption. Entsprechend ist die Realität der gebauten Umgebung nebensächlich. Baukultureller Diskurs, Planung und Gestaltung mit architektonischem Anspruch finden nicht statt.

Resilienz des Szenarios *global*

Die geistige Erosion als Chance einer vereinfachten Einflussnahme auf das Konsumverhalten wird von Konzernen aktiv vorangetrieben. Konzerne füllen das Internet mit Inhalten, die Gestaltungswünsche im Rahmen der finanziellen Leistbarkeit und darüber hinaus wecken. Dekorations- und Einrichtungsmassenware wird rasch wechselnden Moden unterworfen und stets weiter vertrieben. Der

Wunsch nach Haus, Garten und Auto wird durch die Verbreitung klischeehafter Bilder in den Massenmedien verstärkt.

Resilienz des Szenarios *integral*

Gezielte Bildungsreformen und breit angelegte Vermittlungsmaßnahmen wirken der geistigen Erosion entgegen und helfen, Sinn und Interesse für eine authentische Erfahrung auch von realen Räumen zu entwickeln.

Resilienz des Szenarios *national*

Geistige Erosion wird als Mittel zur einfacheren politischen Lenkbarkeit und Kontrolle durchaus begrüßt. Das Internet wird zensuriert und überwacht, Medien wie Fernsehen, Radio und Gratiszeitung »funktionieren« im Sinne des Staats. Baukulturell gelingt es, einen österreichischen Typenkanon zu installieren und als stabil, erstrebenswert und leistbar zu manifestieren.

Wild Card – digitaler Super-GAU¹¹⁸

Digitale Technologien und das Vertrauen in ihre Verlässlichkeit führten dazu, dass diese in immer mehr Bereichen des Lebens eingesetzt wurden. Im sogenannten »Informationszeitalter« bildete die Digitalisierung die Grundlage für Verarbeitung, Speicherung und den Austausch von Daten; digitale Information wurde zur universellen Quelle menschlichen Wissens.

Der rasant fortschreitende Wandel zur digitalen Ära löste die vierte industrielle Revolution aus, die in puncto Geschwindigkeit, Umfang und Auswirkung unvergleichlich war.¹¹⁹ Sämtliche Güterproduktion und Dienstleistungen wurden weitestgehend von Computersystemen gesteuert. Der immer schneller wachsende Komplexitätsgrad der vernetzten digitalen Infrastrukturen überstieg die menschliche Leistungsfähigkeit und verunmöglichte schlussendlich eine souveräne, sinnvolle Einflussnahme. Die künstliche Intelligenz als effizienter Problemlöser wurde mehr und mehr zur Aufrechterhaltung jeglicher Infrastruktur eingesetzt, und trotz selbstreproduzierender digitaler Stabilisations- und Reparaturmechanismen mehrte sich die Anzahl von »Near Miss Incidents«, bei denen ein Totalausfall kurz bevorstand, beträchtlich.

Parallel zu diesen systemimmanenten Unsicherheiten entwickelte sich ein von der Öffentlichkeit zunächst wenig beachteter, aber mit stetig zunehmender Heftigkeit umkämpfter digitaler Konfliktraum. Cyberangriffe nahmen zu, Viren, Würmer, DDoS-Attacken und andere Intrusionsmethoden wurden gezielt gegen kritische Infrastrukturen wie Finanz-, Energie-, Kommunikations- oder Transporteinrichtungen eingesetzt.¹²⁰ Die Spielregeln für internationale Konflikte änderten sich. Auf staatlicher Ebene sah man sich gezwungen, elektronisch aufzurüsten.¹²¹ Dennoch war es zunehmend leicht möglich, Finanzmärkte und

118 Die Abkürzung GAU steht für *größter anzunehmender Unfall* und bezieht sich auf einen Störfall innerhalb des Rahmens der Auslegung von Sicherheitssystemen bzw. Sicherheitsplänen. Der Super-GAU reicht über diese Auslegung und damit auch über jegliche Sicherheitsmaßnahme hinaus. Ursprünglich im Zusammenhang mit Störfällen in Kernkraftwerken gebraucht, wird der Begriff zunehmend verallgemeinert und auf technische Infrastrukturen angewandt.

119 www.weforum.org/agenda/2016/01/the-fourth-industrial-revolution-what-it-means-and-how-to-respond/

120 Saurugg Herbert, Die Netzwerkgesellschaft und Krisenmanagement 2.0, 2012

121 Vgl.: Bundeskanzleramt und Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (Medieninhaber, Verleger und Herausgeber), The Skills Group GmbH, Magstris und Berchtold, Digital Road Map, 2016, www.digitalroadmap.gv.at/handlungsfelder-und-massnahmen/sicherheit-schutz-und-vertrauen/ (letzter Zugriff: 19.06.2017)

Börsen, Kraftwerke und Stromnetze, Satelliten, Telekommunikationsnetze und Luftfahrtkontrollen zu sabotieren oder gar auszuschalten.¹²²

Eine sich verselbstständigende Prozessoptimierung durch die künstliche Intelligenz hatte jegliche Redundanzen in den Systemen eliminiert, was diese besonders verwundbar für Cyberangriffe machte. Derart herbeigeführte Störungen und Notabschaltungen führten schlussendlich zu einem Absturz der elektronischen Steuerungssysteme wesentlicher Infrastrukturen. Dies hatte einen Ausfall neuralgischer Teile der Versorgung zur Folge und ließ netzgebundene Strukturen kaskadisch innerhalb weniger Tage großflächig zusammenbrechen.

Resilienz des Szenarios *global* – digitaler Super-GAU

Produktionsprozessoptimierung durch künstliche Intelligenz stellt einen wesentlichen Aspekt der Ausprägung des Szenarios *global* dar. Entsprechend ist das Eintreten eines digitalen Super-GAUs in diesem Szenario vergleichsweise desaströs.

Im Rahmen des Abbaus der hoheitlichen Kompetenz durch die Nationalstaaten wurde die Möglichkeit einer Einflussnahme und Reaktion auf einen digitalen Super-GAU gering. Durch die vollumfängliche humanressourcenverknappende Privatisierung von infrastrukturell essenziellen Unternehmungen sind auch für die Bevölkerung überlebensnotwendige Branchen – etwa im Bereich der Sicherheit oder der Wasserversorgung – von privatem Krisenmanagement abhängig. Durch die in Architektur und Stadtplanung umgesetzten Smart-City- und Smart-Home-Technologien sind nicht nur Häuser, sondern ganze Städte von ihrer digitalen Infrastrukturversorgung abgeschnitten. Da das Szenario *global* einerseits eine gänzliche digitale Durchdringung der gebauten Umgebung, andererseits eine starke Abhängigkeit vom globalen Marktgeschehen beschreibt, mangelt es nicht nur an Transparenz und Fachwissen, sondern es fehlen ein handlungsfähiger öffentlicher Sektor ebenso wie eine selbst organisierte Zivilgesellschaft.

Die Resilienz des Szenarios gegenüber einem digitalen Super-GAU ist aufgrund der systemimmanenten Effizienzmaximierung der digitalen Smartness und aufgrund umfänglicher Abhängigkeiten im Vergleich zur aktuellen Situation in Österreich deutlich abgeschwächt. Die Folgen für die Versorgung der Bevölke-

122 https://www.schneier.com/blog/archives/2016/09/someone_is_lear.html (letzter Zugriff: 19.06.2017)

rung sind jedenfalls unabsehbar und die Möglichkeit einer raschen Überwindung der krisenhaften Situation ist nicht offensichtlich.

Resilienz des Szenarios *integral* – digitaler Super-GAU

Auf den digitalen Super-GAU ist man im Szenario *integral* nicht besonders gut vorbereitet: Die enge Vernetzung zwischen staatlichen, unternehmerischen und privaten Akteurinnen und Akteuren, auch im digitalen Bereich, macht viele Infrastrukturen und Wirtschaftsbetriebe sowie staatlich und privat erbrachte Gemeinwohldienstleistungen besonders verwundbar. Der Zusammenbruch bedeutet somit ein zumindest kurzfristiges Ende für viele öffentliche und private Leistungen. Allerdings bedingen die enge Vernetzung und das breit gelagerte und vielgestaltige Feld an Entscheidungsträgerinnen und -trägern auch, dass die Menschen in diesem Szenario besonders gut mit unerwarteten Herausforderungen umgehen können: Erste Wiederinbetriebnahmen können bereits nach wenigen Tagen erreicht werden. Viele zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure versuchen rasch, für besonders wichtige ausgefallene Infrastrukturen provisorische Ersatzstrukturen zu schaffen. Die vielfältigen Kooperationsnetzwerke aus Staat, Wirtschaft und Drittem Sektor verstehen sich als große Trial-and-Error-Plattformen, die die Herausforderung des digitalen Super-GAUs bewältigen wollen. Das ändert nichts daran, dass der weitgehende Zusammenbruch etliche Opfer fordert und viel Wert, ökonomisch und sozial, vernichtet. Doch so unvorbereitet die Gesellschaft auf dieses Ereignis auch ist, sie ist umso besser darauf vorbereitet, unbekannte Herausforderungen anzunehmen und zu lösen. Dieser teils sehr schnelle, teils langsame Wiederaufbau von Strukturen wird von einem breiten Diskurs um die Resilienz digitaler Infrastruktur begleitet; nachdem bereits einige rasch installierte Ersatzinfrastrukturen auf viele digitale Komponenten verzichtet, wird bald daran gearbeitet, kritische Infrastruktur so weitgehend wie möglich vor ähnlichen zukünftigen Ereignissen zu schützen: Durch Ablösung digitaler Elemente, durch Abkopplung von öffentlich zugänglichen Netzwerken, durch neue Sicherheitsinfrastrukturen. Außerdem wird digitales Handeln, vom Programmieren bis zum Umgang mit Sicherheit und Datenschutz im Netz, zunehmend als zentrale bürgerschaftliche Kompetenz angesehen, die breit im Bildungssystem integriert wird. Beim nächsten Mal würde diese Gesellschaft besser vorbereitet sein.

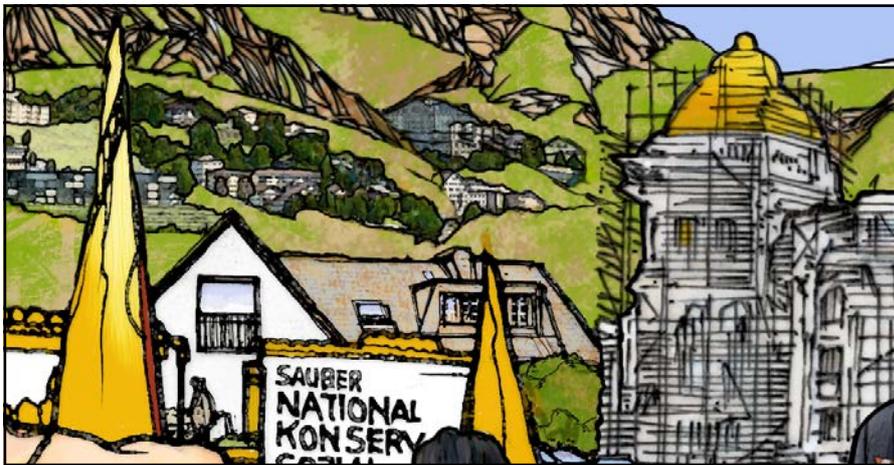
Resilienz des Szenarios *national* – digitaler Super-GAU

Eine gewisse technische Rückständigkeit macht Österreich relativ widerstandsfähig gegen Ausfälle digitalisierter Strukturen. Darüber hinaus gelingt es Österreich dank der hohen Energieautarkie in den meisten Bereichen die eigene Stromversorgung bald wieder herzustellen. Der völlige Wegfall der Erdölimporte führt allerdings stärker als in anderen europäischen Staaten zu einem massiven Einbruch der Mobilität. Benzin und Diesel werden streng rationiert. Dies trifft vor allem jene Menschen, die in einem der vielen entlegenen Siedlungsgebiete leben und ihre Arbeits- und Versorgungswege neu organisieren müssen. Binnen kürzester Zeit entstehen Behelfsquartiere an größeren Arbeitsstätten und Schulen für all jene, die den Weg von ihrem Wohnort nicht mehr täglich zurücklegen können. Mehr noch als die Treibstoffknappheit führt der Ausfall aller Systeme, die bislang die Mobilität Hunderttausender jugendlicher, alter und behinderter Menschen in selbstfahrenden Autos garantiert haben, zu Notsituationen: Mangels öffentlicher Verkehrsmittel abseits der größten Städte sitzen diese Bevölkerungsgruppen ohne Hilfe Dritter so gut wie fest. Es ist offensichtlich, dass eine längere Fortdauer dieser Krise fundamentale Umbrüche der heimischen Siedlungsstruktur bis hin zur Aufgabe Tausender Einfamilienhausgebiete nach sich ziehen wird.

**TEIL II –
CHANCEN,
RISIKEN,
ZIELE UND
STRATEGIEN**

7 Arbeitsweise

Teil II



7 Arbeitsweise Teil II

Um die Szenarien über assoziative Anregungen hinaus für den aktuellen Diskurs auch konkret realpolitisch nutzbar zu machen, werden ihre Aussagen in einen objektivierenden Kontext gestellt.

Festlegung von Kriterien gelungener Baukultur

Als Grundlage dieser Objektivierung wurden die Kriterien für das Gelingen guter Baukultur herangezogen. Diese Kriterien sind als Teil der Baukulturellen Leitlinien des Bundes auf Initiative des Beirats für Baukultur und im Auftrag des Bundeskanzleramtes in einem vielschichtigen Beteiligungsprozess und abgestimmt mit dem dritten Baukulturreport erarbeitet worden.¹²³

Chancen-Risiken-Analyse der Szenarien

Bezugnehmend auf die Kriterien für das Gelingen guter Baukultur wurden die Szenarien *global*, *integral* und *national* einer vergleichenden Chancen-Risiken-Analyse unterzogen. Dafür wurden die jeweils charakteristischen Erzählstränge betrachtet und als chancenreich oder riskant bewertet. Chance und Risiko wurde dabei relativ weit gefasst, sinngemäß als förderlich oder hinderlich definiert. Ein Erzählzusammenhang wird als Chance gewertet, wenn er entweder zum Gelingen von Baukultur beiträgt oder wenn er darstellt, welche positiven Entwicklungen durch Baukultur ermöglicht werden. Analog sind wesentliche Erzählzusammenhänge als Risiken angeführt, wenn sie sich negativ auf das Gelingen von Baukultur auswirken oder wenn sie zeigen, wie problematische Sachverhalte durch gute Baukultur gemildert werden. Im Rahmen der Chancen-Risiken-Analyse werden also verschiedene kausale Abhängigkeiten zwischen den allgemeinen und den angenommenen baukulturellen Entwicklungen innerhalb der Szenarien beschrieben.

Beispielsweise wird die im Szenario *integral* geschilderte Verdichtung der Siedlungen zur Chance, weil die Berücksichtigung baukultureller Qualitäten im Rahmen dieser Verdichtung das Entstehen hochwertiger und lebenswerter Orte ermöglicht. Es ergibt sich folgende Beziehung:



123 Bundeskanzleramt, Baukulturelle Leitlinien des Bundes, beschlossen im Ministerrat vom 22.08.2017, www.baukultur.gv.at (letzter Zugriff: 23.08.2017).

In allen Szenarien wird nachhaltiger Tourismus zur Chance, weil eine förderliche Wechselbeziehung zwischen baukultureller Qualität als Grundlage touristischer Attraktivität und tourismuswirtschaftlichen Erlösen als finanzielle Basis für deren Erhaltung und Weiterentwicklung besteht:



In den Szenarien *global* und *national* wird normierte Architekturgestaltung als Risiko beschrieben, weil sie das Gelingen guter Baukultur behindert. Es besteht folgende Beziehung:



Oft liegen Chancen und Risiken nicht nur in einem, sondern in vergleichbarer Ausprägung auch in zwei oder manchmal auch allen drei Szenarien vor. Es ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass diese Häufigkeit nicht mit einer statistischen Wahrscheinlichkeit des Eintretens eines Ereignisses gleichgesetzt werden kann. Die Szenarien sind nicht quantitativ aus Prognosen abgeleitet, sondern verdichten die Einschätzung zahlreicher Expertinnen und Experten. Insgesamt wurden zehn wesentliche Chancen und ebenso zehn schwerwiegende Risiken identifiziert und ihre Bedeutung im Zusammenhang mit der baukulturellen Entwicklung skizziert.

Darstellung politischer Zielvorgaben

Die beschriebenen Objektivierungsschritte stellen die Szenarien jedoch noch nicht in einen direkten Bezug zu tatsächlichem politischen Handeln. Diese finale Verknüpfung wurde durch eine detaillierte Analyse konkreter politischer Zielvorgaben hergestellt. Denn im Auftrag zur Erstellung des Reports wurde festgelegt, dass die Kreation eines Zielszenarios nicht Teil des Prozesses sein soll, da die Vorgabe von Zielen der Politik obliegt. Entsprechend waren die bestehenden politischen Zielsetzungen zur österreichischen Baukultur in einem möglichst sinnvollen Umfang zu erfassen. Dazu wurden die Regierungsprogramme der österreichischen Bundesregierungen seit dem Jahr 2000 herangezogen. Die dort festgeschriebenen Zielvorgaben sind in einer Situation realer politischer Umsetzungsverantwortung formuliert und unterscheiden sich damit grundlegend von oft pointierten Zielvorgaben, die sich in Schriften politischer Interessenvertretungen, politischer Vereine oder auch in Parteiprogrammen, jedoch abseits einer konkreten Umsetzungsnotwendigkeit finden. Gleichzeitig beinhalten Regierungsprogramme auch grundlegende und konzeptionelle Ziele, die Absichten klarlegen und über das hinausgehen, was in der realpolitischen Anwendung, beispielsweise in einem Gesetzestext, tatsächlich untergebracht werden kann. Damit weisen Inhalte der Regierungsprogramme oft in die Zukunft und eignen sich so strukturell sehr gut für eine Kontextualisierung mit den vorliegenden Szenarien. Fünf Regierungsprogramme und ein Arbeitsprogramm wurden untersucht:

- Regierung Schüssel I, Februar 2000 bis Februar 2003, »Österreich neu regieren«
- Regierung Schüssel II, Februar 2003 bis Jänner 2007, »Zukunft – Gerechtig – Nachhaltig«
- Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008
- Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«
- Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«
- Arbeitsprogramm integriert in das Regierungsprogramm Faymann II (ab Mai 2016 Regierung Kern), erschienen Jänner 2017, »Für Österreich«

Es zeigt sich, dass explizite Zielvorgaben zur Baukultur oder Architekturpolitik in nur sehr geringem Umfang, in einigen Regierungserklärungen auch gar nicht,

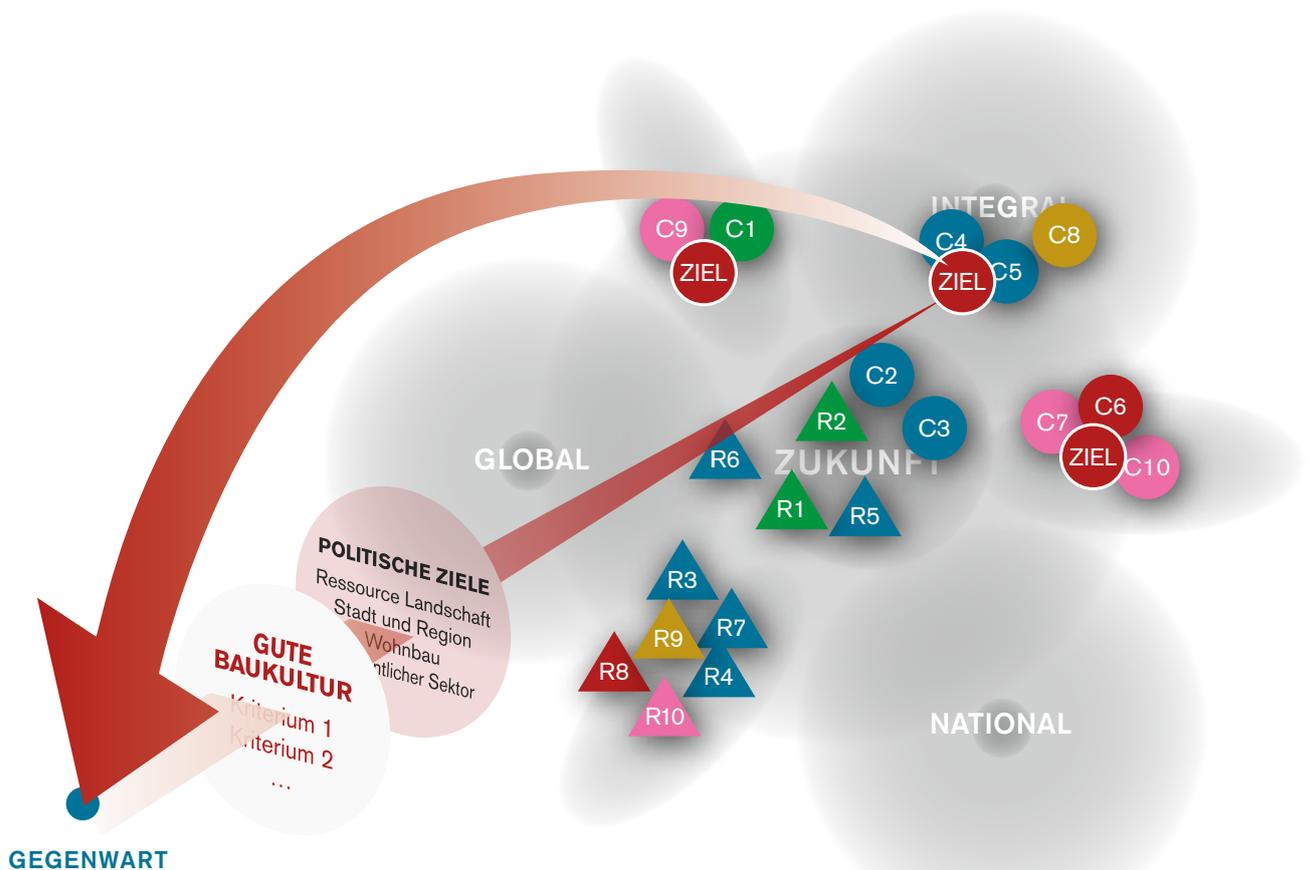
vorliegen. Daher wurde die Suche auf Zielstellungen im Bereich der im Baukulturreport betrachteten Politikfelder im Allgemeinen erweitert. Die so generierte, erwartungsgemäß sehr umfangreiche Zielesammlung beinhaltet folglich Vorgaben, die in unterschiedlichem Maß für Baukultur relevant sind. So entwickelt sich Baukultur in Österreich oft in der Überlagerung vielfältiger politischer Zielsetzungen und selten aus spezifischen Vorgaben. Dementsprechend wurden die aufgefundenen Ziele hinsichtlich ihrer Relevanz für baukulturelle Entwicklungen eingeschätzt. Gleichzeitig wurde die Förderlichkeit der Zielvorgaben im Sinne der Kriterien für das Gelingen guter Baukultur bewertet.

Anschließend wurden die bewerteten Zielvorgaben in Bezug zu den Szenarien *global*, *national* und *integral* gesetzt. Es wurde die Frage gestellt, innerhalb welcher Szenarien die Umsetzung eines politischen Ziels sinnfällig erscheint. Lautet das Ziel beispielsweise, dass sämtliche Agrarförderungen der Europäischen Union vollumfänglich abgeholt werden sollen, lässt sich diese Vorgabe nur in Szenarien verorten, in denen Österreich als EU-Mitglied beschrieben wird. Schließlich wurde ein Bezug hergestellt zwischen den Chancen und Risiken, die in den Szenarien beschrieben wurden, und den formulierten politischen Zielvorgaben.

Ableitung strategischer Leitgedanken

Aus der Zusammenschau dieser vergleichenden Analysen wurden fünf strategische Leitgedanken für eine erfolgreiche Baukulturpolitik in Österreich abgeleitet, die dementsprechend auch nur im Rahmen dieser Analysen Objektivität beanspruchen können. Als strategische Leitgedanken verbinden sie Gegenwart und Zukunft: Sie sind einerseits aus der Perspektive des Jahres 2050 zu lesen, wie sie in den Szenarien dargestellt ist, andererseits aus der Perspektive der Gegenwart. Damit ermöglichen sie eine Orientierung, um gegenwärtig zielgerichtet zu entscheiden und zukunftsfähig im Sinne der Baukultur zu handeln.

Abb.: Ausgehend von den identifizierten zukünftigen Zielräumen geben strategische Leitgedanken Orientierung für zielgerichtetes Entscheiden und zukunftsfähiges Handeln in der Gegenwart.



8 Kriterien gelungener Baukultur



8 Kriterien gelungener Baukultur

Die Kriterien für das Gelingen guter Baukultur sind als Teil der Baukulturellen Leitlinien des Bundes und abgestimmt mit dem vorliegenden Baukulturreport erarbeitet worden. Sie stellen eine akkordierte Grundlage für die Evaluierung von Baukultur dar.¹²⁴

124 Bundeskanzleramt, Baukulturelle Leitlinien des Bundes, beschlossen im Ministerrat vom 22.08.2017, www.baukultur.gv.at (letzter Zugriff: 23.08.2017).

Gute Baukultur ...

... ist nachhaltig: Sie sucht den Ausgleich zwischen sozialen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Zielsetzungen.

... ist schön: Sie berücksichtigt ästhetische Maßstäbe, die der Situation angemessen sind.

... verbindet: Sie schafft Gebäude und Freiräume unter Einbeziehung von Nutzerinnen und Nutzern sowie sonstigen betroffenen Personen, die ihr Wissen und ihre Interessen in transparenten Prozessen einbringen können und dies berücksichtigt wird.

... ist geschlechtergerecht: Sie berücksichtigt die Interessen und Bedürfnisse von Frauen und Männern bei der Planung, Umsetzung und Evaluierung aller Konzepte, Projekte und Maßnahmen in gleicher Weise.

... schafft Identität: Indem sie gestalterisch und technisch hohe Ansprüche stellt, trägt sie positiv zum Selbstbild einer Gesellschaft bei. Sie ist aber auch solide gebaut und tragfähig, bleibt positiv in Erinnerung und bietet somit ein Angebot für die Identifikation mit Städten, Orten und Landschaften.

... ist zweckmäßig: Sie führt zu Lösungen, die bedarfsgerecht und wirtschaftlich in Errichtung und Gebrauch sind.

... ist ressourcenschonend: Sie geht maßvoll mit der Landschaft und dem Boden, mit bestehenden Gebäuden, mit Energie und Rohstoffen um.

... ist hochwertig: Sie ist sorgfältig bis ins Detail geplant und professionell ausgeführt.

... ist anpassungsfähig: Sie reagiert robust auf technologische, ökologische, ökonomische und soziale Veränderungen und beachtet die Diversität unserer Gesellschaft.

... ist gesundheitsfördernd: Sie gestaltet Gebäude und Freiräume auf Grundlage des aktuellen Kenntnisstandes zu Hygiene, Gesundheit und Komfort.¹²⁵

125 Anmerkung: Dieses Kriterium wurde im Zuge der Sitzung des Beirats für Baukultur im Bundeskanzleramt am 4.10.2017 auf Wunsch des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen ergänzt, ist aber nicht Teil des vom Ministerrat am 22.08.2017 verabschiedeten Dokuments der Baukulturellen Leitlinien des Bundes.

9 Chancen- Risiken-Analyse



9 Chancen-Risiken-Analyse

Bezugnehmend auf die Kriterien für das Gelingen guter Baukultur wurden die Szenarien *global*, *integral* und *national* einer vergleichenden Chancen-Risiken-Analyse unterzogen. Insgesamt wurden zehn wesentliche Chancen und ebenso zehn schwerwiegende Risiken identifiziert und ihre Bedeutung im Zusammenhang mit der baukulturellen Entwicklung skizziert. Obwohl Chancen und Risiken häufig Einfluss auf die Entwicklungen mehrerer Politikfelder nehmen, besteht dennoch zumeist ein Wirkungsschwerpunkt. Entsprechend orientiert sich die folgende Listung der Chancen und Risiken an den Politikfeldern beginnend mit *Landschaft als Ressource*, gefolgt von *Stadt und Region*, *Wohnbau*, dem *öffentlichen Sektor* sowie der Querschnittsmaterie *Produktionsbedingungen und Architekturqualität*.

Chancen

1 Erhaltung naturnaher Räume

Die Szenarien *integral* und *global* beschreiben den bewussten Erhalt beziehungsweise das zufällige Entstehen von naturnahen Räumen als Chance für die Baukultur in Österreich.

Österreich ist, geprägt durch sein Relief mit unterschiedlichen Höhenlagen, ein naturräumlich vielgestaltiges Land. Diese natürliche Qualität stellt die Grundlage für die charakteristischen österreichischen Kulturlandschaften dar.

Die Rahmenbedingungen für den Erhalt dieser vielfältigen natürlichen Basis sind in den Szenarien völlig unterschiedlich dargestellt. Im Szenario *integral* bewirkt das Bewusstsein für die ökologischen Aspekte nachhaltigen Handelns die systematische Ausweitung von naturnahen Flächen und Freiraumkorridoren. Diese Entwicklung wird vorausschauend begleitet und unterstützt.

Im Szenario *global* führt die mangelnde wirtschaftliche Rentabilität auf bestimmten Flächen dazu, dass ganze Regionen sich selbst überlassen werden und in Teilbereichen auswildern. Es entstehen naturnahe Landschaften, quasi als Nebenprodukt dieser Entwicklung. Sie umfassen neue postkulturelle Biotope, deren Vitalität unterschiedlich ist und deren mögliches biologisches Verdrängungspotenzial keine Beachtung findet. Insofern birgt diese Chance auch ein Risiko.

Naturnahe Räume bilden die Basis für die Ausprägung charakteristischer Landschaften. Der Erhalt dieser Landschaften stellt eine baukulturelle Leistung dar, die Identität stiftet und ökologische Nachhaltigkeit fördert und so zum Gelingen guter Baukultur beiträgt.

2 Nachhaltiger Tourismus

In allen drei Szenarien werden Chancen für die österreichische Baukultur beschrieben, die sich durch den Tourismus ergeben.

Österreich ist aufgrund seiner vielfältigen Landschaft, des mancherorts sehr umfassend erhaltenen baukulturellen Erbes und auch wegen seiner Sicherheit besonders attraktiv für den Tourismus.

Alle drei Szenarien knüpfen an diese Potenziale an. Der voranschreitende Klimawandel bringt jedoch Veränderungen mit sich, speziell im Wintertourismus.

Skigebiete unterhalb von 1200 Metern Höhe können nun nicht mehr rentabel betrieben werden. Die Sommersaison ist hingegen verlängert.

Stark unterschiedlich ist die Authentizität des touristischen Angebots. Hier stehen eine erhaltene, gepflegte und bewirtschaftete Kulturlandschaft im Szenario *integral* und umzäunte, nur gegen Entgelt zu betretende überoptimal durchgestaltete Reservate im Szenario *global* einander gegenüber. In den Szenarien *global* und *national* werden museal betriebene, durch Repliken stilistisch bereinigte Stadtkulissen touristisch vermarktet, während im Szenario *integral* sich vital entwickelnde historische Stadtzonen Teil eines touristisch weiter gefassten Angebots sind. Einer hochtechnisierten Freizeitindustrie mit künstlichen Seen, saisonverlängernder Beschneidung und auf die Saisonspitze ausgelegte Hochleistungsinfrastrukturen in den Szenarien *global* und *national* stehen sanfte Tourismuskonzepten mit unmittelbarem Naturerlebnis im Szenario *integral* gegenüber.

Authentische Landschaften und wertvoller Baubestand bilden baukulturelle Grundlagen für den Tourismus in Österreich. Nachhaltiger Tourismus trägt zum Erhalt und zur Weiterentwicklung dieser Grundlagen bei. Im Sinne guter Baukultur wird so ein Ausgleich zwischen ökonomischen und kulturellen Zielsetzungen geschaffen.

3 Erhalt und Weiterentwicklung des Gebäudebestands

In allen drei Szenarien werden Chancen beschrieben, die durch Nutzung des Gebäudebestands entstehen.

Österreich verfügt über einen umfangreichen und vielfältigen Gebäudebestand in überwiegend gutem oder sehr gutem Zustand. Etwa 1,9 Prozent^{126, 127} aller Bauwerke sind aufgrund ihrer geschichtlichen, künstlerischen oder sonstigen kulturellen Bedeutung unter Denkmalschutz gestellt.^{128, 129} Bestandserhaltung und Neuerrichtung von Gebäuden stehen einander daher als teilweise alternative Möglichkeiten zur Raumbedarfsdeckung gegenüber.

126 Vgl.: Denkmalschutzgesetz (BGBl. 1923 /533 idF. I 2013/92), § 1 Abs. 1

127 Wirkungskreislauf Denkmalschutz, <http://www.kunstkultur.bka.gv.at/site/7995/default.aspx> (letzter Zugriff: 30.06.2017)

128 Rahmenübereinkommen des Europarates über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft, BGBl. III Nr. 23/2015, https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BG-BLA_2015_III_23/COO_2026_100_2_1072642.pdf (letzter Zugriff: 04.07.2017)

129 CHCfE Konsortium, Cultural Heritage Counts for Europe, Juni 2015, <http://blogs.enactc.org/culturalheritagecountsforeurope/outcomes/> (letzter Zugriff: 04.07.2017)

In allen Szenarien werden Situationen beschrieben, in denen die Erhaltung des Bestands dem Ersatz durch Neubau vorgezogen wird. Der Umfang dieser Bestandserhaltung und die Motive dafür sind in den Szenarien jedoch deutlich unterschiedlich. Im Szenario *integral* wird eine langfristige und weitreichende Erhaltung und ergänzende Weiterentwicklung des Bestands als Beitrag zur Schonung von Material- und Energieressourcen verstanden. Kann eine nutzungentsprechende, zeitgemäße Qualität im Bestand erzielt werden, wird sein Erhalt einem Neubau vorgezogen. Das Szenario *global* ertet speziell im Erhalt einzelner repräsentativer und bevorzugt gelegener Bestandsobjekte die Möglichkeit der finanziell lukrativen Verwertung bis hin zur Entwicklung expliziter Luxusimmobilien. Und schließlich werden im Szenario *national* Bestände mit soliden baulichen und räumlichen Qualitäten für breite Bevölkerungsgruppen erhalten, während wenig günstig gelegene, zumeist von einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten genutzte Bestände vernachlässigt und schließlich durch großvolumige Neubauten minderer Qualität ersetzt werden.

Die bedürfnisgerechte Erhaltung und Weiterentwicklung von Gebäudebeständen ist eine baukulturelle Leistung, die im Sinne des Gelingens guter Baukultur zur Ressourcenschonung beiträgt und darüber hinaus die Identität eines Ortes entscheidend mitbestimmt.

4 Sozialverträgliche Erhöhung der Siedlungsdichte

In allen drei Szenarien ist der Druck auf die vorhandenen Siedlungsflächen hoch. Das Szenario *integral* beschreibt eine Erhöhung der Siedlungsdichte als Chance, diesen Druck zu reduzieren.

Obwohl Österreich nur über begrenzte Flächenressourcen verfügt, um die unterschiedliche Nutzungen konkurrieren, ist die beanspruchte Siedlungsfläche pro Einwohnerin/Einwohner zwischen 1950 und 2010 von 232 auf 533 Quadratmeter stetig gestiegen.¹³⁰

In allen Szenarien spitzt sich die Konkurrenzsituation um die Flächen weiter zu. In den Szenarien *global* und *national* dehnen sich die Siedlungen dennoch weiterhin umfangreich aus. Lediglich im Szenario *integral* wird versucht, diese Entwicklung zu begrenzen und ihr durch Nachverdichtung im Bestand und kompakte Formen der Neubebauung entgegenzuwirken. Verdichtung ermöglicht

130 Österreichische Raumordnungskonferenz, 13. Raumordnungsbericht. Analysen und Berichte zur räumlichen Entwicklung Österreichs 2008–2011, Krajasits Cornelia, nach Quelle: Hiess Herbert, Kurzfassung zu Kapitel: »Rahmenbedingungen und Trends der räumlichen Entwicklung Österreichs«, 2012, S. 9

eine Schonung der Flächenressourcen. Sie intensiviert aber auch das Zusammenleben, was unter Umständen Konfliktpotenziale steigert. Diesem Risiko muss durch bedachte Planung begegnet werden, die private Rückzugsmöglichkeiten ebenso wie attraktive, vielfältige Räume für Interaktion schafft.

Hochqualitative und umsichtige Gestaltung ist eine baukulturelle Leistung, die eine sozialverträgliche Erhöhung der Siedlungsdichte ermöglicht und so zur Schonung von Ressourcen, zum zweckmäßigen Betrieb und leistbaren Erhalt von Infrastrukturen und damit zum Gelingen guter Baukultur beiträgt.

5 Kostenwahrheit im Verkehrs- und Energiesektor

In allen drei Szenarien sind die Kosten im Verkehrs- und Energiesektor hoch. Im Szenario *integral* generiert die Herstellung von mehr Kostenwahrheit in diesen Sektoren Chancen für Baukultur.

Österreich beabsichtigt, sich dem Verursacherprinzip anzunähern, demzufolge die Kosten, die durch eine bestimmte Aktivität entstehen, auch durch den Verursacher zu tragen sind.¹³¹ So wurde beispielsweise eine gestaffelte Lkw-Maut eingeführt, um anfallende Folgekosten zu internalisieren. Dennoch nahm der Lkw-Verkehr in Österreich in den vergangenen Jahren deutlich stärker zu als das Wirtschaftswachstum.¹³²

Mit den im Energie- und Verkehrssektor anfallenden externen Kosten wird in den Szenarien sehr unterschiedlich umgegangen. In den Szenarien *global* und *national* bleibt die Wirtschaft von Umwelt- oder Gesundheitsfolgekosten unbelastet, die folglich auf gegenwärtig und zukünftig Betroffene überwältigt werden. Die Preise für Energie und speziell für den Transport bleiben daher niedriger.

Im Szenario *integral* wird Kostenwahrheit umgesetzt und daher steigen die Kosten für umwelt- und gesundheitsbelastende Energie- und Verkehrsangebote für die Endverbraucherinnen und -verbraucher. Das führt zu einer tiefgreifenden Umgestaltung des Verkehrssystems hin zu mehr autounabhängiger Mobilität. Verkehrsinfrastrukturen für den Pkw-Verkehr können rückgebaut werden. Lange Transportwege verteuern Produkte merklich, was die lokale wirtschaftliche Vernetzung erhöht und die Regionen fördert. Die Energieeffizienz nimmt

131 Regierungsprogramm, Regierung Gusenbauer I, »... damit diejenige Einheit, die Maßnahmen beschließt, auch jene ist, die die Kosten dafür zu tragen hat«, 2007, S. 34

132 Verkehrs Club Österreich, Lkw-Verkehr auf Österreichs Autobahnen wächst deutlich stärker als Wirtschaft, 2015, <https://www.vcoe.at/news/details/vcoe-lkw-verkehr-auf-oesterreichs-autobahnen-waechst-deutlich-staerker-als-wirtschaft> (letzter Zugriff: 10.05.2017)

zu und die Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger beschleunigt sich. Energieraumplanung führt zu kompakterer Siedlungsentwicklung und zur Ausweisung von Flächen zur Produktion nachhaltiger Energie. Die energetischen Gebäudestandards bleiben hoch.

Kostenwahrheit im Verkehrs- und Energiesektor führt zu einer Reduktion der von Verkehrsinfrastrukturen beanspruchten Flächen, zu einer kompakteren Siedlungsentwicklung, einer Stärkung der Regionen und zu Innovationen im Bereich des energieeffizienten Bauens. Sie trägt daher zu einem Ausgleich zwischen ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen, zu mehr Robustheit und Ressourcenschonung und so zum Gelingen guter Baukultur bei.

6 Leistbarer Wohnraum

Die Szenarien *national* und *integral* beschreiben die Bereitstellung von leistbarem Wohnraum als Chance für die österreichische Baukultur.

Österreich gilt als Land mit umfassender und qualitativvoller Wohnversorgung. Die Rahmenbedingungen für die Bereitstellung leistbaren Wohnraums haben sich allerdings verändert. Speziell die Beschaffung und Erschließung geeigneter neuer Flächen ist teuer geworden. Auch die traditionell hohen Qualitätsstandards des Wohnbaus werden aufgrund der Kostenentwicklung und des Rationalisierungsdrucks vielfach hinterfragt und auch reduziert.¹³³

In dieser Situation beschreibt das Szenario *integral* die Realisierung des Rechts auf Wohnen¹³⁴ als gesellschaftliche Verantwortung, das Szenario *national* lediglich als Produktion billiger Wohnungen.

Im Szenario *integral* ist der Bevölkerungsdruck speziell in den Ballungsräumen hoch. Hier stehen einerseits die Hebung der Qualität des Wohnens, andererseits die Umsetzung individueller Lösungen auf Basis eines neuen und intensiven Zusammenwirkens von öffentlicher Hand und zivilgesellschaftlichen Stakeholdern im Vordergrund. Es kommt zu einer Weiterentwicklung und zur Herausbildung neuer Ansätze.

Im Szenario *national* ist der Bevölkerungsdruck geringer. Der Bestand reicht weitgehend aus, um den Bedarf zu decken. Erscheint die Erhaltung eines Wohngebiets

133 Vgl.: Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen, Oberhuber Andreas et al., Zahlen, Daten, Fakten zu Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft in Österreich, 2014

134 Vgl.: Europäische Sozialcharta (revidiert), Fassung vom 09.05.2017, Art. 16:
»... Förderung des Baus familiengerechter Wohnungen ...«

allerdings als zu kostenaufwendig, wird großflächig abgerissen und neu gebaut. Es entstehen privatwirtschaftlich errichtete Wohnbauten, die zwar leistbar, aber auch von geringer Qualität und nach vorgegebenen Mustern produziert sind. Quantität steht dabei im Vordergrund.

Gute Baukultur ermöglicht einen Ausgleich zwischen sozialen und ökonomischen Ansprüchen. Die Bereitstellung qualitätvollen, leistbaren Wohnraums ist somit eine exemplarische, baukulturelle Leistung, welche ein gemeinschaftliches Zusammenleben innerhalb einer sich diversifizierenden Gesellschaft fördert.

7 Partizipation und Kooperation

In den Szenarien *national* und *integral* werden vermehrt Kooperationen zwischen privaten und öffentlichen Trägerinnen und Trägern eingegangen. Im Szenario *integral* werden diese stark zivilgesellschaftlich-partizipativ umgesetzt.

In Österreich steigen Anzahl und finanzieller Umfang von Infrastruktur- und Bauprojekten, die in Form des Public-Private-Partnership zwischen der öffentlichen Hand und dem privaten Sektor abgewickelt werden, speziell auf Gemeindeebene rasch an.^{135, 136}

Während im Szenario *global* eine umfängliche Privatisierung von öffentlichen Gebäuden, Infrastrukturen und schließlich auch Dienstleistungen erfolgt, setzt sich in den Szenarien *national* und *integral* die Entwicklung vermehrter Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Trägerinnen und Trägern fort. Im Szenario *national* wird dabei bei der Mehrzahl der Projekte gemeinsam mit der Finanzierung auch die Entscheidungsgewalt weitgehend an Private abgegeben. Die Gestaltungsmöglichkeit der öffentlichen Hand wird dadurch eingeschränkt. Demgegenüber werden im Szenario *integral* Kooperationsmodelle entwickelt, bei denen Private und öffentliche Hand gemischtwirtschaftliche Unternehmen unter Übernahme gemeinsamer finanzieller und inhaltlicher Verantwortung bilden. So werden unterschiedliche Kompetenzen und Ressourcen in das Unternehmen eingebracht. Partizipation wird erleichtert.

135 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Public Private Partnership in Österreich, Aktuelle Bestandsanalyse und Trends, Puwein Wilfried et al., 2008

136 Statistik Austria, Wirtschaft, Öffentliche Finanzen und Steuern, Off balance sheet Public Private Partnership, 2013–2015, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/oeffentliche_finanzen_und_steuern/sixpack/jahresindikatoren/index.html (letzter Zugriff: 08.05.2017)

Durch die Einbettung von Projektierung, Errichtung, Erhaltung und Betrieb von Gebäuden und Infrastrukturen sowie von umfassenden Planungen in Kooperationsmodelle werden die Gestaltungsmöglichkeiten selbstverantwortlich handelnder zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure im Rahmen der öffentlichen Aufgabe gestärkt. Das führt zu einem Ausgleich zwischen sozialen und ökonomischen Zielsetzungen sowie zu einer besseren Abbildung gesellschaftlicher Diversität im Gebauten. Partizipation und Kooperation können so wesentlich zum Gelingen und zur positiven Weiterentwicklung von Baukultur beitragen. Diese ist nur realisierbar durch einen Kulturwandel hin zu einem breiten Verständnis und allgemeinen Bewusstsein für Baukultur, was wiederum nicht ohne demokratische Teilhabe an Baukultur möglich ist.^{137, 138}

8 Verfügbarkeit öffentlichen Raums

In allen drei Szenarien gerät der öffentliche Raum unter Druck. Im Szenario *integral* wird er als zivilgesellschaftliche Ressource betrachtet und so zur Chance für die Etablierung guter Baukultur.

In Österreich werden, demografisch und sozioökonomisch begründet, vermehrt Flächen für das Wohnen ausgewiesen. Zeitgleich verstärkt sich der soziale, kommerzielle, touristische und infrastrukturelle Anspruch auf den öffentlichen Raum. Frei zugängliche, nutzungsoffene Allgemeinflächen werden rar.¹³⁹

Im Szenario *global* wachsen Ballungsräume zusammen und werden in der Fläche durch motorisierten Individualverkehr erschlossen. Der ländliche Raum ist wirtschaftlich durchrationalisiert. Siedlungen, Tourismus- und Freizeiteinrichtungen sind vielfach eingezäunt. Zugänglich verbliebene Räume sind kommerzialisiert. Der öffentliche Raum dient dem Verkehr und der Inszenierung. Im Szenario *national* nehmen Suburbanisierung und Zersiedlung zu. Der städtische wie der ländliche Raum sind durch motorisierten Individualverkehr erschlossen. Touristische Kernzonen sind nur noch beschränkt zugänglich. Der öffentliche Raum ist weitgehend Verkehrsfläche oder dient der staatlichen Repräsentation. In beiden Szenarien wird der öffentliche Raum überwacht und seine Nutzung ist stark reglementiert.

137 Vgl.: The European Council of Spatial Planners, European Charter on Participatory Democracy in Spatial Planning Processes, 2015, www.ectp-ceu.eu/index.php/en/6-news/news/323-european-charter-on-participatory-democracy (letzter Zugriff: 19.06.2017)

138 Bundeskanzleramt (Hrsg.), Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Hrsg.), Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung, Empfehlungen für die gute Praxis, 2009, www.partizipation.at
Anmerkung: Die Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung wurden vom Ministerrat am 02.07.2008 beschlossen.

139 Umweltbundesamt, Zehnter Umweltkontrollbericht, REP-0410, 2013, Kap. 16, Raumentwicklung, S. 247

Das Szenario *integral* setzt auf Verdichtung, um die Zersiedlung zu stoppen. Unterschiedliche Funktionen werden in die Siedlungszentren reintegriert, um so Unabhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr zu erlangen. Der öffentliche Raum innerhalb der Siedlungen wird entsprechend vielfältig beansprucht und genutzt – und gewinnt in Verschränkung mit vitalen Erdgeschoßzonen als Ort vermehrten gemeinsamen Aufenthalts sowie als Freizeitbereich an Bedeutung. Der Chance der intensiven Nutzung aneignbaren öffentlichen Raums in den verdichteten Siedlungen steht das Risiko des Flächenmangels gegenüber. Hohe Qualität kann die Nutzungseffizienz von Freiräumen steigern, ein quantitativer Grundbedarf bleibt dennoch bestehen.

Gute Baukultur macht qualitativ hochwertigen und quantitativ angemessenen öffentlichen Raum verfügbar und sichert die Zugänglichkeit von nutzbaren Freiflächen. So werden Zonen gemeinsamen Aufenthalts geschaffen, in denen sich unterschiedliche Interessen verwirklichen lassen.¹⁴⁰ Im Sinne gelungener Baukultur fördert der öffentliche Raum das gemeinschaftliche Zusammenleben einer diversifizierten Gesellschaft.

9 Vielfältige Innovation

Die Szenarien *global* und *integral* sehen Innovation und neue Zugänge zur Gestaltung als Chance für die baukulturelle Entwicklung in Österreich.

Österreich vermehrt aktuell seine Anstrengungen, Forschung, Entwicklung und Innovation in bestimmten Sparten zu etablieren. Die Steigerung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung liegt jedoch unter jener des nominellen Bruttoinlandsprodukts.¹⁴¹

Das Interesse an Innovation ist in den beiden Szenarien unterschiedlich motiviert. Es werden andere Themenschwerpunkte gesetzt und differierende Innovationsmethoden angewandt. So wird im Szenario *global* technische Innovation stark durch die Entwicklung der Digitalisierung und Rationalisierung getrieben und konzentriert sich auf die Schwerpunkte Effizienz, Komfort und Sicherheit. Trägerin der Innovation ist vorwiegend die Industrie. Für das Bauwesen bedeutet das einen hohen Grad an Normierung und eine gewisse Uniformität. Kreative

140 Anmerkung: Es soll besonders darauf hingewiesen werden, dass Frauen und Männer unterschiedliche Bedürfnisse in puncto Gestaltung von öffentlichem Raum haben. Speziell zu berücksichtigen sind die Interessen von Mädchen etwa bei der Gestaltung von Parkanlagen und Spielflächen sowie Fragen der Sicherheit und ausreichender sanitärer Einrichtungen.

141 Statistik Austria, Globalschätzung 2017: Bruttoinlandsausgaben für F&E-Finanzierung der in Österreich durchgeführten Forschung und experimentellen Entwicklung 1981–2017, letzte Änderung: 21.04.2017
https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2017/beilagen/FuE_Beilage_2017.pdf
(letzter Zugriff: 23.06.2017)

Weiterentwicklung oder künstlerische Leistungserbringung sind unter diesen Bedingungen erschwert und werden nur punktuell nachgefragt.

Demgegenüber verstärken Nachhaltigkeitsdenken und zivilgesellschaftliche Emanzipation die Innovation vorwiegend in Hinsicht auf Soziales, Ökologie und Prozessgestaltung im Szenario *integral*. Getragen wird diese Form der Innovation sowohl durch Firmen als auch durch öffentliche Forschungsförderung. Diese legt auch spezielle interdisziplinäre baukulturelle Programme auf. Entsprechend gelingen in diesem Bereich kreative Weiterentwicklungen.

Deutlich unterschiedlich ist die Resilienz. Während im Szenario *global* durch die erhöhte Digitalisierung das Risiko von Systemstörungen und Manipulation steigt, wird im Szenario *integral* gezielt versucht, Stabilität und Anpassungsfähigkeit zu erhöhen. Resilienz geht hier aus der Innovation hervor.

Innovation ist eine Grundlage der Weiterentwicklung und der Erhöhung der Qualität des Bauens. Sie ermöglicht eine sinnvolle Reaktion auf geänderte Rahmenbedingungen, etwa im Bereich sich diversifizierender Formen des Zusammenlebens, geänderter ökologischer Rahmenbedingungen, sich verknappender Ressourcen, demografischer Entwicklungen und Gesundheit¹⁴² usw. Dadurch leistet Innovation einen Beitrag zum Gelingen von Baukultur.

10 Architekturkompetenz und taugliche Planungsinstrumente

Die Szenarien *national* und *integral* gehen vom Vorliegen hoher Architekturkompetenz, speziell im Umgang mit baukulturellem Erbe, als Chance für die Entwicklung der österreichischen Baukultur aus.

Österreich verfügt aufgrund seiner geschichtlichen Entwicklung über einen vielfältigen Baubestand aus unterschiedlichen Epochen und über wertvolles baukulturelles Erbe. Auch infolge der Bestrebungen, einen raschen und konfliktfreien Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg zu gewährleisten, und des Fehlens einer gefestigten Tradition der Moderne sind die städtischen Strukturen und die verbliebene bauliche Substanz in den Kernzonen vielerorts zusammenhängend erhalten, so wie sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts vorlagen.¹⁴³

142 Anmerkung: Querverbindungen zwischen Baukultur und Gesundheit lassen sich aus den 2012 von Bundesgesundheitskommission und Ministerrat beschlossenen »10 Gesundheitszielen für Österreich« ableiten. www.gesundheitsziele-oesterreich.at. (letzter Zugriff: 17.08.2017)

143 Vgl.: Achleitner Friedrich, Der »Aufbau« und die Aufbrüche, Architektur im 20. Jahrhundert: Österreich 1945–1975, Artikel vom 01. Oktober 1995 in nextroom.at, www.nextroom.at/article.php?id=586 (letzter Zugriff: 10.05.2017)

Zwei Szenarien zeigen Bewusstsein für den Wert dieses Bestandes, wobei der Umgang mit dem baukulturellen Erbe wie auch der Grad der Konzentration der Architekturkompetenz auf den Bestand unterschiedlich ausgeprägt sind. So wird kulturelles Erbe im Szenario *national* vorwiegend punktuell oder in begrenzten Zonen sehr streng geschützt – bis hin zur musealen Konservierung. Hierfür wird Expertise konzentriert und in Qualität investiert. Bei Bedarf werden die denkmalpflegerischen Erfordernisse aber touristischen und somit kommerziellen Interessen nachgeordnet. Im Szenario *integral* steht eine sorgfältige kompetente Abwägung von Maßnahmen im Bestand im Vordergrund. Es geht um den Erhalt durch adäquate Nutzung und zeitgenössische Weiterentwicklung und entsprechend um breite Architekturkompetenz. Gemeinsam ist beiden Szenarien, dass das Interesse am Erhalt stark öffentlich getragen ist und entsprechende Mittel und Instrumente zur Verfügung stehen.

Umfassende Architekturkompetenz stellt eine sorgfältige Planung bis ins Detail und eine professionelle Ausführung von Aufgaben im Neubau sowie im Bestand sicher und trägt damit zu einer hochwertigen Baukultur bei.

Risiken

1 Klimawandelfolgen

Alle drei Szenarien sind mit Risiken für die Baukultur konfrontiert, die sich aus den Folgen des Klimawandels ergeben.

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts hat sich die Mitteltemperatur in Österreich um knapp 1,9 °C erhöht. Bis 2100 ist mit einem weiteren Temperaturanstieg von knapp 2 °C zu rechnen. Vor allem südwestlich der Alpen weisen die Sommer eine überdurchschnittliche Erwärmung auf. Die Niederschlagsmengen werden in Summe weitgehend konstant, jedoch ungleichmäßiger verteilt erwartet, mit deutlich trockeneren Sommern.^{144, 145}

Speziell die vermehrte und länger anhaltende Ausbildung von Hitzeinseln in den wachsenden Ballungsräumen erzwingt bauliche Reaktionen, die in den Szenarien sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. In den innovationsoffenen Szenarien *global* und *integral* werden material-, haus- und energietechnische Entwicklungen vorangetrieben. Im Szenario *global* kommen diese Neuerungen entsprechend den finanziellen Möglichkeiten nur fallweise zum Einsatz. Im Szenario *integral* wird eine allgemeine Anwendung der neuen Technologien unterstützt. Darüber hinaus werden hier die Gebäude selbst sowie in ihrem Zusammenwirken ebenso klimatisch optimiert wie die städtischen Freiräume in ihrer Gestaltung. Das Szenario *national* setzt auf konventionelle haustechnische Lösungen. Entsprechend wird Kühlenergie zur Verfügung gestellt. Der Wille, durch Planen und Bauen zur Eindämmung des Klimawandels beizutragen, ist in den Szenarien deutlich unterschiedlich ausgeprägt. Während in den Szenarien *national* und *global* keine umfassenden Maßnahmen ergriffen und die diesbezüglichen Anforderungen an das Bauen reduziert werden, ist Umweltschutz im Szenario *integral* ein Grundwert, der im gesamten Lebenszyklus von Gebäuden und Infrastrukturen beachtet wird. Eine ganzheitliche Betrachtung wird entwickelt, die die additive Anwendung von Einzelmaßnahmen ablöst und sich nicht mehr auf das Einzelgebäude, sondern darüber hinaus auf Siedlungsstrukturen und Verkehrssysteme bezieht.

144 Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, Regionale Klimamodellsimulationen bis 2100 im Alpenraum – Lufttemperatur, Stand 2015, <https://www.zamg.ac.at/cms/de/klima/informationsportal-klimawandel/klimazukunft/alpenraum/lufttemperatur> (letzter Zugriff: 11.05.2017)

145 Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, Regionale Klimamodellsimulationen bis 2100 im Alpenraum – Niederschlag, Stand 2015, <https://www.zamg.ac.at/cms/de/klima/informationsportal-klimawandel/klimazukunft/alpenraum/niederschlag> (letzter Zugriff: 11.05.2017)

Gebäude, Siedlungen und Verkehrssysteme können so gestaltet werden, dass sie relevant zum Klimaschutz und damit zur Nachhaltigkeit beitragen. Fehlen hierzu das Bewusstsein, der Wille, die Innovationskraft oder die Gestaltungsfähigkeit, werden die Klimawandelfolgen immer drastischer und die notwendigen baulich-technischen sowie landschaftspflegerischen Kompensationsmaßnahmen immer aufwendiger, was in hohem Maß ein Risiko für das Gelingen guter Baukultur darstellt.

2 Konkurrierende Flächennutzung

In allen drei Szenarien wird die Verknappung beziehungsweise die Übernutzung von Flächen als Risiko für die Baukultur in Österreich beschrieben.

Die Begrenztheit der Ressource Fläche beziehungsweise Raum wird in einem kleinen, von Bergen geprägten Land wie Österreich rasch spürbar. Beispielsweise konkurrieren die Siedlungsflächen historisch bedingt mit den ertragreichsten landwirtschaftlichen Flächen. Deren Gesamtumfang ist rückläufig und seit 1960 um 830.000 Hektar gesunken.¹⁴⁶

Die begrenzten Raum- und Flächenreserven stellt in allen drei Szenarien ein vordringliches und unmittelbares Problem dar. Ursachen und Umgang damit sind jedoch unterschiedlich.

Im Szenario *global* werden die Flächen aufgrund ihrer spezifischen Eigenschaften und Leistungsfähigkeiten sowie in einem internationalen Kontext gewinnorientiert genutzt und verwertet. Neben Rohstoff-, Energie und Lebensmittelproduktion stehen Freizeitnutzung, exklusive Wohnresorts und Tourismus, aber auch experimentelle und Forschungsnutzungen im Mittelpunkt des Interesses. Der Ausbau der Infrastrukturen orientiert sich am Bedarf und verursacht wiederum Nachfrage. Der finanzielle Druck im Wettbewerb um Siedlungsflächen ist hoch. Man vertraut auf die regulatorische Kraft des Marktes. Im Szenario *national* wird versucht, in wirtschaftlichen Schlüsselsegmenten hohe Autarkie zu erreichen. Dadurch entsteht eine Konkurrenz zwischen Lebensmittel-, Energie- und Rohstoffproduktion bzw. -abbau. Dennoch werden flächenaufwendige Siedlungsformen und ihre Infrastrukturen weiterhin subventioniert. Flächensparendes Bauen wird angesichts sinkender Bevölkerungszahlen nicht als Aufgabe

146 Rückgang zwischen 1960 und 2010: Ackerflächen ca. 260.000 ha, Grünland ca. 570.000 ha Institut für Sicherheits- und Risikowissenschaften, Universität für Bodenkultur Wien, Optimierung der Schnittstelle zwischen agrarischer Landnutzung und Verwertung erneuerbarer agrarischer Energieträger, Flächennutzung in Österreich, 2010, http://www.risk.boku.ac.at/OPAL/HP/index3204.html?page_id=7 (letzter Zugriff: 10.05.2017)

gesehen. Im Szenario *integral* ergibt sich ein Nutzungsdruck auf die Flächen, weil einerseits angestrebt wird, Lebensmittel, Energie und Rohstoffe möglichst nah und bedarfsdeckend zu produzieren, andererseits aber Naturräume zu schützen. Diese Situation soll durch eine strikte Begrenzung von Siedlungs- und Verkehrsflächen gemildert werden, was einen ständigen, teils auch konfliktbehafteten Prozess des Interessenausgleichs erfordert. Die bauliche Dichte innerhalb der Siedlungen steigt.

Das Vorhandensein nutzbarer Flächen ist eine Grundlage für das Entstehen und die Entwicklung von Kultur. Unterbleibt ein entsprechender langfristig angelegter und schonender Umgang mit den begrenzten Flächenressourcen im Rahmen einer sinnvollen und moderierenden Planung, stellt das ein hohes Risiko für das Gelingen von Baukultur dar.

3 Zersiedlung

In den Szenarien *national* und *global* schreitet die Zersiedlung weiter fort. Das Bewusstsein für das damit verbundene Risiko für die österreichische Baukultur ist gering.

Das tägliche Wachstum der Flächeninanspruchnahme in Österreich beträgt durchschnittlich 16 Hektar pro Tag. Im Jahr 2015 lag der tägliche Verbrauch für Bau- und Verkehrsflächen einerseits bzw. für Betriebs-, Erholungs- und Abbauf Flächen andererseits bei jeweils rund sieben Hektar pro Tag.^{147, 148}

Das Szenario *national* zeigt eine starke Suburbanisierung der städtischen Ballungsräume. Hier leisten die Idealisierung des Dörflichen und billige Bauweisen für Einfamilienhäuser der Flächenausdehnung Vorschub. Aber auch im ländlichen Raum werden neue Siedlungsgebiete an der Peripherie bestehender Orte erschlossen. Im Szenario *global* dehnen sich die Ballungsräume durch großen Zuwanderungsdruck und hohe Grundstückskosten in den zentralen Lagen an ihren Rändern flächig aus – teils auch in informellen Siedlungen. Im ländlichen Raum werden Wohn- und Freizeitressorts in bevorzugten Lagen neu entwickelt und infrastrukturell angebunden. Beide Szenarien gehen von einer Dominanz des motorisierten Individualverkehrs aus, der selbst umfangreiche Flächen beansprucht und darüber hinaus die Grundlage für die flächenintensive räumliche Trennung von Arbeiten, Wohnen, Versorgung und Freizeit liefert.

147 Der Durchschnitt bezieht sich auf die Dreijahresperiode 2012 bis 2015.

148 Umweltbundesamt, Elfter Umweltkontrollbericht, REP-0600, 2016, Kap. 6, Bodenschutz und Flächenmanagement, S. 141, www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/raumordnung/rp_flaecheninanspruchnahme/ (letzter Zugriff: 10.05.2017)

Die Errichtung und Erhaltung von Gebäuden und Infrastrukturen in zersiedelten Räumen sowie deren Versorgung sind besonders ressourcenintensiv. Energie, Rohstoffe und Boden können nicht effizient genutzt werden. Aber auch die Landschaft wird durch Zersiedlung gleichförmig und verliert an Charakter. Kann Zersiedlung durch entsprechend vorausschauende, die Interessen ausgleichende Planung nicht verhindert werden, wirkt sich das negativ auf Nachhaltigkeit, Zweckmäßigkeit und Schönheit aus. Zersiedlung stellt eine risikobehaftete Entwicklung dar und ist Ausdruck mangelnder Baukultur.

4 Fehlen integrativer Stadt- und Siedlungsplanung

In den Szenarien *national* und *global* wird vorwiegend großmaßstäblich auf Projektebene geplant. Im Szenario *integral* wird verstärkt die mittlere Maßstabsebene der Stadt-, Siedlungs- und Regionalplanung berücksichtigt und der Ansatz integrativer Planung verfolgt.

Seit den 1980er-Jahren unterliegt Österreich einem Strukturwandel, der sich in zunehmenden Wanderungsgewinnen der städtischen Agglomerationen und einer Ausweitung ihrer Einzugsgebiete sowie einer gleichzeitigen Ausdünnung peripherer Städte und Siedlungen niederschlägt.¹⁴⁹ Zwischen 2006 und 2016 zeigen beispielsweise Wiener Umlandgemeinden Bevölkerungszuwächse bis 30 Prozent, während ehemalige Industriestandorte wie Eisenerz bis zu 25 Prozent ihrer Bevölkerung verlieren.¹⁵⁰

Im Szenario *national* versucht man dieser Entwicklung durch Subventionierung von Kleinstädten und ländlichen Regionen entgegenzuwirken. Das Voranschreiten der Suburbanisierung der Städte ist Ausdruck der gesellschaftspolitischen Verfasstheit des Szenarios. Planung auf der mittleren Maßstabsebene besteht nicht. Darüber hinaus sind Kompetenz und Parteistellung der öffentlichen Hand durch umfangreiche Privatisierungen und Übertragung von Zuständigkeit an Private deutlich reduziert. Im Szenario *global* vollzieht sich der Strukturwandel besonders rasch. Es bilden sich großflächig zusammenhängende urbane Agglomerationen aus. Die Abwanderung aus ländlichen Regionen umfasst wesentliche Bevölkerungsteile und stellt eine der größten Herausforderungen für die nahe Zukunft dar. Da diese Entwicklung den Interessen von Investoren zumeist

149 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Hrsg.), Esterl M., Wisek W., Masterplan ländlicher Raum, AUF-Schwung für den ländlichen Raum, 2017, <https://www.bmlfuw.gv.at/service/publikationen/land/masterplan-laendlicher-raum.html> (letzter Zugriff: 28.08.2017)

150 Österreichische Raumordnungskonferenz, Atlas Raumbewachung, Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung, Quelldaten: Statistik Austria, Stand 01.01.2016, www.oerok-atlas.at/oerok/files/summaries/15.pdf (letzter Zugriff: 11.05.2017)

entgegenkommt, sieht die öffentliche Hand keinen Handlungsbedarf auf der mittleren Maßstabsebene. Planungstätigkeit findet auf Einzelprojektebene statt und wird durch Konzerne erbracht, die die Methode der integralen Planung in der bautechnischen Dimension perfektioniert anwenden.

Im Szenario *integral* sieht sich die öffentliche Hand in der Verantwortung, den Strukturwandel aktiv zu gestalten, und setzt dabei auf integrative Planung. Räumliche Strukturen werden partizipativ weiterentwickelt. Die öffentliche Hand vertritt dabei planerisch kompetent die langfristigen Interessen des Gemeinwesens.

Ein zielgerichteter und gemeinsam vollzogener Kreativprozess zur Lösung von Planungsaufgaben auf der Maßstabsebene der Städte, Siedlungen und Regionen kann Nachhaltigkeit und Anpassungsfähigkeit fördern. Wenn dafür Bewusstsein, Kompetenz und geeignete Strukturen fehlen, besteht ein Risiko für das Gelingen guter Baukultur.

5 Zunahme von Brache und Leerstand

Alle drei Szenarien beschreiben Leerstand, Verödung und Brachfallen als Risiko für die Baukultur in Österreich.

In Österreich fallen jährlich rund 1100 Hektar baulicher Nutzflächen brach. Das entspricht rechnerisch rund 48 Prozent der jährlich neu beanspruchten Flächen vergleichbarer Nutzung. Die Möglichkeiten der öffentlichen Hand, brachliegende Flächen zu mobilisieren, sind angesichts eines strikten Eigentumsschutzes stark eingeschränkt.¹⁵¹

Vor diesem Hintergrund tritt das Phänomen des Leerstandes in allen drei Szenarien trotz bestehenden großen Drucks auf die Flächenressourcen auf, jedoch in unterschiedlichen Bereichen des räumlichen Gefüges. So zeigen sich im Szenario *national* Leerstände infolge einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung und einer ungebrochenen Präferenz für den motorisierten Individualverkehr in der Mehrzahl der Zentren von Dörfern und Städten. Auch in den größeren Ballungsräumen kommt es zu teils umfangreichen Leerständen, etwa in den Erdgeschoßzonen. Wird wie im Szenario *integral* auf Nachverdichtung und Fußläufigkeit gesetzt, veröden die ehemaligen Einkaufs- und Fachmarktzentren sowie mancher Gewerbepark an der Peripherie der Ballungszentren bzw. an den

151 Umweltbundesamt, Egger Karin et al., Wiedernutzungspotenzial industrieller Brachflächen in Österreich, 2004, S. 92

Verkehrsknoten im ländlichen Raum. Aber auch schlecht angebundene Einfamilienhaussiedlungen stehen zunehmend leer. Schließlich wird Leerstand im Szenario *global* auch als Mittel der Marktbelebung und zur Entwicklung neuer Stadtgebiete instrumentalisiert. Zentren von Orten in wirtschaftlich wenig interessanten Regionen veröden. Je nach Gestaltung der Versorgungs- und Verkehrssysteme fallen in den Szenarien darüber hinaus Infrastrukturen wie Bahnstrecken oder Schnellstraßen, Kläranlagen oder Kraftwerke und ihre Begleitbauten brach.

Brachen und Leerstände stellen eine bauliche Manifestation akuter Unzweckmäßigkeit dar und leisten der Ressourcenverschwendung durch die Behinderung sinnvoller Nutzung Vorschub. Können vorausschauende Planung und effektive Lenkungsinstrumente Brache und Leerstand nicht reduzieren, beeinträchtigt das die Baukultur.

6 Aussterben abgelegener Regionen

In allen drei Szenarien kommt es zur Aufgabe von Orten in abgelegenen Gebieten, was für die Szenarien *national* und *global* als mögliches Risiko für die baukulturelle Entwicklung in Österreich eingestuft wird.

Österreich unterliegt nach wie vor dem Megatrend der Urbanisierung, der sich in entlegenen und strukturschwachen Regionen durch Abwanderung und Aufgabe von Wirtschaftstätigkeiten ausdrückt. Periphere Orte in solchen Regionen drohen auszusterben. So leben beispielsweise im Tiroler Bschlabertal aktuell etwa 120 Menschen. Setzt sich der Trend fort, werden hier in 15 Jahren noch rund 80 Menschen wohnen, mehr als die Hälfte davon älter als 65 Jahre.¹⁵²

Diesen Phänomenen wird in den drei Szenarien sehr unterschiedlich begegnet. So werden im Szenario *national* einzelne Orte im ländlichen Raum nur durch massive Subventionen am Leben erhalten. Im Szenario *integral* wird versucht, durch Wertschöpfung in der Region sowie durch verstärkte Kostenwahrheit in Produktion und Verkehr die peripheren Regionen lebensfähig zu halten. Trotzdem können auch hier nicht alle Orte überleben. Schließlich wird im Szenario *global* das Aussterben von Orten ohne spezielle Gegenmaßnahmen hingenommen. Dieses tritt verstärkt in Regionen auf, die von Agrokonzernen hochtechnisiert und durchrationalisiert bewirtschaftet werden. Es muss darauf hingewiesen werden, dass für dieses Risiko, das bereits heute eine der zentralen Herausforderungen für die Entwicklung des ländlichen Raums darstellt, in allen drei Szenarien keine Lösung gefunden wird, auch wenn im Szenario *integral*

152 Gasser Florian, Wie ein Tal stirbt, Die Zeit Nr. 31/2011, 28.07.2011

die Negativfolgen stärker abgefedert werden können als in den anderen beiden Szenarien. Gemeinsam ist allen Szenarien, dass es auch zur Wiederbelebung einzelner, bereits brachgefallener Orte kommt. Dort siedeln sich beispielsweise Gemeinschaften an, die in Opposition zum bestehenden Wirtschaftssystem sozioökonomische Parallelgesellschaften aufbauen wollen – oder Menschen, die ihr individuelles Lebensmodell im Rahmen einer pluralistischen Gesellschaft umsetzen wollen.

Das Aussterben abgelegener Regionen zeigt strukturelle Schwächen auf, denen zumindest zum Teil durch umsichtige Planung, entsprechende Versorgung und die aktive Entwicklung adäquater räumlicher Angebote begegnet werden könnte. Gelingt es nicht, die Potenziale dieser Regionen zu heben, ergibt sich daraus ein Risiko für das Gelingen von Baukultur.

7 Weiter wachsendes Verkehrsaufkommen

Die Szenarien *global* und *national* gehen von einem weiteren Anwachsen des Verkehrsaufkommens aus und nehmen die damit verbundenen Risiken für die Entwicklung der österreichischen Baukultur in Kauf.

Österreich ist ein Land mit auffallend dichter Verkehrserschließung durch Straßen. Das Autoverkehrsaufkommen hat jahrzehntelang zugenommen. Das österreichische Straßennetz ist in den letzten zehn Jahren um rund 30 Prozent auf eine aktuelle Länge von über 138.500 km gewachsen. Autobahnen und Schnellstraßen umfassen eine Länge von 2208 km oder 0,25 m pro Einwohnerin/Einwohner. Österreich liegt damit im Spitzenfeld der EU-Länder.^{153, 154}

Vor diesem Hintergrund charakterisiert sich die Mobilität in den Szenarien deutlich unterschiedlich. Während im Szenario *integral* gezielt die Verringerung und Bündelung des motorisierten Verkehrs betrieben wird, zeigen die beiden anderen Szenarien in diesem Sektor weitere Zuwächse, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung. Im Szenario *national* ist der private Pkw für die Bewältigung des Alltags in den – auch staatlich geförderten – weitläufigen und autogerechten Siedlungen unabdingbar. Zumal der öffentliche Verkehr außerhalb der großen Städte fast völlig aufgegeben wird, ist die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung in hohem Maße vom Auto abhängig. Im Szenario *global* werden Gütertransport und Personenverkehr den rasch wechselnden Anforderungen

153 Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Abteilung IV/IVVS1, Statistik Straße & Verkehr, Jänner 2017

154 Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Faktenblatt Gesamtverkehrsplan für Österreich, Verkehrsleistung in Österreich: Zahlen und Fakten, 2012, S. 2

der Wirtschaft angepasst und gut ausgebaute Korridore sowie bedarfsgerechte Einzelanbindungen bereitgestellt. Die Abhängigkeit vom Auto ist für Erwerbstätige hoch, für die Eliten ist es zudem eine sichere Form der Fortbewegung im zunehmend unsicheren öffentlichen Raum. Auch in diesem Szenario ist die Bedeutung des öffentlichen Verkehrs marginal.

Im Rahmen einer Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr ist es nicht möglich, einen Ausgleich zwischen sozialen, ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen zu schaffen. Gelingt es nicht, dem wachsenden Verkehrsaufkommen durch entsprechende Planung, Umstrukturierung und Neugestaltung zu begegnen, wird Nachhaltigkeit verfehlt. Das stellt ein grundsätzliches Risiko dar und steht dem Gelingen guter Baukultur entgegen.

8 Sozioökonomische Segregation

Die Szenarien *global* und *national* beschreiben das Auftreten von Segregation und die damit verbundenen Risiken für die baukulturelle Entwicklung in Österreich.

Das Phänomen der Segregation ist in Österreich, speziell durch vermehrte Zuwanderung und die Herausforderungen aktuell anwachsender Fluchtbewegungen, aber auch durch den großen Bedarf an Wohnraum für das unterste Einkommensdezil, wahrnehmbar und zum Thema geworden. In Wien ist vor allem die Segregation der Hochgebildeten ausgeprägt. In den Szenarien wird auf Segregation unterschiedlich reagiert.^{155, 156}

In den Szenarien *national* und *global* kommt es trotz stark restriktiver bzw. selektiver Einwanderungspolitik speziell in den Ballungsräumen zur Bildung von Vierteln mit nicht österreichischer Bevölkerung und klarer kultureller oder religiöser Prägung sowie meist minderer, zum Teil auch völlig unzureichender Wohnqualität. Der Segregation konnte demnach nicht erfolgreich begegnet werden – beziehungsweise war ihr Entstehen im Szenario *national* sogar politisch beabsichtigt.

Im Szenario *global* führt darüber hinaus das zunehmende Aufgehen der Einkommensschere gepaart mit hohen Wohnkosten zu einer klaren Trennung von Arm und Reich. Während sich einerseits elitäre Gated Communitys sowohl in exklusiven innerstädtischen Bezirken als auch in landschaftlichen Gunstlagen

155 Vgl.: Österreichischer Verband der Immobilienwirtschaft, Streissler-Führer Agnes et al., Fact sheets: Leistbare Mieten – Leistbares Leben, 2015

156 Musterd Sako et al., Socio-Economic Segregation in European Capital Cities: Increasing Separation between Poor and Rich, IZA DP No. 9603, 2015

ausbilden, degradieren gleichzeitig ganze Stadtregionen zu Armenvierteln. Teils entstehen auch informelle Siedlungen auf brachgefallenen Flächen.

Durch sozioökonomische Segregation kommt es zu einer räumlichen Trennung von Arm und Reich, die den Ausgleich von Interessen behindert. Gute Baukultur versucht, dem entgegenzuwirken und die Risiken des Absinkens einzelner Gruppen in prekäre bauliche Verhältnisse zu minimieren bzw. deren räumliche Isolation zu reduzieren.

9 Reduzierte Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand

Die Szenarien *global* und *national* gehen von einer reduzierten Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand aus und beschreiben die damit einhergehenden Risiken für die Baukultur in Österreich.

Etliche österreichische Gemeinden verfügen nicht mehr über ausreichende Budgets, um ihre öffentlichen Aufgaben vollumfänglich zu erfüllen. Die Finanzschuld der Gemeinden beträgt 2015 rund 11,26 Mrd. Euro, um 0,1 Prozent weniger als 2014. 38 Prozent der Gemeinden weisen einen strukturellen Abgang aus. Darüber hinaus erschweren die Deckelung der Neuverschuldung und die Forderung nach Kosteneinsparungen Investitionen. Die Ausgaben im Bereich Straßen, Wasserbau, Verkehr sind um 7,2 Prozent gegenüber 2014 gesunken.¹⁵⁷

Die Szenarien *global* und *national* schreiben diese Situation fort. Viele Gemeinden können hier auch den wichtigsten öffentlichen Bauaufgaben nicht mehr ausreichend nachkommen. Das zeigt sich einerseits in der gebauten Realität, beispielsweise dem Verfall nicht mehr finanzierbarer Infrastrukturen oder dem Hinauszögern von Sanierungs- oder Neubauvorhaben, und andererseits offenbart es sich in der personellen Ausstattung, wo es zunehmend zu Kompetenz- und Kapazitätsengpässen kommt. Dies wirkt sich merkbar in mangelnder Planung und Steuerung etwa im Bereich der örtlichen Raumplanung aus. Auf die beschriebenen Umstände wird im Szenario *global* mit einer umfassenden Privatisierung der Agenden der Gemeinden reagiert, die damit dem Interesse wirtschaftlicher Rentabilität unterworfen sind und in einen zunehmenden Wettbewerb um Investoren geraten. Im Szenario *national* werden einerseits Aufgaben vermehrt in Form von Public-Private-Partnership-Modellen abgewickelt, andererseits werden

157 Kommunal Kredit, Österreichischer Gemeindebund, Österreichischer Städtebund, Gemeindefinanzbericht 2016, Rechnungsjahr 2015, Vorabexemplar, 2016, S. 4 f., gemeindefbund.at/images/uploads/downloads/2016/PK-Unterlagen/Gemeindefinanzbericht/GFB2016_Vorabexemplar_FINAL.pdf (letzter Zugriff: 11.05.2017)

Angelegenheiten, die von spezieller politischer Wichtigkeit sind, auf höheren Verwaltungsebenen zentralisiert.

Durch die reduzierte Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand sind die Möglichkeiten, Interessen des Gemeinwesens durchzusetzen, stark eingeschränkt. Unterbleibt der Ausgleich unterschiedlicher Zielsetzungen in Bezug auf beispielsweise die räumliche Nutzung, die Bereitstellung infrastruktureller Versorgung, die Leistbarkeit des Wohnens u. Ä., stellt das ein Risiko für das Gelingen guter Baukultur dar.

10 Normierte Architekturgestaltung

In den Szenarien *global* und *national* etabliert sich eine schablonenhafte und normierte Architektur als Risiko für die baukulturelle Entwicklung in Österreich.

Die österreichische Architekturszene gilt, trotz der geringen Größe des Landes, als eigenständig. Architekturschaffende und Lehrende aus Österreich sind international erfolgreich tätig und Architektur gilt als wesentliche Säule der österreichischen Kreativwirtschaft. Aus der Innenperspektive beschreiben die Architekturschaffenden ihre Szene als ein durch Vielfalt geprägtes Arbeits- und Lebensumfeld.^{158, 159}

Die Szenarien *global* und *national* gehen von einem Verschwinden bzw. vom Verebben der Entwicklung einer spezifisch österreichisch geprägten Architektur aus. Bemerkenswert sind die völlig unterschiedlichen Rahmenbedingungen, die in den Szenarien zu dieser Situation führen.

Während im Szenario *global* die Anforderungen und das Lobbying weltweit agierender Konzerne die Produktion und Gestaltung von Gebautem auf international erwartetes, normiertes und digital vereinheitlichtes Niveau einschränken, sind es im Szenario *national* politisch erwünschte, historisierende, oft ländliche Stilelemente, die die Ausbildung einer authentischen und zeitgenössischen österreichischen Architektur verhindern. Deutliche Auswirkung zeigt die Schaffung schablonenhafter Architektur in beiden Szenarien speziell auch im Tourismus. Hier wird gezielt versucht, jenes Bild von Österreich anzubieten, das den Erwartungen des Gastes entspricht. Es entstehen so traditionalistische Kulissen und

158 Aussenwirtschaft Austria der Wirtschaftskammer Österreich, Österreichische Exportwirtschaft 2016, Österreichischer Außenhandel und Direktinvestitionen Export-Hot-Spots, 2016, S. 30

159 Schürer Oliver, Berufsfeld Architektur, Langzeitstudie der Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Architektur tätiger Menschen, 2014

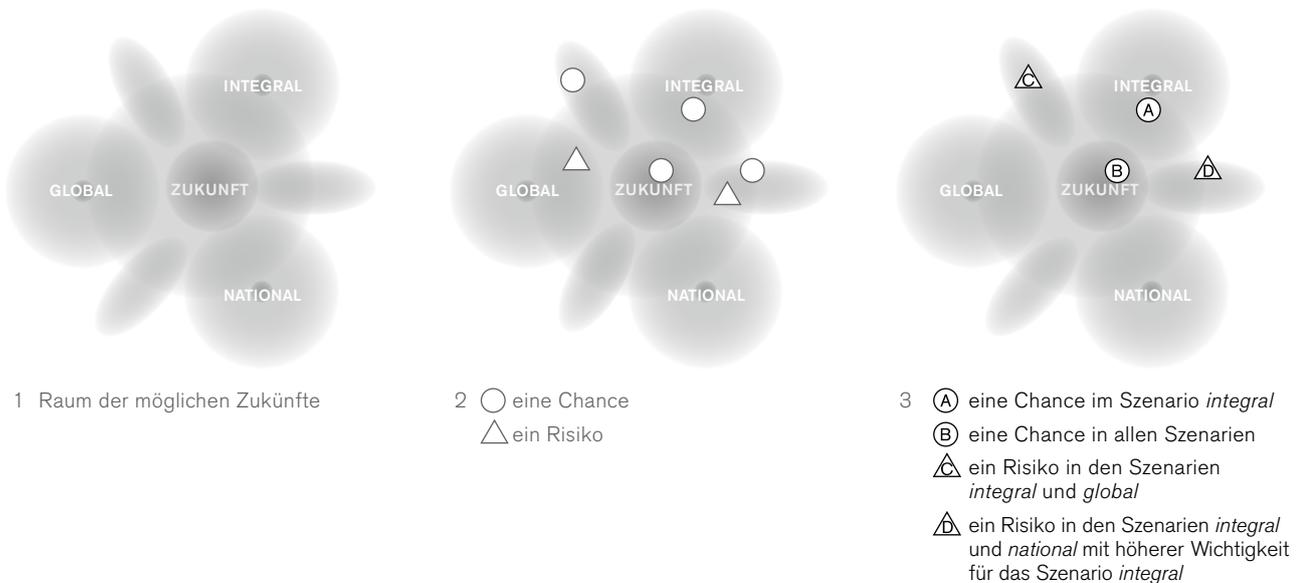
bauliche Hüllen mit ständig an höchsten Qualitätsstandards, aber auch Moden orientierten, wechselnden Innenräumen. Den Szenarien gemeinsam ist auch, dass Baukultur so gut wie kein Teil der öffentlichen oder politischen Diskussion ist und die Architekturausbildung überwiegend technisch oder kunsthistorisch determiniert ist.

Schablonenhaftigkeit verunmöglicht es, ästhetische Maßstäbe situationsgerecht anzuwenden. Das steht dem Schaffen von Schönheit und somit dem Gelingen von Baukultur entgegen.

Landkarte zur Verortung von Chancen und Risiken

Das Ergebnis der Chancen-Risiken-Analyse wird in einer Landkarte veranschaulicht und in Bezug auf die Szenarien *global*, *integral* und *national* verortet dargestellt. Im Hintergrund der Landkarte spannen die drei Szenarien den Raum möglicher Zukünfte auf (siehe 1). Zu diesem Zukunftsraum sind die Chancen und Risiken als Teilräume ihrem Erzählinhalt entsprechend angeordnet (siehe 2). Kommt eine Chance oder ein Risiko nur innerhalb der Erzählung eines Szenarios vor, wird sie/es innerhalb des Zukunftsraums dieses Szenarios dargestellt (A). Kommt sie/es in allen drei Szenarien vor, wird sie/es im mittleren Bereich zwischen diesen verortet (B). Ist eine Chance oder ein Risiko Erzählbestandteil zweier Szenarien wird sie/es zwischen diesen beiden angeordnet (C). Die Teilbereiche zwischen jeweils zwei Szenarien werden durch eine Ellipse festgelegt. Zeigt eine Chance oder ein Risiko schließlich innerhalb der so abgebildeten Zukunftsräume nur teilweise oder ungleich hohe Konsistenz auf, kann das durch eine Platzierung auf der Grenze des Teilbereichs veranschaulicht werden. Kommt beispielweise eine Chance oder ein Risiko als Erzählinhalt sowohl in den Szenarien *integral* als auch *national* vor und ist für *integral* von wesentlicher Bedeutung, für *national* aber nur von geringer Wichtigkeit, wird das durch eine entsprechende Anordnung am Rand eines Zukunftsraums ausgedrückt (D). (siehe 3)

Abb.: Darstellungsprinzip der Landkarte zur Verortung von Chancen und Risiken innerhalb des Zukunftsraums



Chancen und Risiken

Visualisierung sämtlicher Politikfelder

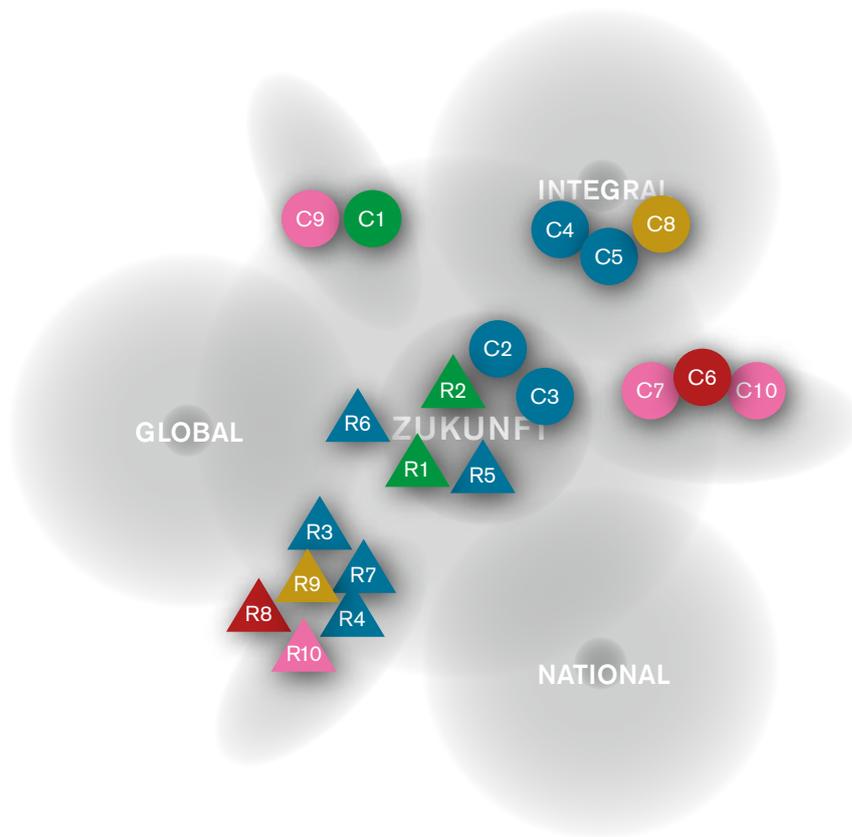


Abb.: Verortung der Chancen und Risiken für die österreichische Baukultur im Raum möglicher Zukünfte

Signatur:

Chancen

- C1 Erhalt naturnaher Räume
- C2 Nachhaltiger Tourismus
- C3 Entwicklung Bestand
- C4 Sozialverträgliche Dichte
- C5 Kostenwahrheit
- C6 Leistbarer Wohnraum
- C7 Partizipation und Kooperation
- C8 Verfügbarkeit öffentlichen Raums
- C9 Innovation
- C10 Architekturkompetenz

Risiken

- R1 Klimawandelfolgen
- R2 Konkurrierende Flächennutzung
- R3 Zersiedlung
- R4 Fehlen integrativer Planung
- R5 Brache und Leerstand
- R6 Aussterben von Regionen
- R7 Wachsendes Verkehrsaufkommen
- R8 Segregation
- R9 Reduzierte Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand
- R10 Normierte Architekturgestaltung

Dargestellt wird ...

- eine Chance.
- ▲ ein Risiko.

Die Chance oder das Risiko betrifft vorwiegend das Politikfeld ...

- Landschaft als Ressource.
- Stadt und Region.
- Wohnbau.
- Öffentlicher Sektor.

... die Querschnittsmaterie

- Produktionsbedingungen und Architekturqualität.

10 Politische Zielsetzungen



10 Politische Zielsetzungen

Baukulturelle Aspekte in österreichischen Regierungsprogrammen seit 2000

Die fiktiven baukulturellen Entwicklungen in den Szenarien *global*, *integral* und *national* werden im Folgenden mit realen politischen Zielvorgaben in Bezug gebracht. Als Grundlage dafür wurden die in Österreich seit dem Jahr 2000 vorgelegten Regierungsprogramme, den Politikfeldern thematisch folgend, systematisch durchgesehen.¹⁶⁰ Gesucht wurden Vorgaben, die Baukultur direkt betreffen oder zumindest eindeutige Auswirkungen auf diese haben. Inhaltlich wurden die Vorgaben den untersuchten Politikfeldern zugeordnet und in Kapiteln thematisch zusammengeführt. Allgemeine Zielvorgaben werden dabei in Kapiteln mit Endnummer »Null« angeführt. Beispielsweise sind im Kapitel 5.0 allgemeine Ziele betreffend natürliche Ressourcen angeführt, in 5.1 Ziele betreffend die Ressource Wasser und in 5.2 die Ressource Boden. Auf Basis der für die Baukulturellen Leitlinien des Bundes formulierten Kriterien für gelungene Baukultur wurden die politischen Ziele nach dem anschließenden Schema bewertet und mit einer Signatur versehen.^{161, 162}

Das politische Ziel ist in Hinsicht auf die österreichische Baukultur ...

- sehr relevant.
- relevant.
- wenig relevant.¹⁶³
- nicht relevant.¹⁶⁴

160 Regierungsprogramme: Regierung Schüssel I, Februar 2000 bis Februar 2003, »Österreich neu regieren«; Regierung Schüssel II, Februar 2003 bis Jänner 2007, »Zukunft – Gerech – Nachhaltig«; Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008; Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«; Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«; Arbeitsprogramm integriert in das Regierungsprogramm Faymann II: Regierung Kern, ab Mai 2016, erschienen Jänner 2017, »Für Österreich«

161 Bundeskanzleramt, Baukulturelle Leitlinien des Bundes, beschlossen im Ministerrat vom 22.08.2017, www.baukultur.gv.at (letzter Zugriff: 23.08.2017).

162 Das Schema bietet jeweils Skalen mit vier und damit einer geraden Anzahl von Skalenpunkten an. Bei ungeraden Skalen kann der mittlere Skalenpunkt als sogenannte Fluchtkategorie verwendet werden, um das Fällen einer Entscheidung zu umgehen. Im Rahmen des vorliegenden Reports mit seinen zugespitzten und vorwiegend qualitativ ermittelten Szenarien erscheint es methodisch nicht sinnvoll, die Option einer Fluchtkategorie zu bieten.

163 Varianz in der Größe der Kreissignatur

164 Ziele, die innerhalb des Gesamtkontextes des Politikfelds identifiziert für Baukultur im Speziellen, aber als nicht relevant erachtet wurden, sind in weiterer Folge nicht dargestellt.

Die Umsetzung des politischen Ziels ...

- fördert
- ermöglicht
- behindert
- verunmöglicht

... die Entwicklung guter Baukultur in Österreich.¹⁶⁵

Landkarte zur Verortung der politischen Ziele in Bezug auf die Szenarien

Die derart bewerteten und mit einer Signatur versehenen politischen Ziele werden in Bezug auf die Szenarien *global*, *integral* und *national* in einer Landkarte je Politikfeld verortet. (Vgl. dazu sinngemäß die Abbildung Darstellungsprinzip der Landkarte zur Verortung von Chancen und Risiken innerhalb des Zukunftsraums auf Seite 148). Im Hintergrund dieser Landkarten spannen die drei Szenarien den Raum möglicher Zukünfte auf. Innerhalb dieses Zukunftsraums werden die politischen Ziele so dargestellt, dass ersichtlich wird, in welchem Maß eine zukünftige Umsetzung der realen politischen Vorgabe im Einklang oder im Widerspruch zu den Szenarien angenommen wird.

Erscheint die Umsetzung der Zielvorgabe nur mit dem Eintreten eines Szenarios konsistent, wird sie innerhalb des Zukunftsraums dieses Szenarios dargestellt. Wäre bei Umsetzung der politischen Zielvorgabe das Eintreten aller drei Szenarien gleichermaßen denkbar, wird sie im mittleren Bereich zwischen diesen verortet. Wird die Umsetzung der Zielvorgabe als konsistent mit dem Eintreten zweier Szenarien angenommen, wird sie zwischen diesen beiden angeordnet. Die Teilbereiche zwischen jeweils zwei Szenarien sind in Form einer Ellipse dargestellt. Weist eine Zielvorgabe schließlich innerhalb der so abgegrenzten Zukunftsräume nur teilweise oder ungleich hohe Konsistenz auf, kann das durch eine Platzierung auf der Grenze des Teilbereichs oder auch entsprechend zwischen den Teilbereichen veranschaulicht werden.

¹⁶⁵ Varianz in der Helligkeit der Kreisfläche

Viele Ziele liegen mehrfach in ähnlichen Formulierungen innerhalb desselben Regierungsprogramms und auch über mehrere Regierungsprogramme hinweg vor. Da eine vollumfängliche Darstellung als Zitatensammlung im Rahmen des Reports nicht möglich ist, wurden Textstellen mit sinngemäß gleichen Inhalten zusammengestellt und durch Formulierung einer charakterisierenden Nennformgruppe zusammenfassend abgebildet. So weit als möglich wurden dafür auch wörtliche Übertragungen aus den originalen Formulierungen verwendet. Exemplarisch wird immer auf jeweils ein Zitat pro Zielformulierung am Ende eines Themenbereichs verwiesen. Darüber hinaus sind einige ausgewählte Textpassagen als wörtliche Zitate den jeweiligen Zielen zugeordnet wiedergegeben. Ausgewählt wurden diese wörtlichen Zitate aufgrund der Prägnanz ihrer Formulierung, wobei aktuellere Texte bevorzugt sind.

Politikfeld: Landschaft als Ressource

Das Landschaftsbild Österreichs ist stark von Naturräumen bestimmt. Wälder, Wiesen, Flussläufe, Gletscher und andere natürliche Phänomene prägen die Erscheinung. Die Qualität und Entwicklung der Naturräume ist daher ein wichtiger Aspekt der Baukultur. Strukturiert werden die politischen Zielsetzungen im Politikfeld *Landschaft als Ressource* in die Kapitel: 1 Naturraum, 2 Landschaft, 3 Landwirtschaft, 4 Forstwirtschaft, 5 natürliche Ressourcen und 6 Tourismus

1.1¹⁶⁶ Naturraum – Schutzgebiete

- a Nationalparks und Naturschutzgebiete finanzieren und ausbauen
- b Umweltbelastungen in ökologisch sensiblen Zonen in EU-Wegekostenrichtlinie speziell berücksichtigen
- c Nationalparkregionen zu Modellregionen für sanften Tourismus ausbauen
- d Schwerpunktvermarktung der Nationalparks weiterverfolgen



»Die Nationalparks als wichtige Leitprojekte für den Umwelt- und Naturschutz sollen zu Regionen mit sanftem Tourismus ausgebaut werden.«
Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 90

1.2 Naturraum – Biodiversität

- a Biodiversitätsstrategie entwickeln, »Stärkung multifunktionaler Artenschutz- und lebensraumbezogener Programme«
- b Multifunktionale Artenschutz- und lebensraumbezogene Programme stärken
- c Regionenspezifische Arten- und Sortenvielfalt in der Landwirtschaft erhalten



»Stärkung multifunktionaler Artenschutz- und lebensraumbezogener Programme«
Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 34

1.3 Naturraum – Umweltschutz

- a Hohe Umweltqualität nachhaltig ermöglichen
- b Klimastrategie unter Beachtung ökologischer, ökonomischer und sozialer Gesichtspunkte umsetzen
- c Wettbewerbsfähigkeit durch Umwelttechnologieentwicklung fördern
- d Kostenwahrheit, Anreizsysteme und Ökologisierung des Steuersystems umsetzen



»Kostenwahrheit, Anreizsysteme, Nachhaltigkeitsprinzip und die weitere Ökologisierung des Steuersystems im Gleichklang mit anderen EU-Mitgliedsländern (...) sind Grundlage der österreichischen Umweltpolitik.«
Regierung Schüssel I, Februar 2000 bis Februar 2003, »Österreich neu regieren«, Seite 96

Vgl. weiters z.B.: 1a) *Schüssel I, Seite 97*; 1b) *Schüssel II, Seite 15*; 1d) *Faymann I, Seite 19*; 2a) *Faymann II, Seite 34*; 2c) *Faymann I, Seite 90*; 3a) *Faymann II, Seite 33 f.*; 3b) *Schüssel II, Seite 27*; 3c) *Gusenbauer, Seite 79 f.*

166 Kapitel, die keinen Unterpunkt x.0 enthalten, verfügen nicht über allgemeine Zielformulierungen zur Themenstellung.

»(Die Landwirtschaft) muss in der Lage sein, die Landschaft zu pflegen, die Naturräume zu erhalten und einen wesentlichen Beitrag zur Vitalität des ländlichen Raumes zu leisten.«

Regierung Schüssel I, Februar 2000 bis Februar 2003, »Österreich neu regieren«, Seite 70

»Die Regierungsparteien bekennen sich zur Stärkung der vielfältigen Funktionen des österreichischen Waldes. Die Erhaltung und Verbesserung der Schutzwälder muss dabei Priorität haben (...).«

Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 76

»Die Uferflächen unserer Gewässer als Schutz vor Hochwasser und Verbesserung des ökologischen Zustandes sind entsprechend zu pflegen und von Abflusshindernissen und Gefährdungen freizuhalten.«

Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 75

»Agrarumweltprogramm: Weiterentwicklung in Anbetracht des Klimawandels mit dem Ziel einer flächendeckenden produktiven Landwirtschaft unter Beachtung von Effizienz und eines nachhaltigen Ressourcenschutzes, der Biodiversität, des Schutzes von Natur und Tieren, der Produktionsgrundlage Boden und der Stärkung des Biolandbaus«

Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 19

Die Landschaft ist die Ganzheit, vor der wir unsere gestaltete Umwelt wahrnehmen. Ihre Ausprägung ist daher von wesentlicher Bedeutung für Baukultur.

2.0 Landschaft

- a Landschaftspflege und Naturraumerhalt durch Landwirtschaft betreiben
- b Internationale Landschaftsschutzabkommen einhalten und weiterentwickeln

2.1 Landschaft – Naturkatastrophenschutz

- a Für Schutzmaßnahmen Kompetenzen vereinheitlichen und Mittel bereitstellen
- b Vorsorgenden, ökologischen Schutz ausbauen und instand halten
- c Hochwasserschutz an Donau und March ausbauen

Vgl. weiters z. B.: 0b) Faymann II, Seite 34; 1a) Schüssel I, Seite 60; 1c) Gusenbauer, Seite 64

Die Landschaft eines Agrarlandes wie Österreich ist stark durch die Landwirtschaft bestimmt. Daher wirken sich die von der Landwirtschaft ausgehenden Strukturen mittelbar auf Baukultur aus.

3.0 Landwirtschaft

- a Natürliche Ressourcen nachhaltig bewirtschaften
- b Lebensmittelversorgung im Klimawandel absichern

3.1 Landwirtschaft – Europäische Union

- a Eigenständiges europäisches Agrarmodell auf dem Weltmarkt etablieren
- b Zahlungen als Grundabsicherung für die Landwirte anerkennen¹⁶⁷
- c Arbeitseinsatz und Qualität der Produkte als Kriterien für Direktzahlungen verankern

»Für eine zukunftsfähige Land- und Forstwirtschaft wird es (...) darauf ankommen, ob es der Europäischen Union gelingt, ein eigenständiges, selbstbewusstes europäisches Agrarmodell auf dem Weltmarkt zu etablieren, in dem Österreichs Landwirtschaft nicht nur Platz findet, sondern wichtiger Bestandteil und ökonomisches, ökologisches und soziales Aushängeschild sein kann.«
Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 66

3.2 Landwirtschaft – Betriebsstrukturen

- a Bäuerlich strukturierte Landwirtschaft und flächendeckende Bewirtschaftung sicherstellen
- b Wettbewerbskraft von kleinen und mittleren Betrieben und Direktvermarktung fördern

»Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist es, eine flächendeckende, nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten.«
Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 66

3.3 Landwirtschaft – Biologische Produktion

- a Biologische Landwirtschaft ausbauen

»Der biologische Landbau hat bewiesen, dass produktive, umweltschonende und marktorientierte Bewirtschaftung gleichzeitig möglich ist. Der Ausbau der biologischen Landwirtschaft ist daher ein lohnendes Ziel.«
Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 68

3.4 Landwirtschaft – Gentechnik

- a Produkte und Neuentwicklungen von Fall zu Fall beurteilen
- b Gentechnikfreiheit bei Lebensmitteln und Futtermitteln aufrechterhalten

»Das Bekenntnis zur Gentechnikfreiheit bei Lebensmitteln sowie heimischen Futtermitteln wird aufrechterhalten.«
Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008, Seite 122

¹⁶⁷ Anmerkung: Die unter 3.1b angeführte Grundabsicherung war in Hinsicht auf die Kleinteiligkeit und die situativen Unterschiede der österreichischen Betriebe nicht ausdifferenziert und wird daher nicht gut bewertet. Bereits in 3.1c werden der Arbeitseinsatz und die Produktqualität als Kriterien zur Verteilung der Gelder angeführt. Die Bewertung fällt entsprechend besser aus.

3.5 Landwirtschaft – Lebensmittelqualität

- a Qualität und Sicherheit der Lebensmittel durch bäuerliche Produktion sicherstellen
- b Export und Kennzeichnung regionaler Lebensmittel fortsetzen

Vgl. weiters z.B.: 0b) Faymann I, Seite 68; 1b) Faymann I, Seite 67; 1c) Faymann I, Seite 68; 2b) Gusenbauer, Seite 71; 4a) Schüssel I, Seite 51; 5a) Faymann II, Seite 18; 5b) Gusenbauer, Seite 71

Fast die Hälfte des österreichischen Staatsgebiets ist von Wald bedeckt. Das Erscheinungsbild und die Entwicklung des Waldes sind stark von der Bewirtschaftung bestimmt. Daher hat die Forstwirtschaft mittelbaren Einfluss auf das Landschaftsbild und damit auf Baukultur.

4.0 Forstwirtschaft

- a Ökosozial, flächendeckend und nachhaltig produzieren
- b Impulse für Wachstum und Beschäftigung geben

»Eine ökosoziale, flächendeckende und nachhaltig produzierende Land- und Forstwirtschaft, welche die Chancen für alle Menschen, insbesondere für Frauen und die Jugend im ländlichen Raum, verbessert«

Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 18

4.1 Forstwirtschaft – Spezielle Waldnutzungen

- a Zusätzliche Forschungsimpulse wahrnehmen
- b Erholungsfunktionswirkung und Betretungsfreiheit sicherstellen

»Zur ökologisch verträglichen und abgestimmten Nutzung des Waldes im Freizeitbereich sind vertragliche Regelungen der Grundeigentümer mit Interessenten, Gemeinden, Tourismus etc. auszubauen. Der Österreichischen Bundesforste AG kommt (...) eine besondere Verantwortung beim verantwortungsvollen Umgang mit der Natur und dem Zugang zur Natur im Sinne des freien Betretungsrechtes des Waldes zu Erholungszwecken insgesamt zu.«

Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008, Seite 82

Vgl. weiters z.B.: 0b) Faymann II, Seite 19; 1a) Gusenbauer, Seite 82

Die Art, wie wir auf natürliche Rohstoffe zugreifen, bestimmt wesentlich, wie Flächen genutzt werden, und hat darüber hinaus oft maßgebliche und langfristige Auswirkungen auf die Landschaft. Der Umgang mit natürlichen Ressourcen hat damit vielschichtige Auswirkungen auf Baukultur.

5.0 Natürliche Ressourcen

- a Schutz natürlicher Ressourcen zur Sicherung der Lebensgrundlagen
- b Einsatz nachwachsender Rohstoffe forcieren
- c Bioökonomische Forschung fördern



»Ziel der österreichischen Bundesregierung ist die Weiterentwicklung des nachhaltigen Schutzes unserer Umwelt, die gesicherte und leistbare Versorgung mit Energie sowie die nachhaltige Förderung des ländlichen Raumes zur Erhaltung der hohen Lebensqualität der Bevölkerung und der Sicherung der Lebensgrundlagen für unsere Kinder.«
Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008, Seite 79

»Österreich wird den Bereich der nachwachsenden Rohstoffe weiter forcieren.«
Regierung Schüssel I, Februar 2000 bis Februar 2003, »Österreich neu regieren«, Seite 72

5.1 Natürliche Ressourcen – Wasser

- a Wasser als Lebensgrundlage für künftige Generationen bewahren
- b Strategische Wasserressourcen im öffentlichen Eigentum belassen



»Oberstes Ziel ist nachhaltige Bewahrung des Wassers als Lebensgrundlage für künftige Generationen.«
Regierung Schüssel II, Februar 2003 bis Jänner 2007, »Zukunft – Gerecht – Nachhaltig«, Seite 30

»Die österreichische Bundesregierung (...) legt Wert auf den Verbleib der strategischen Wasserressourcen im öffentlichen Eigentum.«
Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 76

»Die gesetzliche Verpflichtung der ÖBf AG zur Substanzerhaltung zielt auf die stetige Verbesserung der Vermögenssubstanz im Sinne einer nachhaltigen Ausrichtung der österreichischen Forstwirtschaft ab. Damit soll auch hinkünftig sichergestellt werden, dass österreichischer Grund und Boden verantwortungsvoll bewirtschaftet wird.«
Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008, Seite 82

»Bessere Nutzung bestehender Flächen durch verpflichtende Prüfung zur Nachverdichtung«
Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 61

»Für die österreichische Bundesregierung zählt die Sicherstellung einer nachhaltigen Energieversorgung Österreichs zu den zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte. (... In Österreich) setzen wir verstärkt auf erneuerbare Energieträger (...).«
Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008, Seite 74

5.2 Natürliche Ressourcen – Boden

- a Grund und Boden verantwortungsvoll bewirtschaften



5.3 Natürliche Ressourcen – Raum

- a Nachhaltigkeit im Flächenmanagement verstärken



5.4 Natürliche Ressourcen – Energie

- a Leistbare Energieversorgung sicherstellen
- b Einsatz erneuerbarer und ökologischer Energieträger verstärken
- c Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch stärken
- d Innovation in Biomasse und Solartechnologie ausbauen
- e Mehrheitliche Beteiligungen der öffentlichen Hand bei Stromversorgern aufheben



Vgl. weiters z.B.: 0c) Faymann II, Seite 34; 1b) Faymann I, Seite 74; 4c) Gusenbauer, Seite 75; 4d) Schüssel I, Seite 97; 4e) Schüssel II, Seite 13

Die Schönheit der Landschaft und die Ästhetik baulicher Ensembles zählen zu den Attraktoren des österreichischen Tourismus. Zwischen Tourismus und Baukultur bestehen daher maßgebliche Wechselwirkungen.

6.0 Tourismus

- a Nachhaltigkeit im Tourismus sichern
- b Kooperation von öffentlicher Hand und Tourismusunternehmen ausbauen

- c Tourismus strategisch an Wachstum orientieren¹⁶⁸



»Natur und Kultur sind die beiden Säulen des touristischen Angebots Österreichs. Die nachhaltige Sicherung dieser Ressourcen ist daher unumgänglich. Bei den natürlichen Ressourcen stehen vor allem (...) Klimawandel, die ökologisch verträgliche alpine Infrastruktur (...) und die Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft (...) im Mittelpunkt.«
Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 19

»Der Tourismus hat große Bedeutung für die heimische Wirtschaft, die Arbeitsplätze und den Standort Österreich. Die Bundesregierung bekennt sich dazu, eine wachstumsorientierte Tourismusstrategie mit dem Ziel eines qualitätsvollen Ganzjahrestourismus zu forcieren, Klein- und Mittelbetriebe als leistungsfähige Wettbewerbseinheiten und Destinationen zu positionieren (...) und die Internationalisierung der Herkunftsmärkte voranzutreiben. (...) Entwicklung und Unterstützung saisonverlängernder Maßnahmen; (...) Als Initiative für den Kulturtourismus ist die Schaffung eines Museums über die Geschichte der Habsburger im Schloss Schönbrunn vorgesehen (»Imperial Austria«).«
Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008, Seite 44

Vgl. weiters z. B.: 0b) Faymann I, Seite 20; Anmerkung zu 0c): An dieser Stelle sind Ziele zusammengeführt, die negative Auswirkungen auf die Landschaft und die Resilienz ihrer natürlichen Elemente erwarten lassen. Beispiel: »Entwicklung und Unterstützung saisonverlängernder Maßnahmen«, aus Gusenbauer, Seite 44, entsprechend fällt die Bewertung in Hinsicht auf das Gelingen von Baukultur negativ aus.¹⁶⁸

¹⁶⁸ Anmerkung: Unter 6.0.c sind Tourismuskonzepte zusammengefasst, die einer Wachstumsstrategie folgend etwa die »Entwicklung und Unterstützung saisonverlängernder Maßnahmen« zum Ziel haben. Dies erscheint, speziell in Hinsicht auf die Erhaltung von Landschaft, problematisch und steht im Widerspruch zu den unter 6.0.a zusammengefassten nachhaltigen und qualitätsorientierten Tourismuskonzepten. 6.0.c wird daher aus Sicht der Baukultur als hinderlich bewertet.

Politische Ziellandkarte im Politikfeld Landschaft als Ressource

Legende

Die Umsetzung dieses Ziels

- ... fördert
- ... lässt zu
- ... behindert
- ... verunmöglicht

das Gelingen guter Baukultur.

Das Ziel ist aus Sicht der Baukultur

- ... wenig wichtig.
- ... wichtig.
- ... sehr wichtig.

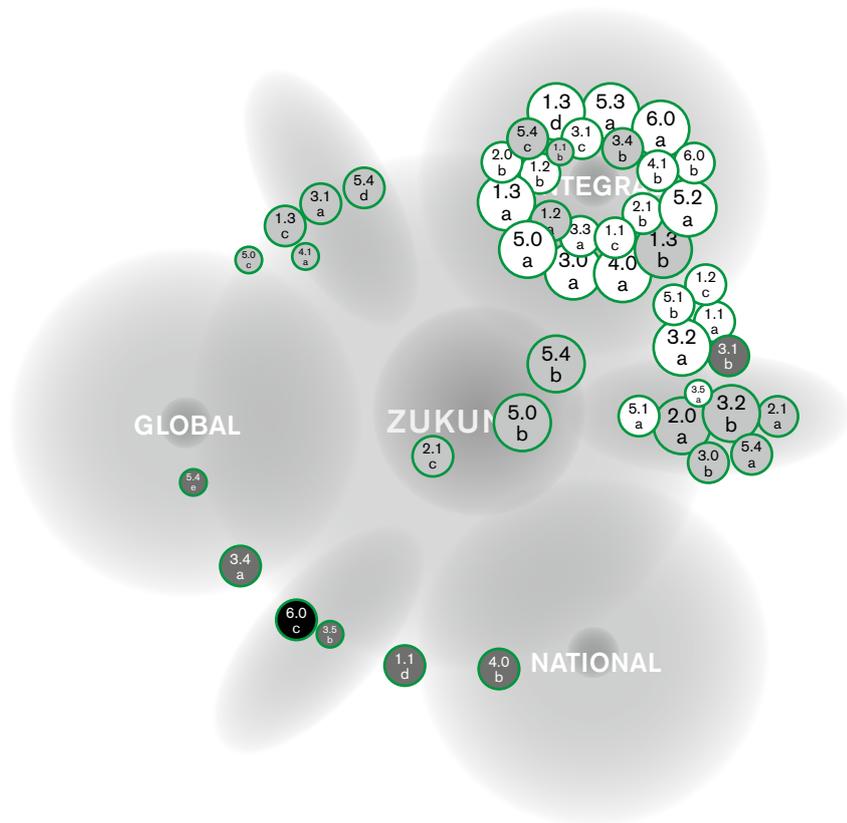


Abb.: Verortung politischer Zielsetzungen des Politikfelds »Landschaft als Ressource« im Raum möglicher Zukünfte

Die politische Ziellandkarte vermittelt einen Gesamteindruck der Verortung politischer Ziele in Hinsicht auf ihre Konsistenz mit den Szenarien *global*, *integral* und *national*. Es kann über die Nummerierung aber auch jedes einzelne Ziel identifiziert werden. So bedeutet zum Beispiel:

- 5.o b Einsatz nachwachsender Rohstoffe forcieren, siehe Seite 159
- 6.o a Nachhaltigkeit im Tourismus sichern, siehe Seite 161
- oder
- 6.o c Tourismus strategisch an Wachstum orientieren, siehe Seite 161

Politikfeld: Stadt und Region

Regionen bilden sich abseits politischer Grenzziehungen aufgrund spezifischer natürlicher, aber auch kultureller Rahmenbedingungen. Landschaft, Siedlungsformen oder Architektur können so charakteristisch für eine Region sein, ebenso wie die Entwicklung einer Region Einfluss auf die dort bestehende Baukultur nimmt. Politische Zielsetzungen betreffend die Wirtschaft, das kulturelle Umfeld und die Erschließung und Versorgung in den Regionen werden unter diesem Blickwinkel betrachtet. Strukturiert werden die politischen Zielsetzungen im Politikfeld Stadt und Region in die Kapitel: 1 Etablierung von Regionen, 2 Regionale Entwicklung, 3 Regionale Versorgung, 4 Land als Lebensraum, 5 Stadtentwicklung und 6 Infrastruktur.

1.0 Etablierung von Regionen

- a Strukturpolitik umfassend und integrierend konzipieren
- b Donaoraumstrategie und Strategie für den Alpenraum ausbauen

Vgl. weiters z. B.: 0b) Faymann II, Seite 71

2.0 Regionale Entwicklung

- a Den ländlichen Raum ausgewogen entwickeln

»Die Bundesregierung verfolgt das Konzept einer grundsätzlich umfassenden und integrierten Strukturpolitik (...) zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt auf nationaler und europäischer Ebene.«
Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 279

»Die Bundesregierung bekennt sich zur Stärkung eines vitalen ländlichen Raumes. Dazu sind folgende weitere Schritte nötig: mehr finanzielle Mittel für kleinere und mittlere Gemeinden, Hebung der Erwerbsbeteiligung, besonders von Frauen und jungen Menschen, verstärkte Teilnahme am Innovationssystem durch Verbesserung des Ausbildungsstands und Stärkung der Wettbewerbskraft von kleinen und mittleren Unternehmen sowie landwirtschaftlichen Betrieben.«
Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008, Seite 72

»Wirksame Anreize für Unternehmen, sich im ländlichen Raum anzusiedeln und weiterzuentwickeln (Jungunternehmerförderung, alternative Finanzierungsformen für KMU, Tourismus); interkommunale Gewerbegebiete schaffen und durch bundesweites IWB-Programm (Investitionen in Wachstum und Beschäftigung) fördern«

Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 21

»Eine Zusammenschau und Evaluierung der gesamten Förderlandschaft für die ländlichen Räume ist Grundvoraussetzung. Stärkefelder des ländlichen Raumes sind auch durch Schwerpunkte in der Forschungs- und Innovationspolitik weiterzuentwickeln.«

Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 21

»(Im Rahmen der) öffentliche(n) Daseinsvorsorge: Dorferneuerung und soziale Dienstleistungen weiterentwickeln«

Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 21

»Das Infrastruktur- und Leistungsangebot im ländlichen Raum muss erhalten, die Versorgung der Bevölkerung gesichert bleiben.«

Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 198

2.1 Regionale Entwicklung – Wirtschaft

- a Wirtschaftsbedingungen am Land systematisch verbessern
- b Wettbewerbsfähigkeit des Tourismusstandortes steigern
- c Klein- und Mittelbetriebe im ländlichen Raum fördern und neu ansiedeln
- d Standortstrategie für internationale Leitbetriebe formulieren
- e Innovation im ländlichen Raum umsetzen

2.2 Regionale Entwicklung – Kultur

- a Dorferneuerung weiterentwickeln

Vgl. weiters z.B.: 1a) Faymann I, Seite 71 f.; 1b) Schüssel II, Seite 13 f.; 1d) Faymann II, Seite 8

3.0 Regionale Versorgung

- a Infrastruktur- und Leistungsangebot erhalten

3.1 Regionale Versorgung – Täglicher Bedarf

- a Nahversorgung gezielt fördern

3.2 Regionale Versorgung – Gesundheit

- a Primärversorgung verbessern



3.3 Regionale Versorgung – Bildung

- a Elementarpädagogische Einrichtungen ausbauen
- b Schulen im ländlichen Raum erhalten
- c Weiterbildung regionalisieren
- d Frauen in ländlichen Regionen spezifisch fördern



»Erhaltung der Schulen im ländlichen Raum durch Berücksichtigung in der Verhältniszahl. (...) Aufbau von ›Bildungsklustern‹ auf regionaler Ebene durch Nutzung von bestehenden Ressourcen an Bildungseinrichtungen und in Wirtschaftsunternehmen.«
Regierung Schüssel II, Februar 2003 bis Jänner 2007, »Zukunft – Gerecht – Nachhaltig«, Seite 24

»Rund 40 % der landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich werden von Frauen geführt, dies erfordert eine spezielle Förderung im Bereich der Aus- und Weiterbildung.«
Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 74

Vgl. weiters z.B.: 1a) Faymann II, Seite 21; 2a) Faymann II, Seite 57; 3a) Kern, Seite 16; 3c) Gusenbauer, Seite 48

Räume wie Stadt und Land differenzieren sich vordringlich durch unterschiedliche Landschaftsbilder, Siedlungsformen und Gebäudestrukturen und damit durch baukulturelle Kriterien. Die Entwicklung von Stadt und Land steht in enger Wechselwirkung zur Baukultur und damit mit den diesbezüglichen politischen Zielvorgaben.

4.0 Land als Lebensraum

- a Den ländlichen Raum als Lebensgrundlage fördern



»Ziel der österreichischen Bundesregierung ist (...) die nachhaltige Förderung des ländlichen Raumes zur Erhaltung der hohen Lebensqualität der Bevölkerung und der Sicherung der Lebensgrundlagen für unsere Kinder.«
Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008, Seite 7

4.1 Land als Lebensraum – Lebensqualität

- a Hohe Lebensqualität sicherstellen



»Die Förderung eines offenen und lebendigen Kunst- und Kulturlebens wird ein besonderes Anliegen der Bundesregierung sein.«

Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008, Seite 3

»Schwerpunkte bei regionalen Kulturinitiativen, Literatur, Musik, bildende und darstellende Kunst, Film, Architektur, Baukultur, junge Kunst (...)

Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 48

»Die Bedeutung städtischer Siedlungsräume für den Menschen hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Die nachhaltige Sicherung und Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität der österreichischen Städte ist ein ernstes Anliegen.«

Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 88

»Bessere Nutzung bestehender Flächen durch verpflichtende Prüfung zur Nachverdichtung«

Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 61

»Für die Ballungszentren ist hochqualitativer öffentlicher Verkehr eine wirtschaftliche Überlebensfrage. Städte mit schlechtem öffentlichem Verkehr würden ökonomisch und ökologisch kollabieren.«

Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008, Seite 62

»Fortführung des U-Bahn-Ausbaus in Wien; Evaluierung auf Basis von Erreichbarkeitsmodellen«

Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008, Seite 62

4.2 Land als Lebensraum – Kultur

- a Offenes Kulturleben fördern



Vgl. weiters z.B.:1a) Faymann I, Seite 71

Es fällt auf, dass Umfang und Detaillierungsgrad der politischen Ziele, die sich mit dem ländlichen Raum befassen, wesentlich umfangreicher und detaillierter sind, als jene, die den Bereich »Stadt« betreffen. Das erscheint unter dem Gesichtspunkt der baukulturellen Bedeutung der Stadt und ihrer wachsenden Wichtigkeit als Lebensraum mit stetigem Bevölkerungszuwachs unverhältnismäßig.

5.0 Stadtentwicklung

- a Lebens- und Umweltqualität verbessern
- b Flächen besser nutzen
- c Headquarters ansiedeln
- d Hochqualitativen öffentlichen Verkehr bereitstellen



Vgl. weiters z.B.: 0c) Faymann II, Seite 8

Infrastrukturen sind mitbestimmend für die Erschließbarkeit von Raum und dessen Versorgung, darüber hinaus bilden sie oft raumgreifende, teils raumprägende Strukturen. Sie sind damit von zentraler Bedeutung für Baukultur.

6.0 Infrastruktur

- a Infrastrukturen zukunftssicher ausbauen
- b Verkehrssystem trägerübergreifend weiterentwickeln
- c Den öffentlichen Nahverkehr stärken
- d Planungsprozesse und Prüfverfahren kürzen
- e Kompetenzen zur Umsetzung von Infrastrukturprojekten konzentrieren
- f Kostenwahrheit im Verkehr herstellen
- g Durch moderne Infrastrukturen Wettbewerbsfähigkeit sichern
- h Den Verkehr ökologisieren



»Gesamtverkehrsplan stärken und verkehrsträgerübergreifende Strategie weiterentwickeln«

Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 35

»Der öffentliche Personennahverkehr ist organisatorisch und finanziell wesentlich von der öffentlichen Hand getragen.«

Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 56

»Gemäß der EU-Wegekostenrichtlinie soll ab 2008 durch die Berücksichtigung externer Kosten mehr Kostenwahrheit erzielt werden und eine Querfinanzierung von der Straße zur Schiene ermöglicht werden.«

Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008, Seite 63

»Ökologische Gesichtspunkte (z. B. Fahr- und Wegzeiten) stärker in der Planung mitberücksichtigen«

Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 60

6.1 Infrastruktur – Straße

- a Hochrangiges Straßennetz ausbauen
- b Mautsysteme beibehalten



»Es gilt dabei, einerseits das hochrangige Straßennetz auszubauen, Lücken zu schließen sowie Netzergänzungen und Kapazitätsanpassungen im Landesinneren im Interesse der Mobilitätssteigerung vorzunehmen. Andererseits ist die Schiene (...) auszubauen.«

Regierung Schüssel II, Februar 2003 bis Jänner 2007, »Zukunft – Gerecht – Nachhaltig«, Seite 14

»Öffentlicher Verkehr ist eine wichtige Alternative, um dies (Anm.: Reduktion von Treibhausgasemissionen, Feinstaub, Stickoxidemissionen) ohne Reduktion an Mobilität (...) zu erreichen.

Einsatz neuer Nahverkehrszüge bei den ÖBB. Ausbau und Verbesserung des Taktverkehrs Förderung von Anschlussbahnen, Terminals und Flächenbedien-
ung«

Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008, Seite 62f.

Liberalisierung und Wettbewerb im Schienenverkehr. Gezielte Erleichterung des Zugangs Dritter zur Schieneninfrastruktur.«

Regierung Schüssel I, Februar 2000 bis Februar 2003, »Österreich neu regieren«, Seite 84

»Wasserstraße stärken, Hochwasserschutz ausbauen«

Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 38

6.2 Infrastruktur – Schiene

- a Die Schieneninfrastrukturoffensive fortführen
- b Das öffentliche Verkehrsangebot attraktivieren
- c Privat- und Anschlussbahnen fördern
- d Regionalbahnkonzept wirtschaftlich ausrichten
- e Ausbauprojekte in Public-Private-Partnership-Modellen umsetzen
- f Schienenverkehr liberalisieren



6.3 Infrastruktur – Wasserwege

- a Wasserstraßen stärken



6.4 Infrastruktur – Luftfahrt

- a Flughäfen weiterentwickeln



6.5 Infrastruktur – Mobilität

- a Verkehrssysteme bedarfsorientiert gestalten
- b Mobilitätsbedürfnisse effizient und umweltfreundlich befriedigen
- c Mobilität sozial gerecht gestalten



»Eine moderne Verkehrspolitik für Menschen muss sich sowohl am Verkehrsbedarf der Wirtschaft als auch an den sozialen Mobilitätsbedürfnissen der Menschen sowie den Zielen des Umweltschutzes und des Schutzes von Leben und Gesundheit orientieren, um so die Lebensqualität in Österreich insgesamt steigern zu können.«

Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 49

»Der Verkehrssektor ist in Österreich ein Schlüsselbereich der Klimapolitik. Das zentrale Ziel dabei ist, die Mobilitäts- und Transportbedürfnisse mit möglichst effizienten und umweltfreundlichen Verkehrsträgern zu befriedigen.«

Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 84

»Für ländliche Regionen ist öffentlicher Verkehr eine wesentliche Voraussetzung für Mobilität und dient der sozialen Gerechtigkeit. Daher ist hier das Angebot zu attraktivieren.«

Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 55 f.

6.6 Infrastruktur – Kommunikation

- a Digitale Infrastruktur flächendeckend ausbauen
- b Postdienst flächendeckend sichern



»Die beiden Ökostromnovellen werden signifikante zusätzliche Investitionen in den Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung in Österreich auslösen. (...) Auch der dafür notwendige Netzausbau soll aktiv vorangetrieben werden.«
Regierung Kern, ab Mai 2016, »Für Österreich«, Seite 20

»Ausbau von Nah- und Fernwärme, Austausch veralteter Kesselanlagen, erneuerbare Systeme«
Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 34

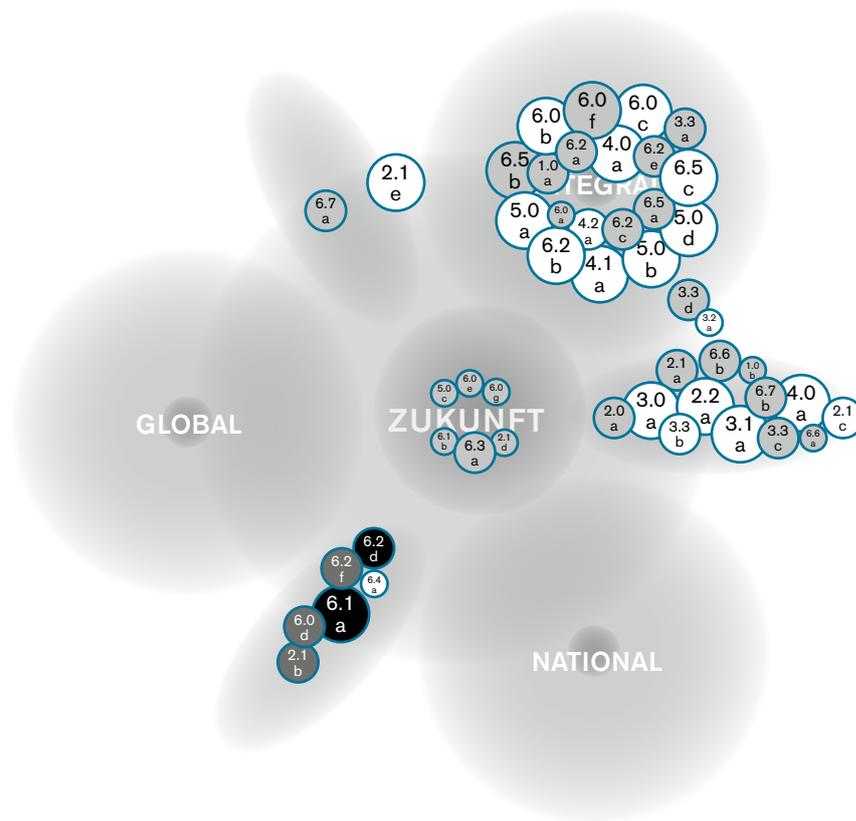
6.7 Infrastruktur – Energie

- a Stromversorgungsnetz ausbauen
- b Versorgung durch Diversifizierung sichern



Vgl. weiters z. B.: 0a) Faymann I, Seite 3; 0b) Gusenbauer, Seite 59 f.; 0f) Gusenbauer, Seite 63; 0b) Faymann I, Seite 59 ff.; 1b) Faymann II, Seite 36; 2c) Faymann II, Seite 36; 2d) Faymann I, Seite 54; 2f) Schüssel I, Seite 84; 4a) Faymann I, Seite 55; 5c) Faymann I, Seite 84; 6a) Faymann I, Seite 72; 6b) Faymann II, Seite 22; 7a) Faymann II, Seite 21; 7b) Gusenbauer, Seite 6

Politische Ziellandkarte im Politikfeld Stadt und Region



Legende

Die Umsetzung dieses Ziels

- ... fördert
- ... lässt zu
- ... behindert
- ... verunmöglicht

das Gelingen guter Baukultur.

Das Ziel ist aus Sicht der Baukultur

- ... wenig wichtig.
- ... wichtig.
- ... sehr wichtig.

Die politische Ziellandkarte vermittelt einen Gesamteindruck der Verortung der politischen Ziele in Hinsicht auf ihre Konsistenz mit den Szenarien *global*, *integral* und *national*. Es kann über die Nummerierung aber auch jedes einzelne Ziel identifiziert werden. So bedeutet zum Beispiel:

- 2.1 e Innovation im ländlichen Raum umsetzen, siehe Seite 164
- 6.1 a Hochrangiges Straßennetz ausbauen, siehe Seite 167

Abb.: Verortung politischer Zielsetzungen des Politikfelds Stadt und Region im Raum möglicher Zukünfte

Politikfeld: Wohnbau

Kaum eine Bauaufgabe wird so häufig als Spezifikum für baukulturelle Leistungen in Österreich genannt wie der Wohnbau. Entsprechend vielschichtig, teils aber auch gegenläufig, stellen sich die vorliegenden politischen Zielsetzungen dar. Strukturiert werden die politischen Zielsetzungen im Politikfeld Wohnbau in die Kapitel: 1 Wohnen, 2 Wohnungswirtschaft, 3 Wohnbauqualität, 4 Wohnbau und 5 Lenkung.

1.1 Wohnen – Bedarf

- a Bedarfsabdeckung durch Maßnahmenmix erreichen 

»Es werden daher gezielt Maßnahmen gesetzt, um eine bedarfsgerechte Abdeckung des Wohnbedürfnisses sicherzustellen. Dazu ist ein Maßnahmenmix notwendig, durch den die Bürgerinnen und Bürger unterstützt werden, unabhängig davon, ob sie ein Mietverhältnis oder eine Liegenschaft im Eigentum anstreben.«

Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 59

1.2 Wohnen – Neubau

- a Öffentliche Mittel in den Wohnungsneubau investieren 
- b Konjunktur durch Wohnungsneubau beleben 

»Bis 2020 sind alle dringend notwendigen sanierungsbedürftigen Gebäude zu sanieren. Langfristig wird eine lückenlose thermische Sanierung des österreichischen Gebäudebestandes der Jahre 1945–1980 angestrebt.«

Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 83

1.3 Wohnen – Bestand

- a Zugang zum Wohnraum im Bestand gewährleisten 
- b Eigenbedarfsnutzung verbessern 
- c Alle sanierungsbedürftigen Gebäude bis 2020 sanieren 
- d Mehr Wohnbaumittel in der Sanierung einsetzen 

Vgl. weiters z. B.: 2a) Faymann II, Seite 59 f.; 2b) Faymann I, Seite 126 f.; 3a) Faymann II, Seite 59; 3b) Schlüssel I, Seite 109; 3d) Schlüssel I, Seite 109

2.0 Wohnungswirtschaft

- a Angebot an Wohnraum vergrößern
- b Gemeinnütziges Wohnungswesen unterstützen
- c Generationenausgleich im gemeinnützigem Wohnbau verankern
- d Institutionellen Anlegern Investitionen in gemeinnützige Wohnbauträger erlauben
- e Die Bundeswohnungsgesellschaft verwerten
- f Bestehen unterschiedlicher Rechts- und Wirtschaftsformen im Wohnen fördern
- g Neue Finanzierungsmöglichkeiten für Neubau und Sanierung schaffen
- h Wohnbauanleihen steuerlich begünstigen
- i Mietenmarkt fair gestalten
- j EU-Gebäuderichtlinie zur Energieeffizienz kostenoptimal umsetzen
- k EU-Mittel zur Förderung von Integration im Wohnungssektor ausschöpfen

Vgl. weiters z. B.: 0a) Kern, Seite 6; 0c) Faymann II, Seite 61; 0d) Kern, Seite 6; 0e) Schüssel II, Seite 39; 0f) Faymann I, Seite 126; 0h) Faymann II, Seite 60; 0i) Faymann I, Seite 126 ff.; 0j) Faymann II, Seite 61; 0k) Schüssel I, Seite 59

3.0 Wohnbauqualität

- a Wohnen leistbar und qualitativ hochwertig ermöglichen

»Bei Umwidmungen von Grundstücken der öffentlichen Hand (...) in Bauland sollen 25 % als Vorbehaltsflächen für förderbaren Wohnraum ausgewiesen/vorbehalten werden«

Regierung Kern, ab Mai 2016, »Für Österreich«, Seite 6

»Wohnen muss leistbar und qualitativ hochwertig sein. Um dieses Ziel zu erreichen, ist (...) ein leistungsfähiges gemeinnütziges Wohnungswesen zu unterstützen (...).«

Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008, Seite 149 f.

»Um institutionellen Anlegern Investitionen in Anteile gemeinnütziger Wohnbauträger zu erlauben, soll der künftige Verkaufspreis dieser Anteile über dem Kaufpreis liegen können, ohne dass es zu höheren Gewinnausschüttungen der Wohnbauträger kommen muss.«

Regierung Kern, ab Mai 2016, »Für Österreich«, Seite 6

»Die Bundesregierung fördert die Vielfalt im Wohnbau. (...) Miete, Eigentum, Eigenheim und der Wohnbauträger (sozialer und privater Wohnbau) (...).«

Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 126

»Wohnen ist wie Arbeit oder Gesundheit ein Grundbedürfnis der Menschen. Wohnen muss leistbar und qualitativ hochwertig sein.«

Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008, Seite 149

»Nutzung von Kasernenverkäufen für den Zweck der leistbaren Wohnraumschaffung, Reservierung eines bestimmten Anteils der Kasernenflächen für geförderte Wohnungen sowie Einräumung eines Vorkaufsrechts für den geförderten Wohnbau«
Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 60

»Umweltschonendes Wohnen (ist) anzustreben.«
Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008, Seite 149

3.1 Wohnbauqualität – Leistbarkeit

- a Bauland und privates Kapital mobilisieren
- b Öffentliche Mittel in den Neubau investieren
- c Wohnbauförderung zweckgewidmet bereitstellen
- d Mietkaufoptionen einräumen
- e Leistbaren Wohnraum für junge Menschen schaffen
- f Bundesimmobilien für Wohnraumschaffung verfügbar machen
- g Betriebskosten senken

3.2 Wohnbauqualität – Umwelt

- a Energieeffizienz im Neubau forcieren
- b Thermische Sanierungsrate erhöhen
- c Einsatz öffentlicher Mittel für die thermische Sanierung erhöhen
- d Umweltschonendes Wohnen anstreben
- e Bund-Länder-Vereinbarung zum Klimaschutz im Wohnbau erzielen
- f EU-Gebäuderichtlinie zur Energieeffizienz auf kostenoptimalem Niveau umsetzen
- g Entwicklung und Nutzung umweltschonender Haustechnik

3.3 Wohnbauqualität – Diversität

- a Vielfalt der Rechtsformen im Wohnen fördern
- b Erreichung von Barrierefreiheit im Zuge von Sanierungen fördern
- c Anpassbaren Wohnbau als Wohnbauförderkriterium einführen
- d Wohnformen für intergeneratives Zusammenleben entwickeln und fördern



»Entwicklung und Förderung von Projekten für intergeneratives Zusammenleben in diesem Wohnsegment (gemeinnütziger Wohnbau)«
Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 61

3.4 Wohnbauqualität – Normen und Standards

- a Auflagen für das Bauen pragmatisch überprüfen



Vgl. weiters z. B.: 1a) Kern, Seite 6; 1b) Faymann II, Seite 61; 1c) Faymann II, Seite 60; 1d) Faymann II, Seite 60; 1e) Gusenbauer, Seite 149; 1g) Schüssel I, Seite 109; 2a) Gusenbauer, Seite 76; 2b) Gusenbauer, Seite 76; 2c) Faymann I, Seite 83; 2e) Faymann I, Seite 83; 2g) Faymann I, Seite 83; 3a) Gusenbauer, Seite 150; 3b) Faymann II, Seite 52; 3c) Faymann I, Seite 185; 4a) Faymann II, Seite 61

Die Aspekte der baukünstlerischen Gestaltung und Architekturforschung werden explizit nur in einer einzigen Zielformulierung angesprochen und hier im Kontext mit dem Wohnbau und dem öffentlichen Bau angeführt.

4.0 Wohnbau – Architektur

- a Baukünstlerische Schwerpunkte im Wohnbau setzen



»Im Wohnbau und im öffentlichen Bau sollen baukünstlerische Schwerpunkte gesetzt werden. Vordringlich sind dabei Begleitmaßnahmen in der Stadtplanung, in der Architekturforschung und im Architekturmarketing.«
Regierung Schüssel I, Februar 2000 bis Februar 2003, »Österreich neu regieren«, Seite 99

»Vereinfachung und verständliche Gestaltung des Mietrechts; Harmonisierung aller drei Wohnrechtsmaterien (WEG, MRG, WGG)«
Regierung Schüssel II, Februar 2003 bis Jänner 2007, »Zukunft – Gerecht – Nachhaltig«, Seite 11

»Reform des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG) durch Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für den gemeinnützigen Wohnbau mit der gesetzlichen Absicherung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, einer Steigerung der Investitionskraft der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft für mehr Neubau und Sanierung, (...)«
Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 60

»Unterstützung bei Schaffung von leistbarem Wohnraum insbesondere durch: langfristige Absicherung der Wohnbauförderungsmittel (Bundesbeitrag, Rückflüsse und Landesmittel) sowie Prüfung von deren Zweckwidmung im Rahmen des Finanzausgleichs«
Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 60

5.1 Lenkung – Wohnrecht

- a Wohnrechtsmaterien harmonisieren
- b Mietzinsregelung in größtmöglichem Umfang vereinheitlichen
- c Transparenz von Mietverträgen verbessern
- d Wohn- und Steuerrecht harmonisieren
- e Mietkaufoption bei Neu- und Wiedervermietung gesetzlich einräumen
- f Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz absichern
- g Durch erleichterte Eigentumsbildung Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz deregulieren
- h Mehr Rechtssicherheit bei der Vermietung von Einfamilienhäusern herstellen
- i Eine praxisgerechte Lösung betreffend Einstimmigkeitserfordernisse für Sanierungen entwickeln
- j In der Praxis aufgezeigten Regelungsbedarf im Wohnungseigentumsrecht erfüllen
- k Betriebskostenabrechnung standardisieren
- l Betriebskostenkatalog harmonisieren
- m Verbrauch im energieeffizienten Wohnbau nach Nutzfläche ermitteln
- n Mietrechtliche Verfahren beschleunigen
- o Schlichtungsstellen ausweiten

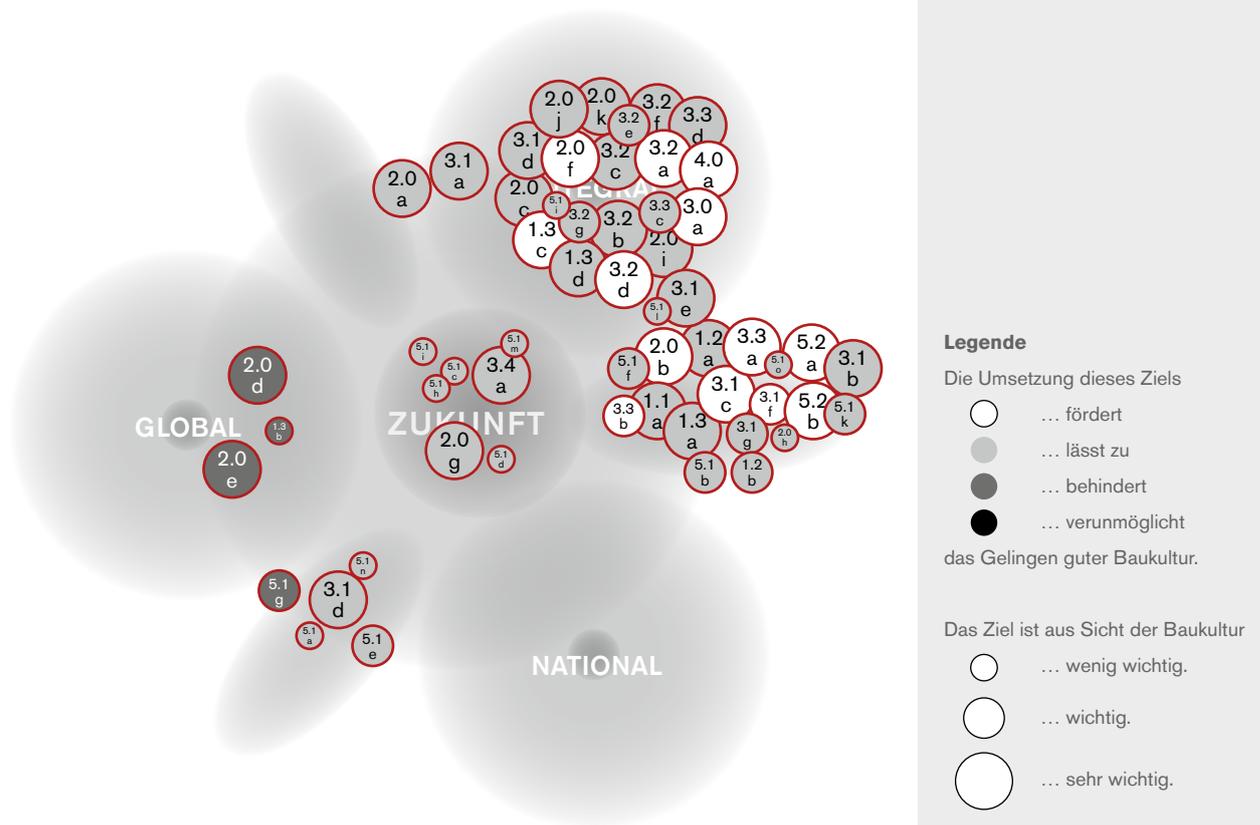
5.2 Lenkung – Wohnbauförderung

- a Wohnbauförderung als Instrument einer gesicherten Wohnversorgung einsetzen
- b Wohnbauförderung beibehalten und Mittel langfristig absichern

Vgl. weiters z. B.: 1a) Schüssel II, Seite 11; 1b) Faymann I, Seite 126 f.; 1c) Gusenbauer, Seite 150; 1d) Schüssel I, Seite 109; 1e) Faymann II, Seite 60; 1f) Faymann II, Seite 60; 1g) Schüssel I, Seite 109; 1h) Gusenbauer, Seite 150; 1i) Faymann II, Seite 61; 1j) Faymann II, Seite 60; 1k) Schüssel I, Seite 109; 1l) Gusenbauer, Seite 150; 1m) Faymann I, Seite 127; 1n) Schüssel II, Seite 11; 1o) Faymann II, Seite 60; 2a) Faymann I, Seite 126

Politische Ziellandkarte im Politikfeld

Wohnbau



Die politische Ziellandkarte vermittelt einen Gesamteindruck der Verortung der politischen Ziele in Hinsicht auf ihre Konsistenz mit den Szenarien *global*, *integral* und *national*. Es kann über die Nummerierung aber auch jedes einzelne Ziel identifiziert werden. So bedeutet zum Beispiel:

- 2.0 e Die Bundeswohnungsgesellschaft verwerten, siehe Seite 173
- 3.1 c Wohnbauförderung zweckgewidmet bereitstellen, siehe Seite 174

Abb.: Verortung politischer Zielsetzungen des Politikfelds Wohnbau im Raum möglicher Zukünfte

Politikfeld: Öffentlicher Sektor

Das Gelingen von Baukultur beruht auch wesentlich auf guter Planungskultur. Entscheidungsstrukturen, Zuständigkeiten, Umsetzungsverantwortung, Steuerungs- und Lenkungsinstrumente sind entscheidende Kriterien der Planung. Diesbezüglich formulierte politische Zielsetzungen für den öffentlichen Sektor werden daher im Folgenden betrachtet. Dabei fällt auf, dass bei keinem anderen untersuchten Thema derart voneinander abweichende Zielvorgaben von Regierungsprogramm zu Regierungsprogramm vorliegen. Strukturiert werden die politischen Zielsetzungen im Politikfeld öffentlicher Sektor in die Kapitel: 1 Aufgabenverteilung und Zuständigkeit, 2 Direkte Lenkungsinstrumente, 3 Kostenwahrheit, 4 Finanzausgleich, 5 Ordnungsinstrumente und 6 Bundesimmobilien.

1.0 Aufgabenverteilung und Zuständigkeit

- a Kompetenzverteilung entflechten
- b Länderautonomie stärken
- c Gemeinden und Städte stärken



»Die Bundesregierung bekennt sich zur Entflechtung der Kompetenzverteilung und zu klareren Regelungs- und Verantwortungsstrukturen zwischen den Gebietskörperschaften (...). Anstelle von Grundsatzgesetzen des Bundes, denen neun Landesgesetze (und oft noch unzählige Verordnungen der unterschiedlichen Ebenen) folgen, sollen klare und einheitliche Zuständigkeiten bestehen.«

Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, Regierung Kern, ab Mai 2016, »Für Österreich«, Seite 31

»Die besonders vordringlich im Interesse der Demokratie und der Verwaltungsreform liegenden Reformmaßnahmen zugunsten der Länder sollten vorab in gesonderten Gesetzen beschlossen werden. Als erste Sofortmaßnahme wird der Bundeskanzler beauftragt, eine Liste jener Gesetze zu erstellen, durch welche im Zuge der Änderung einfacher Bundesgesetze die Rechte der Länder gestärkt werden können. In der Folge wird eine sinnvolle Kompetenzbereinigung durchgeführt (...).«

Regierung Schüssel I, Februar 2000 bis Februar 2003, »Österreich neu regieren«, Seite 90

1.1 Aufgabenverteilung und Zuständigkeit – Verwaltung

- a Verwaltung durch Deregulierung entlasten
- b Subsidiaritätsprinzip umsetzen
- c Interkommunale Zusammenarbeit fördern



»Zur Kostenreduktion ist bei Reformen auf den Grundsatz zu achten, dass die Aufgaben- und Ausgabenverantwortung zusammenfällt und damit diejenige Einheit, die Maßnahmen beschließt, auch jene ist, die die Kosten dafür zu tragen hat. Eine Kostenrechnung des Bundes für alle Verwaltungsbereiche nach gleichen Grundsätzen ist anzustreben.«
Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008, Seite 34

»Gemeinden als demokratisch legitimierte Träger der wesentlichen Strukturen und der wirtschaftlichen Entwicklung im ländlichen Raum stärken, die interkommunale Zusammenarbeit fördern.«
Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 22

1.2 Aufgabenverteilung und Zuständigkeit – öffentlich/privat

- a Infrastrukturen alternativ und innovativ privat finanzieren¹⁶⁹



Vgl. weiters z. B.: 0c) Faymann I, Seite 254; 1a) Faymann II, Seite 92; 2a) Faymann II, Seite 36

2.0 Direkte Lenkungsinstrumente

- a Bestehende Gesetze auf Folgekosten und Effizienz durchleuchten
- b Normenstrategie entwickeln



»Bestehende Gesetze und Verordnungen sind nach den Kriterien Folgekosten und effiziente Regelungsmechanismen (...) zu durchleuchten.«
Regierung Schüssel I, Februar 2000 bis Februar 2003, »Österreich neu regieren«, Seite 89

169 Die Sicherung einer dem allgemeinen Interesse an den Infrastrukturen entsprechenden öffentlichen Einflussnahme scheint hier nicht gegeben. Die Schwächung der öffentlichen Hand wird daher als problematisch angesehen.

»Zur effizienteren und schnelleren Umsetzung von überregionalen Infrastrukturprojekten wird eine bundesweit einheitliche Straffung, Vereinfachung und Verkürzung der Planungsprozesse im Straßen- und Schienenbau, aber auch im Bereich der Energieinfrastruktur umgesetzt.«

Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008, Seite 67

»Neben der Verfahrensbeschleunigung müssen Maßnahmen zur Eindämmung der Umweltkosten bei der Errichtung von Straßen- und Schieneninfrastruktur getroffen werden. Insbesondere muss eine Überprüfung der Angemessenheit und Notwendigkeit von bestehenden Ausbau- und Trassierungsstandards vorgenommen werden.«

Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008, Seite 68

»Schaffung einer Österreichischen Nationalstiftung zur Sicherung und Pflege österreichischen Kulturguts«

Regierung Schüssel I, Februar 2000 bis Februar 2003, »Österreich neu regieren«, Seite 100

2.1 Direkte Lenkungsinstrumente – Genehmigung

- a Umweltverträglichkeitsprüfung straffen 
- b Planungsprozesse vereinfachen und verkürzen 
- c Umweltkosten eindämmen¹⁶⁶ 

2.2 Direkte Lenkungsinstrumente – Förderung von Kultur

- a Nationalstiftung Kulturgut schaffen 

2.3 Direkte Lenkungsinstrumente – Vergabe

- a Vergabe von EU-Mitteln kontrollieren 
- b Bestbieterprinzip durchsetzen 
- c Interessen von Klein- und Mittelbetrieben in der Vergabepaxis berücksichtigen 

Vgl. weiters z.B.: 0b) Faymann II, Seite 61; 1a) Faymann II, Seite 37; 3a) Schüssel I, Seite 5; 3b) Faymann II, Seite 14; 3c) Gusenbauer, Seite 39

170 Vgl. dazu: Parlamentarische Anfrage 2491/J-BR/2007 – Bundesrätin Kerschbaum an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie, www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/J-BR/J-BR_02491/fname_074066.pdf (letzter Zugriff: 23.06.2017). Gemeint sind sowohl Folgekosten, die durch Umweltschädigung anfallen, als auch Kosten, die durch Umweltschutzmaßnahmen entstehen.

3.0 Kostenwahrheit

- a Transparenz und Kostenwahrheit umsetzen
- b Folgekosten abschätzen

»Bei der Umsetzung der Budgetziele sind die Grundsätze der Transparenz und Kostenwahrheit umzusetzen.«
Regierung Schüssel I, Februar 2000 bis Februar 2003, »Österreich neu regieren«, Seite 118

»Einführung einer Folgekostenschätzung durch externe Experten«
Regierung Schüssel II, Februar 2003 bis Jänner 2007, »Zukunft – Gerecht – Nachhaltig, Seite 35

4.0 Finanzausgleich

- a Mittel aufgaben- und zielorientiert verteilen

»Finanzausgleichsreform: (...) Transparenz in den Finanzströmen: Entflechtung der Aufgaben, Mischfinanzierungen und Transfers; aufgabenadäquate Mittelausstattung; Die Verteilung der Finanzmittel auf die einzelnen Gebietskörperschaften hat unter Berücksichtigung der jeweils zu tragenden Aufgaben und Zielorientierung stattzufinden; Doppelgleisigkeiten: Die Aufgabenverteilung und Aufgabenerfüllung der Gebietskörperschaften ist zu prüfen. Effizienzsteigerungen durch Beseitigung von Doppelgleisigkeiten sind zu realisieren.«
Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 112

»Initiative im Bereich einer bundesweiten strategischen Raumplanung unter Einbindung der Ländern [sic!], beispielsweise zur Verhinderung der voranschreitenden Bodenversiegelung, Zersiedelung etc.«

Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 35

»Die raumwirksame Planung zwischen Bund und Ländern soll verstärkt und verbindlich koordiniert werden, die bestehende Zusammenarbeit ist zu fördern. Um dem öffentlichen Interesse an hochrangiger Infrastruktur Rechnung zu tragen sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, bedarf es Verhandlungen mit den Ländern über eine Reform der Raumordnung mit dem Ziel einer Rahmenkompetenz des Bundes (Korridorplanung).«

Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 36

»Stärkung der Koordinierungs- und Planungskompetenz des Bundes«

Regierung Schüssel II, Februar 2003 bis Jänner 2007, »Zukunft – Gerecht – Nachhaltig«, Seite 2

»Etablierung harmonisierter – barrierefreier Bauordnungen sowie Einführung von Kriterien des anpassbaren Wohnbaus bei der Vergabe von Wohnbauförderungsmitteln«

Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 185

5.1 Ordnungsinstrumente – Raumordnung

- a Zersiedlung verhindern
- b Koordiniert planen
- c Kompetenz des Bundes stärken
- d Vertragsraumordnung als Länderkompetenz klarstellen
- e Baulandmobilisierende Instrumente absichern
- f Raumordnung zum Naturkatastrophenschutz optimal abstimmen

5.2 Ordnungsinstrumente – Bauordnung

- a Barrierefreie Bauordnungen etablieren

Vgl. weiters z.B.: 1d) Kern, Seite 6; 1e) Faymann II, Seite 60; 1f) Faymann I, Seite 75

Die Art, wie die öffentliche Hand ihre Rolle als Bauherrin, Immobilien- sowie Infrastrukturbesitzerin und -betreiberin wahrnimmt, beeinflusst die österreichische Baukultur wesentlich und unmittelbar.

6.0 Bundesimmobilien

- a Bei Neubau und Sanierung von Bundesgebäuden als Vorbild wirken
- b Zur Zielerreichung nicht nötiges öffentliches Vermögen privatisieren
- c Klare Verhaltensregeln für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen schaffen
- d Wachstum durch Baumaßnahmen verbessern
- e Bauprogramme umsetzen



»Die Bundesregierung ist sich ihrer Vorbildwirkung bewusst: Der Neubau und die Sanierung von öffentlichen Gebäuden soll sich an den strengen Förderungsstandards der neuen Bundesländer-Vereinbarung orientieren.«
Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 83

»Um das schwache Wachstum kontinuierlich zu verbessern, werden folgende Offensivmaßnahmen zum bisherigen Rahmen umgesetzt: (u. a.) Hochwasserschutzmaßnahmen: 460 Mio. Euro; Wohnbau: 276 Mio. Euro; Ausbau Kinderbetreuungseinrichtungen: 350 Mio. Euro; Vorbereitung Parlaments-sanierung: 32 Mio. Euro«
Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 101

»Investitionen in die kulturelle Infrastruktur werden im Rahmen des Konjunkturpakets angestrebt, Finanzierungen nach dem BIG-Modell werden geprüft.«
Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 228

»Universitätsinfrastruktur:
Die Adaptierung und Modernisierung von sanierungsbedürftigen Gebäuden und Gebäudeteilen sowie die Errichtung von Ersatz-Bauten dienen direkt der Verbesserung der Studienbedingungen und der Forschungsmöglichkeiten.«
Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 219

»Die Erhaltung der einzigartigen architektonischen Kulturbauten für das Tourismusland Österreich ist eine stete Herausforderung. Die Aufrechterhaltung der lebendigen, zeitgemäßen Nutzung der Kulturbauten des Bundes, aber auch der sie umgebenden Gärten, bleibt Aufgabe und Verantwortung der Kulturnation Österreich.«

Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 20

»Barrierefreiheit ist eine essenzielle Voraussetzung für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung und ihrer gesellschaftlichen Teilhabe. Barrierefreiheit ist vielschichtig und äußerst komplex. Koordinierung, Beratung und Unterstützung sowie Schaffung von Bewusstsein über die Bedeutung von Barrierefreiheit als Menschenrecht durch das Bundessozialamt«

Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«, Seite 55

6.1 Bundesimmobilien – Nutzung

- a Zeitgemäße Nutzung der Bauten des Bundes



6.2 Bundesimmobilien – Energieeinsatz

- a Contracting-Programm zur Energieeinsparung ausweiten



6.3 Bundesimmobilien – Barrierefreiheit

- a Sicherstellung barrierefreier Nutzung im öffentlichen Bereich
- b Bewusstsein über die Bedeutung von Barrierefreiheit schaffen



Vgl. weiters z.B.: 0b) Schlüssel I, Seite 123; 0c) Faymann I, Seite 96; 2a) Schlüssel II, Seite 28; 3a) Schlüssel II, Seite 17

Querschnittsmaterie: Produktionsbedingungen und Architekturqualität

Schließlich wurden politische Zielvorgaben zur Querschnittsmaterie der Produktion und zur Entwicklung der Architekturqualität betrachtet. Es ist dabei auffallend, dass das Bauen im Kontext von Kunst und Kultur beinahe keine Erwähnung findet. Die politischen Ziele zur Querschnittsmaterie Produktionsbedingungen und Architekturqualität werden in die folgenden Kapiteln strukturiert: 1 Kunst und Kultur, 2 Lehre, 3 Forschung, 4 Produktion und 5 Bestandspflege.

1.0 Kunst und Kultur

- a Bestmögliche Rahmenbedingungen schaffen
- b Baukulturelle Verantwortung wahrnehmen
- c Planbarkeit von Kulturarbeit verbessern



»Erarbeitung eines Gesamtprogramms zur Wahrnehmung der baukulturellen Verantwortung des Bundes.«
Regierung Schüssel II, Februar 2003 bis Jänner 2007, »Zukunft – Gerecht – Nachhaltig«, Seite 34



»Ausgehend vom Baukulturreport wird die Bundesregierung Maßnahmen zur Verankerung qualitativer Baukultur in allen Bereichen des öffentlichen Lebens setzen und die Vermittlungstätigkeit für Baukultur und zeitgenössische Architektur forcieren.«
Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008, Seite 158

Vgl. weiters z. B.: 0a) *Gusenbauer, Seite 155*; 0c) *Schüssel I, Seite 99*

2.0 Lehre

- a Innovatives Bauen in der Lehre stärken



»Klimaschutz, Energieeffizienz, erneuerbare Energien und innovatives Bauen werden in den relevanten Lehr- und Ausbildungsplänen stärker verankert.«
Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 84

»Im Wohnbau und im öffentlichen Bau sollen baukünstlerische Schwerpunkte gesetzt werden. Vordringlich sind dabei Begleitmaßnahmen in der Stadtplanung, in der Architekturforschung und im Architekturmarketing (...).«
Regierung Schlüssel I, Februar 2000 bis Februar 2003, »Österreich neu regieren«, Seite 99

»Kooperationen zwischen Gewerbetreibenden und Freiberuflern (...) müssen von ihren Beschränkungen befreit werden. (...) Ungerechtfertigte Zugangsbarrieren bei Freien Berufen sind zu beseitigen (...). Wahlfreiheit bei der Rechtsform und Abbau von Preisregulierungen sind vorzusehen.«
Regierung Schlüssel I, Februar 2000 bis Februar 2003, »Österreich neu regieren«, Seite 77

»Der Denkmalschutz spielt eine wichtige gesellschafts- und wirtschaftspolitische Rolle. Zur zeitgemäßen Weiterentwicklung des Denkmalschutzgedankens prüft die Bundesregierung die Novellierung des Denkmalschutzgesetzes.«
Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«, Seite 234

3.0 Forschung

- a Ein wettbewerbsfähiges Innovationsumfeld schaffen 
- b Technologische Forschung unterstützen 
- c Architekturforschung als Begleitmaßnahme berücksichtigen 

Vgl. weiters z.B.: 0a) Gusenbauer, Seite 38; 0b) Gusenbauer, Seite 9

4.0 Produktion

- a Zugangsbarrieren zum Freiberuf beseitigen 
- b Das Kreativpotenzial ausschöpfen 

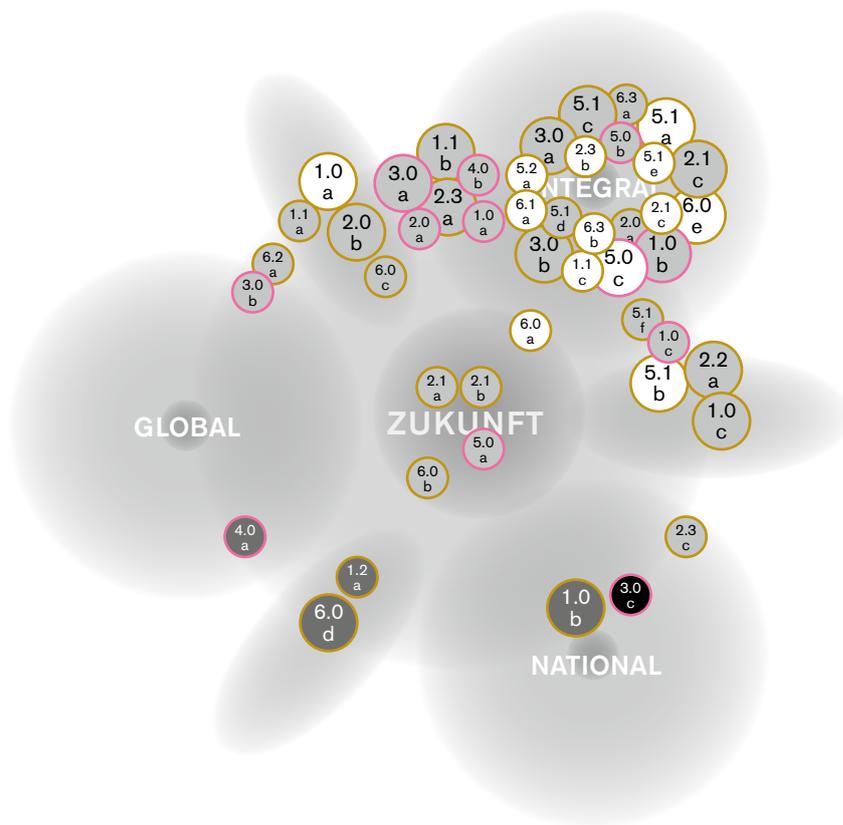
Vgl. weiters z.B.: 0b) Faymann I, Seite 12 f.

5.0 Bestandspflege

- a Steuerliche Anreize für Erhaltung schaffen 
- b Denkmalschutz weiterentwickeln 
- c Mittel gezielt für Sanierung einsetzen 

Vgl. weiters z.B.: 0a) Faymann II, Seite 48; 0c) Faymann I, Seite 83

**Politische Ziellandkarte im Politikfeld
 Öffentlicher Sektor
 und der Querschnittsmaterie
 Produktionsbedingungen und Architekturqualität**



Legende

Die Umsetzung dieses Ziels

- ... fördert
- ... lässt zu
- ... behindert
- ... verunmöglicht

das Gelingen guter Baukultur.

Das Ziel ist aus Sicht der Baukultur

- ... wenig wichtig.
- ... wichtig.
- ... sehr wichtig.

Abb.: Verortung politischer Zielsetzungen des Politikfelds Öffentlicher Sektor sowie der Querschnittsmaterie Produktionsbedingungen und Architekturqualität im Raum möglicher Zukünfte

Die politische Ziellandkarte vermittelt einen Gesamteindruck der Verortung der politischen Ziele in Hinsicht auf ihre Konsistenz mit den Szenarien *global*, *integral* und *national*. Es kann über die Nummerierung und den Farbcode aber auch jedes einzelne Ziel identifiziert werden. So bedeutet zum Beispiel:

Öffentlicher Sektor

5.1 b Koordiniert planen, siehe Seite 182

Produktionsbedingungen und Architekturqualität

4.0 a Zugangsbarrieren zum Freiberuf beseitigen, siehe Seite 186

Die politischen Zielvorgaben aus Sicht der Chancen-Risiken-Analyse

Wählt man die prägnantesten politischen Ziele aus, also jene, die auf Grundlage der Kriterien gelungener Baukultur¹⁷¹ als sehr wichtig und förderlich oder als behindernd beziehungsweise verunmöglichend und zumindest wichtig eingestuft wurden, und ordnet sie den Chancen und Zielen zu, zeigen sich einige Auffälligkeiten.

Betrachtet man zunächst die Chancen, zeigt sich in den politischen Zielsetzungen eine ausgeprägte Diskussion rund um die Erhaltung naturnaher Räume und den leistbaren Wohnraum. Die Problemstellung zunehmend schwieriger sicherzustellender Leistbarkeit wird erst in den jüngeren Regierungsprogrammen angesprochen.

Die in den Szenarien wesentlichen Chancen wie die Erhaltung und Weiterentwicklung des Gebäudebestands findet sich in den Regierungsprogrammen nur in punktuellen Erwähnungen. Es lässt sich auch keine Entwicklung der Zielvorgaben im Zusammenhang mit der Hebung der Potenziale im Bestand erkennen. Betreffend die Chancen der Kostenwahrheit im Verkehrs- und Energiesektor und die Partizipation und Kooperation konnten keine prägnanten sowie für die Chance der Bereitstellung öffentlichen Raums gar keine Zielvorgaben identifiziert werden.

Die beschriebene Zuordnung von prägnanten politischen Zielen und identifizierten Chancen ist in der folgenden Tabelle zusammenfassend dargestellt. Hervorgehoben sind einerseits Chancen, die politisch intensiv diskutiert werden, andererseits jene, die unbeachtet bleiben.

171 Vgl.: Seite 123

Chance		Politische Ziele – welche die Chance erhöhen beziehungsweise reduzieren
1	Erhaltung naturnaher Räume	Chance erhöht LR 1.3a Hohe Umweltqualität nachhaltig ermöglichen LR 1.3d Kostenwahrheit, Anreizsysteme und Ökologisierung des Steuersystems umsetzen
		Chance reduziert LR 1.1d Schwerpunktvermarktung der Nationalparks weiterverfolgen LR 3.4.a Gentechnische Produkte und Neuentwicklungen von Fall zu Fall beurteilen LR 4.0b Impulse für Wachstum und Beschäftigung durch Forstwirtschaft geben
2	Nachhaltiger Tourismus	Chance erhöht LR 6.0a Nachhaltigkeit im Tourismus sichern
		Chance reduziert ¹⁷² LR 6.0c Tourismus strategisch an Wachstum orientieren SR 2.1b Wettbewerbsfähigkeit des Tourismusstandortes steigern
3	Erhalt und Weiterentwicklung des Gebäudebestands	Chance erhöht WB 1.3c Alle sanierungsbedürftigen Gebäude bis 2020 sanieren PA 5.0c Mittel gezielt für Sanierung einsetzen
		(Chance reduziert) – keine prägnante Erwähnung
4	Sozialverträgliche Erhöhung der Siedlungsdichte	Chance erhöht SR 5.0b Flächen besser nutzen
		(Chance reduziert) – keine prägnante Erwähnung
5	Kostenwahrheit im Verkehrs- und Energiesektor	(Chance erhöht) – keine prägnante Erwähnung
		(Chance reduziert) – keine prägnante Erwähnung

Abkürzungen:

LR ... Landschaft als Ressource

SR ... Stadt und Region

WB ... Wohnbau

ÖS ... Öffentlicher Sektor

PA ... Produktionsbedingungen und Architekturqualität

172 Anmerkung: An dieser Stelle sind Ziele zusammengeführt und bewertet, die negative Auswirkungen auf die Landschaft und die Resilienz ihrer natürlichen Elemente oder die Authentizität baulicher Strukturen durch den Tourismus erwarten lassen. Beispiel:
»Entwicklung und Unterstützung saisonverlängernder Maßnahmen«, Regierungsprogramm Gusenbauer, Seite 44

6	Leistbarer Wohnraum	Chance erhöht WB 2.0b Gemeinnütziges Wohnungswesen unterstützen WB 2.0f Bestehen unterschiedlicher Rechts- und Wirtschaftsformen im Wohnen fördern WB 3.0a Wohnen leistbar und qualitativ hochwertig ermöglichen WB 3.1c Wohnbauförderung zweckgewidmet bereitstellen WB 3.3a Vielfalt der Rechtsformen im Wohnen fördern WB 5.2a Wohnbauförderung als Instrument einer gesicherten Wohnversorgung einsetzen WB 5.2b Wohnbauförderung beibehalten und Mittel langfristig absichern
		Chance reduziert WB 2.0d Institutionellen Anlegern Investitionen in gemeinnützige Wohnbauträger erlauben WB 2.0e Die Bundeswohnungsgesellschaft verwerten WB 5.1g Durch erleichterte Eigentumbildung Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz deregulieren
7	Partizipation und Kooperation	(Chance erhöht) – keine prägnante Erwähnung (Chance reduziert) – keine prägnante Erwähnung
8	Verfügbarkeit öffentlichen Raums	(Chance erhöht) – keine prägnante Erwähnung (Chance reduziert) – keine prägnante Erwähnung
9	Vielfältige Innovation	Chance erhöht SR 2.1e Innovation im ländlichen Raum umsetzen
		Chance reduziert PA 3.0c Architekturforschung als Begleitmaßnahme berücksichtigen
10	Architekturkompetenz und taugliche Planungsinstrumente	Chance erhöht ÖS 5.1b Koordiniert planen
		Chance reduziert PA 4.0a Zugangsbarrieren zum Freiberuf beseitigen

Abkürzungen:

LR ... Landschaft als Ressource

SR ... Stadt und Region

WB ... Wohnbau

ÖS ... Öffentlicher Sektor

PA ... Produktionsbedingungen und Architekturqualität

Betreffend die Risiken, die sich in allen drei Szenarien zeigen, ist besonders auf den Druck auf die vorhandenen Flächen hinzuweisen. So zeigt sich in den politischen Zielvorgaben der jüngeren Regierungsprogramme ein grundsätzliches Problembewusstsein, das sich in einer Vielzahl prägnanter Zielformulierungen ausdrückt. Gleichzeitig implizieren aber andere Zielsetzungen wie der Ausbau von Infrastrukturen, die vermehrte Nutzung nachwachsender Rohstoffe, die Erzeugung erneuerbarer Energie, die Errichtung von Wohnbauten, die Forcierung des Tourismus und der Freizeitindustrie u. Ä. einen ungebrochen hohen Flächenverbrauch. Das Problem der Durchsetzung selbst prägnanter politischer Ziele vor dem Hintergrund vielfältiger und gegenläufiger Interessen wird hier deutlich. Betreffend den Druck auf die Flächen bedeutet das eine stetige weitere Zuspitzung des Risikos, wie auch eine Studie der Statistik Austria skizziert:

»Die Flächeninanspruchnahme (Bau- und Verkehrsflächen, sonstige Flächen) nahm in den Jahren 2001 bis 2016 mit 24 Prozent stark zu und betrug 2016 rund 18 Prozent des Dauersiedlungsraums. Damit wuchs sie im Beobachtungszeitraum deutlich stärker als die österreichische Bevölkerung (+8,7 Prozent). Die gesamte tägliche Neuinanspruchnahme an Fläche lag in der Periode 2014 bis 2016 bei rund 15 Hektar (ha) pro Tag. Mit der Flächeninanspruchnahme geht eine zunehmende Bodenversiegelung einher. Die Inanspruchnahme der Ressource Boden ist ein wichtiger Indikator u. a. für den dauerhaften Verlust von biologischen Bodenfunktionen (Stichwort Bodenversiegelung). Die Bodenversiegelung stellt eines der größten Umweltprobleme dar und ist ein nahezu irreversibler Prozess. Ein kontinuierlicher Anstieg der Flächeninanspruchnahme durch Bau-, Verkehrs- und sonstige Flächen wird daher langfristig eindeutig negativ bewertet.«¹⁷³

Ähnlich intensiv ausgeprägte politische Zieldiskussionen liegen zu den Risiken Aussterben abgelegener Regionen, weiter wachsendes Verkehrsaufkommen und reduzierte Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand vor.

Zu den in den Szenarien skizzierten Risiken des Fehlens integrativer Stadt- und Siedlungsplanung, der Auswirkung von Klimawandelfolgen und einer normierten Architekturgestaltung konnten punktuell prägnante politische Ziele gefunden werden. Die Eindämmung der Zersiedlung findet sich als explizite Zielvorgabe

173 Statistik Austria, Statistik Austria-Studie: Wie geht's Österreich, Bericht 2016, www.statistik.at/web_de/statistiken/wohlstand_und_fortschritt/wie_gehts_oesterreich/umwelt/index.html#1_3 (letzter Zugriff: 23.06.2017)

im jüngsten Regierungsprogramm.¹⁷⁴ Lediglich Erwähnung findet das Risiko der Segregation, und die Mobilisierung von Leerstand sowie die Nutzung von Brachen, die in allen drei Szenarien als Probleme auftreten, werden nicht unter den politischen Zielen der Regierungsprogramme angeführt.

Sinngemäß wie bei der vorangegangenen Betrachtung der Chancen wird auch die Zuordnung der prägnanten politischen Ziele zu den identifizierten Risiken in der nachfolgenden Tabelle zusammenfassend dargestellt.

Risiko	Politische Ziele – welche das Risiko reduzieren beziehungsweise erhöhen
1 Klimawandelfolgen	<p>Risiko reduziert WB 3.2a Energieeffizienz im Neubau forcieren WB 3.2d Umweltschonendes Wohnen anstreben</p> <hr/> <p>(Risiko erhöht) – keine prägnante Erwähnung</p>
2 Konkurrierende Flächen-nutzung	<p>Risiko reduziert LR 3.0a Natürliche Ressourcen nachhaltig bewirtschaften LR 4.0a Ökosozial, flächendeckend und nachhaltig forstwirtschaftlich produzieren LR 5.0a Schutz natürlicher Ressourcen zur Sicherung der Lebensgrundlagen LR 5.2a Grund und Boden verantwortungsvoll bewirtschaften LR 5.3a Nachhaltigkeit im Flächenmanagement verstärken</p> <hr/> <p>Risiko erhöht ÖS 6.0 Wachstum durch Baumaßnahmen verbessern</p>
3 Zersiedlung	<p>Risiko reduziert SR 2.2a Dorferneuerung weiterentwickeln SR 3.1a Nahversorgung gezielt fördern ÖS 5.1a Zersiedlung verhindern</p> <hr/> <p>(Risiko erhöht) – keine prägnante Erwähnung</p>
4 Fehlen integrativer Stadt- und Siedlungsplanung	<p>Risiko reduziert SR 5.0a Lebens- und Umweltqualität verbessern ÖS 6.0e Bauprogramme umsetzen</p> <hr/> <p>Risiko erhöht ÖS 5.1b Koordiniert planen</p>
5 Zunahme von Brache und Leerstand	<p>(Risiko reduziert) – keine prägnante Erwähnung</p> <hr/> <p>(Risiko erhöht) – keine prägnante Erwähnung</p>

174 Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich.Österreich.«, Seite 35

6 Aussterben abgelegener Regionen	<p>Risiko reduziert</p> <p>LR 3.2a Bäuerlich strukturierte Landwirtschaft und flächendeckende Bewirtschaftung sicherstellen</p> <p>SR 2.1e Innovation im ländlichen Raum umsetzen</p> <p>SR 3.0a Infrastruktur- und Leistungsangebot erhalten</p> <p>SR 4.0a Den ländlichen Raum als Lebensgrundlage fördern</p> <p>SR 4.1a Hohe Lebensqualität im ländlichen Raum sicherstellen</p>
	<p>Risiko erhöht</p> <p>LR 3.1b Zahlungen als Grundabsicherung für die Landwirte anerkennen</p>
7 Weiter wachsendes Verkehrsaufkommen	<p>Risiko reduziert</p> <p>SR 5.0d Hochqualitativen öffentlichen Verkehr bereitstellen</p> <p>SR 6.0b Verkehrssystem trägerübergreifend weiterentwickeln</p> <p>SR 6.0c Den öffentlichen Nahverkehr stärken</p> <p>SR 6.0h Den Verkehr ökologisieren</p> <p>SR 6.2b Das öffentliche Schienenverkehrsangebot attraktiver machen</p> <p>SR 6.5c Mobilität sozial gerecht gestalten</p>
	<p>Risiko erhöht</p> <p>SR 6.0d Planungsprozesse und Prüfverfahren kürzen</p> <p>SR 6.1a Hochrangiges Straßennetz ausbauen</p> <p>SR 6.2d Regionalkonzepte wirtschaftlich ausrichten</p> <p>SR 6.2f Schienenverkehr liberalisieren</p>
8 Sozioökonomische Segregation	<p>(Risiko reduziert) – keine prägnante Erwähnung</p> <p>(Risiko erhöht) – keine prägnante Erwähnung</p>
9 Reduzierte Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand	<p>Risiko reduziert</p> <p>ÖS 1.0a Kompetenzverteilung entflechten</p>
	<p>Risiko erhöht</p> <p>SR 5.4e Mehrheitliche Beteiligungen der öffentlichen Hand bei Stromversorgern aufheben</p> <p>ÖS 1.0b Länderautonomie stärken</p> <p>ÖS 1.2a Infrastrukturen alternativ und innovativ privat finanzieren</p>
10 Normierte Architekturgestaltung	<p>Risiko reduziert</p> <p>WB 4.0a Baukünstlerische Schwerpunkte im Wohnbau setzen</p> <p>(Risiko erhöht) – keine prägnante Erwähnung</p>

Abkürzungen:

LR ... Landschaft als Ressource

SR ... Stadt und Region

WB ... Wohnbau

ÖS ... Öffentlicher Sektor

PA ... Produktionsbedingungen und Architekturqualität

11 Strategische Leitgedanken



11 Strategische Leitgedanken

Die Analyse der Regierungsprogramme seit dem Jahr 2000 zeigt, dass es dort keine explizite Definition gelungener Baukultur gibt. Die diversen Zielformulierungen in Bereichen, die mit der Baukultur in einem wechselseitigen Zusammenhang stehen, formulieren aber einen impliziten Anspruch an die Baukultur, der eine vergleichsweise hohe Konsistenz quer über die unterschiedlichen Regierungsprogramme aufweist. In den Ziellandkarten zum vorangehenden Kapitel finden sich daher nur wenige Ziele, die einer positiven Entwicklung der Baukultur explizit entgegenstehen, und zahlreiche, die sie fördern. Dabei muss jedoch festgestellt werden, dass viele Ziele fehlen, die für eine Verbesserung der Situation der Baukultur unbedingt nötig sind.

Die geringe Umsetzungsquote der Ziele lässt sich nicht zuletzt darauf zurückführen, dass sie als Einzelaspekte ohne größeren Zusammenhang gesehen werden. Die folgende Bündelung dieser Ziele in strategische Leitgedanken versucht, diesen Zusammenhang herzustellen. Die Leitgedanken ergeben sich aus der Aufarbeitung und vielfältigen Analyse von zahlreichen Expertinnen- und Expertenmeinungen, sowohl während der Erstellung des *Dritten Österreichischen Baukulturreports* als auch im Zuge der Erarbeitung der Baukulturellen Leitlinien des Bundes.¹⁷⁵ So liefern diese gesammelten Meinungsäußerungen eine breite Grundlage für die Darstellung und Bewertung dreier exemplarischer Szenarien zu möglichen zukünftigen Entwicklungen der österreichischen Baukultur sowie der sich daraus ableitenden Strategieentwicklung. Die strategischen Leitgedanken verbinden Gegenwart und Zukunft: Sie sind einerseits aus der Perspektive des Jahres 2050 zu lesen, wie sie in den Szenarien dargestellt ist, andererseits aus der Perspektive der Gegenwart. Jeder der Leitgedanken ist mit Best-Practice-Beispielen hinterlegt, die seine Anwendbarkeit beweisen.

175 Bundeskanzleramt, Baukulturelle Leitlinien des Bundes, beschlossen im Ministerrat vom 22.08.2017, www.baukultur.gv.at (letzter Zugriff: 23.08.2017).

Die fünf Strategischen Leitgedanken:

- Strategischer Leitgedanke 1:
Bewusstsein für Baukultur entwickeln und geeignete Strukturen fördern!
- Strategischer Leitgedanke 2:
Gemeinwohl stärken!
- Strategischer Leitgedanke 3:
Ganzheitlich, langfristig und innovativ planen!
- Strategischer Leitgedanke 4:
Flächen und andere Ressourcen mit Bedacht nutzen!
- Strategischer Leitgedanke 5:
Öffentliche Mittel an Qualitätskriterien knüpfen!

Strategischer Leitgedanke 1: Bewusstsein für Baukultur entwickeln und geeignete Strukturen fördern!

Ausgehend von den Chancen und Risiken eines sich stark verändernden Umfelds von Planen und Bauen ist ein ausgeprägtes Bewusstsein für Baukultur für möglichst alle Beteiligten essenziell. Da es sich bei Baukultur um eine »Kultur« handelt, also um ein System von Handlungsweisen und Denkstrukturen und nicht vorrangig um eine Sammlung materieller Objekte, ist die Frage des Bewusstseins zentral. Nur wenn sowohl die breite Öffentlichkeit als auch die direkt mit Baukultur befassten Entscheiderinnen und Entscheider ein Bewusstsein über Möglichkeiten und Probleme, Grenzen und Potenziale, Einflüsse und Effekte von Baukultur und ihrer Zusammenhänge mit anderen sozialen, politischen und kulturellen Bereichen besitzen, kann sich Baukultur positiv entwickeln. Wenn man europäische Länder hinsichtlich des vorherrschenden Bewusstseins für Baukultur vergleicht, wird deutlich, dass sich das Niveau der Wahrnehmung von Baukultur und den mit dieser zusammenhängenden zentralen Themen sehr stark unterscheidet. So findet beispielsweise in Finnland Architektur als »res publica« in der Verfassung Erwähnung und der Architekturwettbewerb genoss schon lange vor dem EU-Beitritt Verbindlichkeit. Frankreich formulierte bereits 1977 ein explizites Architekturgesetz, in etlichen europäischen Ländern, etwa in Dänemark, den Niederlanden oder Finnland, existieren leitbildähnliche Pro-

gramme.^{176, 177} Innerhalb Österreichs gibt es diesbezüglich große Unterschiede: Österreich besitzt zwar seit etwa 25 Jahren eine herausragende Infrastruktur der Architekturvermittlung – es ist aber ebenso deutlich, dass bezüglich des Bewusstseins für Baukultur nach wie vor großer Handlungsbedarf besteht. Wesentlich für dieses Bewusstsein sind beispielsweise Chancen im Zusammenhang mit Gebäudebestand, Dichte, Leistbarkeit des Wohnens, Partizipation, Innovation, Architekturkompetenz und Kostenwahrheit, aber auch Risiken wie die Zersiedlung, das Fehlen integrativer Planung, die Fragen peripherer Regionen und des Klimawandels, der Segregation und die Gefahr normierter Architekturgestaltung.

Die mehr oder weniger direkte Beteiligung von Stakeholdern und aller Teile der Bevölkerung an übergeordneten Planungsentscheidungen ebenso wie an einzelnen Bauprojekten wird zunehmend wichtiger, wie sich bereits an Entwicklungen der jüngsten Zeit ablesen lässt. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist grundlegendes Wissen über Planung und Bauen – nur mit einem Basisrüstzeug an Information und Kenntnissen können sich Beteiligungswillige in partizipativen Verfahren entsprechend artikulieren und ihre Perspektive einbringen. Die gebauten Räume der Zukunft werden durch ihre wachsende Komplexität und durch stärker ausgeprägte Partizipation bestimmt. Voraussetzung für den Erfolg dieser Entwicklung sind Informations- und Vermittlungsangebote, um ein Bewusstsein von Bedeutung und Grenzen von Baukultur in der breiten Öffentlichkeit und bei Stakeholdern zu entwickeln.

Auf der anderen Seite werden in Zukunft durch die Zunahme und die erfolgreiche Umsetzung gemeinschaftlich entwickelter Projekte wohl immer mehr Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landeshauptleute und andere Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger ihr Engagement für Baukultur und für das Gemeinwohl in politische Erfolge ummünzen können. Durch diese Best-Practice Beispiele wird deutlich, dass eine baukulturell sensibilisierte Bevölkerung diesen Mehraufwand der Politik schätzt. Es kann dabei etwa auf die Leistungen des ehemaligen steirischen Landeshauptmanns Josef Krainer verwiesen werden, der mit seinem persönlichen Engagement dafür gesorgt hat, dass zeitgenössische Architektur in der Steiermark ein Motor für Wachstum und Modernisierung wurde. Die berühmte Grazer Schule und das Modell Steiermark leisteten einen

176 Berger Alfred, Europa – Architektur und Politik am Beispiel Finnland/Österreich, in: Architektenkammer Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Architektur und Politik – Europa gestalten!, Internationaler Architektenkongress der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen, 2004, S. 57–65

177 Peters Christian, Willinger Stephan, Architekturpolitiken in Europa – Ein Überblick, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/12, 2002, S. 645–654

wichtigen Beitrag beim Aufbau eines baukulturellen Bewusstseins. Ein ganzes Land konnte damals durch Baukultur positiv weiter entwickelt werden.

Baukulturvermittlung sollte bereits im Kindergarten und in jeder Schule, in Bildung und Fortbildung ein Thema sein. Die Architekturhäuser,¹⁷⁸ die seit Ende der 1980er-Jahre von lokal agierenden, engagierten Personen mit dem Ziel gegründet wurden, die regionale Baukultur zu heben und zu fördern, sind ein österreichisches Erfolgsmodell, das von vielen europäischen Staaten als modellhaft betrachtet wird. Lokal agierende Akteurinnen und Akteure tragen die Baukultur und ihre vielfältigen Diskurse in Großstädte und in kleinste Dörfer. Dadurch ergeben sich Systeme wachsender Verständnisse. Architektur verliert über diese lokal verwurzelten Initiativen zunehmend seinen elitären, herrschaftsgebundenen Duktus. Um Architektur und Baukultur als breiter wahrgenommene und akzeptierte Phänomene zu etablieren bedarf es vielfacher Aktivitäten. Veranstaltungsreihen wie die biennial stattfindenden Architekturtage sind jedoch ein Gradmesser für die erfolgreiche Aufbauarbeit, die von den Architekturhäusern geleistet wird. Durch die Häuser und weitere Initiativen und Projekte entstand eine Art schwellenlose Vermittlungskultur vor Ort. Außerdem bieten die Häuser informelle Austausch- und Vernetzungsmöglichkeiten für die regionalen Akteurinnen und Akteure. Nicht zu unterschätzen ist auch das angesammelte archivierte Wissen rund um die (zeitgenössische) Baukultur, das entstand und auch teilweise in den Häusern selbst und speziell im Architekturzentrum Wien aufgearbeitet wird.¹⁷⁹

Als vielleicht wichtigste Maßnahme für eine baukulturelle Bündelung, Stabilisierung und Verankerung in Österreich sollte in naher Zukunft die Gründung einer unabhängigen Agentur für Baukultur umgesetzt werden. Baukultur ist als Querschnittsmaterie durch die Ressorts und durch die Ebenen der Gebietskörperschaften hinsichtlich der Zuständigkeit zersplittert. Hier liegt unter anderem eine Ursache für die mangelnde Umsetzung der Empfehlungen der bisherigen Baukulturreports. Viele europäische Staaten, die ähnliche Probleme wie Österreich im Bereich der Baukultur haben, erstellten zu ihrer Behebung nationale Baukulturpolitiken, die entsprechende personelle, finanzielle und institutionelle Strukturen umfassen. Deshalb braucht es auch hierzulande eine zentrale koordinierende und die Entwicklung begleitende Stelle: eine österreichische Agentur für Baukultur. Wie bereits in der Empfehlung des Beirats für Baukultur vom Juni 2013 beschrieben, geht es um eine Stelle mit operativem Handlungsbudget als

178 www.architekturstiftung.at (letzter Zugriff: 19.05.2017)

179 www.azw.at (letzter Zugriff: 19.05.2017)

zentrales Instrument zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Baukulturellen Leitlinien des Bundes, die wiederum eine Selbstverpflichtung der Republik Österreich zu nachhaltiger und qualitätsorientierter Baukulturpolitik sind.^{180,181} Es geht somit um eine fachkompetente und unabhängige Beratungs-, Vermittlungs- und Forschungsförderungseinrichtung, die mit entsprechender Ressourcenausstattung operativ tätig werden, fachliche Grundlagen erstellen, Lenkungsmaßnahmen evaluieren und Pilotprojekte beauftragen und fördern kann.

Sinnvollerweise wird diese Einrichtung – unabhängig von ihrer finalen Bezeichnung – *außerhalb* der Bundesverwaltung angesiedelt und von Bund und Ländern gemeinsam finanziert. Damit wäre eine Kooperation mit Ländern und Gemeinden und anderen öffentlichen Stellen besser zu bewerkstelligen. Ein mögliches Vorbild für diese Struktur ist das österreichische Filmförderungsinstitut. Drei zentrale Tätigkeitsbereiche erscheinen sinnvoll: *Beratung, Vermittlung, Förderung*. Die Agentur sollte so etwas wie eine Hüterin der Baukulturellen Leitlinien des Bundes werden, diese begleiten, weiterentwickeln, bei ihrer Umsetzung unterstützen, Wirkungen überprüfen usw. Die Agentur sollte mit allen drei Ebenen der Gebietskörperschaften kooperieren.¹⁸² Sie sollte in Zusammenarbeit mit einer der Forschungsförderungsgesellschaften ein Baukultur-Forschungsprogramm inhaltlich betreuen. Die Agentur sollte Vermittlung koordinieren, strategisch entwickeln, Material auflegen, Fortbildungsprogramme etc. ausarbeiten und anbieten sowie Öffentlichkeitsarbeit leisten. Die Agentur sollte aber auch beraten, d. h. politische Maßnahmen vorbereiten und begleiten sowie als Kompetenzzentrum fungieren (z. B. Gesetze begutachten, ihre Auswirkungen überprüfen, Änderungs- und Ergänzungsvorschläge aufbereiten; Expertise zum Thema Vergabe anbieten; Prozessstrukturen vorschlagen; Entscheidungsgrundlagen liefern; Bürgerbeteiligungsprogramme ausarbeiten; Politik und Verwaltung koordinieren; Gestaltungsbeiräte fördern usw.). Die Agentur wäre eine geeignete Trägerin für viele Maßnahmen, die in den Baukulturellen Leitlinien des Bundes formuliert sind.

180 Bundesinitiative Verantwortung. Bauen. Zukunft. Aufgaben und Elemente einer österreichischen Baukulturpolitik; <http://www.kunstkultur.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=51809> (letzter Zugriff: 19.05.2017)

181 Bundeskanzleramt, Baukulturelle Leitlinien des Bundes, beschlossen im Ministerrat vom 22.08.2017, www.baukultur.gv.at (letzter Zugriff: 23.08.2017).

182 Bundeskanzleramt, Baukulturelle Leitlinien des Bundes, beschlossen im Ministerrat vom 22.08.2017, www.baukultur.gv.at (letzter Zugriff: 23.08.2017).

Best Practice Baukulturgemeinde-Preis¹⁸³

Der Preis, ausgelobt von LandLuft, Verein für Förderung von Baukultur in ländlichen Räumen, zeichnet heimische Gemeinden und ihre Akteurinnen und Akteure – Menschen aus Bürgerschaft, Planung, Verwaltung und Politik – aus, die innovative Baukultur als Schlüsselfaktor und Zukunftschance in ihrem Ort begreifen. Dabei ist die Art und Weise, wie die Projekte entstanden sind, wichtiger als besondere Bauwerke. Dieser Preis hat erfolgreiche und zur Nachahmung anregende Initiativen in allen Bundesländern ausgelöst. 2009 wurde erstmalig versucht, innovative und zukunftsgerichtete partizipative Gemeindeentwicklungen in Österreich in einer verständlichen und motivierenden Art und Weise vor den Vorhang zu holen. Erste Preisträgerin war die Vorarlberger Gemeinde Zwischenwasser, die – auch durch diesen Preis motiviert – heute zu einer Vorzeigegemeinde für Baukultur im ländlichen Raum geworden ist. 2012 wurde der Preis ein zweites Mal ausgelobt und bewies mit den drei Preisträgergemeinden Hopfgarten in Osttirol, Lauterach in Vorarlberg und Ottensheim in Oberösterreich, dass Baukultur als Motor der Kommunalentwicklung von »Menschen wie du und ich«, wie es der Verein LandLuft formuliert, gemacht wird.

Bei der dritten Preisvergabe im Jahr 2016 waren Krumbach in Vorarlberg, Lustenau in Vorarlberg und Ybbsitz in Niederösterreich sowie erstmals eine ganze Region, die Südsteiermark, die Hauptpreisträger. Publikationen und Wanderausstellungen dokumentieren die jeweiligen Preisträgergemeinden bzw. -region und vertiefen und verbreiten deren mustergültige Baukultur-Prozesse und ihre Ergebnisse in Österreich, Südtirol und Deutschland. Der von LandLuft initiierte Film »Ort schafft Ort« von Robert Schabus¹⁸⁴ zeigt auf, wie sich durch baukulturelles Engagement von Bürgerschaft und Politik acht lebendige Orte in Deutschland und Österreich entwickelten. Deren Strategien unterscheiden sich, doch weisen sie alle einen Fokus auf Identifikation, Ortskenntnis und persönlichen Bezug der Bewohnerinnen und Bewohner zu den ihre Dörfer und Städte stärkenden Prozessen auf.

Best Practice Architekturvermittlung im Unterricht

Architektur ist keine einfache Materie. Sie ist sperrig und spröde, entweder viel zu nahe oder viel zu weit weg, zuweilen unzugänglich abstrakt. Daher ist es umso wichtiger, mit der Architekturvermittlung bereits im Kindesalter zu beginnen. Um Architektur als baukulturelle Querschnittsmaterie anwendbar zu positionieren, eine Sprache für diese kulturelle Identität zu finden und zu entwickeln,

183 www.landluft.at (letzter Zugriff: 19.05.2017)

184 ortschaffort.landluft.at/der-film.html (letzter Zugriff: 19.05.2017)

nachhaltig zu etablieren und kontinuierlich weiterzuführen, muss die Architekturvermittlung daher bereits im Kindergarten sowie in den Schulen beginnen. In allen Bundesländern engagieren sich seit Jahren einzelne Akteurinnen und Akteure, Initiativen, Architekturhäuser und Kammern der Ziviltechnikerinnen und Ziviltechniker in dieser Vermittlungstätigkeit.¹⁸⁵ Seitens der Politik bedarf es auf allen Ebenen eines Bekenntnisses zur Architekturvermittlung. Diese kontinuierliche Arbeit mit jungen Menschen verlangt vor allem das Bereitstellen entsprechender Rahmenbedingungen wie ausreichende, langfristig zur Verfügung stehende finanzielle Mittel, eine österreichweite Lehreraus- und -fortbildung, die Erarbeitung von hochwertigen Unterrichtsmaterialien sowie die Entwicklung zumindest eines Lehrgangs zur Architekturvermittlung.

Best Practice Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung¹⁸⁶

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung ressortiert zum deutschen Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterstützen das Ministerium in den Politikfeldern Stadt- und Raumentwicklung, Wohnungs- und Immobilienwesen sowie Bauwesen. Etwa 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten derzeit in Bonn und Berlin. Forschung und Entwicklung sowie wissenschaftliche Dienstleistungen sind Kernaufgaben des BBSR. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erarbeiten Analysen, Expertisen, Berichte und Stellungnahmen; begleiten fachlich politische Maßnahmen und Programme und entwickeln sie weiter; betreuen die Forschungsprogramme sowie Initiativen des Ministeriums; fördern den fachlichen Austausch; vermitteln wissenschaftliche Erkenntnisse durch Publikationen, Veranstaltungen und Websites; pflegen Daten- und Informationsgrundlagen für Analysen und Prognosen. Das Bundesinstitut arbeitet an der Schnittstelle von Politik, Forschung und Praxis. Zu den inhaltlich betreuten, sehr erfolgreichen Ressortforschungsprogrammen zählen experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt), Modellvorhaben der Raumentwicklung, Zukunft Bau, Forschungsprogramm Stadtverkehr sowie die wissenschaftliche Begleitung der Städtebauförderung (Soziale Stadt, Stadtumbau Ost und West, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Städtebaulicher Denkmalschutz, kleinere Städte und Gemeinden). Insbesondere die Qualität und Kontinuität der deutschen Bundes-Städtebauförderung ist hervorzuheben und gilt als beispielhaftes Programm im Bereich der Baukultur.

185 Anmerkung: Zusammengeschlossen im Verein »bink Initiative Baukulturvermittlung für junge Menschen« www.bink.at (letzter Zugriff: 28.05.2017)

186 Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung, kurz: BBSR www.bbsr.bund.de (letzter Zugriff: 30.05.2017)

Strategischer Leitgedanke 2: Gemeinwohl stärken!

Aktuelle Debatten über leistbaren Wohnraum und über die Knappheit diverser Ressourcen, allen voran Grund und Boden in wachsenden Städten und am Land, werfen verstärkt Fragen nach dem Verhältnis von Baukultur zum Gemeinwohl auf. Der gegenwärtig im Namen von Wirtschaftskrise und Schuldenabbau forcierte Rückzug des Staates und der damit verbundene Rückgang von Ausgleichsmaßnahmen gegenüber Ungerechtigkeiten bringen immer mehr Menschen in existenzielle Schwierigkeiten. Die Tendenz zur Privatisierung von öffentlichen Gütern, davon viele in gebauter Form, sowie zur Kommodifizierung von städtischem Raum produziert eine ungleiche Entwicklung,¹⁸⁷ die in manchen Metropolen der Welt bereits sehr stark vorangeschritten ist.

Der strategische Leitgedanke ist, die Gemeinwohlorientierung in der Baukultur weiter zu stärken, aufbauend auf der im internationalen Vergleich guten Ausgangssituation in Österreich. Auch in den jüngsten österreichischen Regierungsprogrammen finden sich Bekenntnisse zum sozialstaatlichen Ausgleich durch Sozialleistungen und zur öffentlichen Verwaltung von wichtigen Gütern der Allgemeinheit, die für das Gemeinwohl von Relevanz sind. Baukultur-spezifische Gesetzestexte, allen voran die Landes-Raumordnungsgesetze und Landes-Bauordnungen, aber auch das Denkmalschutzgesetz auf Bundesebene, formulieren Begriffe wie Gemeinwohl und öffentliches Interesse, um Eigentümerinnen und Eigentümern in der baulichen Nutzung ihrer Immobilien Beschränkungen aufzuerlegen: in grundsätzlicher wie spezifischer Form, wenn es z. B. um den Schutz des Orts- und Landschaftsbildes oder die Substanz des baukulturellen Erbes geht.^{188, 189, 190} Hoheitliche Akte in Raumordnung und

187 Smith Neil, *Uneven development: Nature, capital, and the production of space*, University of Georgia Press, 2010

188 »Raumordnung ist die planmäßige Gestaltung eines Gebietes: bestmögliche Nutzung und Sicherung des Lebensraumes (Gemeinwohl)«, siehe Salzburger Raumordnungsgesetz ROG 2009, § 1, www.salzburg.gv.at/bildung/_Documents/572-pdf-raumordnungsgesetz_2010.pdf

189 Siehe etwa Vorarlberger Bauordnung, § 17²: »Ein Bauvorhaben, dem Interessen des Schutzes des Orts- und Landschaftsbildes nach den Abs. 1 bis 3 entgegenstehen, ist nur zulässig, wenn eine Gegenüberstellung der sich aus der Durchführung des Bauvorhabens ergebenden Vorteile für das Gemeinwohl mit den entstehenden Nachteilen für das Orts- und Landschaftsbild ergibt, dass die Vorteile für das Gemeinwohl offenkundig überwiegen. Die Nachteile für das Orts- und Landschaftsbild sind jedenfalls so weit zu vermeiden, als dadurch die Erreichung der Vorteile für das Gemeinwohl nicht vereitelt wird.«

190 Denkmalschutzgesetz (BGBl. 1923 /533 idF. I 2013/92) § 1 Abs. 2: »Die Erhaltung liegt dann im öffentlichen Interesse, wenn es sich bei dem Denkmal aus überregionaler oder vorerst auch nur regionaler (lokaler) Sicht um Kulturgut handelt, dessen Verlust eine Beeinträchtigung des österreichischen Kulturgutbestandes in seiner Gesamtsicht hinsichtlich Qualität sowie ausreichender Vielzahl, Vielfalt und Verteilung bedeuten würde. Wesentlich

Stadtplanung sind immer einem öffentlichen Interesse geschuldet – welches selbst politisch definiert und veränderbar ist.¹⁹¹

Gemeinwohlausrichtung bildet somit das nötige Gegengewicht zu Einzel- oder Gruppeninteresse und steht im direkten Verhältnis zum Privateigentum. Dessen Rechte und Pflichten sind in der Verfassung festgeschrieben. So findet sich im deutschen Grundgesetz die Formulierung: »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.«^{192,193} Diese »Sozialbindung des Eigentums« ist in Österreichs Verfassung nicht ganz so deutlich verankert, wird jedoch mit dem in Österreich gültigen Ersten Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention indirekt formuliert: »Jede natürliche oder juristische Person hat das Recht auf Achtung ihres Eigentums. Niemandem darf sein Eigentum entzogen werden, es sei denn, dass das öffentliche Interesse es verlangt, und nur unter den durch Gesetz und durch die allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts vorgesehenen Bedingungen. Absatz 1 beeinträchtigt jedoch nicht das Recht des Staates, diejenigen Gesetze anzuwenden, die er für die Regelung der Benutzung des Eigentums im Einklang mit dem Allgemeininteresse oder zur Sicherung der Zahlung der Steuern oder sonstigen Abgaben oder von Geldstrafen für erforderlich hält.«¹⁹⁴

In Bezug auf Baukultur übersetzt sich das Konzept des Gemeinwohls etwa in einen für alle leistbaren Zugang zu Wohnraum, kombiniert mit neuen demokratischen Teilhabeformen (etwa Public-Popular-Partnerships). Hinzu kommt die Vergesellschaftung von Einrichtungen von Allgemeininteresse mit entsprechender Kontrolle vonseiten der Bürgerinnen und Bürger sowie der Umgang mit Abwanderungstendenzen, die viele ländliche Regionen Österreichs bedrohen und im Interesse des Gemeinwohls reduziert werden müssen.

ist auch, ob und in welchem Umfang durch die Erhaltung des Denkmals eine geschichtliche Dokumentation erreicht werden kann.«, sowie auch Abs. 4 und 5

191 Gemeinwohl bedeutet weder die Summe noch die Aufhebung aller Einzelinteressen. Auf die aktuelle Situation bezogen peilt der Begriff das demokratische Ausweiten der Spielräume für alle, also vor allem für Minderheiten und Nichtbesitzende, an.

192 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Juli 2017 (BGBl. I S. 2347) dort Art 14 (2)

193 Anmerkung: Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wird auf Länderebenen konkretisiert und etwa in der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl. S. 991, 992) BayRS 100-1-1 auf den Boden angewendet. 2. Abschnitt: Das Eigentum, Art. 161 (1) Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen überwacht. Mißbräuche sind abzustellen. (2) Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.

194 Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Artikel 1 – Schutz des Eigentums, www.emrk.at/texte.htm (letzter Zugriff: 23.05.2017)

Der Leitgedanke zur Stärkung des Gemeinwohls bedeutet zum einen ein Verantwortungsbewusstsein aufseiten von Politik und Verwaltung, für die neue Dimension von baulichen Privatinvestitionen klare Spielregeln in Hinblick auf öffentliche Interessen zu erstellen, zum anderen aber auch die Unterstützung neuer Kooperationsformen zwischen Top-down und Bottom-up. Für Güter, die von öffentlichem Interesse sind, braucht es vonseiten des Staates und der Kommunen aktiven Schutz und Unterstützung für bestehende und neue Kommunalisierungsformen. Letzteres betrifft neu entstehende Baugruppen im Wohnbauwesen, Wohnbaugenossenschaften, Stiftungen für städtischen Grund und Boden, Co-Working Spaces, Syndikatsformen usw. Für alle in der Baukultur Tätigen bedeutet der Leitgedanke »Gemeinwohl stärken« nicht zuletzt auch, demokratische Formen in Architektur, Stadt- und Raumplanung weiterzuentwickeln und zu stärken.¹⁹⁵ Eine positive Entwicklung von Baukultur ist nur möglich als in der gesamten Bevölkerung verankerte Kultur und die wichtigste Grundlage dafür ist die umfassende Möglichkeit demokratischer Beteiligung.

Best Practice Gemeinnütziger Wohnbau/Kommunaler Wohnbau

In Österreich lebt etwa jede/r sechste Bewohnerin/Bewohner in einer von Gemeinnützigen errichteten und/oder verwalteten Wohnung. Der Verwaltungsbestand der gemeinnützigen Bauvereinigungen liegt bei ca. 24 Prozent des gesamten österreichischen Wohnungsbestands.¹⁹⁶ In Wien sind mehr als 40 Prozent des Wohnraums (Hauptwohnsitz) im kommunalen oder gemeinnützigen Eigentum – dadurch ist der Gestaltungsspielraum für die Leistbarkeit von Wohnraum für die Stadtregierung relativ hoch.¹⁹⁷

Best Practice Planwertsteigerungsabschöpfung der Stadt Basel

»Mehrwertabgaben gelten die Vorteile ab, die entstehen, wenn die zulässige Geschoßfläche durch Änderung der Zoneneinteilung oder der Zonenvorschriften, durch einen Bebauungsplan oder durch eine Bewilligung vergrößert wird. Die auf Grundstücke in der Stadt Basel entfallenden Abgaben sind für die Schaffung neuer oder für die Aufwertung bestehender öffentlicher Grünräume wie Parkanlagen, Stadtwälder, Alleen und Promenaden zu verwenden [...] Der

195 Dafür ist auch eine kritische Reflexion von gegenwärtigen Partizipationsprozessen nötig, in denen systematisch schwache Gruppen ihre Interessen oft nicht artikulieren bzw. durchsetzen können.

196 Quelle: Statistik Austria, Wohnungsaufwand 2010, Mikrozensus, 2011

197 Allerdings haben wir es gegenwärtig mit einem exkludierenden Gemeinwohlkonzept zu tun, nachdem der Zugang zu Wiener Wohnen z.B. für neu angekommene Menschen mit Migrationshintergrund deutlich weniger offen ist als für Menschen, die zwei bis fünf Jahre durchgängig in Wien hauptgemeldet waren.

Abgabensatz beträgt 50 Prozent des durch die Planungsmaßnahme ausgelösten Mehrwertes.«¹⁹⁸

Best Practice Sozialgerechte Bodennutzung in München

Planungsbegünstigte müssen sich auf Grundlage der vom Stadtrat im Juli 1995 beschlossenen »Verfahrensgrundsätze zur SoBoN« an den Planungs- und Herstellungskosten und Flächenabtretungen für Erschließungsstraßen, Gemeinbedarfseinrichtungen wie Kindertageseinrichtungen und Grundschulen, Grünflächen und Ausgleichsflächen beteiligen beziehungsweise übernehmen deren Herstellung. Zusätzlich müssen in Hinblick auf Durchmischung 30 Prozent des neu geschaffenen Wohnbaurechts für Zwecke des sozial gebundenen Wohnungsbaus zur Verfügung gestellt werden. Auf Basis dieser Regeln werden planungsbegleitende städtebauliche Verträge abgeschlossen. Lediglich ein Drittel der durch die Überplanung erzielten Steigerung des Bodenwerts soll als Investitionsanreiz den jeweiligen Eigentümerinnen und Eigentümern zustehen.¹⁹⁹

Best Practice vau | hoch | drei

Die Initiative vau | hoch | drei hat sich zum Ziel gesetzt, »Bewegung in den Vorarlberger Grundstücksmarkt zu bringen und die zukünftige Raumentwicklung am Gemeinwohl aller Vorarlbergerinnen und Vorarlberger auszurichten«. Ihre Forderungen: »Neu gewidmetes Bauland muss innerhalb von drei Jahren bebaut werden, sonst verfällt die Widmung. Bestehendes Bauland, das nach 20 Jahren nicht widmungskonform genutzt wird, fällt zurück in Freifläche. Nach drei Jahren wird eine jährliche Infrastrukturabgabe in Höhe von 2 Prozent des ortsüblichen Grundpreises fällig. Ein Vorarlberger Bodenfonds wird eingerichtet, um den Gemeinden Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit zu geben. Der Fonds wird unter anderem aus der genannten Infrastrukturabgabe gespeist.«²⁰⁰

198 Zitiert aus: Steuerverwaltung des Kantons Basel-Stadt – Mehrwertabgabe www.steuerverwaltung.bs.ch/steuersystem/steuerarten/kantonale-steuern/mehrwertabgabe.html (letzter Zugriff: 16.05.2017)

199 Sozialgerechte Bodennutzung – Der Münchner Weg, Stadtratsbeschlüsse vom 26.07.2006, Novelle 2017
Siehe www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kommunalreferat/immobilien/sobon.html (letzter Zugriff: 19.06.2017)

200 www.vauhochdrei.at

Strategischer Leitgedanke 3: Ganzheitlich, langfristig und innovativ planen!

Ein wesentlicher Teil der Baukultur ist Planungskultur: Diese wirkt sich selbstverständlich auf die materiellen Resultate der Baukultur aus, also auf gebaute Architektur und auf gestaltete Freiräume. Planungskultur betrifft auch alle Prozesse, die zu diesen Resultaten führen, und beeinflusst dadurch wieder die nachfolgenden Prozesse der Nutzung und des Betriebs, der Veränderung und Erneuerung. Es ist deshalb sinnvoll und notwendig, an zukunftsfähigen Strategien einer neuen Planungskultur zu arbeiten. Einige dieser Strategien, die sich auf Planungsziele und Planungsmethoden beziehen, sollen hier kurz skizziert werden.

Wichtige Chancen der Planungskultur liegen in Partizipation und Kooperation als Gegensatz zu einer die Öffentlichkeit ausschließenden Fachplanung. Es ist absehbar, dass dieser Themenbereich an Bedeutung zulegen wird, eine niederschwellige Teilhabe an gemeinschaftlichen Planungsprozessen ist immer stärker gefragt. Die gewachsene, auf kleinen und mittleren Unternehmen basierende und international beachtete Architektur- und Planungsszene in Österreich mit vielen kompetenten Anbieterinnen und Anbietern ist die Basis für Planungs- und Bauleistungen, die über die absehbaren Möglichkeiten der Automatisierung hinausgehen und Qualität abseits weitgehender Normierung ermöglichen; dabei wird es wesentlich sein, Digitalisierung als Chance zu sehen und komplementäre Angebote zu machen. Großes Potenzial besitzen auch die Innovationsmöglichkeiten, die in der Planung liegen: Während bisher Innovation am Bau stark auf Materialien und Produkte fokussiert war, werden zunehmend Prozess- und Dienstleistungsinnovationen an Bedeutung gewinnen. Im Mittelpunkt soll dabei der Mensch mit seinen Bedürfnissen stehen.²⁰¹ Schließlich bietet die Planungskultur Potenziale, um auf bestehende Risiken im Bereich der Baukultur einzugehen, etwa auf Gefahren des Klimawandels, der Zersiedlung, der Segregation ...

Dazu braucht es vor allem ein entsprechendes Bewusstsein. So werden nach und nach neue, ganzheitliche Kreisläufe etwa beim Rohstoff- und Materialeinsatz umgesetzt mit dem Ziel, das Cradle-to-Cradle-Modell zu erreichen. Skizziert wird ein abfallfreies Wirtschaften, bei dem alle Stoffe dauerhaft Nährstoffe für natürliche Kreisläufe oder Teil geschlossener technischer Kreisläufe sind. Darüber hinaus sind nachhaltige Energieversorgungs- und Energieverbrauchssysteme zu

201 Beispielsweise könnte eine Gesundheitsfolgenabschätzung, die positive und negative Auswirkungen eines Vorhabens auf die Gesundheit der Menschen analysiert, auch auf Bauvorhaben Anwendung finden.

etablieren. Ressourcenschonende und energieeffiziente Architektur hat bereits in der Vergangenheit einen erheblichen Beitrag zur CO₂-Reduktion geleistet und wird das in Zukunft weiterhin und zunehmend tun. Wichtig wird es dafür sein, über die bisherige Fokussierung auf den Gebäude-Energieverbrauch hinauszugehen und Fragen der Siedlungsentwicklung und des Verkehrs zu integrieren.

Big Data bedeutet die Nutzbarmachung von Massendaten in der Entscheidungsfindung in Stadt- und Dorfentwicklung, Raumplanung, Wohnbau u. Ä. Mit entsprechender Software soll der Komplexität unserer Welt durch Verknüpfung von bisher getrennten Fachgebieten mittels algorithmischer Auswertung von Big Data begegnet werden. Interdisziplinäres Arbeiten bedeutet in Zukunft, nicht nur umfassend aus dem Spektrum aller relevanten Fachdisziplinen zu schöpfen, sondern auch auf allen Ebenen zwischen den Disziplinen zu kommunizieren. Das betrifft selbstständige, unabhängige Expertinnen und Experten gleichermaßen wie Personen aus den verschiedenen Ebenen der Verwaltung, aus Organisationen innerhalb und außerhalb der öffentlichen Hand, aus Politik und Wirtschaft und deren Interessenvertretungen. Building Information Modeling (BIM) wird in wenigen Jahren ein durchgängiger Standard in der Planung von Architektur und Raumnutzung sein. Dafür gilt es, eindeutige, ausgereifte und vor allem offene Schnittstellen für alle zu entwickeln. Diese Schnittstellen müssen außerdem in Zukunft praxistauglich auf die Baustelle gebracht werden. Große Teile des Hochbaus werden möglicherweise bald digitalisiert sein, sowohl in der Vorfabrikation als auch auf der Baustelle. Die digitale Bauproduktion wird ein neuer Schwerpunkt der Planungskultur (beispielsweise 3-D-Drucken von Gebäuden). Dies bedeutet, in allen Phasen und Maßstäben – etwa auch in der Raumplanung – dreidimensional zu arbeiten. 3-D-Modelle werden in Zukunft den Diskurs zwischen Expertinnen und Experten und Laien erleichtern. Die Digitalisierung wird zu komplexeren Formensprachen führen und die Gleichförmigkeit von Bauten bzw. Bauaufgaben reduzieren.

Auch die Berufe der Architekturschaffenden unterliegen infolge der fortschreitenden Durchdringung unseres Alltags mit Digitalisierung einem fundamentalen Wandel. Der planende Mensch erhält Konkurrenz durch künstliche Intelligenz, zumindest einfache Planungsaufgaben werden wohl relativ bald teilweise oder ganz automatisiert ablaufen. Das Berufsbild ist daher zu hinterfragen und radikal neu zu denken. Architekturschaffende werden in Zukunft neue Rollen einnehmen: als Navigatorinnen/Navigatoren, Dirigentinnen/Dirigenten, Artdirectors, in der Trendforschung, der Kommunikation und Prozessbegleitung. Vernetztes Denken ist auf jeden Fall zukunftssträchtig. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ist auch die Architekturausbildung neu zu betrachten, beispiels-

weise ob diese – wie bisher – ohne kaufmännische Ausbildung umfassend sein kann. Das Komplettpaket Planung steht einer »Halbplanung« (Beauftragung der Planungsleistungen nur bis zur baurechtlichen Einreichung) entgegen. Die Kompetenzen von Planerinnen/Planern und Bauträgerinnen/Bauträgern werden zunehmend verschmelzen. Es sind daher umfassende, interdisziplinäre Angebote nötig, worin integrale Planungen ihren Platz finden und fair entlohnt werden. Die Digitalisierung beeinflusst die Planungskultur schon lange und wird das in naher Zukunft noch viel stärker als bisher tun. Für die weitere Entwicklung wird es wichtig sein, ihre Chancen zu nützen und ihre Risiken zu vermeiden bzw. brauchbare Alternativen zu entwickeln.

Das Planungswesen in Österreich braucht einen durchgängigen, in allen Projekten verpflichtend zu verankernden mittleren Maßstab, der die Zusammenhänge auf Ebene der Stadt- und Siedlungsplanung abbilden kann. Diese mittlere Planungsebene ist zwischen der Raumplanung (1:5000) und Architektur (1:200) in dem im Städtebau üblichen Maßstab 1:1000 einzuführen. Beispielsweise stützt sich die Stadtplanung in der Schweiz häufig auf Stadtentwicklungskonzepte und zielt planerisch darauf ab, die vielfältigen Themenstellungen der Stadtplanung wie Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung, Umweltschutz und Energieverbrauch oder Ähnliches mit den raumbezogenen Planungsdisziplinen der Verkehrs-, Freiraum-, Bebauungsplanung usw. zu verknüpfen.

Best Practice Planungskultur zur Reduktion des Klimawandels in Zürich

Das Schweizer Modell der 2000-Watt-Gesellschaft entstand Anfang der 1990er-Jahre und geht von der Annahme aus, dass die Erde weltweit nachhaltig ungefähr 2000 Watt primärenergetische Dauerleistung pro Person für den Verbrauch bereitstellen kann.²⁰² Dieses Modell begreift sich als Teil einer nachhaltigen und gerechten Nutzung natürlicher Ressourcen, in welchem Menschen in Gegenwart und Zukunft weltweit gleiches Anrecht auf gleich viel Energie haben sollen. Auf Basis eines Volksentscheids aus dem Jahr 2008, der 76,4 Prozent Zustimmung erhielt, arbeitet die Stadt Zürich an der konkreten Implementierung des Modells. Dazu wird auf Ebene der öffentlichen Organe auf breiter Basis zusammengearbeitet.

202 Die 2000-Watt-Gesellschaft ist ein energiepolitisches Modell, das Anfang der 1990er-Jahre an der ETH Zürich entwickelt wurde. Gemäß dieser Vision sollte der Energiebedarf jedes Menschen 2000 Watt auf Stufe der Primärenergie nicht überschreiten. Sie steht für die Reduktion des weltweiten Primärenergieverbrauchs und der weltweiten CO₂-Emissionen. www.2000watt.ch (letzter Zugriff: 08.05.2017)

Abbildung: An der Umsetzung des 2000-Watt-Modells beteiligte öffentliche Organe der Stadt Zürich



Die Ziele des Modells wurden in das Planungsinstrument des Masterplans Energie der Stadt Zürich, der erstmals 2003 aufgelegt wurde, integriert. Ausgehend von diesem Masterplan werden konkrete und themenspezifische Maßnahmenpläne für 19 Dienstabteilungen aufgelegt und jährlich aktualisiert. Die Umsetzung betrifft im Gebäudebereich die Energieeffizienz im Neubau und in der Sanierung, die Energieeffizienz technischer Systeme, die Deckelung des Wärmebedarfs, das gesunde Bauen, die ökologische Nachhaltigkeit und die laufende Optimierung des Betriebs. Planerinnen und Planer sowie Bauherrinnen und Bauherren werden von öffentlicher Seite aktiv angesprochen, professionell informiert und geschult. Dabei werden neben dem Gebäudesektor weitere relevante Aspekte wie die Siedlungsentwicklung, die Mobilität, das Konsumverhalten, das Beschaffungswesen, die Energieversorgung usw. in der Planung und Umsetzung berücksichtigt. Monitoring und Labeling-Instrumente machen eine Evaluierung der Wirksamkeit der Maßnahmen und die Zielverfolgung möglich.^{203, 204}

203 Vgl.: Hafner Georg, Zürich auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft, Umsetzung des Masterplans Energie in der Stadt Zürich, Beitrag zum Grazer Energiegespräch Nr. 10, April 2012 http://www.umweltservice.graz.at/infos/geg10/praesentation_hafner.pdf (letzter Zugriff: 06.07.2017)

204 Stadt Zürich, Umweltdelagation des Stadtrats (Hrgs.), Roadmap 2000-Watt-Gesellschaft, November 2016 www.stadt-zuerich.ch/gud/de/index/umwelt_energie/2000-watt-gesellschaft/publikationen/roadmap.html (letzter Zugriff: 22.05.2017)

Best Practice Bauen mit nachwachsenden, ressourcenschonenden Werkstoffen der Region²⁰⁵

Das ressourcenschonende Bauen mit nachwachsenden Werkstoffen der Region wird vom Schweizer Architekten Peter Zumthor als Akt des bewussten Gegenspiels zum industriellen Baugeschehen verstanden. Probleme der späteren Entsorgung werden bereits im Planungsprozess verankert. Die bestehenden Gebäude einer Stadt sind nach Zumthor wertvolle Rohstofflager. Bei seinem Entwurf des sogenannten Balkenlagers für die Expo 2000 in Hannover hat Zumthor diese Haltung anschaulich gemacht. Ein wesentlicher Aspekt des Entwurfs – ein aus aufeinandergeschichteten Balken bestehendes Labyrinth – ist eine weitgehend demontagegerechte Bauweise.²⁰⁶

Best Practice Kleinräumliche Stadtentwicklung Münchner Bauamt um 1900 (Theodor Fischer)

In der Stadtentwicklung wird es immer wichtiger, vorausschauend in kleinräumlichen Maßstäben auf Ebene der Siedlungs- und Quartiersentwicklung zu intervenieren. Als Anleitung könnte hier die erfolgreiche Tätigkeit des Architekten Theodor Fischer dienen, der in seiner Zeit als Leiter des Stadterweiterungsbüros von München zwischen 1893 und 1901 in planerischer und gestalterischer Hinsicht die grundlegende Basis für die weitere, städtebauliche Entwicklung der Stadt München legte. In mehr als 400 einzelnen Planungen definierte Fischer Straßen und Platzräume, die bis heute viele Stadtteile prägen. Die Auseinandersetzung Fischers mit konkreten Stadträumen hat authentische Orte geschaffen, die Teil des vertrauten München-Bildes geworden sind. Fischer gelang es, dem Drängen der privaten Bauinteressenten und der Grundstücksgesellschaften gerecht zu werden, ohne die soziokulturellen und ästhetischen Ansprüche zu vernachlässigen. Die vom Wiener Architekten Camillo Sitte entwickelten Vorstellungen eines künstlerischen Städtebaus eröffneten Fischer die Möglichkeit, in der Gestaltung von Straßen, Plätzen und Baulinien vorhandene Wegestrukturen aufzunehmen und auf bestehende Grundstücks- und Besitzverhältnisse einzugehen. Fischer ersetzte die geometrisch starren Planungen mit unflexiblen Parzellierungen durch eine stärkere Rücksichtnahme auf alte Besitzabgrenzungen und schuf damit neben praktischen Vereinfachungen durch den Erhalt der Strukturen von Flurwegen und Feldgrenzen auch ästhetische Werte, die als Bewahrung der Geschichte eines Ortes zusammenfassend beschrieben werden können.

205 Langer Marko, Der Anbau nachwachsender Rohstoffe in Sachsen-Anhalt und Thüringen, 2007

206 www.swissinfo.ch/ger/schweizer-pavillon-an-expo-2000-eroeffnet/1505576 (letzter Zugriff: 26.05.2017)

Strategischer Leitgedanke 4: Flächen und andere Ressourcen mit Bedacht nutzen!

Wir alle nutzen Flächen zum Wohnen, Arbeiten und zur Erholung, für unsere Mobilität und unsere Infrastrukturen, zur Lebensmittelproduktion, zur Energiegewinnung und zum Schutz vor Hochwasser und anderen Naturgefahren. So vielfältig die Funktionen des Raumes sind, so widersprüchlich sind auch die Interessen, die mit seiner Nutzung in Verbindung stehen. Die Begrenztheit des Raumes wird in einem kleinen und gebirgigen Land wie Österreich deshalb rasch spürbar.

Wir brauchen beides: Die Erhaltung der natürlichen Funktionen von Grund und Boden ebenso wie seine Nutzung. Problematisch wird es dann, wenn unsere Siedlungen und Wirtschaftsweisen große Flächen ineffizient nutzen und dadurch einen hohen Flächenverbrauch erzeugen.²⁰⁷ Die tägliche Flächeninanspruchnahme für Bau- und Verkehrsflächen in Österreich liegt derzeit bei rund 7 Hektar pro Tag, rechnet man Betriebs-, Erholungs- und Abbauf Flächen hinzu bei rund 16 Hektar pro Tag. Im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten ist die Flächeninanspruchnahme leicht rückläufig, liegt jedoch noch immer ganz deutlich über dem Reduktionsziel der Strategie für nachhaltige Entwicklung von 2,5 Hektar pro Tag. Im Durchschnitt sind 41 Prozent der als Siedlungs- und Verkehrsflächen beanspruchten Flächen versiegelt.²⁰⁸ In den letzten 50 Jahren ist es nur teilweise gelungen, die seit den 1950er-Jahren durch die allgemeine individuelle Mobilität mit dem Auto ausgelöste Zersiedelung einzugrenzen. Zersiedelung und Bodenversiegelung haben erhebliche nachteilige ökologische, ökonomische und gesellschaftliche Auswirkungen und gehen zulasten des knappen Freiraums.

Erkannt haben wir dieses Dilemma seit Langem. Gute Baukultur ist ressourcenschonend. »Sie geht maßvoll mit der Landschaft und dem Boden, mit bestehenden Gebäuden, mit Energie und Rohstoffen um«,²⁰⁹ stellen beispielsweise die Baukulturellen Leitlinien des Bundes fest. Alle Bundesregierungen des letzten Jahrzehnts bekennen sich in ihren Regierungsprogrammen zu geringerem Ressourcenverbrauch und verstärkter Nachhaltigkeit im Umgang mit

207 Vgl. Ökosoziales Forum, Ökosozialer Bodenkompass – ein Leitfaden für Bodenschutz und nachhaltiges Flächenmanagement im ländlichen Raum, Wien 2017

208 Umweltbundesamt, Flächeninanspruchnahme, Stand 2015, Wien 2016
www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/raumordnung/rp_flaecheninanspruchnahme

209 Bundeskanzleramt, Baukulturelle Leitlinien des Bundes, beschlossen im Ministerrat vom 22.08.2017, www.baukultur.gv.at (letzter Zugriff: 23.08.2017).

Flächen.²¹⁰ Flächen- und Ressourcensparen ist als Ziel in allen Raumordnungs-/Raumplanungsgesetzen der österreichischen Bundesländer festgeschrieben. Die Österreichische Raumordnungskonferenz gibt im Österreichischen Raumordnungskonzept und in den im Jahr 2017 beschlossenen ÖROK-Empfehlungen Nr. 56 »Flächensparen, Flächenmanagement & aktive Bodenpolitik«²¹¹ konkrete Umsetzungsaufträge vor.

Der strategische Leitgedanke, Flächen und andere Ressourcen mit Bedacht zu nutzen, bedeutet vor allem, die öffentlichen Interessen wieder stärker in der Planungspraxis zu berücksichtigen: Raumordnung bedeutet räumliche Gemeinwohlvorsorge.²¹² Das bestehende – durchaus reichhaltige – Instrumentarium muss konsequent angewendet werden: Innenentwicklung und Leerstandsmanagement, Baulandmobilisierung und aktive Bodenpolitik tragen wesentlich zu einer reduzierten Flächeninanspruchnahme bei, müssen aber eingesetzt werden.

Angesichts des besonders in den österreichischen Stadtregionen hohen Wohnungsdefizits und des zugleich hohen Wohnungsleerstandes²¹³ würde die gesetzliche Einführung und konsequente Umsetzung einer Leerstandsabgabe den Wohnungsmarkt und den Druck auf Flächen und Ressourcen wesentlich entlasten. In der überörtlichen Raumordnung sollen Grünzonen bzw. Siedlungsgrenzen als verbindliche Trennlinien zwischen Bauland und Grünland gehalten und – wo fehlend – hergestellt werden. Um die Siedlungsentwicklung künftig auf infrastrukturell hochwertige Bereiche zu konzentrieren (»innen vor außen«) und die weitere Fragmentierung der Landschaft hintanzuhalten, ist es notwendig, Siedlungs- und Wirtschaftsschwerpunkte festzulegen und interkommunal abzustimmen. Außerdem sollen Maßnahmen für qualitätsvolle bauliche Dichten – bei Berücksichtigung von ausreichenden öffentlichen Grün- und Freiräumen sowie anderen Folgeeinrichtungen – festgelegt werden. Räumliche Entwicklungskonzepte auf örtlicher und überörtlicher Ebene bieten den Rahmen dafür. So kommt es zu einer möglichst guten Auslastung der bestehenden Infrastruktur, bevor eine Neuerschließung erforderlich wird. Für flächenintensive Sondernutzungen wie

210 Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013–2018, S. 33–35, 61; Arbeitsprogramm der Bundesregierung 2017/18, S. 1, 6, 22; Regierungsprogramm 2008–2013, S. 75; Regierungsprogramm für die XXIII. Gesetzgebungsperiode (2007–2008), S. 67, 73

211 ÖROK, Empfehlung Nr. 56 Flächensparen, Flächenmanagement & aktive Bodenpolitik – Ausgangslage, Empfehlungen und Beispiele, Wien, April 2017

212 Siehe dazu die vom bürgerschaftlichen Engagement und von Planungskreisen getragene Initiative für gemeinwohlorientierte Raumentwicklung in Vorarlberg, www.vauhochdrei.at

213 Detaillierte Erhebungen in österreichischen Gemeinden bringen meist mehr Leerstand zutage als angenommen: Mehrere Hundert leer stehende Wohnungen und mehr in Kleinstädten und Marktgemeinden sind keine Seltenheit.

Einkaufszentren, Betriebsgebiete, Freizeitanlagen usw. und deren Verkehrerschließung sollen klare Kriterien unter dem Aspekt des Flächensparens aufgestellt werden. Bestehende Handelsagglomerationen an der Peripherie der Städte und Dörfer sollen räumlich gefasst werden. Für erforderliche neue Großvorhaben – etwa Verkehrs- und Leitungsinfrastrukturen – sollen Landschaftsfonds eingerichtet werden, die Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen im Sinne einer regionalen Grün- und Freiraumvernetzung ermöglichen.

Allein durch eine konsequente Wiedernutzung von Industrie- und Gewerbebrachen könnte der Flächenneuverbrauch um rund ein Sechstel reduziert werden.²¹⁴ Diese Flächen haben oft eine attraktive Lage in oder nahe an Ortskernen, sind bereits erschlossen, zeichnen sich durch eine gute Anbindung an die notwendige Infrastruktur aus und ermöglichen ein besonderes Ambiente zum Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Zusammenkommen. Planungs- und Beteiligungsprozesse zur Aktivierung von Leerstand und zur Verdichtung und damit Belebung des Bestandes sollen unterstützt werden, um der vielerorts anzutreffenden Verödung von Orts- und Stadtkernen entgegenzuwirken. Eine große Herausforderung stellen die weitläufigen Einfamilienhausgebiete dar. 79 Prozent der 2,2 Millionen österreichischen Gebäude sind Ein- oder Zweifamilienhäuser, viele davon entsprechen nicht mehr den heutigen Wohnbedürfnissen und/oder werden nur noch von ein oder zwei meist älteren Personen bewohnt. Die laufende Entdichtung älterer Einfamilienhaussiedlungen führt zu hohen Kosten bei der Erhaltung der technischen Infrastruktur und der sozialen Versorgung und zu weiterem Baudruck an den Siedlungsrändern. Die Transformation der Wieder- und Nachverdichtung ist nicht nur eine bautechnische und städtebauliche Aufgabe, sie erfordert vor allem eine professionelle Kommunikation und Gestaltung des sozialen Prozesses.

In den Gemeinden geht es darum, für Bebauungen zunächst bereits erschlossene Flächen zu nutzen. Zur Baulandmobilisierung – d. h. zur Aktivierung des gewidmeten, oft über Jahrzehnte gehorteten Baulands – besteht eine breite Palette an Möglichkeiten: Raumordnungsverträge zur fristgerechten Nutzung von Bauland, befristete Widmungen – nicht nur bei Neuwidmungen, Aufschließungsbeiträge für unbebautes Bauland sowie Bodengesellschaften oder -fonds auf kommunaler, interkommunaler oder Länderebene. Dabei darf auch die Mehrwertabschöpfung bei Widmungsgewinnen kein Tabu sein. Planungsbegünstigte sollen an den Kosten und Lasten beteiligt werden, die durch die Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung ursächlich ausgelöst werden. Für eine Praxis sozialgerechter

214 Ökosoziales Forum, Ökosozialer Bodenkompass – ein Leitfaden für Bodenschutz und nachhaltiges Flächenmanagement im ländlichen Raum, Wien 2017

Bodennutzung sprechen zahlreiche internationale Beispiele wie München und andere deutsche Städte und Regionen. Dafür sprechen auch die im Schweizer Raumplanungsgesetz verankerte Mehrwertabgabe, seit Jahren Standard in vielen Kantonen, aber auch die zunehmend geübte, wenn auch noch wenig transparente Praxis der Vertragsraumordnung und der städtebaulichen Verträge in Österreich. Eine Mehrwertabgabe durch die Planungsbegünstigten soll zweckgebunden zur Stadt- und Gemeindeentwicklung eingesetzt werden – beispielsweise für öffentliche Verkehrsflächen, Fuß- und Radwege, Grün- und Ausgleichsflächen, soziale Infrastruktur wie Kindergärten und Schulen sowie für leistbares Wohnen. Noch fehlt es in Österreich an durchgängig klaren raumordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen für den Umgang mit Planwertausgleichen.

Best Practice Regionale Leitplanung im Wiener Umland

Dieser Planungsansatz wurde erstmals im Nordraum von Wien mit 25 Gemeinden erprobt. Aufgrund der positiven Erfahrungen wurde das Modell der regionalen Leitplanung auch im Bezirk Mödling (mit 20 Gemeinden) angewendet.²¹⁵ Der Leitplan soll vor allem als Leitlinie für politische Beschlüsse der Gemeinden dienen und so einen Entwicklungsrahmen vorgeben. Durch den intensiven und partnerschaftlichen Dialog zwischen den Gemeinden und dem Land Niederösterreich gibt es eine erhöhte Akzeptanz überörtlicher Planungen bei den Gemeinden und damit weniger Umsetzungswiderstände. Es wird so leichter, Raumnutzungen flächensparend und an raumplanerisch geeigneten Standorten zu realisieren. Es kommt zu einer sinnvollen Verschränkung von Bottom-up- und Top-down-Ansätzen.

Für den Bezirk Mödling wurden regionale Zielgebiete ausgewiesen, welche sich unter anderem mit der Innen- vor Außenentwicklung der Ortskerne, der Um- und Nachnutzung vorhandener Bausubstanz und der koordinierten Entwicklung des Freiraumnetzes beschäftigten. Im Nordraum Wien wurden die Siedlungsentwicklung der Gemeinden aufeinander abgestimmt und überregionale Siedlungsgrenzen sowie regionale Grünzonen festgelegt.

Best Practice Konversion alter Industriestandorte am Beispiel der Stadt Dornbirn

Die Stadt Dornbirn hat nach dem Niedergang der Textilindustrie in den 1980er-/1990er-Jahren die Nachnutzung zahlreicher ehemaliger Produktionsstandorte aktiv vorangetrieben und stadtplanerisch begleitet. Im Wirtschaftspark und Kulturzentrum Rhomberg's Fabrik arbeiten heute in 90 Betrieben 1000 Men-

215 www.raumordnung-noe.at/index.php?id=529 (letzter Zugriff: 19.06.2017)

schen, das ist mehr als in der Hochblüte der Textilindustrie. Weitere Beispiele für einen neuen Nutzungsmix aus Gewerbe, Büros, Kultur und Gastronomie sind Steinebach, Gütle, Kehlerpark oder Areal²³/Fussenegger-Wirtschaftspark. Für einen neuen Wohn- und Arbeitsort steht das Magazin Oberdorf. Im Areal der ehemaligen Firma Gasser entsteht ein Wohnpark, in dem die Stadt Dornbirn neue Formen gemeinschaftlicher Wohnmodelle umsetzt. In den ehemaligen Rüschi-Werken befindet sich heute die Vorarlberger Naturschau inatura inmitten des 25.000 m² großen Stadtgartens. Als Stadtpark war diese Fläche im gesamtstädtischen Landschafts- und Grünraumkonzept konzipiert und in der Flächenwidmungsplanung verankert worden. Die Gestaltung erfolgte auf Basis eines internationalen Landschaftsarchitekturwettbewerbs.

Auf den ehemaligen Industriearealen trifft moderne Architektur auf historische Bausubstanz. Wo möglich, wurden die Wasserkraftwerke der ehemaligen Industrieanlagen reaktiviert, aber auch Fotovoltaikanlagen, Grundwasserwärmepumpen und Biomasseheizanlagen sorgen für eine ressourcenschonende Energieversorgung. Alle Standorte sind im Siedlungsgebiet integriert, die Stadtplanung sicherte die öffentliche Durchwegung, die Zugänglichkeit von Spiel- und Ruhebereichen und eine gute Erreichbarkeit zu Fuß, mit dem Rad und dem Stadtbus.

Strategischer Leitgedanke 5: Öffentliche Mittel an Qualitätskriterien knüpfen!

In den Regierungsprogrammen der letzten Jahre wird angesichts jahrzehntelang ungelöster Probleme wie Bodenversiegelung und Zersiedlung der Bedarf eines bundesweiten raumordnungspolitischen Engagements²¹⁶ sowie einer zwischen Bund und Ländern verbindlich koordinierten raumwirksamen Planung anerkannt.²¹⁷ Angesichts der herrschenden Aufgabenverteilung in der heimischen Raumordnung dürfte die angestrebte planungspolitische Rahmenkompetenz des Bundes allerdings nicht ausreichen, um zeitgerecht die drängendsten Probleme der Siedlungsentwicklung zu lösen. Daher empfiehlt es sich, parallel dazu gezielte finanzpolitische Maßnahmen zu ergreifen, die mitunter von größerer Wirksamkeit sein können als so manche Bau- oder Raumordnungsgesetze – und auch auf andere baukulturelle Bereiche Einflussmöglichkeiten bieten.

Der strategische Leitgedanke hierfür lautet, raumwirksame Steuern, Abgaben, Transferzahlungen und Förderungen so umzugestalten, dass sie die bundespolitischen Baukultur-, Nachhaltigkeits- und Klimaschutzziele befördern, anstatt wie bisher oft sie zu konterkarieren. Allem voran gilt es dabei, die Zahlungen des Bundes an die Länder und Gemeinden im Rahmen des bis dato »raumblinden Finanzausgleichs«²¹⁸ an die Erfüllung idealerweise quantifizierbarer und somit evaluierbarer Qualitätskriterien zu binden. Diese Kriterien können z. B. die ÖROK und eine architekturbezogene Institution erarbeiten, regional spezifizieren und zeitlich dimensionieren. So würden die Länder und Gemeinden in einen Wettbewerb treten, in dem sie für ihren sorgsamen oder aber sorglosen Verbrauch der Ressource Boden und anderer Ressourcen nach einem Bonus-Malus-System mehr oder weniger Bundesgelder erhalten.

Ähnliches ist für die an die Länder transferierten Wohnbaufördermittel des Bundes empfehlenswert: Sie können an Umnutzungs-, Sanierungs- und Nachverdichtungsmaßnahmen, an flächensparendes Bauen in zentraler Lage und an architektonische und vergaberechtliche Qualitätskriterien geknüpft werden. Ebenso können die an die Länder transferierten Wirtschaftsfördermittel des Bundes auf die Umnutzung bestehender Betriebsgebiete sowie auf autounabhän-

216 Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013–2018, S. 35, Arbeitsprogramm der Bundesregierung 2017/18, S. 6

217 Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013–2018, S. 36

218 Johann Bröthaler, Leiter des Fachbereichs Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik am Department für Raumplanung der TU Wien, im Rahmen der 5. Sitzung des Baukulturbeirats im Bundeskanzleramt am 02.03.2017

gige Neuansiedlungen konzentriert werden – bei gleichzeitigem Stopp jeglicher Subventionen für periphere Handelseinrichtungen.

Die Bundesgelder für die Errichtung und Erhaltung der Siedlungsinfrastruktur sollen an eine gerechte Verrechnung der anfallenden Kosten durch die Gemeinden nach dem Verursacherprinzip gekoppelt werden. Dasselbe gilt für die Transferzahlungen für Hochbauten der Länder und Gemeinden: Sie sollen an den Einsatz qualitätssichernder Verfahren bei der Planungsvergabe gebunden sein. Diese Strategie passt durchaus zu der im Zuge des jüngsten Finanzausgleichs begonnenen Reform, wonach die Länder mit künftig höherer Abgabenaunomie in einen gewissen Steuerwettbewerb untereinander treten sollen. Diese Konkurrenz darf allerdings nicht nur gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, sondern auch gegenüber dem Bund und seinen Transferzahlungen bestehen.

Daneben kann und soll die Bundesregierung auch selbstständig finanzpolitische Reformen im Sinne der heimischen Baukultur in Angriff nehmen. Entsprechend den Zielen aus der Regierungsperiode 2007 bis 2008, wonach der öffentliche Verkehr in ländlichen Regionen als Daseinsvorsorge und Grundlage sozialer Gerechtigkeit bzw. in Ballungsräumen als ökonomische und ökologische Überlebensfrage erkannt wurde und dementsprechend attraktiviert werden müsse,²¹⁹ auch durch »die Herstellung von mehr Kostenwahrheit im Verkehr«,²²⁰ soll beispielsweise die Pendlerpauschale grundlegend reformiert und in Summe reduziert werden, die Steuerbegünstigung für Firmenwagen gänzlich entfallen – und die Mineralölsteuer schrittweise angehoben werden, bis im Kfz-Verkehr ein Kostendeckungsgrad (einschließlich der Umwelt- und Klimafolgekosten) von 100 Prozent erreicht ist.

Mit einer generellen Anhebung, vor allem aber mit einer progressiven Gestaltung der Grundsteuer für ineffizient oder nicht genutztes Bauland wiederum können Baulandhortung, flächenvergeudende Siedlungsformen und unnötige Bodenversiegelung spürbar verteuert und im Gegenzug bodenschonende Bebauungsformen sowie Nachverdichtungsmaßnahmen aufkommensneutral belohnt werden. Gleichermäßen können die politischen Bemühungen um eine qualitätsvolle Innenentwicklung, um vitale Orts- und Stadtkerne als Maßnahmen gegen Zentrumsverödung, Suburbanisierung und Zersiedlung durch eine steuerliche Entlastung zentral gelegener und entsprechend bebauter Grundstücke zulasten peripherer, schlecht erschlossener Baulandwidmungen Unterstützung finden. Die

219 Regierungsprogramm für die XXIII. Gesetzgebungsperiode (2007–2008), S. 62

220 Regierungsprogramm für die XXIII. Gesetzgebungsperiode (2007–2008), S. 59 f.

im Zuge des jüngsten Finanzausgleichs beschlossene Arbeitsgruppe zur Reform der Grundsteuer hat auf diese weitreichenden Steuerungswirkungen ihr Hauptaugenmerk zu legen – zumal ohne finanziellen Druck auf die Grundeigentümerinnen und -eigentümer (respektive ohne finanzielle Anreize) alle Bestrebungen um eine Nachverdichtung bestehender Gewerbegebiete oder um eine dichtere Verbauung neuer Wohngebiete substanzlos bleiben werden.

Grundlegend reformiert oder gar gänzlich abgeschafft werden soll die Kommunalsteuer, zumal sie die Gemeinden in einen ruinösen und alles andere als nachhaltigen Wettbewerb um Betriebsansiedlungen drängt, der Unternehmen an oft ungeeigneten Standorten mit allen raum- und verkehrsplanerischen Nachteilen entstehen lässt. Das Mindeste wäre, die Kommunalsteuer auf eine regionale Basis zu stellen (wofür es in Österreich bereits interkommunale Modelle auf freiwilliger Basis gibt), sodass innerhalb einer Region die besten Standorte gefunden und die Einnahmen unter allen Gemeinden aufgeteilt werden können. Aber auch eine von Betriebsansiedlungen völlig unabhängige Dotierung der kommunalen Budgets wäre denkbar.

Best Practice Agglomerationsprogramm Schweiz

Auch in der Schweiz verläuft die Entwicklung der dynamischen Ballungsräume nicht immer koordiniert. Um ihre Leistungsfähigkeit als Motoren der Schweizer Wirtschaft zu sichern, braucht es eine gemeinde- und oft auch kantonsübergreifende Planung von Mobilität, Siedlung und Landschaft – und mitunter große Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, welche die Agglomerationen allein nicht finanzieren können. Daher unterstützt der Bund deren Projekte, allerdings nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern abhängig von der Qualität der jeweiligen Pläne. Die Stadtregionen können alle vier Jahre ein Agglomerationsprogramm²²¹ mit einem langfristigen Leitbild, entsprechenden Handlungsstrategien und konkreten Maßnahmen ausarbeiten und beim Bund einreichen: Je überzeugender das Programm, umso höher die Bundesbeteiligung an den Investitionskosten. Mittlerweile hat die Schweiz die Agglomerationspolitik als zentralen Pfeiler einer nachhaltigen Raumentwicklung erkannt – und im Februar 2017 die Bürgerinnen und Bürger über einen eigenen Nationalstraßen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) abstimmen lassen, um die Finanzierung der Agglomerationsprogramme langfristig sicherzustellen. Das Stimmvolk sprach sich mit 61,9 Prozent dafür aus.

221 www.are.admin.ch/are/de/home/verkehr-und-infrastruktur/programme-und-projekte/agglomerationsprogramme-verkehr-und-siedlung.html (letzter Zugriff: 10.07.2017)

Best Practice Städtebauförderung Deutschland

Qualitätsorientiert erfolgt auch die Vergabe der Städtebauförderung²²² in Deutschland, um die sich Kommunen mit Projekten bewerben, die sie aus eigener Kraft nicht finanzieren können. Das bundesweite Förderprogramm verfolgt vielfältige urbanistische Ziele – von Denkmalschutz und behutsamer Stadterneuerung in historischen Quartieren über den Stadtumbau in von Leerstand betroffenen Wohnvierteln oder die Aufwertung sozialer Problemgebiete bis hin zur Entwicklung neuer Stadtteile in besonderen städtebaulichen Lagen. Im Vordergrund stehen stets komplexe interdisziplinäre Herausforderungen und Lösungen. So sollen städtebauliche Verbesserungen im Zusammenwirken mit wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und ökologischen Maßnahmen erfolgen, wobei die Politik seit 1971 aktuellen Problemstellungen entsprechend immer wieder inhaltliche Schwerpunkte setzt – und mit ihren Geldern modellhafte Innovationen unterstützt. Allen Programmen gemeinsam ist das Ziel, durch Erhaltung, Revitalisierung oder Modernisierung von Gebäuden, des Wohnumfelds oder auch ganzer Stadtteile den Bedeutungsverlust der Innenbereiche von Städten und Dörfern aufzuhalten und sie als Orte der Vielfalt und Funktionsmischung zu stärken. Wie bedeutend dieses Förderinstrument für die städtebauliche Entwicklung in Deutschland geworden ist, zeigt eine Entscheidung aus dem Jahr 2010: Die Bundesregierung wollte, bedingt durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise, die über die Jahre auf 610 Millionen Euro angestiegene Städtebauförderung halbieren. Der Bundesrat als Vertretungsorgan der Länder lehnte dies jedoch ab.

222 www.staedtebaufoerderung.info

Kurzfassung



Kurzfassung

Politikfelder und Szenarien

Der dritte österreichische Baukulturreport baut auf den Grundlagen der Reporte I und II auf, jedoch wurde die Perspektive der Betrachtung verändert. Statt aus der Erfahrung der gegenwärtigen Situation heraus Schritte zu empfehlen, die in eine bessere Zukunft führen, wird der Möglichkeitssinn der Leserinnen und Leser herausgefordert, um aus der Perspektive zugespitzter Zukunftsszenarien auf die gegenwärtige Situation quasi zurück zu blicken. Die skizzierten Erzählinhalte wurden aus einer breit angelegten Zusammenschau von Expertinnen- und Expertenmeinungen zu politischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Strömungen methodisch abgeleitet. Um handhabbare Szenarien zu erstellen, wurden zunächst Inhalte identifiziert und eingegrenzt, die für die österreichische Baukultur von besonderer Wichtigkeit sind. Dazu wurden Politikfelder definiert, die sich durch hohe Ressourcenintensität auszeichnen, wodurch sie auch für die allgemeine Entwicklung Österreichs von Bedeutung sind. Es kristallisierten sich die folgenden vier Politikfelder als Erzählstränge der Szenarien heraus:

- *Landschaft als Ressource*
- *Stadt und Region*
- *Wohnbau*
- *Öffentlicher Sektor*

Diese wurden in unterschiedlichen, plausiblen Varianten und Kombinationen in die Zukunft projiziert. Als Zeitrahmen dafür wurde das Jahr 2050 gewählt. Im Rahmen einer ersten vielfältig zusammengesetzter Expertinnen- und Expertenrunde wurden Bausteine für die Erstellung von Entwicklungsszenarien erarbeitet. Diese Entwicklungsszenarien spannen als beabsichtigt alternative Erzählungen zum wahrscheinlichsten Trend eine Bandbreite von möglichst unterschiedlichen denkbaren Zukünften auf.

In allen Politikfeldern wurden so insgesamt 22 Entwicklungsszenarien erstellt und als Erzählbausteine in Szenariosets zusammengeführt. Die sich so ergebenden 1440 Sets wurden im Zuge einer qualitativ basierten und quantitativ gestützten Konsistenzanalyse in Hinsicht auf ihre gegenseitigen Wirkbeziehungen evaluiert. Ziel war es, jene Kombination aus einzelnen Erzählbausteinen zu finden, die

eine möglichst harmonische Gesamterzählung ergeben. Aus diesen Gesamterzählungen wurden im Rahmen eines Auswahlverfahrens drei Szenarien als besonders geeignet für die weitere Bearbeitung ausgewählt. Diese wurden im Rahmen einer zweiten Expertinnen- und Expertenrunde in einer strukturierten kritischen Diskussion weiterentwickelt. So konnten die Szenarien *global*, *integral* und *national* skizziert und in einem abschließenden Konsultationsprozess mit Fachexpertinnen und -experten finalisiert werden.

Das Szenario *global*

Das Szenario geht von einer dominanten Rolle einer liberalisierten und globalisierten Wirtschaft aus. In Österreich nimmt der Staat seine legislativen und lenkenden Aufgaben nur noch in einem sehr engen Rahmen wahr. Marktgesetze bestimmen weitgehend das gesellschaftliche Gefüge. Es wird davon ausgegangen, dass die Unausgewogenheit sowohl der Einkommens- als auch der Vermögensverteilung weiter zunimmt. Aufgrund des angenommenen Wachstums, der Gewährleistung gewisser sozialer Mindeststandards durch den Staat sowie der billigen Verfügbarkeit von Energie, Rohstoffen, Lebensmitteln und Arbeit auf dem Weltmarkt wird eine umfassende Verarmung der Bevölkerung hintangehalten.

Die Landschaft wird vor allem entlang von Hochleistungsverkehrskorridoren wahrgenommen und ist dort geprägt vom Wechsel suburbaner funktionsgetrennter Zonen und vollflächig agroindustriell genutzter Gebiete. Oft erfolgt die Vermittlung von Landschaft digitalisiert. Die obere Waldgrenze ist deutlich gestiegen. Auch hochalpine Lagen sind frei von Vergletscherung. Landschaft wird punktuell nach Maßgabe touristischer Anforderungen modelliert. Ziele zu Klimaschutz und Biodiversitätserhalt wurden im Zuge internationaler Debatten weitgehend aufgeweicht. Der Raum wird bestimmt durch das Zusammenwachsen von Ballungsgebieten und großräumlich organisierten, intensiv genutzten Bewirtschaftungsflächen. Siedlungen in peripheren ländlichen Räumen werden aufgegeben. Flächenverbrauch und Versiegelung steigen. Nahrungsmittelproduktion, Energieproduktion, Rohstoffabbau, Siedlungsentwicklung, Tourismus, Freizeitnutzungen, Verkehrs- und Infrastruktureinrichtungen konkurrieren um die Flächen.

Das Wohnen unterliegt privatwirtschaftlichen Interessen. Entsprechend prägen sich kundensegmentorientiert und lageabhängig unterschiedliche Wohnangebote aus. Es kommt zu hoher Verdichtung in zentralen Lagen. An der Peripherie und

im ländlichen Raum wird durchwegs flächig entwickelt. Es kommt zu starker Überformung durch Neubau. Bestandsobjekte bleiben vorwiegend nur im Luxussegment erhalten. Die soziale Segregation ist ausgeprägt. In den hochpreisigen Segmenten besteht ein individualisiertes Angebot. Im mittleren Segment wird vorwiegend Massenwohnbau produziert. Soziale Wohnangebote sind marginal, wodurch sich informelle Wohnformen etablieren.

Um im europäischen und internationalen Umfeld wettbewerbsfähig zu bleiben, wird die Verwaltung rationalisiert und weitgehend auf Bundesebene zusammengezogen. Öffentliche Zuständigkeiten sind auf staaterhaltende Kernaufgaben reduziert. Kompetenz und Zuständigkeit der Gemeinden sind weitgehend an privatwirtschaftliche Akteurinnen und Akteure übertragen. Das betrifft auch sämtliche Agenden des Raums und des Bauens. Bauliche Projekte werden durch wenige internationale Konzerne in der Rolle von General- und Totalübernehmern durchgeführt. Die mittelständische Planerinnen- und Planerszene ist auf wenige Büros mit Spezialkompetenz für den Erhalt des lokalen, baukulturellen Erbes zusammengeschrumpft. Für die Umsetzung von Repräsentationsprojekten werden international renommierte Architekturbüros eingeladen.

Das Szenario *integral*

Dieses Szenario geht von einer gesteigerten Nachfrage nach Lebensmitteln, Rohstoffen und Energie aus, was zunehmend zu Kostenwahrheit auf dem Weltmarkt führt. Auch vor diesem Hintergrund ist in Europa ein genereller Bewusstseinswandel hin zu mehr Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung in Gang gekommen. Die Europäische Union reagiert darauf mit einer Intensivierung der Integration und der Etablierung subsistenter Wirtschaftsstrukturen. In Österreich setzt der Staat verstärkt auf neue Formen der Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor. Neben etablierten großen Wirtschaftseinheiten werden kleine und mittlere regionale sowie gemeinschaftlich organisierte Strukturen gestärkt. Die Verteilung von Vermögen und Einkommen wird tendenziell ausgeglichener, Zuwächse sind jedoch gering. Wohlstand wird nicht mehr nur monetär, sondern stark lebensqualitätsorientiert bewertet.

Die Landschaft ist geprägt vom Wechsel kompakter Siedlungen und klar gefasster Ballungsgebiete mit land-, forst- und energiewirtschaftlich genutzten Flächen. Dabei stehen kleinteilig bewirtschaftete Gebiete mit ausgeprägtem kulturlandschaftlichem Charakter und weiträumige, rationalisiert genutzte

Flächen einander gegenüber. Die obere Waldgrenze ist gestiegen, die hochalpine Vergletscherung minimal. Natur- und Landschaftsschutzgebiete werden zu Verbänden ausgeweitet. Klimaschutz und Biodiversitätserhalt sind hoch bewertete gesellschaftliche Ziele. Räumlich prägend ist die Ausbildung kompakter Siedlungsformen mit definierten Außengrenzen. Unterschiedliche Funktionen werden in die Siedlungszentren reintegriert. Regionen und regionale Kooperation gewinnen an Bedeutung. Flächenverbrauch und Versiegelung stagnieren. Nahrungsmittelproduktion, Energieproduktion und Schon- bzw. Schutzgebiete konkurrieren um die Flächen.

Um der wachsenden Bevölkerung möglichst flächenschonend Wohnraum zu bieten, werden Sanierungen und Nachverdichtungen im Bestand vorgenommen. Diese werden gegebenenfalls im Kontext einer geordneten Siedlungsentwicklung durch kompakte Neubaugebiete ergänzt. Die funktionale und soziale Durchmischung nimmt ebenso zu wie die Vielfalt an Organisationsformen.

Im europäischen Integrationsprozess kumulieren die neu unterhalb der Bundesebene entstehenden Verwaltungseinheiten der Regionen rasch Kompetenz und Zuständigkeit für Bauwesen, Raumordnung und Baukultur. Auf Bundesebene wurde eine neue Einheit zur Übernahme baulicher, räumlicher und baukultureller Aufgaben eingerichtet. Es besteht eine vielfältige mittelständische Architekturproduktion, ergänzt durch professionelle Anbieterinnen und Anbieter partizipativer Prozessbegleitung. Planung und Ausführung werden vorzugsweise getrennt und nach qualitätsgesicherten Verfahren vergeben. Die kooperative und kompetente Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Stellen und dem privaten Sektor fördert Qualität und Effizienz der Projekte.

Das Szenario *national*

In diesem Szenario wird von einer anhaltend instabilen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Situation ausgegangen. Die Europäische Union spaltet sich in mehrere Staatenbündnisse auf. Österreich verlässt in dieser Situation die Gemeinschaft und setzt verstärkt auf nationalstaatliche Lenkung und Kontrolle sowie auf die strikte Begrenzung jeglicher Migration. Die Bevölkerung nimmt leicht, aber stetig ab. Einzelne Wirtschaftssektoren, speziell die landwirtschaftliche Produktion, werden subventioniert. Eine grundlegende Versorgungssicherheit wird durch jeweils opportune, bilaterale Wirtschaftsabkommen gewährleistet. Die Einkommens- und Vermögensverteilung bleibt unausgeglichen, jedoch

kommt es zu sektoralen Verschiebungen, und bestimmte Bevölkerungsgruppen sind verstärkt armutsgefährdet. Entsprechend ist die Gesellschaft entlang der sozialen Verhältnisse zunehmend segregiert.

Die Landschaft ist geprägt von motorisiertem Individualverkehr, Suburbanisierung, Zersiedlung, Energie- und Rohstoffgewinnung sowie funktionaler Trennung. Landwirtschaft ist überwiegend großflächig organisiert, nur in schwierig zu bewirtschaftenden Lagen bestehen kleinteilige Strukturen. Die obere Waldgrenze ist deutlich gestiegen, die hochalpine Vergletscherung minimal. Natur- und Landschaftsschutz besteht nur nach Maßgabe touristischer Anforderungen. Vorgaben zu Klimaschutz und Biodiversitätserhalt sind marginalisiert. Für die räumliche Entwicklung bestimmend sind die sinkende Bevölkerungszahl und eine antiurbane Grundhaltung. Die meisten Kernstädte schrumpfen, Zentren veröden. Außerhalb definierter agrarischer und touristischer Vorrangzonen nimmt die Zersiedlung weiter zu. Unter dem Konkurrenzdruck von Nahrungsmittelproduktion, Energiegewinnung, Rohstoffabbau, Siedlungsentwicklung, Tourismus, Verkehrs- und Infrastruktureinrichtungen nehmen Flächenverbrauch und Versiegelung zu.

Das Einfamilienhaus wird als Idealtypus des Wohnens stark propagiert. So entstehen trotz sinkender Bevölkerungszahl sowohl im ländlichen Raum wie an der Peripherie der Städte unverändert Einfamilienhausgebiete. Speziell in den Städten kommt es zu Segregation. Menschen mit Migrationshintergrund leben in minderwertigem Altbaubestand, der bei Sanierungsbedarf abgerissen und durch großmaßstäbliche Neubebauungen ersetzt wird. Der heimischen Bevölkerung stehen vor allem der Kommunal- und Sozialwohnungsbestand sowie der höherwertige Gründerzeitbestand zur Verfügung. Die Oberschicht wohnt in Villenvierteln.

Durch die Idealisierung des Ländlichen sowie das politische Bemühen um Erhaltung regionaler Strukturen und Identifikation nehmen Föderalismus und Subsidiarität zu. Die öffentliche Zuständigkeit im Planungs- und Bauwesen ist so auf verschiedene Verwaltungsebenen aufgeteilt. Der weit überwiegende Teil der Bauprojekte, öffentliche wie private, wird von großen Firmen abgewickelt, die als Generalunternehmer auftreten. Die freischaffende Planerinnen- und Planerszene ist geschrumpft und auf wenige Nischen des Baugeschehens beschränkt. Handwerksbetriebe und die nationale Baustoffproduktion werden gefördert. Nachfrage besteht nach Kompetenz im Umgang mit baukulturellem Erbe.

Chancen, Risiken, Ziele und Strategien

Um die Szenarien über die assoziative Anregung hinaus für einen aktuellen Diskurs auch konkret realpolitisch nutzbar zu machen, wurden ihre Aussagen in einen objektivierenden Kontext gestellt. Als Grundlage dieser Objektivierung wurden die Kriterien für das Gelingen guter Baukultur als Teil der Baukulturellen Leitlinien des Bundes herangezogen. Darauf beziehend wurden die Szenarien *global*, *integral* und *national* einer vergleichenden Chancen-Risiken-Analyse unterzogen. Diese Objektivierungsschritte stellen die Szenarien jedoch noch nicht in einen direkten Bezug zum tatsächlichen politischen Handeln. Diese schlussendliche Verknüpfung wurde durch eine detaillierte Aufarbeitung bestehender politischer Zielvorgaben, wie sie in den Regierungsprogrammen der österreichischen Bundesregierungen seit dem Jahr 2000 formuliert sind, hergestellt. In der Gegenüberstellung der Chancen-Risiken-Analyse und der Kompilation der politischen Ziele zeigen sich einige Auffälligkeiten.

Bezüglich der Chancen zeigt sich in den politischen Zielsetzungen eine ausgeprägte Diskussion rund um die Erhaltung naturnaher Räume und den leistbaren Wohnraum. Die in den Szenarien wesentlichen Chancen wie die Erhaltung und Weiterentwicklung des Gebäudebestands findet sich in den Regierungsprogrammen nur in punktuellen Erwähnungen. Betreffend die Chancen der Kostenwahrheit im Verkehrs- und Energiesektor und die Partizipation und Kooperation konnten keine prägnanten bzw. für die Chance der Bereitstellung öffentlichen Raums gar keine Zielvorgaben identifiziert werden.

Bezüglich der Risiken ist besonders auf die Konkurrenz um die vorhandenen Flächen hinzuweisen. So zeigt sich in den politischen Zielvorgaben der jüngeren Regierungsprogramme ein grundsätzliches Problembewusstsein, das sich in einer Vielzahl prägnanter Formulierungen ausdrückt. Gleichzeitig implizieren aber andere Zielsetzungen wie der Ausbau von Infrastrukturen, die vermehrte Nutzung nachwachsender Rohstoffe, die Erzeugung erneuerbarer Energie usw. einen ungebrochen hohen Flächenverbrauch. Das Problem der Durchsetzung selbst prägnanter politischer Ziele vor dem Hintergrund vielfältiger und gegenläufiger Interessen wird hier deutlich, was eine stetige weitere Zuspitzung bestehender Risiken bedeutet. Ausgeprägte politische Zieldiskussionen liegen auch zu den Risiken Aussterben abgelegener Regionen, weiter wachsendes Verkehrsaufkommen und reduzierte Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand vor. Zu den Risiken des Fehlens integrativer Stadt- und Siedlungsplanung, der Auswirkung von Klimawandelfolgen und einer normierten Architekturgestaltung konnten

punktuell prägnante politische Ziele gefunden werden. Die Eindämmung der Zersiedlung wird als explizite Zielvorgabe in einem Regierungsprogramm erwähnt. Risiken, die sich aus Segregation ergeben, die Mobilisierung von Leerstand und die Nutzung von Brachen werden nicht angesprochen.

Aus der Zusammenschau dieser vergleichenden Analysen wurden fünf strategische Leitgedanken abgeleitet. Diese versuchen, inhaltliche Zusammenhänge herzustellen und Zukunft und Gegenwart in Bezug zu setzen, um als Orientierung für eine erfolgreiche Baukulturpolitik in Österreich zu dienen und die Umsetzung bestehender politischer Ziele zu unterstützen.

1. Bewusstsein für Baukultur entwickeln und geeignete Strukturen fördern!

Gestaltungsqualität geht aus Baukultur als System von Handlungsweisen und Denkstrukturen hervor. Nur wenn sowohl die breite Öffentlichkeit als auch die befassen Entscheiderinnen und Entscheider eine Vorstellung über Möglichkeiten und Probleme, Grenzen und Potenziale, Einflüsse und Effekte von Baukultur und ihren Zusammenhängen mit anderen sozialen, politischen und kulturellen Bereichen besitzen, kann sich Baukultur positiv entwickeln. Baukultur ist als Querschnittsmaterie durch die Ressorts und über die Ebenen der Gebietskörperschaften hinsichtlich der Zuständigkeit zersplittert. Zur Bündelung, Stabilisierung und Verankerung eines baukulturellen Bewusstseins in Österreich wäre daher die Einrichtung einer unabhängigen, koordinierenden Agentur für Baukultur mit den zentralen Tätigkeitsbereichen *Beratung, Vermittlung, Förderung* vordringlich.

2. Gemeinwohl stärken!

Die Gemeinwohlausrichtung der Baukultur ermöglicht den Ausgleich von Einzel- und Gruppeninteressen, mit denen der Allgemeinheit gedient wird, sinngemäß etwa einer Formulierung aus dem deutschen Grundgesetz folgend: »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.« In Bezug auf Baukultur konkretisiert sich dieses Konzept etwa in einem leistbaren Zugang zu Wohnraum, in der Sicherung von Ressourcen wie Grund und Boden, in der Verfügbarkeit von öffentlichem Raum, im Schutz des baukulturellen Erbes und des Orts- und Landschaftsbildes – aber auch in umfassender, demokratischer Teilhabe. Speziell die Formulierung und Handhabung baukulturspezifischer Vorgaben, allen voran der Raum- und Bauordnungen, sind immer dem öffentlichen Interesse verpflichtet.

3. Ganzheitlich, langfristig und innovativ planen!

Ein wesentlicher Teil der Baukultur ist Planungskultur. Diese wirkt sich unmittelbar auf die materiellen Resultate der Baukultur, also auf gebaute Architektur und auf gestaltete Freiräume, sowie auf die nachfolgenden Prozesse der Nutzung, des Betriebs, der Veränderung und Erneuerung aus. Es ist deshalb sinnvoll und notwendig, Zukunftsfähigkeit in und durch Planungskultur weiterzuentwickeln, etwa durch Koordination und Abstimmung, Partizipation und Kooperation, Kompetenz und Innovation, Problembewusstsein und Vernetzung.

4. Flächen und andere Ressourcen mit Bedacht nutzen!

Gute Baukultur geht maßvoll mit der Landschaft und dem Boden, mit bestehenden Gebäuden, mit Energie und Rohstoffen um. Ressourcenschonung durch Baukultur konkretisiert sich vor allem in einer Stärkung öffentlichen Interesses in der Planungspraxis. Das bestehende – durchaus reichhaltige – Instrumentarium, Innenentwicklung und Leerstandsmanagement, Baulandmobilisierung, aktive Bodenpolitik und Kostenwahrheit im Verkehr usw., muss konsequent eingesetzt werden. Entsprechend dient die Raumordnung der räumlichen Gemeinwohlvorsorge.

5. Öffentliche Mittel an Qualitätskriterien knüpfen!

Parallel zur angestrebten planungspolitischen Rahmenkompetenz des Bundes sind gezielte finanzpolitische Maßnahmen zu ergreifen, um drängenden Problemen etwa in der Siedlungs- oder Verkehrsentwicklung zeitnah und effektiv begegnen zu können. Raumwirksame Steuern, Abgaben, Transferzahlungen und Förderungen sind so umzugestalten, dass sie die bundespolitischen Baukultur-, Nachhaltigkeits- und Klimaschutzziele befördern. Allem voran gilt es dabei, die Zahlungen des Bundes an die Länder und Gemeinden im Rahmen des bis dato »raumblinden Finanzausgleichs« an die Erfüllung quantifizierbarer und somit evaluierbarer Qualitätskriterien zu binden.

English Summary

Policy Areas and Scenarios

The Third Austrian Building Culture Report builds upon the foundations of the first and second reports, but the perspective of the study has changed. Rather than recommending steps leading from an observation of the current situation to a better future, it challenges readers to envision the current situation from the perspective of critical future scenarios. The narrative content sketched here was derived methodologically from a broad-based review of expert opinions on political, social, cultural, and economic trends. To create manageable scenarios, the authors first identified and delimited content that is especially important for building culture in Austria. To this end, policy areas characterized by an intense utilization of resources were defined, an aspect that also makes them important to the overall development of Austria. Of these, the following four policy areas crystallized as narrative paths for the scenarios:

- *Landscape as a resource*
- *Cities and regions*
- *Housing*
- *The public sector*

These were projected into the future in various plausible variations and combinations. The year 2050 was chosen as the time frame. At preliminary roundtables of a diverse group of experts, building blocks for the development of scenarios were created. Envisaged as alternative narratives to the most likely trend, these development scenarios encompass a range of possible different futures.

A total of 22 development scenarios spanning all policy areas were created in this way and then combined into sets to produce narrative building blocks. The 1,440 sets were evaluated through a qualitatively based and quantitatively supported consistency analysis of their reciprocal effects. The goal was to find the combinations of individual narrative building blocks that yield the most harmonious dominant narrative. In a process of selection, three scenarios were chosen from these dominant narratives for further elaboration. The narratives were developed in a structured critical discussion at a second series of round-

tables of experts. The scenarios could thus be sketched out *globally, integrally,* and *nationally,* and then concluded in a final round of consultation with experts.

The *Global Scenario*

This scenario is premised on the dominant role of a liberalized and globalized economy. In Austria, the state has continued to perform its legislative and leadership functions within a very narrow framework. The social fabric is largely determined by market forces. It is assumed that imbalances in both income and wealth distribution have continued to grow. Due to the anticipated economic growth, assurance of certain social minimum standards by the state, and the availability of inexpensive energy, raw materials, food, and labor on the global market, larger segments of the population have been prevented from falling into poverty.

The landscape is seen primarily along high-usage traffic corridors and is characterized by the interchange of functionally separated suburban zones and areas used entirely for agricultural and industrial purposes. Landscapes are often represented digitally. The upper timberline has risen significantly. Even high alpine areas are now free of glaciers. The landscape has been shaped in parts by the demands of tourism. Targets for climate protection and biodiversity have been extensively weakened after international debate. Space is configured by the convergence of conurbations and large-scale areas used intensively for agricultural management. Settlements in remote rural areas are abandoned. Land use and sealed surfaces are increasing. Food production, energy production, raw material extraction, settlement development, tourism, recreational use, transportation systems, and infrastructure all compete for space.

Housing production is subject to private business interests. Accordingly, the various housing opportunities are oriented to consumer sectors and dependent on location. High-density development has built up in central locations. Peripheral and rural areas are extensively developed. New construction has brought about great transformations. Existing buildings are preserved only in the luxury sector. Social groups are highly segregated. Only the high-end sectors offer customization, with standardized housing predominating the middle sectors. Social housing availability is marginal, prompting the growth of informal housing solutions.

To remain competitive in the European and international markets, the administration has been streamlined and is now concentrated mainly at the national level. Public authority has been limited to carrying out core tasks to maintain the state. Municipal control and authority have been largely transferred to private actors. This is also true for all spatial zoning and construction agendas. Building projects are carried out by a few international corporations acting as general and total contractors. The mid-market design scene has shrunk to a mere handful of offices specializing in the preservation of local built heritage. Internationally renowned architects are invited to compete for high-profile projects.

The *Integral Scenario*

This scenario assumes an increased demand for food, raw materials, and energy, which has progressively led to cost transparency on the global market. Against this backdrop, a general change in awareness towards more sustainability and an orientation in support of the common good is also underway in Europe. The European Union has responded by intensifying the integration and establishment of subsistent economic structures. In Austria, the state is increasingly focusing on new forms of cooperation with the private sector. In addition to large established economic units, small and medium-sized regional and grassroots structures are becoming stronger. The distribution of wealth and income tends to be more balanced, but growth is slow. Prosperity is no longer measured solely in monetary terms, but rather in terms of quality of life.

The landscape is characterized by the alternation of compact settlements and clearly defined urban agglomerations with land areas used for agriculture, forestry, and energy production. Small-scale farms with strongly traditional agricultural characteristics are contrasted with large-scale rationalized spaces on the landscape. Here, the timberline has also risen, and high-alpine glaciation is minimal. Nature preserves and protected landscapes have been expanded into networks. Climate protection and biodiversity conservation are highly valued social goals. The development of compact forms of human settlement with clearly defined perimeters characterizes the space. Different functions have been reintegrated into the settlement centers. Regions and regional partnerships have gained importance, while land consumption and soil sealing are stagnating. Food production, energy production, and conservation and protection areas compete for the land.

To provide living space for the growing population while using land as efficiently as possible, redevelopment and infill projects have been carried out within the built fabric. These are supplemented with densely built new areas within the context of an ordered settlement process. Functional and social integration and a diversity of organizational forms are on the rise.

In the process of European integration, the regional administrative bodies that have formed beneath the federal level have quickly accumulated expertise and authority in construction, land use planning, and building culture. A new agency has been set up at the federal level that will take on tasks related to construction, planning, and building culture. The production of architecture is diverse and in the mid-market range, supplemented by professionals to support participatory processes. Design and construction contracts are mainly kept separate and awarded by means of quality-assured procedures. Cooperative and competent partnering between public authorities and the private sector benefits the quality and efficiency of the projects.

The *National Scenario*

In this scenario, a persistently unstable global political and economic situation is assumed. The European Union has split into several national alliances. Austria has left the EU in this scenario, and now increasingly focuses on national governance and control, as well as strict limits on migration of any kind. The population is decreasing slightly yet steadily. Some economic sectors are subsidized, especially agricultural production. A basic level of supply security is guaranteed by expedient bilateral economic agreements. The distribution of income and wealth remains uneven, but there are sectoral shifts, and certain population groups have become more at risk of falling into poverty. Consequently, society has increasingly been segregated by class divisions. Motorized personal transportation, suburbanization, sprawl, energy and raw materials production, and functional division characterize the landscape. Agricultural is primarily large-scale, with small-scale farming only carried out in areas that are otherwise difficult to cultivate. The timberline has risen significantly and high-alpine glaciation is minimal. Nature preserves and protected landscapes are only to fulfill the demands of tourism. Climate protection and diversity conservation measures are marginal. The declining population and an anti-urban attitude are affecting spatial development. Suburbanization and urban sprawl continue to grow outside of zones defined as high-priority for agriculture and tourism. Most

city centers are shrinking, while land is increasingly used wastefully and sealed. Food production, energy production, raw material extraction, settlement development, tourism, transportation systems, and infrastructure compete for space.

The single-family home is strongly promoted as the ideal dwelling type. Thus, despite a decreasing population rate, subdivisions of single-family homes are still being built in rural areas and on the outskirts of cities. Segregation is particularly pronounced in the cities. People with a migration background live in old substandard buildings that, when in need of repair, are simply torn down and replaced with new large-scale developments. The native-born population has primary access to municipal and social housing, as well as to the higher-valued late 19th-century homes. The upper classes live in the villa districts.

Through the idealization of rural life and political efforts to preserve regional patterns and identities, federalism and subsidiarity are on the rise. Public control of planning and construction has been split across various administrative levels. The vast majority of construction projects, both public and private, are carried out by large firms acting as general contractors. The independent designer and planner scene has shrunk and is limited to a few niche markets. Small businesses, craftsmanship, and the national production of building materials are subsidized. Expertise in caring for built heritage is in demand.

Opportunities, Risks, Goals, and Strategies

To render these scenarios useful for contemporary discourse beyond the induced associations, their statements were placed in an objective context. The *Criteria for the Success of Good Building Culture*, part of the Federal Guidelines for Building Culture, were used as a basis for this objective process. The three scenarios were subjected to a comparative risk-reward analysis. However, these objective steps did not directly relate the scenarios to actual policy measures. This final link was established by a detailed review of existing policy objectives as defined by Austrian governmental programs since the year 2000. When the risk-reward analysis and the compilation of policy objectives are compared, a few notable features arise:

In terms of opportunities, an important discussion about the conservation of semi-natural spaces and affordable dwellings is seen in the policy objectives. The main opportunities in the scenarios, such as the preservation and further

development of the built fabric, are only mentioned in passing in government programs. No objectives for the allocation of public space could be identified, and no concise objectives could be found for opportunities for cost transparency in the transport and energy sector or participation and cooperation.

Regarding the risks, competition for available space is particularly important. A fundamental awareness of this problem is expressed in a variety of concise formulations and evident in the policy objectives of newer government programs. At the same time, however, other objectives—such as the expansion of infrastructure, the increased use of renewable raw materials, and the production of renewable energy—indicate a persistently high degree of land consumption. The difficulty of implementing even precise policy goals against a backdrop of diverse and opposing interests becomes clear here, which signifies a steadily growing escalation of existing risks. There are also important political discussions about remote regions at risk of extinction, traffic volumes on the rise, and public authorities losing their ability to act. It was possible to find precise policy objectives addressing the risks of insufficiently integrated city and settlement planning, the effects of climate change, and standardized architectural design. The containment of urban sprawl is an explicit target in the most recent government program. Risks arising from segregation, the mobilization of vacancy, and the use of fallow land are not addressed.

Five strategic guiding principles were derived from the overview of these comparative analyses. They attempt to establish substantive interconnections and link the future to the present in order to serve as a guide to successful building culture policy in Austria and to help implement existing policy objectives.

1. Raise awareness of building culture and promote structures therefore!

Design quality results from building culture as a system of modes of action and patterns of thought. Only when the general public and the involved decision-makers both share a concept of the possibilities and problems, limits and potentials, influences and effects of building culture and their connections to other social, political, and cultural issues, can building culture advance in a positive direction. As an interdisciplinary matter, building culture is scattered throughout different departments and levels of local authority. To consolidate, stabilize, and anchor an awareness of building culture in Austria, it is vital to establish an independent agency to coordinate building culture with these central areas of activity: consulting, education, and support.

2. Strengthen the common good!

Building culture's focus on common good makes a balance possible between individual and collective interests that serve the community. In the words of the German Constitution: "With ownership comes responsibility. At the same time, its use should serve the public good." In relation to building culture, this concept becomes more concrete when looking at access to affordable housing, the safeguarding of resources such as land, the availability of public space, and the protection of built heritage, the townscape, and the landscape—and also of comprehensive, democratic participation. In particular, the formulation and handling of building culture regulations, and most notably, the planning regulations and building code, are always subject to the public interest.

3. Plan holistically, innovatively, and to last!

A key part of building culture is the culture of planning: this directly affects the material results of building culture, i. e., built architecture and open space design, as well as subsequent processes of usage, operation, modifications, and renewal. It is therefore meaningful and necessary to further develop the future viability of these things in and through the culture of design, for example, through coordination and agreement, participation and cooperation, competence and innovation, awareness of problems and networking, and more.

4. Use land and other resources judiciously!

Good building culture exercises care and restraint with the landscape and the soil, existing buildings, energy, and raw materials. The conservation of resources through building culture takes on greater priority primarily by strengthening public interest in the practice of planning. The existing—very wide-ranging— instruments of inner urban development and vacancy management, buildable land mobilization, active land policy, and cost transparency in transportation, etc. must be employed consistently. Land use planning serves the spatial common good accordingly.

5. Link public funding to quality criteria!

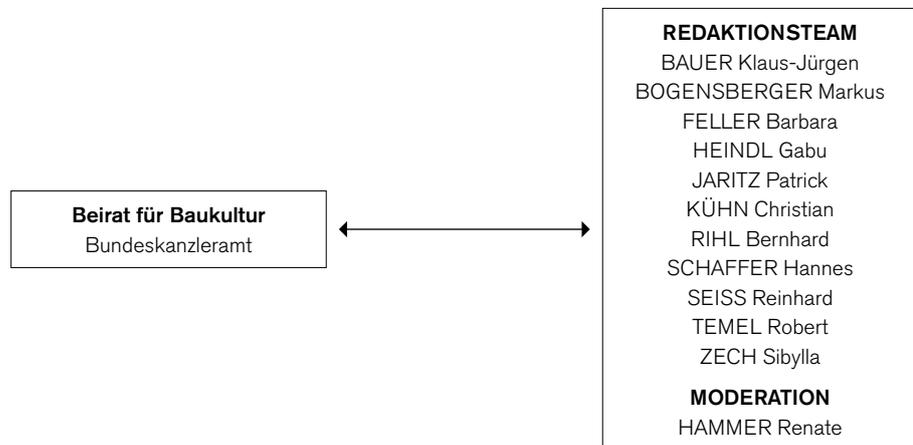
In tandem with the sought-after overall competence in federal planning policy, targeted financial policy measures must be introduced in order to timely tackle urgent problems effectively—for instance, in the development of settlements and transportation systems. Taxes affecting spatial development, duties, trans-

fer payments, and subsidies should be restructured so as to promote the goals of national policies on building culture, sustainability, and climate protection. Above all, within the framework of “spatially blind financial compensation”, it is important to link federal contributions to the provinces and municipalities to the fulfillment of quantifiable and thus reviewable quality criteria.

Anhang

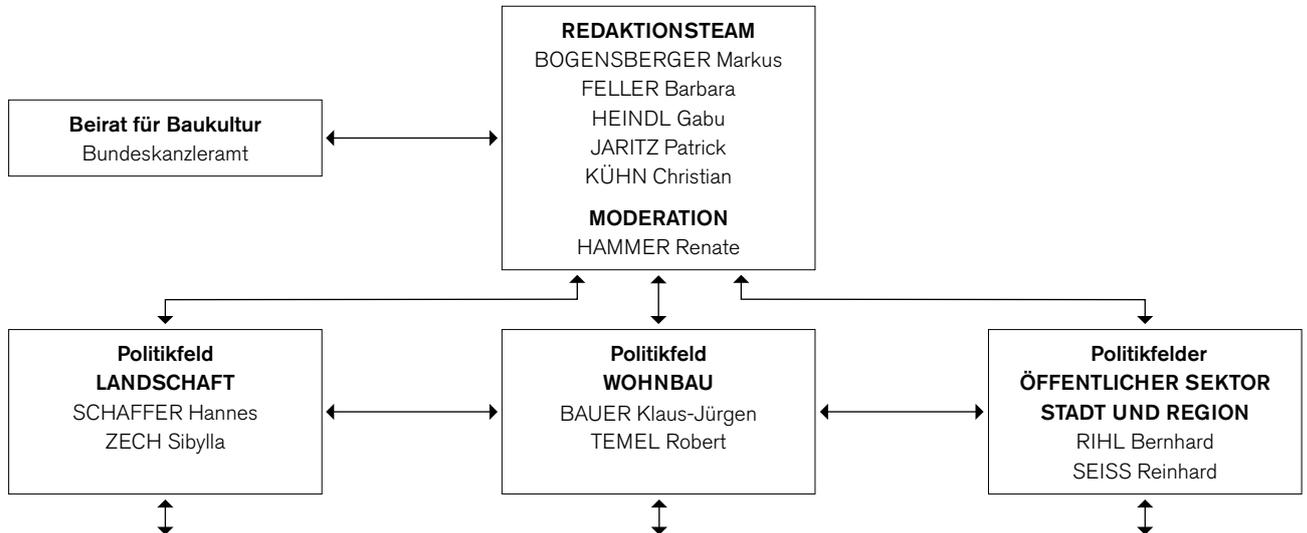
Im Folgenden sind die Beteiligten an der Erstellung des Reports in den unterschiedlichen Phasen der Bearbeitung angeführt.²²³

Organisationsstruktur und Team – Bearbeitung inhaltlich übergreifender Aspekte



223 Anmerkung: Die Angabe der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Expertinnen-/Expertenrunden I und II beruht auf den Zusagen zur Teilnahme, die jeweils am Tag vor der Abhaltung der Runden vorlagen. Kurzfristige Verhinderungen sind nicht berücksichtigt.

Organisationsstruktur und Team – Bearbeitung Politikfelder



Runde I

Arbeitsgruppe 1 – Landschaft als Ressource

Moderation: KONRAD Verena

Redaktion: SCHAFFER Hannes, ZECH Sibylla

Expertinnen und Experten: KANONIER Arthur, KNOLL Thomas, KOPEINIG Gerhard, LICKA Lilli, PROKOP Gundula, PROKSCH Thomas, RIEDER Max, SALZMANN Geli, STRELE Martin, TROPPE Andreas, WEINBERGER Kurt, ZIERAU Frank, ZIMMERMANN Daniel

Arbeitsgruppe 2 – Wohnraum in Abwanderungsregionen

Moderation: BOGENSBERGER Markus

Redakteur: BAUER Klaus-Jürgen

Expertinnen und Experten: CARSTEAN Anca-Maria, GUTTMANN Eva, HENDRICH Petra, HIESS Helmut, HOLLER Astrid, HOLZWEBER Christine, MARIK-LEBECK Stephan, PANSINGER Sanela, PENKER Marianne, PRETTENTHALER Franz, RUDISCHER Karl, SPEIGNER Simon, STRUMMER Josef, STUMFOL Isabel, WEBER Gerlind

Arbeitsgruppe 3 – Wohnraum unter Wachstumsdruck

Moderation: LEEB Franziska

Redakteur: TEMEL Robert

Expertinnen und Experten: AMANN Wolfgang, AULINGER Christian, GUTMANN Raimund, HAHN Thomas, HANKE Manuel, HARNACK Maren, INNINGER Bernhard, KLEIN Michael, POPELKA Anna, REITTER Helmut, ROSIFKA Walter, SCHÖN Wolfgang, SCHUSTER Gerhard, STIX Elisabeth, TILLNER Silja, WERLE Bertram

Arbeitsgruppe 4 – Zentrenentwicklung

Moderation: SCHLÖGL Heidrun

Redakteur: SEISS Reinhard

Expertinnen und Experten: BÖKER Ulrike, DOBLHAMER Gerhard, FREY Harald, KRASSER Robert, LEHN Antje, LINDNER Hannes, NAGEL Reiner, PANY Karl, PAULA Luzian, ROSEGGER Rainer, SCHERÜBL-MEITZ Susanne, SCHWER Stefanie, WETSCHKO Hartwig, WETSCHKO Reinhold

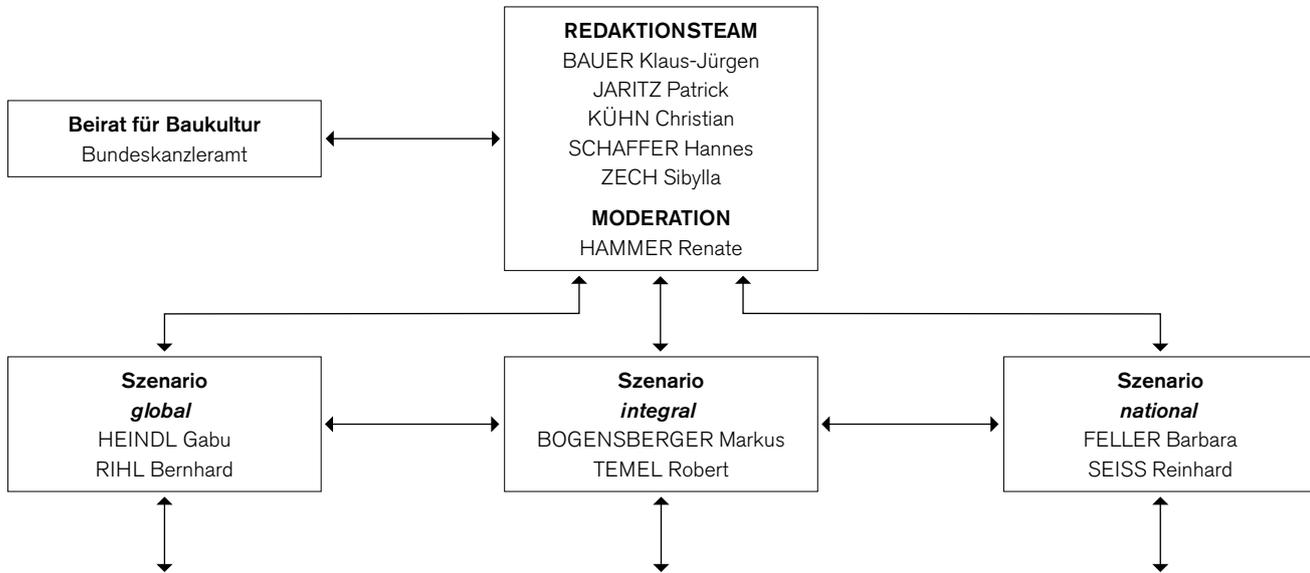
Arbeitsgruppe 5 – Öffentliches Bauen

Moderation: DIENST Volker

Redakteur: RIHL Bernhard

Expertinnen und Experten: DRIMMEL Nicolaus, GRUBER Roland, HÄMMERLE Marina, HEINDL Gabu, KOBERG Günter, PANSINGER Michael, RUF Michael, SABO Manfred, SCHNELL Hermann, SCHWARZ-VIECHTBAUER Karin, SOMMER Bernhard, WASTIAN Gerhard

Organisationsstruktur und Team – Bearbeitung Szenarien



Runde II

Arbeitsgruppe Szenario *national*

Redaktion: FELLER Barbara, SEISS Reinhard

Expertinnen und Experten: BAUER Klaus-Jürgen, BÖKER Ulrike, DENK Franz, DIENST Volker, HAGLEITNER Tobias, JESCHKE Hans Peter, KLEBOTH Andreas, KÜHN Christian, LACKNER Raffaella, MATHIS Josef, ROSEGGER Rainer, ROSIFKA Walter, WÖRNDL Andreas

Arbeitsgruppe Szenario *integral*

Redakteure: BOGENSBERGER Markus, TEMEL Robert

Expertinnen und Experten: AMESBERGER Gunter, ASPETSBERGER Ulrich, FREY Harald, GRUBER Marion, HAHN Thomas, MAYER Karoline, PANSINGER Sanela, SCHÖN Wolfgang, WEIDINGER Christoph, WINKLER Angelika

Arbeitsgruppe Szenario *global*

Redaktion: HEINDL Gabu, RIHL Bernhard

Expertinnen und Experten: AULINGER Christian, DEGENDORFER Christoph, JARITZ Patrick, LOGAR Herbert, MITTEREGGER Mathias, POTOČNIK Lorenz, PRETTENTHALER Franz, QUIRIN Clemens, SCHWERTNER Robert, SPEIGNER Simon, SPIEGELFELD Markus, WALTENBERGER Linus, WURM Karl

Fachkonsulentinnen und Fachkonsulenten

AMANN Wolfgang / Wirtschaft – baulicher Kontext; FELBER Christian / Wirtschaft – gesellschaftlicher Kontext; GANSTERER Markus / Verkehr und Logistik; HAINFELLNER Elisabeth / Landwirtschaft, Energiewirtschaft, landwirtschaftliche Eigenversorgung; KRAUTSACK Daniela / Konsumverhalten – auch im demografischen Kontext; RASMUSSEN Ulla / Verkehr und Logistik; SIRBEGOVIC Amalia / Migration; TANCSITS Walter / Wirtschaft – gesellschaftlicher Kontext; TELLIOGLU Hilda / Digitalisierung, Arbeitswelten; WINNER Hannes / Wirtschaft – gesellschaftlicher Kontext

Quellenverzeichnis

Achleitner F., Der »Aufbau« und die Aufbrüche, Architektur im 20. Jahrhundert: Österreich 1945–1975, Artikel vom 1. Oktober 1995 in nextroom.at, www.nextroom.at/article.php?id=586 (letzter Zugriff: 10.05.2017)

Amann W., Lugger K., österreichisches wohnhandbuch 2016, Innsbruck, Wien, Bozen 2016, S. 29, verfügbar unter: iibw.at/documents/2016%20Amann_Lugger%20%20%C3%96sterreichisches%20Wohnhandbuch.pdf (letzter Zugriff: 23.05.2017)

Arbeitsmarktservice Österreich, Berichte und Auswertungen, Zeitreihen, Arbeitsmarktlage seit 1946, www.ams.at/ueber-ams/medien/arbeitsmarktdaten/berichte-auswertungen (letzter Zugriff: 08.05.2017)

Arbeitsmarktservice Österreich, Abt. Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation, Medieninhaber, Verleger und Herausgeber, Übersicht über den Arbeitsmarkt, März 2017, Quelldaten: EUROSTAT 02-2017

Architektenkammer Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Architektur und Politik – Europa gestalten!, Internationaler Architektenkongress der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen, 2004

Arbeitsprogramm, Arbeitsprogramm integriert in das Regierungsprogramm Faymann II (ab Mai 2016 Regierung Kern), erschienen Jänner 2017, »Für Österreich«

ARGE Baukulturreport, Plattform für Architekturpolitik und Baukultur mit T.C. Baurärgesellschaft mbH, Österreichischer Baukulturreport 2006, 2006

Außenwirtschaft Austria der Wirtschaftskammer Österreich, Österreichische Exportwirtschaft 2016, Österreichischer Außenhandel und Direktinvestitionen Export-Hot Spots, 2016

Berger A., Europa – Architektur und Politik am Beispiel Finnland/Österreich, in: Architektenkammer Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Architektur und Politik – Europa gestalten!, Internationaler Architektenkongress der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen, 2004

Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, 69. Verordnung: Einkaufszentren Verordnung, ausgegeben am 6. März 1998, Teil II, verfügbar unter: www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1998_69_2/1998_69_2.pdf (letzter Zugriff: 23.05.2017)

Bundeskanzleramt, Baukulturelle Leitlinien des Bundes, beschlossen im Ministerrat vom 22.08.2017, www.baukultur.gv.at (letzter Zugriff: 23.08.2017). Die Baukulturellen Leitlinien sind eine freiwillige Selbstbindung des Bundes sowie seiner ausgegliederten Rechtsträger im öffentlichen Interesse und Basis für partnerschaftliches Vorgehen aller Akteurinnen und Akteure.

Bundeskanzleramt und Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Hrsg.), Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung, Empfehlungen für die gute Praxis, 2009, www.partizipation.at

Bundeskanzleramt Österreich (Herausgeber), Beiträge der Bundesministerien zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch Österreich, Darstellung 2016, 2017, <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/nachhaltige-entwicklung-agenda-2030> (letzter Zugriff: 19.06.2017)

Bundeskanzleramt Österreich (Herausgeber), Plattform Baukultur (Verfasser), Baukulturreport 2011, 2011

Bundeskanzleramt und Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (Medieninhaber, Verleger und Herausgeber), The Skills Group GmbH, Magistris und Berchtold, Digital Road Map, 2016, www.digitalroadmap.gv.at/handlungsfelder-und-massnahmen/sicherheitschutz-und-vertrauen/ (letzter Zugriff: 19.06.2017)

Bundesministerium für Gesundheit und Frauen, Gesundheitsziele Österreich, Richtungsweisende Vorschläge für ein gesünderes Österreich, 2012, Ausgabe 2017, www.gesundheitsziele-oesterreich.at (letzter Zugriff: 17.08.2017)

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Hrsg.), Biermayr Peter, Erneuerbare Energie in Zahlen 2016, Entwicklung in Österreich, Datenbasis 2015, Wien 2016

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Hrsg.), Die österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung, Eine Initiative der Bundesregierung, Wien 2002

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Grüner Bericht, Bericht über die Situation der Österreichischen Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2015, 57. Auflage, Wien 2016

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Hrsg.), Esterl M., Wisek W., Masterplan ländlicher Raum, AUF-Schwung für den ländlichen Raum, 2017, <https://www.bmlfuw.gv.at/service/publikationen/land/masterplan-laendlicher-raum.html> (letzter Zugriff: 28.08.2017)

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Abteilung II/Infra 5 (Hrsg.), Verkehr in Zahlen, Österreich, Ausgabe 2011, Wien 2012, verfügbar unter: www.bmvit.gv.at/verkehr/gesamtverkehr/statistik/downloads/viz_2011_gesamtbericht_270613.pdf (letzter Zugriff: 23.05.2017)

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Abteilung IV/IVVS1, Statistik Straße & Verkehr, Jänner 2017

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Faktenblatt Gesamtverkehrsplan für Österreich, Verkehrsleistung in Österreich: Zahlen und Fakten, 2012

Bundespressedienst (Hrsg.), Tálos Emmerich, Das politische System in Österreich, Wien 2000

CHCfE Konsortium, Cultural Heritage Counts for Europe, Juni 2015, <http://blogs.encatc.org/culturalheritagecountsforeurope/outcomes/> (letzter Zugriff: 04.07.2017)

Denkmalschutzgesetz (BGBl. 1923 /533 idF. I 2013/92)

Energy Information Administration, International Energy Outlook 2016, Report Number: DOE/EIA-0484(2016), Release Date: May 2016, <https://www.eia.gov/outlooks/ieo/world.php> (letzter Zugriff: 19.06.2017)

European Commission, Directorate-General for Research and Innovation, Directorate B – European Research Area Unit B.5. – Social Sciences and Humanities, The Global Europe 2050 foresight report, 2012

Europarat, Rahmenübereinkommen des Europarates über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft, BGBl. III Nr. 23/2015, https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2015_III_23/COO_2026_100_2_1072642.pdf (letzter Zugriff: 04.07.2017)

Europäische Sozialcharta (revidiert), Bundeskanzleramt, Rechtsinformationssystem, StF: BGBl. III Nr. 112/2011 (NR: GP XXIV RV 1068 AB 1090 S. 100. BR: AB 8476 S. 795.) Fassung vom 09.05.2017, Art. 16, www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20007377 (letzter Zugriff: 17.08.2017)

Architektur & Bauforum, Traumberuf Architekt, Groihofer Brigitte, 25.10.2013, www.bauforum.at/architektur-bauforum/traumberuf-architekt-17781 (letzter Zugriff: 08.05.2017)

Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen, Oberhuber Andreas et al., Zahlen, Daten, Fakten zu Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft in Österreich, 2014

Gasser F., Wie ein Tal stirbt, Die Zeit Nr. 31/2011, 28. Juli 2011

Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz (Hrsg.), Österreichisches Raumentwicklungskonzept 2011 ÖREK, 2011

GfK – Gewaltfreie Kommunikation, Austria Sozialforschung, Lifestyle Studie 2004 – Sonderband, Die österreichische Identität, 2004

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Juli 2017 (BGBl. I S. 2347) dort Art 14 (2)

Hauth E., Grossmann B., Ausgliederungen im Bereich der Österreichischen Gemeinden: Umfang, Leistungsspektrum und Risikopotenzial, Ergebnisse per Jahresende 2010, 2012, https://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:oHGqX18VYjEJ:https://www.fiskalrat.at/dam/jcr:9e18a2cc-360b-4d24-9a44-b221a968e582/studie-gemeindeausgliederungen-final-5_juni_2012_tcm163-248845.pdf (letzter Zugriff: 19.06.2017)

Holoubek M., Mehr Macht den Ländern oder ein Wohnministerium, in: Der Standard 01.03.2017

Institut für Immobilien, Bauen und Wohnen GmbH, im Auftrag des Landes Niederösterreich, Amann Wolfgang et al., Staatsausgaben für Wohnen und deren Wirkung im internationalen Vergleich, 2013

Institut für Sicherheits- und Risikowissenschaften, Universität für Bodenkultur Wien, Optimierung der Schnittstelle zwischen agrarischer Landnutzung und Verwertung erneuerbarer agrarischer Energieträger, Flächennutzung in Österreich, 2010, http://www.risk.boku.ac.at/OPAL/HP/index3204.html?page_id=7 (letzter Zugriff: 10.05.2017)

INTEGRAL in Kooperation mit dem Heidelberger Sinus-Institut, groupm, Leben im digitalen Biedermeier: Rückzug oder Offensive als Folge der Krise?, Sinus-Milieus® zur gesellschaftlichen Entwicklung, 2015

Interessengemeinschaft Windkraft Österreich, Statistiken und Fakten zur Stromerzeugung aus Windkraft, Windenergie in Österreich, Stand: 12/2016, [www.igwindkraft.at/fakten/?xmlval_ID_KEY\[0\]=1234](http://www.igwindkraft.at/fakten/?xmlval_ID_KEY[0]=1234) (letzter Zugriff: 08.05.2017)

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik (Hrsg.), Mader Katharina, Schneebaum Alyssa, Hollan Katarina, Klopff Patricia, Vermögensunterschiede nach Geschlecht, Erste Ergebnisse für Österreich, 2014, S. 10

Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland, Jahresbericht 2014, Das Jahr 2014 auf einen Blick, Zahlen, Daten und Fakten. Ein statistischer Querschnitt, 2014, wien.arching.at/fileadmin/user_upload/redakteure_wnb/B_Ueber_uns/B_4_Kammerfinanz/Statistiken/Statistiken_2014.pdf (letzter Zugriff: 08.05.2017)

Kletzan-Slamanig D., Köppl A., Subventionen und Steuern mit Umweltrelevanz in den Bereichen Energie und Verkehr, Wien 2016, verfügbar unter: www.klimafonds.gv.at/assets/Uploads/Presseaussendungen/2016/PK-Wifo-Subvention/StudieSubventionen-und-Steuern-mit-Umweltrelevanz2016.pdf (letzter Zugriff: 23.05.2017)

Kommunalkredit Austria AG (Hrsg.), Österreichischer Gemeindebund, Österreichischer Städtebund, Gemeindefinanzbericht 2016, Rechnungsjahr 2015, Vorabexemplar, 2016, Seite 4 f., gemeindebund.at/images/uploads/downloads/2016/PK-Unterlagen/Gemeindefinanzbericht/GFB2016_Vorabexemplar_FINAL.pdf (letzter Zugriff: 11.05.2017)

Land Steiermark, Gemeindestrukturreform Steiermark Leitbild, Stärkere Gemeinden – Größere Chancen, 2012
http://www.gemeindestrukturreform.steiermark.at/cms/dokumente/11615233_100167017/525d4b39/GSR_Leitfaden_30012012_Vs2.pdf (letzter Zugriff: 19.06.2017)

Langer M., Der Anbau nachwachsender Rohstoffe in Sachsen-Anhalt und Thüringen, 2007

Musterd S. et al., Socio-Economic Segregation in European Capital Cities: Increasing Separation between Poor and Rich, IZA DP No. 9603, 2015

Ökosoziales Forum, Ökosozialer Bodenkompass – ein Leitfaden für Bodenschutz und nachhaltiges Flächenmanagement im ländlichen Raum, Wien 2017

ÖROK Regionalprognose, Kurzfassung, 2014, Bevölkerung, S. 5,
http://www.oerok.gv.at/fileadmin/Bilder/2.Reiter-Raum_u_Region/2.Daten_und_Grundlagen/Bevoelkerungsprognosen/Prognose_2014/%C3%96ROK-Bev%C3%B6lkerungsprognose_Kurzfassung_final.pdf (letzter Zugriff: 19.06.2017)

Österreichische Gesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, GSV – Die Plattform für Mobilität, Fact Sheet Schiene, 2016

Österreichische Raumordnungskonferenz, Atlas Raumbewertung, Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung, Quelldaten: Statistik Austria, Stand 01.01.2016, www.oerok-atlas.at/oerok/files/summaries/15.pdf (letzter Zugriff: 11.05.2017)

Österreichische Raumordnungskonferenz, Empfehlung Nr. 56, Flächensparen, Flächenmanagement & aktive Bodenpolitik – Ausgangslage, Empfehlungen und Beispiele, 2017, http://www.oerok.gv.at/fileadmin/Bilder/2.Reiter-Raum_u_Region/1.OEREK/OEREK_2011/PS_Flächensparen/OeROK-Empfehlung_56_Flächensparen_Internet.pdf (letzter Zugriff: 28.08.2017)

Österreichische Raumordnungskonferenz, 13. Raumordnungsbericht. Analysen und Berichte zur räumlichen Entwicklung Österreichs 2008–2011, Krajašits Cornelia, nach Quelle: Hiess Helmut, Kurzfassung zu Kapitel: »Rahmenbedingungen und Trends der räumlichen Entwicklung Österreichs«, 2012

Österreichische Raumordnungskonferenz, Szenarien der Raumentwicklung Österreichs 2030. Regionale Herausforderungen & Handlungsstrategien, 2009

Österreichischer Gemeindebund (Hrsg. und Medieninhaber der Webseite: gemeindebund.at), Struktur der Gemeinden, Zahlen & Fakten <http://gemeindebund.at/struktur-der-gemeinden>, (letzter Zugriff: 17.05.2017)

Österreichischer Sachstandsbericht Klimawandel 2014 (AAR14). Austrian Panel on Climate Change (APCC), Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 2014

Österreichischer Städtebund, www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/aktuelles-details/artikel/ein-drittel-der-oesterreicher-lebt-in-staedten.html (letzter Zugriff: 19.06.2017)

Österreichischer Verband der Immobilienwirtschaft, Streissler-Führer Agnes et al., Fact sheets: Leistbare Mieten – Leistbares Leben, 2015

Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum (Hrsg.), Land- und Forstwirtschaft in Österreich, Broschüre 2011

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Public Private Partnership in Österreich, Aktuelle Bestandsanalyse und Trends, Puwein Wilfried et al., 2008

Peters C., Willinge S., Architekturpolitiken in Europa – Ein Überblick, Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/12, 2002, S. 645–654

Regierungsprogramm, Regierung Schüssel I, Februar 2000 bis Februar 2003, »Österreich neu regieren«

Regierungsprogramm, Regierung Schüssel II, Februar 2003 bis Jänner 2007, »Zukunft – Gerech – Nachhaltig«

Regierungsprogramm, Regierung Gusenbauer, Jänner 2007 bis Dezember 2008

Regierungsprogramm, Regierung Faymann I, Dezember 2008 bis Dezember 2013, »Gemeinsam für Österreich«

Regierungsprogramm, Regierung Faymann II, Dezember 2013 bis Mai 2016, »Erfolgreich. Österreich.«

Regionalinformation der Grundstücksdatenbank (BEV) aufbereitet durch Umweltbundesamt, Statistik Austria, 2012

Saurugg H., Die Netzwerkgesellschaft und Krisenmanagement 2.0, 2012

Schürer O., Berufsfeld Architektur, Langzeitstudie der Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Architektur tätiger Menschen, 2014

Seiß Reinhard: Matzinger Fritz: Pionier und Überzeugungstäter, 12.05.2014, www.bauforum.at/architektur-bauforum/fritz-matzinger-pionier-und-ueberzeugungstaeter-17867 (letzter Zugriff 23.05.2017)

Smith, N., Uneven development: Nature, capital, and the production of space, University of Georgia Press, 2010

Statistik Austria, Bevölkerungsfortschreibung 1961–1995, ab 1996 Wanderungsstatistik, erstellt am 14.06.2016, https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/wanderungen/022920.html (letzter Zugriff: 08.05.2017)

Statistik Austria (Hrsg.), Census 2011, Gebäude- und Wohnungszählung, Ergebnisse zu Gebäuden und Wohnungen aus der Registerzählung, Wien 2013

Statistik Austria, Fahrzeugbestand, Stand Ende 2016, letzte Änderung am 24.04.2017, www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_umwelt_innovation_mobilitaet/verkehr/strasse/kraftfahrzeuge_-_bestand/index.html (letzter Zugriff: 16.05.2017)

Statistik Austria, Familien- und Haushaltsstatistik 2012, Ergebnisse der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung, Wien 2013

Statistik Austria, Globalschätzung 2017: Bruttoinlandsausgaben für F&E-Finanzierung der in Österreich durchgeführten Forschung und experimentellen Entwicklung 1981–2017, letzte Änderung am 21.04.2017

Statistik Austria, Menschen und Gesellschaft, Fertiggestellte Wohnungen und Gebäude 2005 bis 2015, Wohnungs- und Gebäudebestand Ende 2015, letzte Änderung am 13.01.2017, www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/wohnen/wohnungs_und_gebaeudeerrichtung/fertigstellungen/index.html (letzter Zugriff: 16.05.2017)

Statistik Austria, Registerzählung 2011 (31.10.2011), www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/wohnen/wohnungs_und_gebaeudebestand/index.html

Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes, Bevölkerung im Jahresdurchschnitt 2015 nach NUTS-Regionen und breiten Altersgruppen, erstellt am 14.06.2016, www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstand_und_veraenderung/bevoelkerung_im_jahresdurchschnitt/065122.html (letzter Zugriff: 08.05.2017)

Statistik Austria, Tourismus-Satellitenkonto – Wertschöpfung, Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Tourismus und der Freizeitwirtschaft in Österreich 2000 bis 2016, letzte Änderung am 03.05.2017, www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/tourismus/tourismus-satellitenkonto/wertschoepfung/index.html#index1 (letzter Zugriff: 08.05.2017)

Statistik Austria, Wanderungssaldo 2016, Datenstand 2017, www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/index.html (letzter Zugriff: 19.06.2017)

Statistik Austria, Wie geht's Österreich, Wohlstand und Fortschritt, BIP pro Kopf real, Stand 2015, www.statistik.at/web_de/statistiken/wohlstand_und_fortschritt/wie_gehts_oesterreich/index.html (letzter Zugriff: 08.05.2017)

Statistik Austria, Wirtschaft, Öffentliche Finanzen und Steuern, Off balance sheet Public Private Partnership, 2013–2015, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/oeffentliche_finanzen_und_steuern/sixpack/jahresindikatoren/index.html (letzter Zugriff: 08.05.2017)

Statistik Austria (Hrsg.), Wohnen 2015, Mikrozensus – Wohnungserhebung und EU-SILC, Wien 2016

Statistik Austria (Hrsg.), Wohnen 2015 – Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik, Wien 2016

Stejskal M., Bußwald P., Ferk H., Supper S., Tappeiner G., Bilanzierung der Grauen Energie in Wohnbau und zugehöriger Infrastruktur-Erschließung, Bericht zu Arbeitspaket AP2 des Projekts ZERSiedelt, zu energierelevanten Aspekten der Entstehung und Zukunft von Siedlungsstrukturen und Wohnungsbäudetypen in Österreich, s.l. 2011, S. 36, verfügbar unter: www.zersiedelt.at/zersiedelung-studien-oesterreich/AP2-zersiedelt-graue-energie-wohnbau.pdf (letzter Zugriff: 23.05.2017)

Stern N., Stern Review on the Economics of Climate Change, im Auftrag der Regierung Großbritanniens, 2006

Streicher W., et al., im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft: Energieautarkie für Österreich 2050, Feasibility Study, 2010

The European Council of Spatial Planners, *European Charter on Participatory Democracy in Spatial Planning Processes*, 2015, www.ectp-ceu.eu/index.php/en/6-news/news/323-european-charter-on-participatory-democracy (letzter Zugriff: 19.06.2017)

Tockner L., Wohnungsmieten und Wohnungspreise in Wien 2015, Februar 2017

Umweltbundesamt, Ämter der Landesregierungen Österreichs, Naturschutzrechtlich geschützte Gebiete in Österreich, Stand 12/2015, <http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/naturschutz/sg/> (letzter Zugriff: 08.05.2017)

Umweltbundesamt, Elfter Umweltkontrollbericht, Umweltsituation in Österreich, Bericht des Umweltministers an den Nationalrat, 2016

Umweltbundesamt, Egger Karin et al., Wiedernutzungspotenzial industrieller Brachflächen in Österreich, 2004

Umweltbundesamt, Zehnter Umweltkontrollbericht, REP-0410, Kapitel 16, Raumentwicklung, 2013

United Nations, Department of Economic and Social Affairs, International Migration 2015, <http://www.un.org/en/development/desa/population/migration/publications/wallchart/docs/MigrationWallChart2015.pdf> (letzter Zugriff: 19.06.2017)

United Nations Refugees Agency, Statistiken UNHCR – DACH, 2015, <http://www.unhcr.org/dach/at/statistiken> (letzter Zugriff: 19.06.2017)

Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl. S. 991, 992) BayRS 100-1-I auf den Boden angewendet. 2. Abschnitt: Das Eigentum, Art. 161 (1) Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen überwacht. Mißbräuche sind abzustellen. (2) Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Verkehrs Club Österreich, Lkw-Verkehr auf Österreichs Autobahnen wächst deutlich stärker als Wirtschaft, 2015, <https://www.vcoe.at/news/details/vcoe-lkw-verkehr-auf-oesterreichs-autobahnen-waechst-deutlich-staerker-als-wirtschaft> (letzter Zugriff: 10.05.2017)

Wirtschaftskammer Österreich (Hrsg.), Mraz Hannes, Wir leben wo wir kaufen – Wir kaufen wo wir leben, Forderungen der Wirtschaftskammer Österreich zur Erhaltung der Nahversorgung, 2006, www.wko.at/branchen/handel/NV-Broschuere-Forderungen-komplett.pdf (letzter Zugriff: 08.05.2017)

Wieser R., Mundt A., Amann W., Staatsausgaben für Wohnen und deren Wirkung im internationalen Vergleich, 2013

Wohnnet, Baubehörden und deren Zuständigkeit, Quelldaten: Bauordnungen, Rechtsinformationssystem des Bundes, Stand 2013, <https://www.wohnnnet.at/sanierung/planung/baubehoerde-64234> (letzter Zugriff: 08.05.2017)

Internetquellen nach Stichworten geordnet

2000-Watt-Gesellschaft, Schweiz:
www.2000watt.ch (letzter Zugriff 17.08.2017)

Architekturstiftung, Architekturhäuser, Architekturzentrum Wien:
www.architekturstiftung.at, www.azw.at (letzter Zugriff 19.05.2017)

Bundesbeschaffung, Vergabegesetz:
www.bbg.gv.at/kunden/vergabe-beratung/vergabekompetenz-center/gesetze-verordnungen/oesterreichische-vergabevorschriften/
(letzter Zugriff: 17.05.2017)

Bundesimmobiliengesellschaft, vermietbare Fläche:
www.big.at/ueber-uns/portfolio/vermietbare-flaeche/
(letzter Zugriff: 08.05.2017)

Deutsches Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung:
www.bbsr.bund.de (letzter Zugriff 30.05.2017)

Deutsches Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Städtebauförderung:
www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Home/home_node.html
(letzter Zugriff 19.05.2017)

Einkaufszentren, Entwicklung:
www.textilzeitung.at/business/detail/einkaufszentren-zahl-und-umsatz-sinkt.html (letzter Zugriff: 23.05.2017)

Gemeindebund, Entwicklung Ortskerne und Stadtumland:
alt.gemeindebund.at/news.php?id=1370&m=5&sm=16&PHPSESSID=7a7d0c81292fae98986bdef771c126e9 (letzter Zugriff: 23.05.2017)

Gemeindebund, Leistung der Gemeinden:
gemeindebund.at/was-unsere-gemeinden-leisten (letzter Zugriff: 17.05.2017)

Gemeindebund, Struktur der Gemeinden:
gemeindebund.at/struktur-der-gemeinden (letzter Zugriff: 17.05.2017)

Gemeinwohlorientierte Raumentwicklung Vorarlberg:
www.vauhochdrei.at (letzter Zugriff: 08.05.2017)

Landluft, Verein zur Förderung von Baukultur in ländlichen Räumen:
www.landluft.at (letzter Zugriff: 19.05.2017)

Nachhaltigkeit, Beschluss Ministerrat:
www.nachhaltigkeit.at/assets/customer/Downloads/Strategie/_STRAT_2010_07_20_Beschluss_20Ministerrat.pdf
(letzter Zugriff: 23.05.2017)

ÖBB-Infrastruktur, Zahlen, Daten, Fakten:
infrastruktur.oebb.at/de/unternehmen/zahlen-daten-fakten
(letzter Zugriff: 08.05.2017)

Ort schafft Ort, wie Baukultur Menschen verändert:
ortschaffort.landluft.at/der-film.html (letzter Zugriff: 19.05.2017)

Raumordnung und Regionalpolitik in Niederösterreich:
www.raumordnung-noe.at/index.php?id=529 (letzter Zugriff
17.08.2017) Schweizer Bundesamt für Raumentwicklung, Verkehr und Siedlung:
www.are.admin.ch/are/de/home/verkehr-und-infrastruktur/programme-und-projekte/aggglomerationsprogramme-verkehr-und-siedlung.html
(letzter Zugriff 17.08.2017)

The Lawfare Institute, Sicherheit digitaler Netze:
www.lawfareblog.com/someone-learning-how-take-down-internet
(letzter Zugriff 17.08.2017)

Stadtverwaltung München, Immobilien:
www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kommunalreferat/immobilien/sobon.html (letzter Zugriff 17.08.2017)

Steuerverwaltung des Kantons Basel-Stadt, Abgaben:
www.steuerverwaltung.bs.ch/steuersystem/steuerarten/kantonale-steuern/mehrwertabgabe.html
(letzter Zugriff 17.08.2017)

Tourismus Austria, Entwicklung:

www.austriatourism.com/wp-content/uploads/2016/04/2016g-staedtetourismus-2015-charts_16zu9.pdf (letzter Zugriff: 08.05.2017)

Umweltbundesamt, Flächeninanspruchnahme:

www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/raumordnung/rp_flaecheninanspruchnahme/ (letzter Zugriff: 08.05.2017)

Universität Wien, Raumordnung:

homepage.univie.ac.at/peter.weichhart/Homepage/Forschung/Raumordnung/ROVertragsro01.htm (letzter Zugriff: 23.05.2017)

VCOE, Entwicklung KFZ-Verkehr:

www.vcoe.at/news/details/vcoe-kfz-verkehr-ist-in-oesterreich-seit-1990-massiv-gestiegen (letzter Zugriff: 23.05.2017)

Verkaufsflächendichte in Europa:

www.regiodata.eu/de/news/965-verkaufsflaechendichte-in-europa-stagniert (letzter Zugriff: 23.05.2017)

Wirkungskreislauf Denkmalschutz:

www.kunstkultur.bka.gv.at/site/7995/default.aspx (letzter Zugriff: 30.06.2017)

WKO, BIP pro Kopf Langzeitstudie:

wko.at/statistik/Extranet/Langzeit/Lang-BIPproKopf.pdf (letzter Zugriff 17.08.2017)

World Economic Forum, The fourth industrial revolution:

www.weforum.org/agenda/2016/01/the-fourth-industrial-revolution-what-it-means-and-how-to-respond/ (letzter Zugriff 17.08.2017)

Wohnbaulandpreise Salzburg:

salzburg.orf.at/news/stories/2633033/ (letzter Zugriff: 23.05.2017)

Wohnbaulandpreise Österreich:

diepresse.com/home/wirtschaft/boerse/668434/Wo-man-oesterreichweit-am-guenstigsten-wohnt (letzter Zugriff: 23.05.2017)

Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, Regionale Klimamodell-
simulationen bis 2100 im Alpenraum – Lufttemperatur, Stand 2015:
[www.zamg.ac.at/cms/de/klima/informationsportal-klimawandel/
klimazukunft/alpenraum/lufttemperatur](http://www.zamg.ac.at/cms/de/klima/informationsportal-klimawandel/klimazukunft/alpenraum/lufttemperatur) (letzter Zugriff: 11.05.2017)

Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, Regionale Klimamodell-
simulationen bis 2100 im Alpenraum – Niederschlag, Stand 2015:
[www.zamg.ac.at/cms/de/klima/informationsportal-klimawandel/
klimazukunft/alpenraum/niederschlag](http://www.zamg.ac.at/cms/de/klima/informationsportal-klimawandel/klimazukunft/alpenraum/niederschlag) (letzter Zugriff: 11.05.2017)

Impressum

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:

Bundeskanzleramt Österreich

1010 Wien

www.baukultur.gv.at

Der Baukulturreport wurde auf Basis zweier Entschlüsse des österreichischen Nationalrats (91/E, XXII GP, 2005; 42/E, XXIII GP, 2007) von der Bundesregierung, vertreten durch das Bundeskanzleramt, beauftragt.

Auftragnehmerin:

Plattform Baukulturpolitik

www.baukulturpolitik.at

Die inhaltliche Verantwortung liegt bei der Auftragnehmerin.

Konzept, Redaktion und Texte:

Klaus-Jürgen Bauer, Markus Bogensberger, Barbara Feller, Renate Hammer (Leitung), Gabu Heindl, Patrick Jaritz, Christian Kühn, Bernhard Rihl, Hannes Schaffer, Reinhard Seiß, Robert Temel, Sibylla Zech

Illustrationen zu den Szenarien sowie Cover und Trennseiten:

Andrea Maria Dusl, www.comandantina.com

Lektorat: Dorrit Korger

Übersetzung Summary: Ada St. Laurent

Fotocredits Synchronopse:

Heubergsiedlung, © Wien Museum

Karl-Marx-Hof, © Dreizung/Wikimedia CC BY-SA 3.0

Werkbundsiedlung, © Bwag/CC-BY-SA-4.0

Haus Gamerith am Attersee, Ernst A. Plischke Nachlass © Bildrecht, Wien 2017

Per-Albin-Hansson-Siedlung West, © WStLA, Filmarchiv media wien, 133A1-2

Ringturm, © WStLA, Fotos des Presse- und Informationsdienstes, FC1: 60317

Philips-Haus, Margherita Spiluttini © Architekturzentrum Wien, Sammlung

Gartenstadt Puchenau, © Architekten Mühlviertler Hausverband

ORF Landesstudio Tirol, © Bruno Klomfar

Wohnen Morgen Hollabrunn, Margherita Spiluttini © Architekturzentrum Wien, Sammlung

Wohnpark Alterlaa, © Reinhard Seiß

Terrassenhaussiedlung St. Peter, © Helmut Tezak

Forellengewegsiedlung Salzburg, © Stadtarchiv Salzburg, Fotosammlung

Wohn- und Kulturprojekt Sargfabrik, © Reinhard Seiß

Sprungschanze Bergisel, © Ralf Roletschek/Wikimedia CC BY-SA 3.0

Museum Liaunig, © Lisa Rastl

Islamischer Friedhof, © Adolf Bereuter

Gestaltung: BKA Design & Grafik / Markus Wegner, Florin Buttinger

Druck: gugler GmbH

Schriften: Akzidenz Grotesk Pro, Sabon LT Pro

Papier: Purpurprint Natur weiß, h'f Offsetpapier weiß, Cradle to Cradle

1. Auflage: 6.000 Stück

Wien, 2017

ISBN: 978-3-200-05484-4



